

**Bibliothek
des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel**

Signatur

C 3189

4202
Ge 1/22
STATISTISCHE MITTHEILUNGEN DER NIEDERÖSTERR. HANDELS- UND GEWERBEKAMMER.

HEFT 3.

DIE
DEUTSCHEN GEWERBEZÄHLUNGEN
UND DIE
REFORM DER GEWERBESTATISTIK
IN OESTERREICH.

VON

RICHARD RIEDL

CONSULENT UND LEITER DES STATISTISCHEN BUREAUS DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN HANDELS-
UND GEWERBEKAMMER.



Oesterr. Handels-Museum



WIEN 1898.

VERLAG DER HANDELS- UND GEWERBEKAMMER.

IN COMMISSION BEI WILHELM BRAUMÜLLER & SOHN
K. K. HOF- UND UNIVERSITÄTS-BUCHHANDLUNG.

STATISTISCHE MITTHEILUNGEN DER NIEDERÖSTERR. HANDELS- UND GEWERBEKAMMER.

HEFT 3. &

DIE
DEUTSCHEN GEWERBEZÄHLUNGEN
UND DIE
REFORM DER GEWERBESTATISTIK
IN OESTERREICH.

VON

RICHARD RIEDL

CONSULENT UND LEITER DES STATISTISCHEN BUREAUS DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN HANDELS-
UND GEWERBEKAMMER.



Oesterr. Handels-Museum

WIEN 1898.

VERLAG DER HANDELS- UND GEWERBEKAMMER.

IN COMMISSION BEI WILHELM BRAUMÜLLER & SOHN
K. K. HOF- UND UNIVERSITÄTS-BUCHHANDLUNG.



STATISTISCHE MITTHEILUNGEN DER K. K. OBER-UND NIEDER-ÖSTERREICHISCHEN REGIERUNG
HEFT 1
DIE
DEUTSCHEN GEWERBEZÄHLEN
UND DIE
REFORM DER GEWERBESTATISTIK
IN ÖSTERREICH

VON
RICHARD KRIEGL



WILK 1893
VERLAG VON HANDBUCH UND GEBETEN
IN VERBAND MIT DER K. K. OBER-UND NIEDER-ÖSTERREICHISCHEN REGIERUNG
K. K. OBER-UND NIEDER-ÖSTERREICHISCHES MINISTERIUM FÜR KULTUR UND KUNST

An

das Präsidium der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer.

Herr Präsident!

Die Frage einer Reform der österreichischen Gewerbestatistik ist zum letzten Male auf der im Jahre 1895 abgehaltenen Konferenz der Handelskammer-Secretäre erörtert worden. Zur endgiltigen Entscheidung ist sie jedoch damals nicht gelangt. Wohl wurde die Veranstaltung einer selbständigen, auf die angemeldeten Gewerbebetriebe beschränkten Aufnahme durch die Handels- und Gewerbekammern von der Konferenz befürwortet, jedoch bezog sich dieser Beschluss ausdrücklich nur auf den mit 1896 fälligen Quinquennalbericht, und eine Resolution der Secretärs-Conferenz verlangte für das Jahr 1900 sogar die Verbindung einer Gewerbebetriebsaufnahme mit der Volkszählung, so dass eine Entscheidung für die eine oder die andere Methode eigentlich nicht eingetreten ist. Ohne dass es direct ausgesprochen worden wäre, glaubte man allseits, diese Entscheidung dem praktischen Ausfalle der bevorstehenden Erhebung überlassen zu sollen.

Aeussere Gründe haben jedoch die Durchführung der für 1896 geplant gewesenen Betriebsaufnahme gehindert, ohne dass der Plan endgiltig aufgegeben worden wäre.

Das Herannahen des Zeitpunktes der gesetzlichen Volkszählung, für welche die Vorbereitungen bereits getroffen werden, hat nunmehr die Frage neuerlich zur Entscheidung gestellt, ob in Oesterreich die Gewerbestatistik mit der Volkszählung in Verbindung gebracht oder selbständig behandelt werden soll.

Das statistische Bureau der Kammer hat diese Frage in der Zwischenzeit fortdauernd im Auge behalten. Die im Herbst des Jahres 1895 in verschiedenen Orten Niederösterreichs durchgeführten Probeerhebungen haben die Durchführbarkeit einer Betriebsaufnahme nach den von der Secretärs-Conferenz vorgezeichneten Grundzügen dargethan, jedoch gleichzeitig einzelne Veränderungen an der Instruction als angezeigt erscheinen lassen. Dabei erschien es selbstverständlich als wünschenswerth, die im Deutschen Reiche gelegentlich der Gewerbe-zählung vom 14. Juni 1895 gemachten Erfahrungen im vollsten Umfange zu berücksichtigen.

Um dies zu ermöglichen, wurde der Unterzeichnete vom Präsidium der Kammer ermächtigt, gelegentlich seiner Theilnahme an einer Sitzung des Donau-Moldau-Elbe-Canal-Comités in Dresden in dieser Stadt und in Berlin über den bei der Zählung beobachteten Vorgang an Ort und Stelle Studien anzustellen.

Es ist ihm eine angenehme Pflicht, an dieser Stelle des liebenswürdigen Entgegenkommens und der bereitwilligen Förderung dankbar zu gedenken, welche ihm bei den städtischen statistischen Aemtern beider Städte, sowie im königlich sächsischen und königlich preussischen statistischen Bureau und im kaiserlichen statistischen Amte in dieser Beziehung zu Theil wurde.

Seinem ursprünglichen Zwecke konnte das Ergebniss dieser Studien wohl nicht dienstbar gemacht werden, da es zu einer Durchführung der geplanten Erhebung in Oesterreich nicht gekommen ist. Indess gaben die bei der Arbeit gemachten Beobachtungen Anlass, die deutsche Gewerbezahlung und die dabei befolgte Methode im Allgemeinen sowie rücksichtlich ihrer Anwendbarkeit auf die österreichischen Verhältnisse einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Das Ergebniss dieser Arbeit bildet die vorliegende Schrift. Sie sucht eine Antwort auf die Frage zu finden, ob sich für die Gewerbestatistik in Oesterreich die Angliederung an die Volkszählung oder die Beibehaltung des Systems selbständiger Gewerbebetriebs-Aufnahmen, jedoch unter entsprechender Reform der dafür vorgeschlagenen Bestimmungen, empfiehlt, und sie bezweckt gleichzeitig, das in verschiedenen Publicationen zerstreute und zum Theil schwer zugängliche Material zur Beantwortung dieser Frage übersichtlich gesammelt darzubieten.

Da die Reform der Gewerbestatistik vielleicht schon in der nächsten Zeit die Kammern neuerlich beschäftigen wird, hofft der Unterzeichnete, hiemit auch eine für die Kammer selbst nicht ganz nutzlose Arbeit geleistet zu haben, und bittet das Präsidium, sie als ein Zeugniß der unausgesetzten Aufmerksamkeit, welche das statistische Bureau den Fragen der Gewerbestatistik zuwendete, entgegenzunehmen und einer wohlwollenden Beurtheilung zu unterziehen.

Wien, am 12. August 1898.

Richard Riedl

Consulent und Leiter des statistischen Bureaus
der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer.

INHALT.

Vorwort	Seite III
I. Abschnitt. Die österreichische Gewerbestatistik.	
1. Ueberblick über die Entwicklung der österreichischen Gewerbestatistik bis 1890	1
Die Regelung der Gewerbestatistik durch die provisorischen Gesetze über Errichtung von Handels- und Gewerbekammern (1848 und 1850). — Die Instruction von 1864. — Mangelhafte Ausführung. — Die Gewerbestatistiken von 1880 und 1885. — Die Instruction von 1890. — Deren Wirkung. — Die Quinquennialberichte für 1890. — Art des Vorganges. — Erwerbesteuerregister. — Die Aufnahme der Grossbetriebe.	
2. Die Reform der Gewerbestatistik auf der Secretärconferenz vom Juni 1895	10
Die Secretärconferenz von 1895. — Die Instruction zur Führung der Gewerbekataster. — Der Entwurf einer Instruction für den Quinquennialbericht 1890—1895. — Die Gewerbebetriebsaufnahme. — Umfang der Erhebung. — Zählungseinheit. — Das Aufnahmeverfahren. — Fragebogen. — Erhebungsliste und Vorerhebung. — Verfahren im Sitze der Kammern und in grösseren Orten. — Auf dem Lande. — Die statistischen Commissäre. — Controlverfahren. — Zusammenstellungsformulare und Classification. — Productionsstatistik. — Staatsbetriebe und Hausirgewerbe. — Hausindustrie. — Finanzielle Schwierigkeiten. — Gegenvorschlag einer Verbindung mit der Volkszählung.	
II. Abschnitt. Die Methode der deutschen Gewerbezahlungen und ihre Anwendbarkeit in Oesterreich.	
1. Die Arbeiten der Commission zur weiteren Ausbildung der Statistik des Zollvereines	27
Engel über den Begriff der Gewerbestatistik. — Der erste Entwurf der Zählungsvorschriften. — Beschränkung auf den etablirten Gewerbebetrieb. — Umfang der Erhebung. — Ausschluss einer Verbindung mit der Volkszählung. — Art der Erhebung nach dem Entwürfe. — Abänderungen durch die Commission. — Besondere Fragekarten für grössere und kleinere Betriebe. — Hinausgreifen über den Kreis der etablirten Betriebe auf Hausindustrie und regelmässigen Nebenerwerb. — Inhalt des Commissionsentwurfes: Zählungseinheit. — Umfang der Erhebung. — Methode der Erhebung.	
2. Die vorbereitenden Verhandlungen und die Zählungsvorschriften für die Volks- und Gewerbe- zählung von 1875.	35
Versammlung der Vorstände deutscher statistischer Centralstellen 1874. — Aufhebung des Verbotes der Verbindung anderer Erhebungen mit der Volkszählung. — Frage einer berufsstatistischen Bearbeitung der Volkszählungsergebnisse. — Wunsch nach einer Gewerbestatistik. — Vorschläge von Meitzen und Engel. — Die Commission zur Vereinfachung der Vorschläge von 1871. — Entwürfe von Engel und vom kaiserlich statistischen Amte. — Der Commissionsentwurf. — Umfang der Erhebung. — Die Zählungseinheit. — Ihre Begriffsbestimmung. — Einbeziehung der nur zeitweise oder gelegentlich betriebenen Nebenbeschäftigungen. — Das Zählverfahren. — Angliederung an die Volkszählung nicht als Verbesserung sondern als Vereinfachung gefordert. — Ausgangspunkt statt des Betriebes der Betriebsinhaber. — Vorschläge des kaiserlichen statistischen Amtes zur Aufrechthaltung des Charakters der Betriebsaufnahme. — Einwendungen dagegen. — Schwierigkeiten aus der Verschiedenheit von ortsanwesender und Wohnbevölkerung und von Wohn- und Betriebsort. — Gewerbestatistische Fragen auf dem Volkszählungsformular. — Genehmigung der Commissionsvorschläge durch den Bundesrath.	
3. Kritische Betrachtungen über die Ergebnisse der Volks- und Gewerbezahlungen von 1875.	42
Das Charakteristische der Erhebung die Verbindung mit der Volkszählung. — Damit erzwungene Erleichterungen. — Nachtheile des Systems. — Doppelzählungen und Auslassungen infolge der Verschiedenheit von ortsanwesender und Berufsbevölkerung. — Zählung am unrichtigen Ort infolge der Verschiedenheit von Wohn- und Betriebsort. — Doppelzählungen aus diesem Grunde. — Urtheil Böckh's über die Verbindung beider Zählungen. — Ungünstiger Ausfall der Erhebung in Berlin. — Rückwirkung auf die Volkszählung. — Steigerung des Arbeitsaufwandes und der Kosten. — Ausfall der Erhebung in der Provinz. — Ungunst des Zählungstages im Winter.	
4. Die Bestimmungen für die Berufs- und Gewerbezahlungen von 1882 und 1895	49
Vorbereitende Verhandlungen. — Keine grundsätzliche Aenderung der Methode. — Umfang der Erhebungen von 1882 und 1895. — Zählungseinheit. — Formularen und Verfahren im Allgemeinen.	
5. Die Berufs- und Gewerbezahlungen vom 14. Juni 1895 in Berlin.	69
a) Die Organe der Zählung: Die städtische Zählungscommission. — Die Revierdeputirten. — Die Zähl-districte und Districtscommissäre. — Die Zähler. — b) Die Vorbereitungsarbeiten: Das Grundstücks-	

- verzeichniss. — Die Vorzählung organisatorischer Vorarbeiten. — Die Austheilung der Zählpapiere. —
 c) Die Zählung: Die Aufgaben des Zählers. — Die Controllisten. — Controlarbeiten der Districts-
 commissäre, Revierdeputirten und Revierpolizeiämter. — d) Die Revision der Zählpapiere im
 statistischen Amte: Die Prüfung der Controllisten. — Die Ausfüllung der Gemeindebogen. — Ver-
 gleichung der Controllisten mit den Zählpapieren. — Vorgehen bei unvollständiger Ausfüllung. — Vor-
 schriften für die Prüfung der Haushaltungslisten. — Die Arbeitslosen-Zählkarten. — Die Prüfung der
 Landwirtschaftskarten. — Die Prüfung der Gewerbebogen. — Revisionskarten und Vergleichungslisten. —
 Zählbogen.
6. Die Beruf- und Gewerbezahlung vom 14. Juni 1895 in Dresden 83
 a) Die Organe der Zählung: Der Zahlungsausschuss. — Zählkreise und Zählbezirke. — Die Zusammen-
 setzung des Zählerpersonales. — Die Zählstellen. — b) Vorbereitungsarbeiten: Das Grundstücks-
 verzeichniss. — Die Vorzählung. — Die Austheilung der Zählpapiere und der Unterricht der Zähler. —
 c) Die Zählung: Die Obliegenheiten der Zähler im Allgemeinen. — Die Vorschriften für die Prüfung
 der Gewerbebogen durch die Zähler. — Die Ablieferung der Zählpapiere an die Zählstellen. — Control-
 arbeiten der Zählstellen. — d) Die Revision der Zählpapiere: Ordnen der Zählpapiere und Prüfung
 der Unterschriften. — Prüfung der Controllisten. — Ausschreibung der Arbeitslosenzählkarten. — Prüfung
 der Ueberschriften in den Haushaltungslisten. — Inhaltliche Prüfung der Zählpapiere. — Vorschriften für
 die Prüfung der Haushaltungslisten. — Das Ausschreiben der Alleinbetriebszettel. — Vorschriften für die
 Prüfung der Gewerbebogen. — Das Ausschreiben der Gewerbebogen-Controllisten.
7. Kritische Betrachtungen über die deutschen Gewerbezahlungen von 1882 und 1895 und über
 die Anwendbarkeit ihres Verfahrens für die geplante Betriebsaufnahme in Oesterreich. 96
 Der charakteristische Grundzug der Erhebung unverändert. — Mängel der äusseren Technik. — Nicht-
 zählung vorübergehend Abwesender. — Wirkung auf die Gewerbestatistik. — Auslassungen und Doppel-
 zählungen infolge der Verschiedenheit von Wohn- und Betriebsort. — Mangel bestimmter Vorschriften
 über den Begriff „Betriebsstätte“. — Theilweiser Wegfall der theoretischen Vortheile der Vereinigung
 beider Zählungen infolge der Zählung in der Betriebsstätte. — Doppelzählungen bei Betrieben mit
 mehreren Inhabern. — Innerer Mängel. — Ihre Grundursache. — Ihre Art. — Mangelnde Ab-
 grenzung des Begriffes der Zahlungseinheit nach unten hin. — Nothwendigkeit des Aus-
 schlusses der nicht anmeldepflichtigen Betriebe, namentlich der Hausindustrie und unselbständigen Stör-
 arbeit und des Anschlusses an verwaltungsrechtliche Kriterien bei Begriffsbestimmung der Zahlungseinheit.
 — Unvollständigkeit der deutschen Gewerbezahlungen in Bezug auf Hausindustrie, Störrarbeit und land-
 wirtschaftliche Nebenbeschäftigungen. — Gleiche Unvollständigkeit der österreichischen Berufsstatistik
 von 1890. — Mangel einer einheitlichen Abgrenzung mehrerer Betriebe desselben In-
 habers gegeneinander. — Cumulirte, combinirte und getheilte Betriebe. — Mangel eines Ein-
 blickes in den inneren Zusammenhang solcher Betriebe. — Fehlen eines Nachweises der
 Unternehmer. — Praktische Erfahrungen der unmittelbaren Zählbehörden. — Mangelhafte
 Ausfüllung der Zählpapiere und übermässige Ausdehnung der Revisionsarbeiten in Dresden und Berlin. —
 Die Verbindung mehrerer Aufnahmen als Ursache lückenhafter Beantwortung. — Gleiche Erfahrungen in
 anderen Städten. — Vervollständigung der Gewerbeaufnahme an der Hand der Steuerrollen in Breslau. —
 Schwere Verständlichkeit der Formulare für das Publicum. — Fehler in der Musterausfüllung. — Nach-
 theile der Zusammendrängung der Gewerbeaufnahme auf wenige Tage und der Verwendung ungeschulter
 Zähler. — Möglichkeit einer Abhilfe bei selbständiger Vornahme der Gewerbezahlung. — Vorschläge
 G. v. Mayrs.
8. Schlussergebnisse 135
 Die Verbindung von Volkszählung und Gewerbeaufnahme principiell anfechtbar und praktisch bedenklich. —
 Erhöhte Gefahr ungünstigen Ausfalles in Oesterreich. — Mangel an geeignetem Zählerpersonal. — Die
 angeblichen Vortheile der Verbindung. — Vermeidung einer mehrmaligen Belästigung der
 Bevölkerung. — Herabminderung der Kosten. — Erfassung der nicht anmeldepflichtigen Betriebe, ins-
 besondere der Hausindustrie. — Die Verbindung beider Zählungen in Oesterreich unzweck-
 mässig. — Die Volkszählung als Vorerhebung nicht verwendbar, mit Rücksicht auf ihren Zeitpunkt. —
 Grundsätzliche Forderung einer auf den etablirten Gewerbebetrieb beschränkten,
 selbständigen Betriebsaufnahme. — Erfassung der Hausindustrie und unselbständigen Störrarbeit
 durch besondere Erhebungen oder die Berufstatistik. — Die Instruction von 1895 als Grundlage einer
 solchen Erhebung. — Ausfall der Probeerhebungen. — Nothwendige Abänderungen der Instruction.

I. Abschnitt.

Die österreichische Gewerbestatistik.

I.

Ueberblick über die Entwicklung der österreichischen Gewerbestatistik bis 1890.

Die Regelung der Gewerbestatistik durch die provisorischen Gesetze über die Errichtung von Handels- und Gewerbekammern (1848 und 1850). — Die Instruction von 1864. — Mangelhafte Ausführung. — Die Gewerbestatistiken von 1880 und 1885. — Die Instruction von 1890. — Deren Wirkung. — Die Quinquennialberichte für 1890. — Art des Vorganges. — Erwerbsteuerregister. — Die Aufnahme der Grossbetriebe.

Seit dem Bestehen von Handels- und Gewerbekammern in Oesterreich bilden deren Berichte — abgesehen von einigen Veröffentlichungen steuerstatistischer Natur und Specialarbeiten über einzelne Gewerbszweige — die Grundlage der österreichischen Gewerbestatistik.

Bereits bei ihrer ersten Errichtung im Jahre 1848 wurde ihnen die Verfassung von Nachweisungen „über den Stand der Industrie und ihrer Arbeiten“ zugewiesen.

Näher präcisirt wurde diese Verpflichtung in dem zweiten provisorischen Gesetze vom 18. März 1850, R.-G.-Bl. Nr. I, 122, über die Errichtung von Handels- und Gewerbekammern; durch dieses wurden die Kammern verpflichtet, „über alle in ihrem Bezirke befindlichen Gewerbs- und Handelsunternehmungen, deren Geschäftszweig, den Umfang des Betriebes und die Zahl der dabei als Gesellschafter, Geschäftsleiter oder Hilfsarbeiter beschäftigten Personen, überhaupt über alle jene Daten, welche zur Handels- und Gewerbestatistik erforderlich sind,“ bis längstens 31. October jedes Jahres Nachweisungen an das Handelsministerium vorzulegen.

Die Ungleichmässigkeit und theilweise Unvollständigkeit dieser Berichte, die eine Vergleichung und zusammenfassende Darstellung nicht zuließ, führte im Jahre 1864 zur Erlassung einer eingehenden Instruction über ihren Inhalt und die Art ihrer

Verfassung.*) Zugleich wurde bestimmt, dass die Erstattung statistischer Berichte nur mehr von fünf zu fünf Jahren stattzufinden habe; der erste derartige Bericht sollte für das Jahr 1865 ausgearbeitet werden.

Nach der Instruction waren darin nachzuweisen:

1. Gattung, Menge und Werth der jährlichen Production von industriellen Erzeugnissen, auf deren Feststellung das Hauptgewicht gelegt wurde;

2. Zahl und Kategorie der Producenten (Unternehmer); dieselben waren zu kategorisiren, einerseits nach der Art ihrer Erzeugnisse in Industriegruppen und -Classen, anderseits nach dem Charakter ihrer Production als Erzeugung für den Hausbedarf, als landwirthschaftliche Nebenschäftigung (z. B. die bäuerliche Branntweimbrennerei, die Flachsspinnerei und Weberei im Winter), als Kleingewerbe (das sich wieder unterscheidet in solches, das für den Handel, und solches, das für den localen Bedarf arbeitet), als Hausindustrie oder als eigentliche Fabriksindustrie;

3. die Productionsorte unter besonderer Berücksichtigung von Industriebezirken, in denen sich einzelne Gewerbe concentriren; endlich

4. die Betriebsfactoren, nämlich die Zahl der Arbeiter, Motoren und Werksvorrichtungen und die Menge der verwendeten Brenn-, Roh- und Hilfsstoffe.

*) Die bezüglichen Verhandlungen der statistischen Centralcommission siehe in den „Mittheilungen auf dem Gebiete der Statistik“ Jahrgang X, Heft 2.

Was die Erhebung dieser Daten betrifft, so wurde vorausgesetzt, dass die Kammern über die Zahl der der gewerblichen Industrie angehörigen Producenten und über die Productionsorte bereits durch die bei ihnen geführten Register unterrichtet seien; die Nachweise über Gattung, Menge und Werth der Producte und über die Betriebsfactoren sollten mit Hilfe eines der Instruction beigegebenen Formulars im schriftlichen Wege erhoben werden, und zwar von den Inhabern fabrikmässig betriebener Etablissements direct, für das Kleingewerbe, die Hausindustrie und die landwirthschaftliche Nebenbeschäftigung durch Vermittlung der Ortsvorstände, der Genossenschaften oder eigener Correspondenten der Kammern, welche die Erhebungsformularen summarisch für sämmtliche Kleinproducenten ein und derselben Branche in dem betreffenden Bezirke auszufüllen hatten.

Bezüglich der Darstellung wurde den Kammern gerathen, von der bisher vielfach geübten namentlichen Nachweisung der Angaben jedes einzelnen Industriebetriebes abzugehen und die Angaben über Menge und Werth der verbrauchten Brenn-, Roh- und Hilfsstoffe und der erzeugten Waaren in jedem Productionszweige nur summarisch für den ganzen Kammerbezirk, alle übrigen Daten aber für die einzelnen politischen Bezirke nachzuweisen.

Für den Fall unrichtiger oder unvollständiger Angaben wurden die Kammern angewiesen, auf Grundlage der aus den Produktionsnachweisungen ähnlicher Etablissements gewonnenen Daten durch annäherungsweise Schätzung das Fehlende zu ergänzen und Falsches richtig zu stellen.

Beilagen der Instruction bildeten eine systematische Eintheilung der Rohstoffe und Industrieerzeugnisse, eine auf Grund derselben zusammengestellte Classification der im Erwerbsteuernkataster vorkommenden Gewerbe; ein alphabetisches Register dieser Gewerbe zur leichteren Feststellung ihrer Classen- und Gruppenzugehörigkeit; ein allgemeines Erhebungsformular und eine Anleitung zur Detaillirung desselben für die wichtigsten Industriezweige hinsichtlich der zu erhebenden Maschinen, Arbeiterkategorien und Rohstoffe.*)

*) Das Erhebungsformular schliesst sich ebenso wie die Eintheilung der Industrieerzeugnisse unmittelbar an die vom III. statistischen Congress zu Wien 1857 genehmigte Fassung an.

**) Vergl. die Sitzungsberichte dieser Körperschaft in den „Mittheilungen aus dem Gebiete der Statistik, herausgegeben von der Direction der administrativen Statistik“.

Durch das Gesetz vom 29. Juni 1868, R.-G.-Bl. Nr. 85, über die Organisirung der Handels- und Gewerbekammern wurde die fünfjährige Frist für die statistische Berichterstattung der Kammern beibehalten, der Rahmen derselben jedoch insofern erweitert, als von nun an nicht nur Handel und Gewerbe, sondern „die gesammten volkswirthschaftlichen Zustände“ der Kammerbezirke ihren Gegenstand bilden sollten.

Noch in demselben Jahre hatte auch die statistische Centralcommission**) Anlass, sich abermals mit der Gewerbestatistik zu befassen.

Trotz der Instruction vom Jahre 1864 ergaben nämlich die für das Jahr 1865 — von nur 15 Kammern unter 29 — erstatteten Berichte ein völlig unbefriedigendes Resultat. „Nur zwei Kammern“, so sagt der in der Sitzung der statistischen Centralcommission vom 3. December 1868 erstattete Bericht des Specialcomités für Erzielung der Vollständigkeit und Gleichartigkeit der statistischen Berichte der Handels- und Gewerbekammern, „jene von Görz und Pilsen lieferten Berichte, die der Instruction entsprachen; die übrigen Kammern haben zwar über die industriellen Verhältnisse ihrer Bezirke ein mehr oder minder reichhaltiges Material statistischer Daten geliefert, aber dasselbe ist zum Theile sehr lückenhaft, zum Theile passt es nicht in den vorgezeichneten Rahmen und enthält nicht selten augenscheinliche Unrichtigkeiten, die auf den mangelhaften Angaben der Industriellen beruhen. Auf Grund dieser lückenhaften und ungleichartigen Elemente kann eine vollständige und verlässliche Industriestatistik des Reiches nicht ausgearbeitet werden.“

Den Grund der beklagten Unzulänglichkeit der Kammerberichte erblickte die statistische Centralcommission in der ablehnenden Haltung, welche von vielen Industriellen gegenüber den Anfragen der Kammern eingenommen wurde, zumeist aus Besorgniss vor einer höheren Steuerleistung oder aus Furcht, dem Concurrenten einen Einblick in den eigenen Geschäftsbetrieb und dessen Umfang zu eröffnen und in der hiedurch nothwendig gewordenen, allzuweit gehenden Anwendung annäherungsweise Schätzung zur Vervollständigung und Berichtigung der gemachten Angaben. Sie empfiehlt als geeignetes Mittel

zur Behebung dieser Uebelstände die Vervollständigung und Ergänzung der durch die schriftliche Befragung gewonnenen Daten im Wege persönlicher Erhebung und strenge Beobachtung der Instruction bei Ausarbeitung des Berichtes.

Obwohl nun das Handelsministerium dementsprechende Weisungen ergehen liess, scheint die empfohlene Art der Erhebung doch keine allgemeine Anwendung gefunden zu haben; theilweise wohl aus finanziellen Gründen, nicht minder aber desshalb, weil dem Vertrauensmanne der Kammer keinerlei gesetzliche Handhabe geboten war, den Eintritt in solche Etablissements zu erzwingen, deren Inhaber die Auskunft verweigerten — und gerade um solche handelte es sich in erster Linie. Die gewünschte Gleichförmigkeit der Berichte wurde abermals nicht erzielt.

Schliesslich sah sich daher das Handelsministerium gezwungen, auf die Zusammenstellung einer Reichsstatistik aus den Publicationen der Kammern überhaupt zu verzichten. Es griff seit 1880 zu dem Auswege, alle fünf Jahre mittelst eigener Formulare von den Kammern die schriftliche Vorlage einer auf Grund der Gewereregister vorgenommenen Zählung der Gewerbe ihres Bezirkes und ausserdem für eine Reihe der wichtigeren Industriezweige (130 im Jahre 1880, 133 im Jahre 1885) summarische Nachweisungen über die Zahl der Grossbetriebe, der darin verwendeten Arbeiter, Motoren und Werksvorrichtungen, sowie über den Umfang der Jahresproduction zu verlangen, wobei als Unterscheidungsmerkmal zwischen Gross- und Kleinbetrieben ein Steuersatz — in der Regel eine Erwerbesteuerleistung von 42 fl. ohne Zuschläge — angenommen wurde. Auf diese Weise wurde wenigstens eine äussere Gleichförmigkeit der Nachweisungen herbeigeführt. Die Verpflichtung zur Erstattung des ausführlichen Quinquennalberichtes wurde davon nicht berührt, hiefür blieben, abgesehen von einzelnen Ergänzungen und von der Einführung der im Auftrage der Jury der Wiener Weltausstellung im Jahre 1873 verfassten Classification der Gewerbe an Stelle der durch die Instruction vom Jahre 1864 vorgeschriebenen, die Bestimmungen dieser letzteren auch weiterhin massgebend.

Die Bestrebungen nach einer massgebenden Reform der Gewerbestatistik wurden nunmehr von den Kammern selbst aufgenommen.

Auf einer im Jahre 1890 am 15., 18. und 20. Jänner zu Wien abgehaltenen Conferenz der Handelskammersecretäre, welche über An-

regung mehrerer Kammern vom k. k. Handelsministerium einberufen worden war, wurde über eine neue Instruction für die Verfassung der statistischen Quinquennalberichte berathen. Ein ausführlicher Entwurf lag der Conferenz nicht vor. In ihrer Dauer auf wenige Tage beschränkt, musste sie sich daher mit der Feststellung allgemeiner Grundzüge begnügen, die jedoch auch späterhin keiner Ausarbeitung ins Einzelne theilhaft wurden, sondern nahezu unverändert den Wortlaut der neuen, vom Handelsministerium mit Erlass vom 6. Juni 1891, Z. 24.044, hinausgegebenen Instruction bildeten.

Nach den Bestimmungen dieser Instruction hatten die statistischen Quinquennalberichte zunächst eine kurze Darstellung des Flächeninhaltes und der Bevölkerung des Kammerbezirkes, sowie der Urproduction (Land- und Forstwirtschaft, Jagd, Fischerei, Bergbau und Salzgewinnung) auf Grund der darüber vorliegenden Veröffentlichungen anderer statistischen Stellen zu enthalten; ihren Hauptinhalt jedoch bildete die eigentliche Gewerbestatistik.

Die Zahl der selbständigen Gewerbetreibenden war auf Grund der bei den Kammern geführten Gewerbe- (richtiger Erwerbesteuer-) Kataster nach dem Stande vom 31. December des Zählungsjahres zu ermitteln; ausserdem war über alle Betriebe, die als fabrikmässig im Sinne der Gewerbeordnung anzusehen sind, eine eingehende statistische Erhebung zu veranstalten. Diese Erhebung hatte sich allgemein zu erstrecken auf die in dem betreffenden Betriebe im Lohne beschäftigten Personen nach dem Stande am Ende des Jahres (eventuell, falls dies nach der Natur des Betriebes zweckentsprechend schiene, im Jahres- oder Campagnedurchschnitt), unterschieden nach dem Geschlechte und gesondert für die einzelnen Beamten- und Arbeiterkategorien, ferner auf Art, Zahl und Pferdekraft der verwendeten Motoren, getrennt für die in und ausser Betrieb stehenden. Werksvorrichtungen und Production waren nur für einzelne besonders bezeichnete Industrien zu erheben.

Ebenso wie die fabrikmässigen Betriebe konnten von den Kammern auch solche behandelt werden, die für einzelne Orte von besonderer Wichtigkeit sind und in ihrer Gesamtheit dem fabrikmässigen Betriebe gleichgehalten werden können.

Für die übrigen industriellen Betriebe sollte eine Erhebung des beschäftigten Personals „nach Thunlichkeit“ im Wege der Gewerbege nossenschaften „oder anderweitig“ erfolgen.

Ueber Post-, Telegraphen- und Eisenbahnbetrieb, sowie über das Bank- und Creditwesen etc. blieb die Publication summarischer Daten den Kammern anheimgestellt, da diesbezüglich andere ausführliche Publicationen vorliegen.

Einen breiten Raum nimmt dagegen die Socialstatistik ein; von einer allgemeinen Lohnstatistik wurde zwar abgesehen — begreiflicherweise, da nicht einmal eine nur etwas eingehendere gewerbliche Betriebsstatistik allgemein vorgeschrieben war; bezüglich der fabrikmässigen Betriebe jedoch wurde die Erhebung der ausbezahlten Jahreslohnsommen, der durchschnittlichen Wochenverdienste der Arbeiter nach Kategorien und Lohnart (fester und Accordlohn), der Zahl der Arbeitstage im Jahre, sowie der täglichen Arbeitsstunden durch Aufnahme entsprechender Fragen in die Fragebogen vorgeschrieben.

Die Erfassung eingehenderer, auf den Arbeits- und Lohnvertrag bezüglicher Daten in den künftigen Quinquennalberichten blieb dem Ermessen der einzelnen Kammern überlassen. Empfohlen wurde, die in Betracht zu ziehenden Verhältnisse — als: Dauer der Beschäftigung (Campagne, Saison) während eines Jahres, Arbeitstag mit Pausen, Ueberstunden, Nachtarbeit, Geschlecht und Alter der Arbeiter, Lohnarten (fester Zeitlohn, Accordlohn, Mischformen und Abarten), Entlohnungsform (Geld- und Naturalentlohnung), Lohnstarife, virtuelle Lohnhöhe, Auszahlungstag, Vorschusswesen, Lohncontrolbücher, Kündigungsfrist, Conventionalstrafen, Schadenersätze, Arbeitsleistung, Nebenleistung, Lehrlingsverhältniss, Wohnsitz, Arbeiterverkehrsmittel etc. — für die fabrikmässige Industrie mittelst Fragebogen von den Industriellen, für das in den Genossenschaften organisirte Gewerbe mittelst Fragebogen von den Genossenschaften, für die übrigen Gewerbe, soweit thunlich, durch Sachverständige zu erheben, die gewonnenen Daten durch jedes gesetzlich zugängliche und zweckdienlich erscheinende Mittel, als Vergleiche mit der Unfall- und Krankencassenstatistik, Begutachtung durch die Gewerbeinspectoren und durch Vertrauensmänner aus dem Stande der Arbeitnehmer etc. zu controliren und sohin in tabellarischer und descriptiver Form in den Quinquennalberichten zu veröffentlichen. Für die Hausindustrie sollten dieselben Daten durch die Gemeinden und Vertrauensmänner aus dem Stande der Arbeitgeber und -nehmer etc. gewonnen und controlirt werden. Diesen Darstellungen sollte sich eine Statistik der Streitigkeiten aus dem Arbeits-, Lohn- und Lehrvertrage (§ 87 ff. der Gewerbeordnung) an-

schliessen, wofür das Material durch Mittheilungen der Gewerbegerichte, genossenschaftlichen und sonstigen Schiedsgerichte und aus den von den Gewerbebehörden erster Instanz, eventuell auch den Bagatellgerichten zu führenden und den Kammern alljährlich zur Verfügung zu stellenden Auszügen aus den Protokollbüchern gewonnen werden sollte.

Endlich sollte der Bericht eine Statistik der Gewerbe- und Genossenschaften und der Wohlfahrts-einrichtungen für Arbeiter enthalten.

In seltsamem Gegensatze zu dieser Fülle von Darstellungsgegenständen, welche die Instruction den Berichten zuweist, steht die Kürze ihrer Vorschriften über die Methode der Erhebung. Sie beschränkt sich dabei auf folgende allgemeine Sätze:

„Die für die Quinquennalberichterstattung erforderlichen Daten sind entweder aus bereits vorhandenen amtlichen oder öffentlichen Publicationen und Documenten (Erwerbsteuerekataster, Gewberegister u. dgl.) zu entnehmen, oder durch directe Erhebung seitens der Handels- und Gewerbekammern auf schriftlichem Wege (durch Hinausgabe der industriestatistischen Formulare etc.), beziehungsweise durch persönliche Umfrage an Ort und Stelle, im Wege der Genossenschaften und der Institute der Arbeiter-Unfall- und Krankenversicherung etc. zu beschaffen. Im Falle die von den Gewerbetreibenden erlangten Angaben lückenhaft oder unvollständig sein sollten, obliegt es den Kammern, eine schätzungsweise Ergänzung, beziehungsweise Berichtigung der beanstandeten Daten auf sicherer Grundlage, insbesondere durch Zuziehung von fachmännischen Vertrauenspersonen, welche über den Charakter und den Zweck der Erhebungen aufzuklären sind, vorzunehmen.“

Nicht einmal ein einheitlicher Fragebogen wurde vorgeschrieben, man begnügte sich, die Formulare für die summarischen Nachweisungen an das statistische Departement des Handelsministeriums neuerlich festzustellen, und überliess alles Uebrige den einzelnen Kammern, die somit in Bezug auf die Methode der Aufnahme ziemlich freie Hand hatten.

Die Folge davon war, dass jede Kammer bei der Erhebung ihre eigenen Wege ging und das Ministerium wohl äusserlich gleichartige, in der That jedoch auf verschiedene Weise entstandene und Verschiedenes bedeutende Zahlen erhielt.

Gleichwohl sei im Folgenden eine einheitliche Darstellung der Methode versucht, die bei den gewerbestatistischen Arbeiten des Jahres 1890 beobachtet

wurde. Auf Einzelheiten einzugehen, muss man sich dabei allerdings versagen; die Erörterung würde sich sonst in eine Besprechung der einzelnen Kammerberichte auflösen. Man muss sich darauf beschränken, hervorzuheben, was den Arbeiten aller Kammern gemeinsam ist und gelangt dabei von selbst auf die Mängel, die aus dem Fehlen ins Einzelne gehender Vorschriften sich ergaben.

Die Grundlage der ganzen Gewerbestatistik der Kammern bildeten die von ihnen geführten Erwerbssteuerregister. Auf Grund dieser Register wurde die Zählung der sämtlichen im Kammerbezirke vorhandenen Gewerbe angefertigt, die somit keine directe Erhebung, sondern eine blosser Auszählung aus den Registern war. Ferner wurde aus ihnen die Urliste für die Aufnahme der fabrikmässigen Betriebe hergestellt.

Was die Art ihrer Führung betrifft, so fehlte darüber jede nähere Vorschrift. Nach dem Gesetze (§ 145 der Gewerbeordnung und § 2, Absatz B, lit. a des Gesetzes vom 29. Juni 1868 R.-G.-Bl. Nr. 85 über die Organisirung der Handels- und Gewerbekammern) wären eigentlich Gewerberegister auf Grund der An- und Abmeldung von Gewerben zu führen gewesen. Da jedoch die Kammern von den Gewerbebehörden hierüber keine Verständigung erhielten, sondern lediglich seitens der Steuerbehörden Nachweisungen über die Vor- und Abschreibung der Erwerbsteuer bekamen, mussten sie sich mit der Führung von Erwerbsteuerregistern bescheiden. Infolge dessen trat eine Unternehmung erst dann in den von den Kammern geführten Kataster ein, wenn die Steuervorschreibung für sie definitiv vollzogen war. Der Zeitraum, der von der Anmeldung des Gewerbes bis zu diesem Augenblicke verfloss, war je nach dem Umfange der bei Gelegenheit der Steuerbemessung nothwendig werdenden Erhebungen verschieden lang. So dauerte es beispielsweise in Wien durchschnittlich ungefähr drei Jahre, bis die während eines gewissen Zeitraumes, z. B. des Jahres 1881, eingelangten Gewerbeanmeldungen vollständig zur Bemessung und hienach zur Eintragung in die Erwerbsteuerregister gelangt waren. Das Gleiche gilt von den Abschreibungen, wenn auch hier im Allgemeinen zwischen der Abmeldung des Gewerbes und der Abschreibung der Steuer ein kürzerer Zeitraum verfloss. Wie hieraus hervorgeht, entsprach der Stand der Erwerbsteuerregister keineswegs dem thatsächlichen Stande der erwerbsteuerpflichtigen Unternehmungen, sondern umfasste nur jene von ihnen, bezüglich deren die

Bemessung bereits endgiltig durchgeführt und anderseits wieder alle, bezüglich deren eine Abschreibung der Steuer noch nicht erfolgt war. Es waren daher Gewerbe, die schon vielleicht seit Monaten oder Jahren angemeldet und in Thätigkeit, aber noch nicht der definitiven Bemessung unterzogen waren, nicht darin enthalten und dafür wurden Betriebe in den Registern noch fortgeführt, welche bereits zu bestehen aufgehört hatten, auch längst abgemeldet, jedoch seitens der Steuerbehörde noch nicht zur Abschreibung gebracht worden waren. Eine absolute Richtigkeit der Register, d. i. eine Uebereinstimmung derselben mit dem thatsächlichen Stande der Gewerbe, war somit nicht vorhanden. Allerdings lässt dies die relative Richtigkeit der bei einer Zählung der Gewerbe auf Grund der Register gewonnenen Zahlen bis zu einem gewissen Grade unberührt, nämlich insoweit, als es sich um die Vergleichbarkeit der Zählungsergebnisse verschiedener Jahre innerhalb desselben Verwaltungsgebietes handelt und angenommen werden kann, dass die Schnelligkeit, mit welcher die Steuerverwaltung arbeitet, im Allgemeinen die gleiche ist. Denn in diesem Falle bleibt auch die Verspätung, welche die Eintragungen im Kataster gegenüber den Gewerbeanmeldungen, beziehungsweise Abmeldungen aufweisen, von Jahr zu Jahr, wie in den verschiedenen Gewerbszweigen ungefähr dieselbe. Diese Voraussetzung trifft jedoch nicht mehr zu, wenn es gilt, die Zahlen verschiedener Verwaltungsgebiete zu vergleichen, oder wenn innerhalb desselben Verwaltungsgebietes Veränderungen in der Behördenorganisation eintreten, wie es z. B. in Niederösterreich bei der Vereinigung der Vororte mit der Grossecommune Wien geschehen ist. In solchen Fällen leidet auch die relative Richtigkeit der Zählungsergebnisse und es findet nicht mehr lediglich eine zeitliche Verschiebung des Hervortretens einer bestimmten Zahlenerscheinung statt, sondern eventuell auch eine Verwischung derselben als Folge der Unregelmässigkeit und Ungleichmässigkeit des der Zählung zu Grunde liegenden Materiales.

Noch schärfer kamen die Mängel dieser Art von Registerführung zu Tage, sobald es sich darum handelte, die Register als Urlisten für die Individualerhebung zu benützen. Ihre Nichtübereinstimmung mit dem thatsächlichen Stande der Gewerbe hatte dann nothwendigerweise eine theilweise Unvollständigkeit der Erhebung zur Folge; denn die nicht mehr bestehenden Unternehmungen, die in den

Steuerregistern noch nicht gelöscht waren, konnten der Aufnahme selbstverständlich nicht mehr unterworfen werden und die neugegründeten, aber noch nicht mit einer Steuer belegten und daher in den Registern nicht enthaltenen Betriebe blieben aus, weil man von ihrer Existenz nichts wusste. Eine Richtigstellung der Urliste im Laufe der Aufnahme war bei dem Umstande, als die Erhebungen meist im schriftlichen Wege durchgeführt wurden, nahezu ausgeschlossen.

In der Beschaffenheit der Register lag somit der erste Grund für die Mangelhaftigkeit der Erhebung.

Ein weiterer ergab sich aus der Beschränkung der Erhebung auf den fabrikmässigen Grossbetrieb und aus der mangelhaften, den praktischen Vorgang bei der Erhebung gänzlich ausser Acht lassenden Art der Bestimmung dieses Begriffes.

Gegen die Wahl eines bestimmten Steuersatzes als Unterscheidungsmerkmal zwischen Gross- und Kleinbetrieb, wie dies bei den Erhebungen von 1880 und 1885 üblich gewesen, war auf der Secretärskonferenz eingewendet worden, dass ein solcher Steuersatz in verschiedenen Orten und in verschiedenen Industriezweigen häufig etwas ganz Verschiedenes bedeutet und Veränderungen in der Praxis der Steuerbehörden oder in der Steuergesetzgebung die Vergleichbarkeit der Resultate aufeinanderfolgender Erhebungen beeinträchtigen.

Es wurde daher in der Instruction bestimmt, dass als Grossbetriebe die fabrikmässigen Betriebe im Sinne der Gewerbeordnung zu betrachten seien. Als solche gelten nach dem Ministerialerlasse vom 18. Juli 1883, Z. 22.037, alle Gewerbsunternehmungen, „in welchen die Herstellung oder Verarbeitung von gewerblichen Verkehrsgegenständen in geschlossenen Werkstätten unter Beteiligung einer gewöhnlich die Zahl von 20 übersteigenden, ausserhalb ihrer Wohnungen beschäftigten Anzahl von gewerblichen Hilfsarbeitern erfolgt, wobei die Benützung von Maschinen als Hilfsmittel und die Anwendung eines arbeitstheiligen Verfahrens die Regel bildet, und bei denen die Unterscheidung von den handwerksmässig betriebenen Productionsgewerben auch durch die Persönlichkeit des zwar das Unternehmen leitenden, jedoch an der manuellen Arbeitsleistung nicht theilnehmenden Gewerbsunternehmers, dann durch höhere Steuerleistung, Firmaprotokollirung u. dgl. eintritt.“

Es wird somit in diesem Erlasse die Fabrikmässigkeit nicht an ein einzelnes Merkmal geknüpft,

dessen Vorhandensein den Betrieb unter allen Umständen zu einem fabrikmässigen stempeln würde, noch auch das Zusammentreffen aller Merkmale als etwas Unerlässliches gefordert. Er begnügt sich damit, die Eigenschaften aufzuzählen, welche für die Entscheidung über die Fabrikmässigkeit in Betracht kommen können und überlässt die Wahl des im einzelnen Falle ausschlaggebenden Merkmales dem freien Ermessen des betreffenden Organes. Für die Zwecke der Verwaltungspraxis mag eine derartige Begriffsbestimmung wohl auch ausreichen, ja in ihrer Dehnbarkeit einer starren Fixirung sogar vorzuziehen sein; bei der Verwendung für statistische Zwecke schlägt jedoch eben dieser Vorzug in sein Gegentheil um. Je grösser der Spielraum ist, der hier den einzelnen Erhebungsorganen gegeben wird, desto weniger Gewähr ist für ein einheitliches Vorgehen und die Gewinnung gleichartiger Zahlen geboten. Zudem sind einzelne Merkmale, wie die Thatsache der manuellen Betheiligung des Unternehmers am Betriebe, die Anwendung eines arbeitstheiligen Verfahrens, statistisch kaum fassbar, insbesondere bei einer schriftlichen Erhebung.

Thatsächlich verriethen auch die dem Handelsministerium zugekommenen Zahlen deutlich, wie verschieden bei der Anwendung dieser Bestimmung von den einzelnen Kammern zu Werke gegangen wurde. So sind z. B. bei der Mülerei im Wiener Kammerbezirke, in dem dieser Industriezweig eine bedeutende Entwicklung erreicht hat, unter 2091 Mühlen nur 9 fabrikmässige mit zusammen 2527 Pferdekräften und 768 Arbeitern gezählt worden, im Bezirke der Grazer Kammer dagegen unter 1957 Mülereibetrieben 61 fabrikmässige, die jedoch zusammen bloss 654 Pferdekräfte und 253 Arbeiter verwenden; offensichtlich ist die erstere Kammer bei der Anerkennung der Betriebe als fabrikmässig strenger vorgegangen.

Dazu kommt noch der weitere Umstand, dass den Kammern als Urliste für die Erhebung nur das von ihnen geführte Gewerbe beziehungsweise Erwerbsteuerregister zu Gebote stand, in dem ausser dem Namen des Betriebsinhabers, der Steuerleistung und dem Gegenstande der Unternehmung kein Anhaltspunkt für die Beurtheilung der Fabrikmässigkeit eines Betriebes enthalten war. In kleinen Kammerbezirken mit einer geringen Zahl fabrikmässiger Unternehmungen mochte die intime Vertrautheit des Kammerbureaus mit der ganzen industriellen Besiedlung des Bezirkes diesen Mangel

zum grossen Theile beheben und es möglich erscheinen lassen, von vorneherein die Unternehmungen zu bezeichnen, auf die sich die Erhebung zu erstrecken hatte. In der Mehrzahl der Fälle und gerade in den entwickeltsten Industriegebieten trat dies jedoch nicht ein; hier standen bloss zwei Auswege offen: entweder die Ausdehnung der Erhebung auf alle industriellen Gewerbe und die nachträgliche Auslese der Fabriken oder das abermalige Zurückgreifen auf den verpönten Steuersatz, derart, dass man den niedrigsten, in dem betreffenden Gebiete bei fabrikmässigen Unternehmungen noch vorkommenden Steuersatz als Grenze des Erhebungsgebietes wählte und aus den mit diesem Steuersatze belegten industriellen Unternehmungen auf Grund der einlaufenden Angaben jene ausschied, die als fabrikmässig sich darstellten. In beiden Fällen reichte die Erhebung weiter, als beabsichtigt. Beschränkte man sich nun bei der Publication auf die fabrikmässigen Gewerbe, so stellte sich das ganze Verfahren als eine unerhörte Kraftverschwendung dar: der Erhebungsapparat musste entsprechend dem grossen Erhebungsgebiete organisirt werden, die formelle und materielle Kritik der einlangenden Angaben — eine ungemein zeitraubende und mühevollen Arbeit — musste sich auf alle Unternehmungen, die in die Erhebung hineinfallen, erstrecken, und Alles dies nur zu dem Zwecke, um die Angaben einer verhältnissmässig geringen Zahl fabrikmässiger Unternehmungen zu erlangen. Publicirte man aber die Resultate der ganzen Erhebung lediglich unter gesonderter Nachweisung der Fabriksbetriebe, so war man entgegen den Absichten der Instruction in dem einen Falle bei einer Statistik aller industriellen Unternehmungen angelangt, in dem anderen trat neben die Fabriksbetriebe eine zweite Classe mittlerer Unternehmungen, welche alle mit dem gewählten Minimalsteuersatze belegten, jedoch nicht fabrikmässigen Betriebe umfasste, gegen deren Abgrenzung sich aber nunmehr alle jene Einwendungen wiederholen liessen, welche gegen die Verwendung des Steuersatzes als des alleinigen Unterscheidungsmerkmals einer bestimmten Classe von Betrieben im Allgemeinen erhoben worden waren; einen Ausweg gab es hier nicht, man hatte bloss die Wahl, das gesamte Material grossentheils unbenützt zu lassen, oder es in dieser Weise zu verwerthen.

Weitere Ungleichmässigkeiten gingen hervor aus dem Fehlen von Bestimmungen über die Behandlung von Filialbetrieben und von zu-

sammengesetzten Unternehmungen, die, obwohl sie ein einheitliches Ganze vorstellen, doch auf Grund mehrerer Erwerbsteuerscheine betrieben werden.

Was das Verfahren selbst angeht, so ist schon erwähnt worden, dass ein einheitlicher Fragebogen fehlte; doch bewirkte die Vorschreibung gleichmässiger Formulare für die Verfassung der summarischen Nachweisungen, die schriftlich an das Ministerium vorzulegen waren, dass wenigstens die Fragen nach der Arbeiterzahl und den Motoren ziemlich übereinstimmend lauteten. In allen übrigen Beziehungen gieng dagegen jede Kammer auf eigene Faust vor.

Dasselbe gilt von den Einzelheiten des Vorganges bei Erhebung. Die Regel bildete das schriftliche Verfahren. Zur näheren Illustration desselben möge die Darstellung des von der Wiener Kammer beobachteten Vorganges dienen.

Die Erhebung erstreckte sich hier auf alle industriellen Unternehmungen, die mit einer landesfürstlichen Erwerbsteuer von mindestens 21 fl. (ohne Einrechnung der Zuschläge) als dem niedrigsten, erfahrungsgemäss bei fabrikmässigen Unternehmungen in Niederösterreich noch vorkommenden Satze belegt waren. Es wurde nun zunächst auf Grund des Gewerbekatasters ein Verzeichniss dieser Unternehmungen in Form eines Zettelkataloges angelegt, das als Versendungsliste und gleichzeitig zur Evidenthaltung des Einlaufes diente. Auf Grund dieses Zettelkataloges wurden sodann die Fragebogen, deren definitive Feststellung und Drucklegung mit Rücksicht auf die verspätete Hinausgabe der neuen Instruction erst im Juli 1891 vollzogen werden konnte, mit der Adresse der Unternehmungen, für welche sie bestimmt waren, überschrieben, couvertirt und sammt einem Begleitschreiben, das die Zwecke der Erhebung auseinandersetzte und die Geheimhaltung der Einzelangaben zusicherte, versendet. Zur Verschickung gelangten im Ganzen 7318 Fragebogen in 7172 Briefen; die Expedition erfolgte am 25., 26., 27. und 28. August 1891, als Rücksendungstermin war der 10. September angegeben. Gleichwohl sah sich die Kammer zu Anfang October erst im Besitze von circa 1300 Fragebogen. Es wurde nunmehr eine schriftliche Mahnung erlassen, infolge deren bis Mitte November weitere 1700 Stück einliefen. Zur Eintreibung der auch nach diesem Zeitpunkte noch ausständigen Fragebogen musste die Intervention der politischen Behörden in Anspruch genommen werden. Vollständig lag das Material für das flache Land erst im Frühjahr 1892 vor, während

in Wien noch in den ersten Sommermonaten ein, wenn auch geringer Theil der Fragebogen ausstand.

Die eingelangten Fragebogen, die zum Theil, namentlich soweit sie von kleineren Unternehmungen herrührten, äusserst mangelhaft beantwortet waren, wurden zunächst einer formellen Kritik hinsichtlich der Vollständigkeit ihrer Ausfüllung unterzogen. Allenfalls nothwendige Ergänzungen wurden durch schriftliche, in einzelnen Fällen auch durch mündliche Nachfrage, und wo dies vergeblich blieb, durch Erkundigung bei der Genossenschaft, der der Betrieb angehörte, bei der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt oder den Krankencassen behoben.

Es folgte nunmehr die materielle Prüfung der Angaben auf ihre Wahrhaftigkeit. Zu diesem Zwecke wurden innerhalb der untersten Eintheilung der Gewerbeclassification, der Section (Gewerbeart), wo es nothwendig erschien, noch weitere Untertheilungen geschaffen, deren jede nur Betriebe vollkommen gleichartiger Erzeugung umfasste. Innerhalb dieser Untertheilungen wurden die Betriebe nach ihrer Arbeiterzahl geordnet und sodann für jeden derselben die Zahl der auf einen Steuergulden entfallenden Arbeiter und die Menge der auf einen Menschenkraftarbeitstag und wo Motoren vorhanden, auch der auf einen Pferdekraftarbeitstag entfallenden Erzeugnisse und verarbeiteten Materialien berechnet, letztere nach folgendem Ausdrucke:

$$\frac{\text{Menge der verarbeiteten Materialien (bezw. Erzeugnisse)}}{\text{Zahl der Arbeitstage} \times \text{Zahl der Arbeiter (bezw. der Pferdekräfte)}} = \text{Menge der auf einen Menschenkraftarbeitstag (beziehungsweise Pferdekraftarbeitstag) entfallenden Materialien, beziehungsweise Erzeugnisse.}$$

Hiebei wurde bei denjenigen Betrieben, die einen höchsten und niedrigsten Arbeiterstand angaben, auch dieser, sowie die Dauer desselben und jene der eventuell nachgewiesenen stillen Saison in Rechnung gezogen.

Von den so gewonnenen Durchschnittsgrössen, welche nunmehr innerhalb jeder Section, beziehungsweise jeder Untertheilung einer solchen mit einander in Vergleich gesetzt wurden, diente die Zahl der auf einen Steuergulden entfallenden Arbeiter nur als Fingerzeig, für welche Betriebe eine weitere Controle der Angaben durch das Material der Unfall- und Kranken-Versicherungsanstalten oder durch Erhebungen bei der Genossenschaft etc. stattzufinden habe; zur unmittelbaren Grundlage einer Schätzung wurde sie nur im äussersten Nothfalle verwendet, wenn alle anderen Mittel versagten und die Unwahrheit der gemachten Angaben nach dem Ergebnisse der Ver-

gleichung, wie nach der Art der Ausfüllung des Fragebogens in seinen übrigen Partien offenkundig war.

Uebrigens wurden hinsichtlich der Arbeiterzahl zumeist wahrheitsgetreue Angaben gemacht, da dies ja dem Industriellen keine besondere Mühe macht und da er auch durch die Kranken- und Unfallversicherung heute schon daran gewöhnt ist, über diesen Punkt Auskunft zu geben. Dagegen waren die Angaben über die Menge der verarbeiteten Materialien und der Erzeugnisse oftmals falsch, oft auch aus Bequemlichkeit oder mit Absicht gar nicht gegeben. Die Stellung von Ergänzungsfragen führte hier in den meisten Fällen zu keinem Ziele; Controlmaterialien lagen bloss für jene wenigen Industrien vor, die gefällsämlicher Ueberwachung unterliegen, wie Zucker-, Bier- und Spirituosenerzeugung, und so musste denn in Bezug auf diese Zahlen die Schätzung in weiterem Umfange angewendet werden.

Die Grundlage dieser Schätzung bildeten die für den Menschen-, beziehungsweise Pferdekraftarbeitstag ermittelten Durchschnittsmengen der Erzeugnisse und Materialien. In manchen Fällen ergab deren Vergleichung innerhalb der Sectionen oder ihrer Unterabtheilungen eine nahezu vollständige Uebereinstimmung. In anderen hoben sich wenigstens, entsprechend den erkennbaren Verschiedenheiten der Productionsbedingungen oder des Gegenstandes der Production selbst, einzelne, durch die innerhalb gewisser Grenzen übereinstimmenden Reductionszahlen gekennzeichnete und verbundene Gruppen von Unternehmungen deutlich von den übrigen ab, deren Angaben gegenüber diesen Gruppen, wie auch untereinander so weit abwichen, dass eine Erklärung zum Mindesten auf Grund des vorliegenden Materials unmöglich schien und nur die Annahme wissentlich oder unwissentlich falscher Angaben übrig blieb. Um nun zu einer schätzungsweisen Berichtigung solcher den unerlässlichen festen Ausgangspunkt zu gewinnen, wurden aus der Reihe der miteinander mehr oder weniger übereinstimmenden Unternehmungen jene gewählt, deren Reductionszahlen dem Mittel sich am meisten näherten, die somit keine abnormen Verhältnisse verkörperte und überdies noch durch die ganze Art der Ausfüllung des Fragebogens eine gewisse Gewähr für vollkommene Richtigkeit bot. Diese wurde nunmehr als typische betrachtet und mit ihren Reductionszahlen der Berechnung der Material- und Erzeugnismengen bei den Unternehmungen mit abweichenden und daher bedenklichen Angaben zu Grunde gelegt.

Soweit es sich constatiren lässt, führten diese Combinationen zu entsprechenden Resultaten; wenigstens zeigten die in einzelnen Industriezweigen von der Kammer zur Controle der Berechnungen vorgenommenen Einvernehmungen von Sachverständigen und der Vergleich mit den Productionsausweisen der Gefällsverwaltung in den oberwähnten Industrien, deren Erzeugnisse den Gegenstand indirecter Besteuerung bilden, dass die Berechnungen der Kammer zu einem annäherungsweise richtigen Ergebnisse führten. Selbstverständlich schliesst dies selbst weitgehende Irrthümer in anderen Industriezweigen, für welche die Möglichkeit derartiger Controlen nicht bestand, nicht aus, so dass die Productionsstatistik trotz der darauf verwandten Mühe und Sorgfalt der nothwendigen Sicherheit entbehrt.

Jedenfalls zeigt die Darlegung des von der Wiener Kammer bei der Erhebung des Jahres 1890 beobachteten Vorganges, wie wenig die Instruction mit ihren allgemein gehaltenen Vorschriften den Schwierigkeiten der Aufgabe gerecht wurde, die sie den Kammern stellte; ein wie weites Feld gerade bei den für das Ergebniss der Aufnahme massgebenden Einzelheiten der Aufnahme dem eigenen Ermessen der Kammern überlassen blieb; wie ungeeignet endlich das von der Instruction vorgeschriebene schriftliche Verfahren für eine Gewerbeaufnahme ist. Schon für die vollständige Beschaffung des Urmaterials war ein Zeitraum von mehr als drei Vierteljahren erforderlich, bei einer Erhebung, die sich auf rund 7000 Betriebe erstreckte. Dazu kommt der immense Aufwand an Zeit und Mühe, den die Prüfung und Ergänzung des Materials erforderte, so dass die Publication der Zählungsergebnisse erst im Jahre 1894 erfolgen konnte.

Dass die Instruction für die nach dem Stande vom 31. December 1890 vorzunehmende Zählung

den Kammern erst mit Anfang Juli 1891 zukam, trug gleichfalls das Seine zur Verzögerung der Publication, wie zur Erhöhung der Schwierigkeiten, denen die Aufnahme begegnete, bei. Ein befriedigender Zustand der österreichischen Gewerbestatistik war somit auch durch die Instruction vom Jahre 1890 nicht geschaffen worden.

Die directe Erhebung lieferte trotz ihrer Beschränkung auf die Fabriksindustrie nur ein ungenügendes Ergebniss, wobei die Mangelhaftigkeit des der Aufnahme zu Grunde liegenden Erwerbsteuerekatasters, Lücken und Fehler der Instruction und infolge dessen ungleichmässiges, wie auch theilweise nicht entsprechendes Vorgehen der Kammern zusammenwirkten; für die Handels- und Verkehrsunternehmungen und für das gesammte Kleingewerbe, das bei der Bedeutung, die es in Oesterreich noch besitzt, und im Hinblick auf die Bestrebungen, gesetzgeberische Massnahmen zu seinen Gunsten herbeizuführen, eingehendster Behandlung bei gewerbestatistischen Arbeiten vor Allem bedarf, liegen lediglich die dürftigen und, wie erwähnt, theilweise unrichtigen Angaben des Erwerbsteuerekatasters vor, welche bloss Standort, Zahl und Art — die Letztere nur, soweit sie durch die officiële Bezeichnung des Gewerbes in der Anmeldung gekennzeichnet ist — der vorhandenen Betriebe festzustellen erlauben; die Hausindustrie endlich, welche in manchen Industriezweigen die Fabriksindustrie an Bedeutung für die Gesamtproduction weit übertrifft, entglitt der Erfassung vollständig. Und so blieb denn die zeitgemässe Reform der österreichischen Gewerbestatistik abermals ein unerfüllter Wunsch, der sich um so stärker geltend machte, je mehr die neu auftauchenden Fragen der praktischen Gewerbepolitik eine Aufhellung der thatsächlichen Zustände geboten erscheinen liessen.

II.

Die Reform der Gewerbestatistik auf der Secretärconferenz vom Juni 1895.

Die Secretärconferenz von 1895. — Die Instruction zur Führung der Gewerbekataster. — Der Entwurf einer Instruction für den Quinquennalbericht 1890—1895. — Die Gewerbebetriebsaufnahme. — Umfang der Erhebung. — Zählungseinheit. — Das Aufnahmeverfahren. — Fragebogen. — Erhebungsliste und Vorerhebung. — Verfahren im Sitze der Kammern und in grösseren Orten. — Auf dem Lande. — Die statistischen Commissäre. — Controlverfahren. — Zusammenstellungsformulare und Classification. — Productionsstatistik. — Staatsbetriebe und Hausirgewerbe. — Hausindustrie. — Finanzielle Schwierigkeiten. — Gegenvorschlag einer Verbindung mit der Volkszählung.

Der unbefriedigende Zustand der Gewerbestatistik, der bei der Zusammenstellung des von den Kammern gelieferten Materiales zu einer Reichsstatistik schroff hervortrat, gab dem Handelsministerium, in welchem die Leitung des statistischen Departements mittlerweile in andere Hände übergegangen war, Anlass, im Frühjahr 1894 die Handels- und Gewerbekammern zur Aeussderung darüber aufzufordern, ob und welche Punkte der bei der letzten Berichterstattung in Anwendung gebrachten Instruction reformbedürftig erschienen, welche Vorkehrungen nothwendig wären, um die bevorstehende Erhebung zu einer möglichst genauen und correcten zu gestalten und welche Wünsche in sonstiger Hinsicht bezüglich des in Rede stehenden Gegenstandes etwa noch bestünden.

In den Antworten der Kammern wurde die Reformbedürftigkeit der Instruction nahezu allseitig hervorgehoben. Unter den darin enthaltenen concreten Vorschlägen sind namentlich jene der Wiener Handels- und Gewerbekammer hervorzuheben, da sie, von ihrem statistischen Bureau noch näher detaillirt, die Grundlage der Entwürfe bildeten, zu deren Berathung das Handelsministerium im Juni 1895 eine Conferenz der österreichischen Handelskammersecretäre berief, an der auch Vertreter der statistischen Centralcommission und der Ministerien des Innern, des Ackerbaues und der Finanzen als der an der Sache theilnehmenden Centralstellen theilnahmen.*)

Von den beiden Entwürfen, mit denen sich diese Conferenz zu beschäftigen hatte, betraf der erste die Instruction zur Führung der Gewerbekataster.

Er fand, von verschiedenen Abänderungen in Einzelheiten abgesehen, die nahezu ungetheilte Billigung der Conferenz und wurde kurz nach deren Schluss, mit Ministerialerlass vom 18. Juli 1895, Z. 39.628, in Wirksamkeit gesetzt.

Bis dahin gründeten sich, wie bereits erwähnt, die Gewerbekataster der Kammer entgegen der Vorschrift des Gesetzes, ausschliesslich auf die Mittheilungen der Steuerbehörden über die Vorschreibung, Herabsetzung und Abschreibung der Erwerb- und in manchen Kammerbezirken auch der Einkommensteuer. Nach der neuen Instruction gehen den Kammern ausserdem auch regelmässige Mittheilungen der Gewerbebehörden über die analogen im Sinne der Gewerbeordnung vorzunehmenden Amtshandlungen zu. Das österreichische Gewerberecht bindet nämlich den Antritt eines Gewerbes an die vorherige Anmeldung desselben bei der Gewerbebehörde (politische Behörde erster Instanz) und die hierüber erfolgende Ausstellung eines Gewerbescheines oder einer Concession; ebenso wird der Gewerbebehörde das Aufhören des Betriebes bekannt, indem derselbe entweder bei ihr selbst oder bei der Steuerbehörde abgemeldet wird, in welch' letzterem Falle ihr eine Verständigung zukommt; ausserdem muss die (in gewissen Fällen sogar vorgeschriebene) Bestellung eines Stellvertreters (Geschäftsführers), die Verpachtung des Gewerbes oder dessen Wiederbetrieb nach vorausgegangener Verpachtung, der vom Gesetze auf Grund des alten Gewerbescheines ohne Neuanmeldung gestattete Fortbetrieb eines Gewerbes nach dem Tode des Inhabers für Rechnung seiner Witwe oder der minderjährigen Erben, endlich

*) Vgl. Protokoll über die am 20., 21., 22., 24. und 25. Juni 1895 zu Wien abgehaltenen Berathungen der Secretäre der Handels- und Gewerbekammern, Wien 1895, Verlag der k. k. Hof- und Staatsdruckerei. Dasselbe enthält auch alle Entwürfe.

die Verlegung oder Neuerrichtung von Betriebsstätten der Gewerbebehörde gemeldet werden. Besonderen, strengeren Bestimmungen unterliegen die Hausirer, denen die Gewerbebefugnis jeweils nur für ein Jahr erteilt und nach dessen Ablauf für die gleiche Dauer verlängert wird. Bei gewissen Uebertretungen der gesetzlichen Vorschriften tritt Entziehung der Hausirbefugnis ein. Analoges Vorschriften unterliegen auch die übrigen auf Grund besonderer Lizenzen im Umherwandern ausgeübten Gewerbe. Ueber alle diese Vorkommnisse (Ertheilung von Gewerbescheinen und Concessionen; Abmeldung von Gewerben; Veränderungen im Gewerbebetriebe; Ausstellung, Verlängerung und Entziehung von Hausirbefugnissen und Wanderlizenzen) sind nach dem Instructionsentwurfe Zählblätter auszufertigen und den Kammern zuzusenden. Die Gesamtheit jener Zählblätter, welche die Ertheilung (bzw. Verlängerung) eines Gewerbescheines, einer Concession oder Hausirbefugnis oder eine Veränderung im Gewerbebetriebe zum Gegenstande haben, bildet das Kataster. Die Verständigungen über die Vorschreibung der Erwerbsteuer, die den Kammern mit Rücksicht auf die Führung ihrer Wählerlisten und die Bemessung ihrer Umlagen unentbehrlich sind, gehen denselben nach wie vor zu und finden durch Eintragungen in die Rubriken der Rückseite des Zählblattes Verwerthung. Für jene Betriebe, welche der Gewerbeordnung nicht unterliegen (z. B. Banken, Sparcassen, Creditanstalten, Versicherungsanstalten, Eisenbahn- und Dampfschiff-Unternehmungen etc.), jedoch der Erwerbsteuer unterworfen sind, bilden sie, wie früher alle Betriebe, gleichzeitig die Grundlage der Evidenzhaltung. Für solche Unternehmungen werden auf Grund der Steuerlisten blaue Zählblätter ausgefertigt und in das Kataster eingelegt; in allen übrigen Fällen tritt jedoch der Betrieb nicht mehr wie früher erst mit dem Zeitpunkte der endgültigen, oft erst nach Jahren erfolgenden Steuerbemessung, sondern mit dem Momente der Ertheilung des Gewerbescheines, der mit jenem der Betriebseröffnung fast immer zusammenfällt, in das Kataster ein, so dass dessen Uebereinstimmung mit dem jeweiligen thatsächlichen Stande der Gewerbe in hohem Masse gesichert ist. Ebenso findet das Ausscheiden aus dem Kataster nicht erst mit dem Momente der Steuerabschreibung statt; das Zählblatt wird vielmehr schon beim Einlangen der Verständigung von der Abmeldung des Gewerbes aus dem Kataster entfernt und abgesondert, im sogenannten Kataster B., solange auf-

bewahrt, bis eine Verständigung über die Abschreibung der Steuer oder über deren Verweigerung einlangt, welche eintritt, sobald die gepflogenen Erhebungen den thatsächlichen Fortbetrieb des Gewerbes ergeben. Im ersten Falle wird das Zählblatt definitiv abgelegt, im zweiten wieder in das Kataster eingereiht. Von welcher Bedeutung die Loslösung der Katasterführung von der Besteuerung ist, zeigt der Umstand, dass nach der bereits auf Grund des neuen Katasters vorgenommenen Zählung der Gewerbe Niederösterreichs vom 31. December 1896 (Heft 1 der statistischen Mittheilungen der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer) mit diesem Zeitpunkte 13.713 mit einer Steuer noch nicht bemessenen Gewerbe in Evidenz standen.

Der im Zeitpunkte des Ueberganges zur neuen Katasterführung in den Erwerbsteuerregistern eingetragene Bestand von Gewerben wurde selbstverständlich auf Formulare der neu vorgeschriebenen Art umgelegt und in das neue Kataster aufgenommen.

Zur Controle der Katasterführung dient der fortlaufende Vergleich mit dem Firmenregister.

Besondere Vorschriften betreffen endlich die Vornahme von Auszählungen aller im Kataster enthaltenen Gewerbe, die von fünf zu fünf Jahren vorzunehmen sind und die Herstellung jährlicher Ausweise über die Bewegung im Stande der Gewerbe.

Mit dieser durchgreifenden Umgestaltung des Gewerbekatasters war zugleich eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Reform der Quinquennalberichterstattung der Kammern gegeben.

Der zweite, der Secretärsconferenz vorgelegte Entwurf bezog sich zunächst nur auf den für das Jahrfünft 1890—1895 zu erstattenden Bericht, dessen Hauptinhalt die Ergebnisse einer mit dem 1. Juni 1896 als Stichtag zu veranstaltenden Gewerbebetriebsaufnahme bilden sollten.

Die Grundzüge der auf diese Betriebsaufnahme bezüglichen Vorschriften des Instructionsentwurfes seien unter Berücksichtigung der im Laufe der Berathungen daran vorgenommenen, das Wesen der Sache übrigens nicht betreffenden Aenderungen im Folgenden wiedergegeben.

Was zunächst den Umfang der Erhebung betrifft, so sollte sich dieselbe im Gegensatze zu den bisherigen, auf die Grossindustrie beschränkten Aufnahmen auf alle Erzeugungs-, Handels- und Verkehrsgewerbe einschliesslich der Wandergewerbe, der Staatsbetriebe und der als Annex eines Bergbaues, einer Eisenbahn- oder sonstigen Transport-

unternehmung betriebenen industriellen Anlagen, wie Hüttenwerke, Verkokungsanstalten, Briquettefabriken, Bergschmieden, Maschinenwerkstätten, Werften etc. erstrecken.

Innerhalb des so abgegrenzten Erhebungsgebietes war als Einheit jeder Gewerbebetrieb zu zählen, welcher nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung den Gegenstand der Ausstellung eines besonderen Gewerbescheines, beziehungsweise der Verleihung einer besonderen Concession oder bei Gewerben, die der Gewerbeordnung nicht unterliegen, den Gegenstand einer besonderen Steuervorschreibung (z. B. Privilegieninhaber, landwirthschaftliche Nebengewerbe u. dergl.) bildet. Jedem Gewerbetreibenden sind daher im Allgemeinen soviel Fragebogen zur Ausfüllung zu übermitteln, als er Gewerbescheine oder Concessionen, beziehungsweise Steuerscheine besitzt. Von dieser Regel gelten jedoch folgende Ausnahmen:

I. Ausfertigung eines Fragebogens für mehrere auf Grund besonderer Concessionen betriebene Gewerbe.

Betreibt ein und derselbe Unternehmer beziehungsweise ein und dieselbe Firma mehrere Gewerbe auf Grund eigener Gewerbescheine oder Concessionen für jedes derselben, jedoch in der Art, dass sie sämmtlich zur Herstellung eines einheitlichen Endproductes zusammenwirken, ohne selbst marktfähige Halbfabricate zu liefern, und ausserdem in einem räumlich zusammenhängenden und einheitlich organisirten Betriebe vereinigt sind, so ist nur ein einziger Fragebogen für diesen Gesamtbetrieb auszufertigen (so z. B. bei einer Wagenfabrik, die auf Grund besonderer Gewerbescheine für Wagenschmiederei, Wagnerei, Sattlerei, Wagenlackirerei etc. betrieben wird).

II. Ausfertigung besonderer Fragebogen für mehrere, auf Grund eines einzigen Gewerbescheines betriebene Gewerbe.

1. Vom Hauptbetriebe räumlich vollkommen getrennte Zweigniederlassungen (Filialen), Niederlagen oder Factoreien sind unter allen Umständen bei der Zählung als selbständige Betriebe anzusehen und zum Gegenstande besonderer Nachweisung auf eigenen Fragebogen zu machen, gleichviel, ob sie auf Grund eines eigenen Gewerbescheines betrieben werden oder nicht.

2. Lautet ein Gewerbeschein gleichzeitig auf mehrere Gewerbe (wie z. B. Mahl- und Sägemüller,

Müller und Bäcker, Gastwirth und Fleischer, Pfäidler und Wirkwaarenhändler), so ist dem betreffenden Gewerbetreibenden für jedes dieser cumulativ angemeldeten Gewerbe ein besonderer Fragebogen auszufertigen, insoweit nicht Punkt I auch bei Vorhandensein mehrerer Gewerbescheine eine einheitliche Zählung vorschreibt.

3. Ebenso ist vorzugehen, wenn verschiedenartige Gewerbe auf Grund eines allgemein gehaltenen Gewerbescheines oder zur vollständigen Herstellung des in dem Gewerbescheine genannten Productes oder zur Bedeckung des eigenen Bedarfes an irgend welchen Gegenständen oder Arbeiten durch ein und denselben Gewerbeinhaber unter einem Gewerbescheine vereinigt betrieben werden, ohne jedoch derart zu einem einheitlichen Ganzen verschmolzen zu sein, dass eine Trennung unmöglich und sinnwidrig wäre, wie in den unter Punkt I angeführten Fällen. Hierher gehören beispielsweise: Metallwaarenfabriken, welche sich etwa zusammensetzen aus einem Walzwerke für Bleche und Drähte aus Kupfer, Messing und Pakfong, einer Patronenhülsenfabrik, einer Fabrik von diversen Messing- und Broncewaaren; Wollwaaren, Baumwollwaaren und Leinenwaarenfabriken, Webereien, Fezfabriken und ähnliche Betriebe, welche eine Spinnerei, Weberei, Appretur, Färberei und Druckerei oder wenigstens einzelne dieser Gewerbszweige in sich vereinigen; Handschuhfabriken, welche mit einer Weissgärerei und Fellfärberei verbunden sind, Hausschlossereien und Maschinenreparaturwerkstätten von Spinnereien, Brauereien, Papierfabriken etc., sofern eine eingerichtete Werkstätte dafür vorhanden ist; Haussattlereien und Hausschmieden von Transportunternehmungen; Maschinenfabriken und Reparaturwerkstätten von Bahnen etc.

III. Besondere Bestimmungen für Hüttenwerke und industrielle Anlagen, die auf Grund einer Bergbauberechtigung betrieben werden.

Für Hüttenwerke, Verkokungsanstalten, Briquettefabriken, Maschinenwerkstätten, Bergschmieden und sonstige industrielle Anlagen, die auf Grund einer Bergbauberechtigung betrieben werden, ist gleichfalls ein besonderer Fragebogen auszufertigen, ohne Rücksicht darauf, ob sie mit einer besonderen Steuer belegt sind oder nicht.

Die Erhebung beschränkt sich hienach auf den förmlich etablirten, anmeldepflichtigen Gewerbebetrieb. Alle Beschäftigungen ge-

werblicher Natur, welche einer Anmeldung nicht unterliegen, gelten nicht als selbständige Betriebe und bleiben von der Zählung ausgeschlossen. Es kommen hier namentlich drei Kategorien in Betracht.

1. Die unselbständigen Heimarbeiter, welche ihre Beschäftigung nicht wie die verlegten Meister auf Grund einer eigenen Gewerbebefugnis, sondern als Arbeiter eines anderen Unternehmers, wenngleich in ihrer eigenen Wohnung, ausüben, oder ihr lediglich als einer häuslichen Nebenbeschäftigung, z. B. während der Wintermonate obliegen.

2. Personen, welche als häusliche Nebenbeschäftigung gelegentlich, oder während bestimmter Jahreszeiten die Herstellung gewerblicher Producte betreiben und diese Erzeugnisse selbständig absetzen, wie z. B. die Bauern einiger Gebirgstäler Niederösterreichs, welche während der Wintermonate Scheffel und Bottiche erzeugen und sie auf den Märkten der Umgebung verkaufen.

3. Die unselbständigen Störarbeiter, das sind Personen, welche sich für die Verrichtung unqualificirter oder gewerblicher Arbeit an Private oder in Familien verdingen, wie z. B. Wäscherinnen, Scheuerfrauen, Näherinnen u. A. m.

Auf den ersten Blick hin könnte es scheinen, dass der Ausschluss dieser Kategorien willkürlich und in allzu starker Betonung des formalen Momentes der Gewerbeanmeldung erfolgt sei. Er entbehrt jedoch keineswegs der inneren Begründung, denn er betrifft entweder Personen, welche rechtlich und social die Stellung unselbständiger Arbeiter einnehmen (im Falle 1), oder Beschäftigungen, die des gewerbmässigen Charakters entbehren (im Falle 2), oder Fälle, in denen gleichzeitig beides zutrifft (im Falle 3).

Rücksichten zählungstechnischer Natur traten hinzu. Die Sicherung eines gleichmässigen Vorganges seitens der verschiedenen Erhebungsorgane liess es wünschenswerth erscheinen, den Begriff der Zählungseinheit an unzweifelhafte und ohne besondere Mühe festzustellende, verwaltungs-

rechtliche Merkmale zu knüpfen, statt seine Fixirung auf Grund einer allgemeinen Definition den Zählungsorganen selbst zu überlassen. Ausserdem sind die Verhältnisse dieser untersten Kategorien gewerblicher Arbeiter der statistischen Erfassung schwerer zugänglich als die etablirten Gewerbebetriebe; es ist unmöglich, sie mit dem gleichen Fragebogen zu treffen wie diese; eine Reihe der wichtigsten Angaben, insbesondere auf dem Gebiete der Heimarbeit ist rein statistisch überhaupt nicht zu erlangen; und endlich ist die Furcht, dass die statistische Aufnahme der Vorläufer einer Besteuerung oder sonstiger unangenehmer Massregeln von Seite des Staates sein könnte, und infolge dessen das Streben, sich der Erhebung zu entziehen, gerade bei diesen kleinsten Organismen der Volkswirtschaft im erhöhten Masse vorhanden, so dass die Gefahr lückenhafter Erhebung bei ihrer Einbeziehung unmittelbar drohend erscheint. Unter diesen Umständen zog man es vor, die Betriebsaufnahme in der angegebenen Weise auf den etablirten Gewerbebetrieb zu beschränken und die gesammte Heimarbeit, sowie die häusliche Nebenbeschäftigung gewisser Bevölkerungskreise einer besonderen, im Anschlusse an die Betriebsaufnahme durchzuführenden Erhebung zu unterziehen, während die unselbständige Störarbeit, ebenso wie die von den Familiengliedern selbst verrichteten Arbeiten des Nähens, Waschens, Kochens etc. ganz ausserhalb des Kreises der gewerblichen Thätigkeit fällt.

Zur einer eingehenderen Begründung dieses Standpunktes der Instruction wird übrigens der Verlauf der weiteren Erörterung noch Gelegenheit geben.



Hinsichtlich des Aufnahmeverfahrens bestimmte die Instruction, dass die Erhebung durch directe Befragung der Gewerbetreibenden mittelst eines zur Ausfüllung zu übermittelnden und in bestimmter Frist wieder einzusammelnden Fragebogens zu erfolgen habe.

Für den Fragebogen war folgender Wortlaut in Aussicht genommen:

Fragebogen Nr.

Handels- und Gewerbekammer in

Betriebszählung vom 5. Juni 1896.

 Dieser Fragebogen ist nach seiner Ausfüllung in der Betriebsstätte des nachstehend bezeichneten Gewerbes bis zur Abholung aufzubewahren. 

Firma oder Name des Geschäftsinhabers und Art des Betriebes:

Bezirkshauptmannschaft:

Ortschaft:

Gerichtsbezirk:

Strasse oder Platz:

Haus-Nr.

Ortsgemeinde:

Zahlbezirk Nr.

Dieser Fragebogen, dessen Nachweisungen zur Verfassung einer allgemeinen österreichischen Gewerbestatistik dienen soll, ist in allen Punkten **genau und wahrheitsgetreu** auszufüllen und sodann in der Betriebsstätte des in der Ueberschrift bezeichneten Gewerbes zur Ablieferung an das mit der Einsammlung betraute, amtlich legitimierte Organ bereit zu halten.

Die **Geheimhaltung** dieses Fragebogens und seine **ausschliessliche Verwendung** zu statistischen Zusammenstellungen wird von der unterzeichneten Kammer verbürgt; überdies ist die Ueberlassung oder Mittheilung der darin gemachten Angaben an Finanzbehörden durch die Ministerial-Verordnung vom **ausdrücklich untersagt**.

Die Handel- und Gewerbetreibenden sind zur Gewährung der hier verlangten Auskünfte nach § 3 des Gesetzes vom 29. Juni 1868, R.-G.-Bl. Nr. 85, über die Organisation der Handels- und Gewerbekammern **verpflichtet** und wird im Falle der Verschleppung oder Verweigerung der Ausfüllung oder der Abgabe unwahrer Auskünfte im Sinne der bestehenden Vorschriften mit Strafen vorgegangen werden.

....., im Mai 1896.

Von der Handels- und Gewerbekammer.

Der Präsident:
N. N.

Der Secretär:
N. N.

I. Wer ist der Inhaber des in der Ueberschrift bezeichneten Gewerbes (Vor- und Zuname oder sonstige Bezeichnung)?

NB. Bei Gewerben, die sich im Besitze einer einzelnen Person befinden, ist der Vor- und Zuname dieser, bei solchen, die im gemeinsamen Besitze mehrerer Personen stehen, der Vor- und Zuname aller dieser Personen, bei Gewerben endlich, die sich im Besitze einer juristischen Person, wie einer Actiengesellschaft, einer Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft, eines Vereines, einer Stiftung, eines öffentlichen Fonds, einer Gemeinde, des Landes oder Staates befinden, die genaue Bezeichnung dieser Körperschaft anzugeben.

II. Ist das in der Ueberschrift bezeichnete Gewerbe **verpachtet** (ja oder nein)?
(Vor- und Zuname)?

Wenn ja, wer ist der Pächter

III. Wird das Gewerbe unter einer handelsgerichtlich protokollierten Firma betrieben (ja oder nein)?
ja, unter welcher?

Wenn

IV. Genaue Angabe der Art des in der Ueberschrift bezeichneten Gewerbebetriebes:

Welches sind die **wichtigsten** darin vorkommenden **Erzeugnisse, Arbeiten oder Handelsartikel**? (Wo die Angabe des Materiales zur Charakterisirung des Gewerbes nothwendig ist, ist auch diese beizufügen, zum Beispiele Seidensamnte, Wollwaren aus Kammgarn [beziehungsweise Streichgarn], Galanteriewaaren aus Messing, Pakfong und Bronze, Puppenköpfe aus Porzellan.)

V. Betreiben Sie das in der Ueberschrift bezeichnete Gewerbe in einer festen **Betriebsstätte** (ja oder nein)? oder als **Marktfirantie** (ja oder nein)? oder im **Umherziehen** (ja oder nein)?VI. Ist das in der Ueberschrift genannte Gewerbe gegenwärtig (am 5. Juni 1896) **gänzlich ausser Betrieb** (ja oder nein)?

Wenn ja, ist der Nichtbetrieb voraussichtlich ein **dauernder** oder ein **vorübergehender**?

Haben Sie für dasselbe trotz des Nichtbetriebes eine **einggerichtete Betriebsstätte** (ja oder nein)?

Was ist

der **Grund** des Nichtbetriebes?

VII. Wird der Betrieb regelmässig in einer bestimmten Jahreszeit (**totde Saison**) **gänzlich unterbrochen** (ja oder nein)?

Wenn ja, in welchen Monaten?

Wenn keine derartige **gänzliche Betriebsunterbrechung** regelmässig eintritt, ist das Gewerbe das ganze Jahr hindurch in **gleichmässigem** Betriebe (ja oder nein)? Wenn nein, in welchen Monaten tritt eine Einschränkung des Betriebes ein?

VIII. Ist der in der Ueberschrift genannte Betrieb die **Zweigniederlassung** (Filiale), **Factorei** oder **Niederlage** eines anderen Betriebes (ja oder nein)? Wenn ja, geben Sie die **genaue Bezeichnung** und **Adresse** der Hauptniederlassung an:

2. Seite des Fragebogens.

IX. **Besitzt** der in der Ueberschrift genannte Betrieb **Zweigniederlassungen** (Filialen), **Factoreien** oder **Niederlagen** in demselben oder in anderen Orten (ja oder nein)? Wenn ja, geben Sie die **genaue Bezeichnung** und **Adresse** jeder Ihrer Zweigniederlassungen (Filialen), Factoreien oder Niederlassungen an:X. Betreiben Sie ausser dem in der Ueberschrift genannten auch noch **andere Gewerbe**, die keine Zweig- oder Hauptniederlassungen desselben sind (ja oder nein)? Wenn ja, geben Sie die **genaue Bezeichnung** und **Adresse** jedes dieser Gewerbe an:XI. Wird in dem in der Ueberschrift bezeichneten Gewerbe **gewerbliches Hilfspersonal** verwendet (ja oder nein)?

Wenn ja, ist dieses Hilfspersonal **ausschliesslich** oder doch **hauptsächlich** in dem in der Ueberschrift bezeichneten Gewerbe thätig (ja oder nein)? oder werden die Arbeiten, welche in dem in der Ueberschrift bezeichneten Gewerbe zu verrichten sind, von dem Personal eines Ihrer übrigen Gewerbebetriebe **nebenbei** besorgt (ja oder nein)?

Bei Bejahung dieser letzteren Frage entfällt die Beantwortung der Fragen XII und XIII in diesem Fragebogen. Wollen Sie jedoch dafür hier angeben, **von welchen Ihrer übrigen Gewerbe** aus die Arbeiten für das in der Ueberschrift bezeichnete besorgt werden:

XII. **Zahl der Personen**, welche am **5. Juni 1896** in den Werksstätten, Fabriks- oder Arbeitsräumen, auf den Arbeitsplätzen, in den Comptoirs, Geschäfts- und Lagerräumen des Betriebes, auf Bauten oder zur Ausführung von Aufträgen bei Kunden, auf Schiffen oder Fahrzeugen des Geschäftes, ferner als Geschäftsreisende, Austräger, Fuhrleute etc. verwendet werden.

NB Die in Frage I genannten **Gewerbsinhaber**, beziehungsweise die in Frage II genannten **Pächter** sind dabei unter dem Personale nicht mitzuzählen; dagegen sind **Familienmitglieder** des Gewerbeinhabers, welche im Gewerbe regelmässig thätig sind, je nach der Arbeitsstellung, die sie darin einnehmen, unter den übrigen Beamten und Angestellten, unter dem untergeordneten Hilfspersonal oder den gewerblichen Arbeitern einzureihen; so zum Beispiel die als Cassierin und Buchhalterin thätige Gattin des Gewerbeinhabers oder Pächters unter den kaufmännischen Beamten und Angestellten [Punkt 1], der als Gehilfe thätige Sohn unter den gewerblichen Arbeitern und Gehilfen [Punkt 3a] u. s. w.

1. Besoldete Directoren, Betriebs- und Geschäftsleiter, technische und kaufmännische Beamte und Angestellte, wie Ingenieure, Chemiker, Betriebsbeamte, Zeichner, Dessinateure, Buchhalter, Comptoiristen, Cassiere, Geschäftsreisende, Commis, Verkäufer, Verkäuferinnen, Cassierinnen, kaufmännische Praktikanten und Handelslehrlinge etc.....	{	im Alter von weniger als 16 Jahren	männliche	weibliche
		im Alter von 16 bis 24 Jahren	männliche	weibliche
		im Alter von mehr als 24 Jahren	männliche	weibliche
2. Untergeordnetes Dienstpersonal des Geschäftes, wie Geschäftsdienner, Scontisten, Laufburschen, Portiere, Hausmeister, Einsammler, Austräger, Packer, Faquinc, Hausknechte, Fuhrleute, Aufwärterinnen, Dienstboten für das Geschäft etc.....	{	im Alter von weniger als 16 Jahren	männliche	weibliche
		im Alter von 16 bis 24 Jahren	männliche	weibliche
		im Alter von mehr als 24 Jahren	männliche	weibliche
3. Gewerbliche Arbeiter und Gehilfen, wie Gesellen, Gehilfen, Arbeiter, Arbeiterinnen, Hilfsarbeiter u. Hilfsarbeiterinnen, gewerbliche Tagelöhner und Tagelöhnerinnen, Kellner u. Kellnerinnen, Köche etc., und zwar:	a) Werkmeister, Gehilfen, Arbeiter und Tagelöhner aller Art	im Alter von weniger als 16 Jahren	männliche	weibliche
		im Alter von 16 bis 24 Jahren	männliche	weibliche
		im Alter von mehr als 24 Jahren	männliche	weibliche
	b) Lehrlinge	im Alter von weniger als 16 Jahren	männliche	weibliche
		im Alter von 16 bis 24 Jahren	männliche	weibliche
		im Alter von mehr als 24 Jahren	männliche	weibliche

Summe aller im Betriebe bediensteten Personen männliche weibliche

XIII. Für alle Erzeugungsgewerbe, welche weniger als 20 Hilfsarbeiter beschäftigen, wolle angegeben werden: wie viele unter den darin beschäftigten gewerblichen Arbeitern (Frage 12, Punkt 3) sind handwerksmässig ausgebildete Gehilfen (Gesellen)? männliche weibliche.

3. Seite des Fragebogens.

XIV. Erzeugen Sie die Waaren, welche den Gegenstand Ihres Geschäftsbetriebes bilden, ausschliesslich in Ihren eigenen Geschäfts- oder Arbeitsräumen (auf Arbeitsplätzen bei Kunden) allein oder mit Hilfe der in Frage XII angeführten Arbeitskräfte (ja oder nein)? Im Falle der Verneinung dieser Frage oder wenn Sie lediglich einen Handel mit Waaren betreiben, beantworten Sie folgende Fragen:

1. Beziehen Sie Waaren von Händlern oder aus Fabriken (ja oder nein)?

2. Kaufen Sie Waaren im fertigen Zustande ohne vorausgegangene Bestellung von Kleingewerbetreibenden oder von hausindustriellen Arbeitern oder Arbeiterinnen, wie zum Beispiel: Sitz- oder Hausgesellen, Strickerinnen, Häklerin, Näherinnen, Stickerinnen, Hausweben und anderen Personen, die in eigener Wohnung, gleichgiltig, ob in Ausübung einer Haupt- oder Nebenbeschäftigung, gewerblich thätig sind (ja oder nein)?

Welche Waaren beschaffen Sie auf diese Weise?

In welchen Orten befinden sich die an Sie liefernden Kleingewerbetreibenden oder Hausindustriellen?

Liefern Sie denselben das Rohmaterial für ihre Erzeugnisse (ja oder nein)?

3. Lassen Sie in Ihrem Auftrage und für Ihre Rechnung ausser Hause von Kleingewerbetreibenden oder von hausindustriellen Arbeitern oder Arbeiterinnen, wie zum Beispiel Sitz- oder Hausgesellen, Strickerinnen, Häklerin, Näherinnen, Stickerinnen, Hauswebern etc., Waaren anfertigen oder Arbeiten verrichten (ja oder nein)?

Welche Waaren oder Arbeiten lassen Sie auf diese Weise anfertigen?

In welchen Orten befinden sich die von Ihnen derart beschäftigten Kleingewerbetreibenden und Hausindustriellen?

- Lassen Sie von denselben Ihnen gehöriges Rohmaterial im Lohne verarbeiten (ja oder nein)?
oder liefern Sie den für Sie arbeitenden Kleingewerbetreibenden und Hausindustriellen Rohmaterial gegen Entgelt (ja oder nein)?
oder verarbeiten diese anderswoher bezogenes Rohmaterial (ja oder nein)?

- XV. Beschäftigen Sie Insassen von Straf- und Besserungsanstalten (ja oder nein)?

Wenn ja, in welchen Anstalten?

- XVI. Verwenden Sie in dem in der Ueberschrift genannten Gewerbe die Kraft irgend eines Motors, wie zum Beispiel Göpel, Tretmühlen, Wasserräder, Turbinen, Locomotiven, Locomobilen, Dampfmaschinen, Gasmotoren, Petroleummotoren, Benzinmotoren, Heissluftmotoren, Druckluftmotoren, Elektrodynamos u. dgl. (ja oder nein)?
Wenn ja, so wollen Sie die näheren Angaben über Ihre Motoren auf einem hierfür bestimmten besonderen Bogen verzeichnen, der, falls er nicht diesem Fragebogen beigegeben ist, Ihnen nachträglich übermittelt werden wird.

- XVII. Sind in dem in der Ueberschrift genannten Gewerbe Dampfkessel vorhanden (ja oder nein)?
Wenn ja, wie viele a) zur Speisung eines Motors?
b) zu anderen Zwecken?

- XVIII. Die folgenden Fragen sind von den Inhabern fabrikmässiger Betriebe, von Gast- und Schankgewerbetreibenden, sowie von Inhabern von Handels- und Verkehrsunternehmungen nicht zu beantworten.

1. Besitzen Sie einen Gassenladen (Verkaufslocal, Verkaufsgewölbe) (ja oder nein)?
2. Arbeiten Sie ausschliesslich unmittelbar für Consumenten (Privatkunden) (ja oder nein)?
oder theilweise für Privatkunden, theilweise für Wiederverkäufer (Händler, Agenten, Fabrikanten, Gewerbetreibende, (ja oder nein)?
oder ausschliesslich für Wiederverkäufer (ja oder nein)?
3. Arbeiten Sie nur über Auftrag (Bestellung) (ja oder nein)?
oder arbeiten Sie theilweise über Auftrag, theilweise auf Vorrath (ja oder nein)?
oder arbeiten Sie ausschliesslich auf Vorrath (ja oder nein)?
4. Erhalten Sie von den Wiederverkäufern, für die Sie arbeiten, Rohmaterial zur Verarbeitung im Lohne bei- gestellt (ja oder nein)?
oder kaufen Sie Ihr Rohmaterial von denselben Händlern, Agenten, Fabrikanten etc., an die Sie fertige Waare liefern (ja oder nein)?

4. Seite des Fragebogens.

- XIX. Im Falle Sie in Ihrem Betriebe zur Feuerung von Dampfkesseln oder Werksöfen u. dgl. Brennmaterialien ver- brauchen, so wollen Sie folgende Tabelle ausfüllen:

A. Verbrauch von Mineralkohlen.

Gattung	Gesamt- verbrauch vom 1. Juni 1895 bis 1. Juni 1896 in Metercentner	In welchen Mengen stammt die von Ihnen verbrauchte mineralische Kohle aus:										
		Nieder- österreich	Oberöster- reich	Böhmen	Mähren	Schlesien	Steiermark	Galizien	dem übrigen Oesterreich	Ungarn	Preussisch- Schlesien	dem Ruhr- gebiet
		Metercentner										
Steinkohle												
Presskohle (Briquetts und Boullots)												
Koks												
Braunkohle												

Torf: Metercentner

1. am 5. Juni 1896 im Betriebe standen,

2. überhaupt in der Betriebsstätte vorhanden waren.

trieb	vorhanden	trieb
-------	-----------	-------

[illegible]

Einlagebogen zu Fragebogen Nr.

betreffend die Verwendung von Motoren.

(Nur zu beantworten im Falle der Bejahung der Frage XVI des Fragebogens.)

I. Führen Sie in Folgendem alle betriebsfähigen Motoren an, welche in der Betriebsstätte des in der Ueberschrift des Fragebogens genannten Gewerbes vorhanden sind, ohne Rücksicht darauf, ob sie sich in oder ausser Betrieb befinden.

NB. Wenn Sie denselben Motor in mehreren Betrieben verwenden, für deren jeden ein besonderer Fragebogen auszufüllen ist, so ist er nur bei einem dieser Betriebe anzuführen, und zwar bei jenem, zu dem er der baulichen Anlage nach gehört, oder, wenn sich dies nicht entscheiden lässt, bei dem wichtigsten dieser Gewerbe; für die übrigen an seiner Benützung theilnehmenden Betriebe ist bloss die Frage III zu beantworten.

- | | | |
|--|--|---|
| 1. Dampfmaschinen, und zwar | a) Locomotiven | { Zahl
mittlere indicirte Pferdekräfte |
| | b) Dampfmaschinen ohne Zwischenmechanismus, wie Dampfhämmer, Dampf-pumpen, Dampfkrahne u. dergl. | { Zahl
mittlere indicirte Pferdekräfte |
| | c) Räderlocomobile | { Zahl
mittlere indicirte Pferdekräfte |
| | d) Transportable Kesselmaschinen | { Zahl
mittlere indicirte Pferdekräfte |
| | e) Stabile Dampfmaschinen | { Zahl
mittlere indicirte Pferdekräfte |
| 2. Wassermotoren, und zwar | a) Wasserräder | { Zahl
Pferdekkräfte bei normalem Wasserstande |
| | b) Turbinen | { Zahl
Pferdekkräfte bei normalem Wasserstande |
| | c) Wassersäulenmaschinen | { Zahl
Pferdekkräfte bei normalem Wasserstande |
| 3. Gasmotoren | | { Zahl
Pferdekkräfte |
| 4. Durch Petroleum, Benzin und ähnliche Brennstoffe betriebene Motoren | | { Zahl
Pferdekkräfte |
| 5. Heissluftmotoren, Druckluftmotoren, Ammoniakmotoren und ähnliche andere | | { Zahl
Pferdekkräfte |
| 6. Durch Thierkraft betriebene Göpel und Tretmühlen | | { Zahl derselben
Zahl und Art der zu ihrem Betriebe verwendeten Thiere |
| 7. Windmotoren, und zwar | a) Zahl der gewöhnlichen Bock- und Holländermühlen | |
| | b) Zahl der amerikanischen Windräder (System Halladay und ähnliche) | |

8. Elektrodynamos: a) primäre Dynamos, das ist solche, die durch Dampf-, Wasser- oder eine andere motorische Kraft betrieben werden und diese in Elektrizität umsetzen:

Zahl

Leistung in Volt-Ampère

b) sekundäre Dynamos, das ist solche, die durch einen anderwärts erzeugten elektrischen Strom betrieben werden und diesen in motorische Kraft umsetzen:

Zahl

Leistung in Volt-Ampère

Leistung in Pferdekraften

9. Sonstige, vorstehend nicht genannte Motoren, als:

II. Dienen die vorstehend aufgeführten Motoren ausschliesslich zum Betriebe des in der Ueberschrift des Fragebogens genannten Gewerbes (ja oder nein)? oder benützen Sie alle oder einzelne der vorstehend angeführten Motoren gleichzeitig auch in einem anderen, Ihnen gehörigen Betriebe (ja oder nein)? Wenn ja, so bezeichnen Sie im Folgenden alle diese Betriebe, für welche Sie die vorstehend aufgeführten Motoren mitverwenden:

oder werden einzelne oder alle vorstehend aufgeführte Motoren auch noch von anderen Gewerbetreibenden mitbenutzt (ja oder nein)? Wenn ja, so führen Sie im Folgenden die Namen, beziehungsweise Firma und Betriebsadresse aller Gewerbetreibenden an, welche an der Benützung dieser Motoren theilnehmen:

III. Verwenden Sie in dem in der Ueberschrift des Fragebogens bezeichneten Gewerbebetriebe die Kraft eines Motors, der in der Betriebsstätte eines anderen Ihnen selbst oder einem Fremden gehörigen Gewerbebetriebes aufgestellt ist (ja oder nein)? Wenn ja, so bezeichnen Sie genau den Gewerbebetrieb, in welchem dieser Motor aufgestellt ist:

Die wahrheitsgetreue Ausfüllung bescheinigt:

(Unterschrift des Gewerbeinhabers.)

An Orten, welche den Sitz einer Kammer bilden, und in deren nächster Umgebung ist die Erhebung unter der unmittelbaren Leitung der Kammern durchzuführen.

Doch bleibt es ihnen freigestellt, auch in anderen Orten ihres Bezirkes, insbesondere in solchen, welche eine grössere Einwohnerzahl besitzen oder bedeutendere Industriezentren sind, oder für bestimmte Gattungen von Betrieben — etwa für die grösseren Fabriken — die Durchführung des Zählgeschäftes selbst in die Hand zu nehmen.

Die erste Vorarbeit für die Durchführung der Aufnahme in diesen Orten bildet die Herstellung einer Erhebungsliste auf Grund des Gewerbekatasters. Zur Richtigstellung derselben hinsichtlich der Adressangaben sollen die Vormerkungen der Ortspolizeibehörde über die An- und Abmeldung der Wohnparteien benützt werden.

Abweichungen von diesem Vorgange bei der Aufstellung der Erhebungsliste können für einzelne Orte mit Rücksicht auf die etwa bestehenden besonderen Verhältnisse von den betreffenden Kammern beim Handelsministerium beantragt werden. Man hatte dabei namentlich grössere Orte im Auge, in denen die Beschaffung der Erhebungsliste durch eine Vorerhebung von Haus zu Haus unter Umständen als der kürzere und mit Rücksicht auf die grössere Häufigkeit des Wohnungswechsels auch besseren Erfolg versprechende Vorgang erschien.

Auf Grund der Erhebungsliste sind sodann die Fragebogen von der Kammer mit der Adresse zu versehen und den zu befragenden Gewerbetreibenden durch eigene Organe der Kammer oder durch die Vermittlung der Gemeindebehörde zuzustellen.

Die Ausfüllung des Fragebogens obliegt den Gewerbetreibenden, welche sodann den ausgefüllten

Bogen in der Betriebsstätte ihres Gewerbes bis zu seiner Abholung aufzubewahren haben. Befinden sich Wohnung und Betriebsstätte nicht in demselben Hause, so ist ausserdem der dem Fragebogen beiliegende Evidenzzettel*) auszufüllen und in der Wohnung zur Abholung bereit zu halten.

Hiedurch sollen Doppelzählungen und Auslassungen, die sich sonst aus der Verschiedenheit von Wohnungs- und Geschäftsadresse leicht ergeben, vermieden werden. Die Einsammlung der Fragebogen geschieht durch besoldete oder freiwillige Zähler.

Sie beginnt mit dem Zählungstage und muss längstens vier Wochen darnach beendet sein. Jeder Zähler erhält einen bestimmten Zählbezirk zugewiesen, dessen einzelne Häuser er in vorgeschriebener Reihenfolge besucht. Vor allem ist bei diesen Besuchen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Erhebungsliste durch Erkundigungen beim Hausbesitzer, Hausverwalter oder anderen geeigneten Persönlichkeiten zu sichern. Nachdem dies geschehen, hat der Zähler alle im Hause wohnhaften oder darin ihr Geschäft betreibenden Gewerbsleute aufzusuchen, die Fragebogen oder Evidenzzettel einzusammeln, sie auf die Vollständigkeit ihrer Ausfüllung zu prüfen, etwaige Lücken und Irrthümer durch entsprechende Fragestellung zu beseitigen und, soweit es möglich ist, auch die materielle Richtigkeit ihrer Ausfüllung durch den Augenschein zu controliren.

Wo die Zählpapiere nicht ausgefüllt abgegeben werden, hat der Zähler selbst auf Grund mündlicher Befragung ihre Ausfertigung zu besorgen.

Wird die Auskunftleistung verweigert, so hat er eine Vormerkung über den angegebenen Grund dieses Vorganges zu machen; auch kann er von der Kammer angewiesen werden, bei den Hausbewohnern oder Nachbarn die entsprechenden Erkundigungen

*) Derselbe hat folgenden Wortlaut:

Im Falle Ihre Wohnung und die Betriebsstätte des in der Ueberschrift bezeichneten Gewerbes sich nicht in demselben Hause befinden, ist dieser

Evidenzzettel zum Fragebogen Nr.

auszufüllen und in Ihrer Wohnung zur Abholung bereit zu halten.

Firma oder Name des Geschäftsinhabers und Art des Gewerbes

Der von mir ausgefüllte Fragebogen erliegt in der Betriebsstätte obgenannten Gewerbes unter folgender Adresse:

Gemeinde (beziehungsweise Gemeindebezirk)

Strasse, Gasse oder Platz: Haus Nr.

..... am Juni 1896.

Unterschrift.

einzuziehen und auf Grund dieser den Fragebogen auszufüllen, in welchem Falle er ihn jedoch in der oberen rechten Ecke mit dem Worte „Erkundigung“ zu bezeichnen hat.

In ähnlicher Weise kann er auch angewiesen werden, für Gewerbebetriebe, deren Angaben unglaubwürdig erscheinen, einen zweiten Fragebogen mit derart ermittelten Angaben auszufüllen.

Während des Zählverfahrens ist das instructionsgemässe Verhalten der Zähler seitens der Kammer durch geeignete Controlorgane fortlaufend zu überwachen.

Die eingesammelten Fragebogen und Evidenzzettel werden sammt den Erhebungslisten seitens der Zähler täglich der Kammer abgeliefert, welche das Vorhandensein von Zählpapieren für alle in der Erhebungsliste verzeichneten Gewerbe und die Uebereinstimmung des abgelieferten Materiales mit den Eintragungen des Zählers in der Erhebungsliste controlirt, für die zwangsweise Beitreibung der verweigerten Auskünfte Sorge trägt und gleichzeitig für diese Betriebe, wie auch für jene mit unverlässlichen Angaben bei den Unfallversicherungsanstalten und Krankencassen die nöthigen Erhebungen zur Feststellung der dort erhältlichen Daten pflegt.

In Gemeinden, in denen die Kammer sich nicht selbst die unmittelbare Leitung des Zählgeschäftes vorbehalten hat, obliegt die Richtigstellung der Erhebungsliste, die Zustellung und Wiedereinsammlung der Fragebogen den Gemeindebehörden.

Daneben ist eine mündliche Beantwortung der Fragebogen durch protokollarische Einvernahme der Gewerbetreibenden vorgesehen, die namentlich in kleinen Gemeinden ländlichen Charakters sich als der kürzeste und beste Vorgang erwiesen hat.

Zur Unterstützung und Controle der Gemeinden bei ihrer Thätigkeit werden denselben statistische Commissäre an die Seite gesetzt, welche die Kammer ernennen und die politische Behörde in Pflicht nimmt.

Deren Aufgabe ist es, bereits vor der Erhebung die Bevölkerung im geeigneten Wege durch Vorträge in Versammlungen, Genossenschaften und Vereinen, durch Einrückungen in den Localblättern und in ähnlicher Weise aufzuklären und vorzubereiten.

Während der Dauer der Aufnahme haben sie über Wunsch in zweifelhaften Fällen Auskunft zu geben, bei der mündlichen Beantwortung von Fragebogen zu assistiren und über Verlangen hiebei auch die Ausfüllung des Fragebogens zu übernehmen.

Ihre eigentliche Thätigkeit aber beginnt erst, nachdem die Erhebung durch die Gemeinden formell abgeschlossen ist.

Sobald dies geschehen, ist das gesammte Erhebungsmaterial dem statistischen Commissär zu übergeben.

Er prüft vorerst die Erhebungsliste selbst auf ihre Vollständigkeit und überzeugt sich dann, ob für jeden darin vermerkten Betrieb ein Fragebogen oder ein Vermerk in der Liste vorliegt, der dessen Fehlen erklärt. Bei etwaiger Lückenhaftigkeit der Erhebung sind die fehlenden Fragebogen bei der Gemeinde zu reclamiren.

Die jede Auskunft verweigernden Gewerbetreibenden versucht er zunächst durch persönliche Einflussnahme zur Ausfüllung eines Fragebogens zu bewegen.

Schlägt dieser Versuch fehl, so hat er durch Erkundigung beim Ortsvorstande, beim Vorsteher der Gewerbe-genossenschaft, der die betreffende Unternehmung angehört, bei Geschäftsleuten oder Bewohnern der Nachbarschaft Daten zu beschaffen, die sodann in einen mit dem Worte „Erkundigung“ zu überschreibenden Fragebogen einzutragen sind, der den übrigen und der Erhebungsliste angeschlossen wird.

Die Liste jener Gewerbetreibenden, welche auf ihrer Weigerung beharren, übermittelt er der Kammer, welche sodann die erforderlichen Schritte zur zwangsweisen Beitreibung der Auskunftleistung einleitet.

Die eingelieferten Fragebogen hat der statistische Commissär einer Durchsicht daraufhin zu unterziehen, ob die einzelnen Fragen vollständig und richtig beantwortet sind. Unvollständig ausgefüllte Fragebogen sind von ihm womöglich durch persönliche Erhebung, sonst durch schriftliche Nachfrage, zu ergänzen.

Auf gleiche Weise ist bei Berichtigung etwaiger Irrthümer, die bei Ausfüllung des Fragebogens unterlaufen sind, zu verfahren.

Wo der statistische Commissär absichtlich falsche Angaben vermuthet, hat er vorerst womöglich durch persönliche Einflussnahme auf den betreffenden Gewerbeinhaber Aufklärung zu suchen und diesen zur Verbesserung seiner Angaben zu bewegen. Bleibt diese fruchtlos, so sind ebenso wie bei der Auskunftsverweigerung die nothwendigen Erkundigungen einzuziehen. Je nach dem Ausfalle derselben ist sodann entweder der Fragebogen als richtig ausgefüllt

anzusehen, oder ein zweiter mit dem Worte „Erkundigung“ zu überschreibender Fragebogen auszufüllen und beizuschliessen.

Die Prüfung der Fragebogen durch die statistischen Commissäre der Kammer soll längstens zwei Monate nach dem Erhebungstage abgeschlossen sein.

Die vom statistischen Commissär ergänzten und verificirten Fragebogen sind von diesem der Gemeindebehörde in versiegeltem Pakete zurückzustellen, welche sie sodann uneröffnet sammt der Erhebungsliste und deren Annexen der betreffenden Handels- und Gewerbekammer ohne Verzug zu übermitteln hat.

Seitens der Kammer wird hierauf, ebenso wie bei der Erhebung durch eigene Zähler, die Vollständigkeit der Aufnahme an der Hand der Erhebungsliste controlirt; etwaige Mängel werden durch die Vermittlung der statistischen Commissäre behoben, für die Auskunftsverweigerer und die Betriebe mit zweifelhaften Angaben die bei den Unfallversicherungsanstalten und Krankencassen erhältlichen Daten beschafft.

Nachdem sämtliche Fragebogen eingelaufen sind und die Aufnahme für den ganzen Kammerbezirk beendet erscheint, werden alle im Besitze der Kammer befindlichen Fragebogen und Evidenzzettel nach der Firma, beziehungsweise nach dem Namen des Gewerbeinhabers alphabetisch gelegt. Sodann ist festzustellen:

1. Ob für jeden der eingelieferten Evidenzzettel auch der dazu gehörige Fragebogen vorhanden ist.

2. Ob für die in einer Erhebungsliste als unbestellbar oder unauffindbar verzeichneten Betriebe, soweit dieselben nicht in andere Kammerbezirke übersiedelt sind, etwa aus einem anderen Zählbezirke Fragebogen eingegangen sind.

Erforderlichenfalls ist der Sachverhalt durch Nachtragserhebungen klarzustellen.

Endlich ist an der Hand der Firmabezeichnung und der Namen der Gewerbeinhaber zu untersuchen, ob die Erhebung keine Doppelzählung enthält.

So oft es sich hiebei herausstellt, dass ein und dieselbe Firma, bzw. ein und derselbe Gewerbeinhaber mehrere Betriebe besitzt, ist zu prüfen, ob bei der Aufnahme die Bestimmungen über die Zählungseinheit beobachtet wurden; bei dieser Gelegenheit wird durch Ausfüllung eines besonderen Zusammenstellungsformulars dafür Sorge getragen, eine Uebersicht über die Vereinigung mehrerer Betriebe in einer Hand und über den Bestand aus mehreren Filialen zusammengesetzter Unternehmungen zu gewinnen.

Falls Theilniederlassungen solcher Unternehmungen im Bezirke einer anderen Kammer sich befinden, ist durch ein Correspondenzverfahren für richtige Zählung gesorgt.

Es folgt nunmehr die materielle Nachprüfung der zweifelhaften Angaben und endlich die Zusammenstellung zu den 11 vorgeschriebenen Tabellen, welche zusammen 275 Spalten enthalten.

Die seit 1873 vorgeschriebene Classification der Gewerbe, welche in vieler Beziehung den Bedürfnissen nichtentsprach, ist gleichfalls einer Revision unterzogen worden, wobei auf den Vergleich mit der österreichischen Berufsstatistik ebenso, wie auf die den deutschen Gewerbezahlungen zu Grunde liegende Eintheilung Rücksicht genommen wurde. Zur Sicherung gleichmässiger Handhabung dieser Classification, welche mittlerweile bei den Katasterarbeiten der Kammern praktische Anwendung gefunden hat und auch von der Durchführungsverordnung zu den neuen Steuergesetzen für ihre Zwecke adoptirt wurde, dient ein systematisches und alphabetisches Verzeichniss der Gewerbebenennungen; auf Grund der Gewerbekataster zusammengestellt, umfasst es 6498 verschiedene Benennungen.

Die Herstellung einer Productionsstatistik wird von dem Instructionsentwurfe abermals nur für eine beschränkte Zahl von Industrien und Artikeln gefordert.

Besondere Vorschriften betreffen die Erhebung der Staatsbetriebe, welche im Correspondenzwege bei den competenten Behörden zu pflegen ist, und die Hausirgewerbe. Bezüglich letzterer sind die erforderlichen Angaben bei der jährlichen Erneuerung der Hausirbewilligung mittelst eigener Formulare zu erheben.

Eine die Ergebnisse der allgemeinen Betriebsaufnahme ergänzende Specialerhebung wurde endlich, wie erwähnt, hinsichtlich der Hausindustrie in Aussicht genommen.

Bei den bisherigen Erhebungen war es sowohl in Oesterreich, als in Deutschland üblich gewesen, den Verleger oder Fabrikskaufmann nach der Zahl der von ihm beschäftigten Hausindustriellen zu fragen.

Nun zeigten jedoch die gemachten Erfahrungen, dass die Zahlenangaben der Verleger über die von ihnen beschäftigten Hausindustriellen äusserst unzuverlässig sind; zum Theil werden absichtlich falsche Angaben gemacht, da der Unternehmer Bedenken trägt, seinen Geschäftsumfang bekannt werden zu

lassen, ohne dass der erhebenden Behörde hiegegen ein ausreichendes Controlmittel zu Gebote stünde; zum Theil befindet sich jedoch der Verleger selbst in Unkenntniss der richtigen Zahl seiner Heimarbeiter, namentlich in jenen Fällen, in denen er nicht direct mit ihnen verkehrt, sondern sich der Vermittlung von Factoren und anderen Zwischenhänden bedient.

Dies tritt namentlich ein, wenn der commercielle Betrieb des Verlegers nicht in dem Industriegebiete, in dem die Heimarbeiter ansässig sind, sondern in irgend einer davon entfernten grösseren Stadt sich befindet; dann schwindet nothwendigerweise jede directe Berührung mit den einzelnen Hausindustriellen; der Factor übernimmt und verrechnet; wie viele und welche Arbeiter er beschäftigt, ist seine Sache und bleibt dem Verleger unbekannt.

Auch der Umstand, dass ein und derselbe Heimarbeiter oft gleichzeitig für mehrere Verleger arbeitet, so dass die Gefahr einer Doppelzählung eintritt, vergrössert die Unzuverlässigkeit der gewonnenen Zahlen.

Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, dass die verlegten Kleinmeister, die im Besitze eines Gewerbescheines sind, vom Gesetze und im praktischen Leben als selbständige Gewerbetreibende behandelt werden. Infolge dessen werden sie unter den Hausindustriellen nicht mitgezählt und müssten besonders erfragt werden, wobei die Angaben über die Zahl ihrer Gehilfen, die ja indirect gleichfalls Arbeiter des Verlegers sind, sich naturgemäss äusserst unsicher gestalten würden. Ausserdem kommt dabei noch in Betracht, dass die Grenze zwischen dem zwar an Wiederverkäufer liefernden, jedoch immerhin selbständigen Gewerbetreibenden und dem einem Hausindustriellen gleichzuhaltenden, verlegten Meister nicht scharf gezogen werden kann, und dass der Händler, insbesondere wenn sich das Geschäft in der Form des Kaufes und Verkaufes abspielt, eher geneigt ist, seinen Lieferanten als selbständig hinzustellen — schon aus Bequemlichkeit, um die unangenehme Frage nach der Zahl der Verlagsarbeiter zu umgehen. In Erwägung dieser Umstände verzichtete man von vorneherein darauf, die Zahl der beschäftigten Heimarbeiter zu erfragen und beschränkte sich, festzustellen, aus welcher Quelle die nicht im Betriebe selbst angefertigten Waren bezogen werden.*) Es wird dabei unterschieden, ob die Waare von Händlern oder aus Fabriken bezogen, ob sie in

fertigem Zustande ohne vorausgegangene Bestellung von Kleingewerbetreibenden oder hausindustriellen Arbeitern gekauft oder von solchen im Auftrage und für Rechnung des Befragten angefertigt wird. Eine Classification der liefernden Kleingewerbetreibenden in verlegte und andere wird dem Betriebsinhaber nicht zugemuthet; doch wird durch die weitere Frage, ob er denselben das Rohmaterial liefert, ein Anhaltspunkt für die Beurtheilung des Grades ihrer Abhängigkeit geschaffen. Durch die Frage nach der Art der Waaren, welche von Kleingewerbetreibenden oder Hausindustriellen bezogen werden und nach den Orten, in denen diese ansässig sind, wird die Verbindung zwischen den Ergebnissen dieser Befragung der Verleger und den speciellen Ermittlungen über die Verlagsarbeiter hergestellt.

Hinsichtlich der verlegten Meister werden solche Ermittlungen durch den Fragebogen selbst in ausreichender Weise angestellt. Auch hier wird die Stellung einer allgemeinen Frage an den Betriebsinhaber, wie etwa, ob er „in eigener Wohnung für ein fremdes Geschäft“, „zu Hause für fremde Rechnung“ arbeite, als unzutreffend vermieden. Denn einerseits gibt es viele Kleinmeister, die zweifellos Verlagsarbeiter sind und doch nicht in ihrer Wohnung, sondern in einer davon getrennten Werkstätte arbeiten, und andererseits ist wieder die Uebernahme von Arbeiten für fremde Rechnung keineswegs unter allen Umständen Verlagsarbeit. Es sei hier nur auf den Geschäftsbetrieb der Appreteure, Färber etc. verwiesen.

An Stelle dessen werden eine Reihe von That-sachen festgestellt, die geeignet sind, den Betrieb in höherem oder geringerem Masse als selbständig oder abhängig erscheinen zu lassen, gewissermassen die Verdachtsgründe für das Vorhandensein der Abhängigkeit von einem Verleger. Es wird gefragt, ob ein Gassenladen (Verkaufsgewölbe) vorhanden ist; ob für Privatkunden oder für Wiederverkäufer, über Bestellung oder auf Vorrath gearbeitet wird; ob die Wiederverkäufer, für die gearbeitet wird, das Rohmaterial zur Verarbeitung im Lohne oder im Wege des Kaufes beistellen.

Der Zusammenhalt der Antworten auf diese Fragen gestattet in vielen Fällen schon einen ziemlich sicheren Schluss; ein Gewerbetreibender, der ausschliesslich auf Bestellung von Wiederverkäufern beigestelltes Rohmaterial verarbeitet, ist mit ziem-

*) Vergl. den Fragebogen auf Seite 16, Frage XIV.

licher Gewissheit als ein Verlagsarbeiter zu charakterisieren, während das Vorhandensein eines Gassenladens und wenn auch nur theilweise Arbeit für Privatkunden auf einen selbständigen Absatz wenigstens in einigem Umfange zu schliessen gestattet.

Auch bietet diese Art der Befragung den Vortheil, dass sie die Mischformen sichtbar werden lässt, die gerade hier ausserordentlich zahlreich und mannigfaltig sind.

Ueber das verlegte Kleingewerbe ist somit, wenn man den übrigen Inhalt des Fragebogens in Betracht zieht, durch die Erhebung selbst ziemlich weitreichender Aufschluss gewährt, der lediglich hinsichtlich der Lebensverhältnisse und der socialen Lage einer Ergänzung im Wege der Enquête oder der typischen Einzelbeobachtung bedarf.

Dagegen fehlt ein solcher für jene Heimarbeiter, die keinen Gewerbeschein besitzen und daher auch ausserhalb des Kreises der Erhebung fallen.

Um nun das Bild, welches schon die allgemeine Gewerbeaufnahme von der Verbreitung der Heimarbeit gewährt, nach dieser Richtung hin zu ergänzen und zu vervollständigen, haben die Kammern mit Hilfe der statistischen Commissäre der Gewerbege nossenschaften und Gemeindebehörden Angaben über das Vorkommen hausindustrieller Betriebe zu sammeln.

Als Heimarbeiter sind dabei alle Personen zu betrachten, welche sich in ihrer eigenen Wohnung oder Werkstätte, sei es mit, sei es ohne Verwendung von Hilfsarbeitern mit der Erzeugung gewerblicher Producte beschäftigen, jedoch den Absatz nicht selbständig besorgen, sondern diesbezüglich von anderen Unternehmungen abhängig sind, sei es, dass sie in deren Auftrag oder für deren Rechnung arbeiten, sei es, dass sie ihre Waaren, ohne selbst ein Lager zu halten, oder mit Privatkunden im Verkehre zu stehen, regelmässig an jene absetzen.

Es ist für jede Gemeinde festzustellen, ob derartige Personen in ihr vorkommen; welche Gewerbe von diesen betrieben werden; ob sie besteuerte und mit einem Gewerbescheine versehene Gewerbetreibende (Stück- oder Ablösmeister etc.) sind, oder das betreffende Gewerbe als Hausindustrielle (Ministerialerlass vom 16. September 1883, Z. 26.701) Sitz- oder Hausgesellen, oder als häusliche Nebenbeschäftigung (Kundmachungspatent zur Gewerbeordnung Artikel V, lit. e) ausüben; ob sie Gehilfen beschäftigen, oder sich der Mithilfe ihrer Familienmitglieder und Hausgenossen bedienen; wie gross ihre Zahl und die Zahl ihrer Gehilfen oder sonstigen Mitarbeiter ist; wie

viele von ihnen zur Miethe (als Zinsleute) oder im Ausgedinge wohnen, an welche Firmen sie ihre Waaren absetzen; ob sie mit diesen Firmen direct oder durch Vermittlung von Factoren oder Zwischenhändlern verkehren; ob die betreffende gewerbliche Thätigkeit nur während einer bestimmten Jahreszeit betrieben wird und welcher Thätigkeit die betreffenden Personen während des übrigen Jahres obliegen.

In denjenigen Orten und Gewerbszweigen, in denen durch diese Erhebungen oder durch die allgemeine Gewerbeaufnahme eine grössere Verbreitung der Heimarbeit festgestellt wird, sind sodann seitens der Kammerbureaux persönliche Erhebungen über die Erwerbs- und Lebensverhältnisse dieser Heimarbeiter anzustellen. Das Resultat derselben ist in der Form textlicher Bemerkungen den Resultaten der Gewerbeaufnahme am passenden Orte anzufügen.

In analoger Weise sind über jene Zweige der gewerblichen Production Erhebungen zu pflegen, welche weder der allgemeinen Betriebsaufnahme unterliegen, noch als Verlagsarbeit bezeichnet werden können, da der Absatz ihrer Erzeugnisse nicht durch Verleger, sondern durch selbständigen Vertrieb, z. B. auf Märkten, im Hausirwege etc. geschieht.

Die ganze, in der Instruction behandelte Aufnahme gliedert sich somit eigentlich in zwei gesonderte Erhebungen, deren eine sich auf die angemeldeten Gewerbebetriebe erstreckt, während die andere jene gewerblichen Beschäftigungen umfasst, die der Anmeldepflicht nicht unterliegen. Entsprechend der eigenthümlichen Natur beider Gruppen von Erhebungsobjecten tragen sie einen verschiedenen Charakter, indem die erste sich als eine durch die Instruction bis ins Einzelne geregelte rein statistische Aufnahme darstellt, während die zweite von einer Enquête vorbereitet und begleitet wird.

Die Instruction beschränkt sich daher auch darauf, in grossen Umrissen den Rahmen dieser zweiten Erhebung zu zeichnen. Die Erlassung näherer Bestimmungen für ihre Durchführung blieb, wie manches andere Detail der Aufbereitung und Zusammenstellung einer in Aussicht genommenen internen Instruction vorbehalten.

Zur Erlassung dieser Instruction ist es indessen nicht gekommen, da sich der Durchführung der Erhebung bisher unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg stellten.

Wohl war die Instruction auf der Secretärsconferenz einstimmig angenommen worden, doch

erfolgte dieser Beschluss unter dem Vorbehalte, dass er sich bloss auf die statistisch-technische Seite der Frage beziehe, ohne der Finanzierung des Planes vorzugreifen. In dieser letzten Beziehung war schon auf der Secretärsconferenz von den Vertretern der meisten Kammern betont worden, dass die Anforderungen der geplanten Gewerbestatistik über die finanziellen Kräfte ihrer Kammern hinausgingen. Als dann der von der Secretärsconferenz gebilligte Entwurf den Kammern zur schriftlichen Begutachtung zugemittelt wurde, knüpfte die überwiegende Mehrzahl derselben die Erklärung ihrer Bereitwilligkeit zur Durchführung der Zählung an die Bedingung, dass der Staat einen ausgiebigen Zuschuss zu den Zählungskosten leiste. Nun begegnen solche finanzielle Forderungen der Selbstverwaltungskörper an den Staat schon im Allgemeinen immer gewissen Schwierigkeiten, im vorliegenden Falle wurden diese noch dadurch vermehrt, dass der ganze Plan von manchen Seiten principiellen Einwendungen begegnete.

Bereits im Jahre 1890 war nämlich die Verbindung einer Gewerbebetriebaufnahme mit der Volkszählung geplant worden.

Umstände verschiedener Art haben dies verhindert, doch besteht die Absicht einer derartigen Verbindung fort und wirkt naturgemäss auf die Beurtheilung des Planes einer selbständigen Gewerbeaufnahme durch die Kammern zurück. Man macht gegen den letzteren geltend, dass eine gute Gewerbe-zählung, die den modernen Anforderungen entsprechen soll, sich an eine Volkszählung anschliessen müsse; denn die Erfassung aller Betriebe sei nur möglich, wenn man jedes Individuum zähle, in jedes Haus eindringe. Als Muster und Vorbild solcher mit einer allgemeinen Bevölkerungsaufnahme verbundenen Gewerbezahlungen wurden die deutschen Aufnahmen von 1875, 1882 und 1895 angeführt. Der von den Kammern geplanten Aufnahme wurde nur die Bedeutung einer Vorarbeit, einer „scharfen Recognoscierung“ zuerkannt, die allerdings sehr dankenswerth wäre, für deren geringe Werthschätzung jedoch der

Umstand zeigt, dass man ihre Wiederholung für den Fall ausgeschlossen wissen wollte, als die Verbindung von Volkszählung und Gewerbeaufnahme einmal Thatsache werden sollte. Endlich wurde geltend gemacht, dass die Verbindung der Volkszählung mit der Gewerbeaufnahme auch weit ökonomischer sei, als die Veranstaltung gesonderter Erhebungen. Mit wenig mehr als dem Aufwande einer einzelnen grösseren Kammer, etwa der Wiener, könne im Anschlusse an die Volkszählung die Gewerbestatistik für das ganze Reich durchgeführt werden.

Dieses finanzielle Motiv war ausschlaggebend; an der ablehnenden Haltung, welche die Finanzverwaltung gegenüber der Forderung eines Staatsbeitrages zu den Erhebungskosten einnahm, scheiterte die Durchführung der geplanten Aufnahme im Juni 1896. Heute sind wir dem Termine der Volkszählung wieder um drei Jahre näher gerückt. Es kann sich daher nicht mehr darum handeln, ob jetzt fürs Erste einmal die Kammern versuchen sollen, eine Gewerbestatistik zu Stande zu bringen, der unter Umständen im Jahre 1900 eine neuerliche, mit der Volkszählung verbundene Aufnahme folgen würde; es steht vielmehr die Frage zur Entscheidung, ob die Gewerbestatistik in Oesterreich auch in Zukunft im Wege selbständiger Aufnahmen durch die Handels- und Gewerbekammern erhoben, oder hinsichtlich der Erhebung und Aufbereitung mit der Volkszählung in organische Verbindung gebracht werden soll.

Da für eine solche Verbindung die deutschen Gewerbezahlungen als Muster dienen sollen, kann die Beantwortung dieser Frage nur auf Grund einer kritischen Betrachtung der Gewerbeaufnahmen im Deutschen Reiche und nur im Zusammenhange mit einer solchen erfolgen, und die Antwort selbst wird schon in dem Urtheile gegeben sein, welches bei der Untersuchung über den Ausfall der Erhebungen, über die Güte der dabei befolgten Methode an sich und über ihre Anwendbarkeit auf österreichische Verhältnisse sich ergibt *)

*) Eine Ausdehnung der Untersuchung auf die neueren gewerbestatistischen Arbeiten in anderen Staaten glaubt der Verfasser an dieser Stelle unterlassen zu sollen, da für die österreichischen Verhältnisse wohl nur eine den deutschen Erhebungen nachgebildete Verbindung von Volkszählung und Betriebsaufnahme in Betracht kommt und anderseits dieses System in Deutschland wohl zur grössten bisher praktisch erreichten Höhe technischer Vollkommenheit entwickelt wurde.

II. Abschnitt.

Die Methode der deutschen Gewerbezahlungen und ihre Anwendbarkeit in Oesterreich.

I.

Die Arbeiten der Commission zur weiteren Ausbildung der Statistik des Zollvereines.

Engel über den Begriff der Gewerbestatistik. — Der erste Entwurf der Zählungsvorschriften. — Beschränkung auf den etablirten Gewerbebetrieb. — Umfang der Erhebung. — Ausschluss einer Verbindung mit der Volkszählung. — Art der Erhebung nach dem Entwurfe. — Abänderungen durch die Commission. — Besondere Fragekarten für grössere und kleinere Betriebe. — Hinausgreifen über den Kreis der etablirten Betriebe auf Hausindustrie und regelmässigen Nebenerwerb. — Inhalt des Commissionentwurfes. — Zählungseinheit. — Umfang der Erhebung. — Methode der Erhebung.

Den Ausgangspunkt für die Entwicklung der deutschen Gewerbestatistik zu ihrer heutigen Gestalt bildet die Einsetzung der Commission zur weiteren Ausbildung der Statistik des Zollvereines, welche am 20. Jänner 1870 zu ihrer ersten Sitzung zusammentrat. Das Referat über die Gewerbestatistik führte Engel, der, gleichzeitig vom statistischen Congresse in Haag mit der Bearbeitung der internationalen Industriestatistik beauftragt, dieses Referat zum Anlasse nahm, seine Anschauungen über den Gegenstand in einer Denkschrift über „die Nothwendigkeit einer Reform der volkswirtschaftlichen Statistik, insbesondere der Gewerbestatistik im Gebiete des Zollvereines, sowie in allen übrigen Staaten Europas“*) zusammenzufassen.

Angesichts des Einflusses, welchen diese Schrift auf die Entwicklung der deutschen Gewerbestatistik ausübte, und der Bedeutung, welche sie schon durch den Namen ihres Verfassers besitzt, sei es gestattet, etwas länger bei ihrem Inhalte zu verweilen.

Besonderes Interesse besitzt die darin gegebene Analyse des Begriffes „Gewerbestatistik“. Was seinen materiellen Inhalt anlangt, so bezeichnet Engel als Gegenstand der Gewerbestatistik im weiteren Sinne die gesammte wirtschaftliche Thätigkeit eines Volkes.

Entsprechend den Hauptzweigen menschlicher Erwerbsthätigkeit unterscheidet er innerhalb dieses weiten Gebietes die Statistik der Land- und Forstwirtschaft, des Bergbaues, der Gewerbe im engeren Sinne (der Industrie) und des Handels und Verkehrs, eine Eintheilung, die er auch den Bedürfnissen der statistischen Praxis insoferne entsprechend hält, als auf jedem dieser Gebiete „für eine richtige Charakterisirung die Erfassung anderer Verhältnisse nothwendig ist, nicht bloss, weil die charakteristischen Thatsacheen nicht überall dieselben sind, sondern auch, weil sich diese Thatsachen nicht überall gleich leicht und sicher erfassen lassen“. So genüge für die Statistik der Landwirthschaft fast schon die Kenntniss der Anbauverhältnisse und des durchschnittlichen Ertrages jeder gebauten Frucht auf der Flächeneinheit, um ein annähernd klares Bild der Lage dieses Erwerbszweiges zu gewinnen. Die Statistik der Land- und Forstwirtschaft sei somit im Wesentlichen eine Productionsstatistik. In der Industrie dagegen lasse sich die Production überhaupt nicht genau erfassen, da selbst die wahrheitsgetreue Beantwortung der darauf gerichteten Fragen immer noch nicht vor doppelten und dreifachen Aufrechnungen schütze. Ein weit zutreffenderes Bild gewähre hier eine Nachweisung über die

*) Zeitschrift des königl. preussischen statistischen Bureaus, Jahrgang 10 und 11.

Zahl der beschäftigten Personen und die Summe der an sie gezahlten Gehalte und Löhne, mit anderen Worten, eine Betriebsstatistik.

Für Handel und Verkehr endlich sei die Menge der bewegten Güter und die Zahl der Fahrzeuge, in denen sie bewegt werden, am meisten charakteristisch.

Sachlich erscheint ihm somit die Industrie im engeren Sinne als das eigentliche und hauptsächlichste Gebiet der Gewerbestatistik.

In formeller Beziehung unterscheidet Engel die Statistik des Standes oder Berufes der Bewohner (Berufsstatistik) von jener der gewerblichen Productionsstätten (gewerbliche Betriebsstatistik oder Gewerbestatistik im engeren Sinne) und beide von jener der Production und Consumption der gewerblichen Erzeugnisse (Waarenstatistik).

Bei der Berufsstatistik liege der Schwerpunkt der Erhebung in den Personen. Da sie gewöhnlich mit einer Volkszählung verbunden werde, sich über die ganze Bevölkerung erstrecke und jedes einzelne Individuum erfasse, habe sie vor jeder gewerbestatistischen Aufnahme den Vorzug grösserer Vollständigkeit voraus, und registriere Thätigkeiten, die auf anderem Wege niemals erfasst werden könnten. In enger Wechselbeziehung mit diesem Vorzuge stehe aber der Nachtheil, dass sie keinen Unterschied zwischen wirklich producirenden und nur noch dem Namen nach productiven Kräften mache, dass es unmöglich sei, die einzelnen Gewerbe und die Arbeits- und Dienstverhältnisse genau zu unterscheiden, und infolgedessen eine übergrosse Menge von Unbestimmtheiten absolut unvermeidlich bleibe. Ein zutreffendes Bild der in einem einzelnen Gewerbe vorhandenen productiven Personen und ihrer Angehörigen, also der gesammten Bevölkerung, welche von diesem Gewerbe ihren Unterhalt bezieht, könne durch einen Berufscensus schwerlich jemals gewonnen werden.*) Es sei daher ein entschiedener Irrthum, wenn man die gewerbliche Betriebsstatistik durch eine möglichst weit getriebene Ausbildung des Berufscensus ersetzen zu können glaube. Diese beiden Richtungen der Industriestatistik könnten sich vielmehr niemals vollkommen decken und einander nie überflüssig machen.

Der Schwerpunkt der gewerblichen Betriebsstatistik liege in der Erfassung der Pro-

ductionsstätten. Damit sei schon ausgesprochen, dass sie sich nur auf den selbständigen und infolgedessen obrigkeitlich angemeldeten Gewerbebetrieb erstrecken könne, das heisse mit anderen Worten, sie richte sich an die sogenannten etablirten Gewerbetreibenden, die in grosser Mehrzahl zugleich Arbeitgeber seien, wenn auch als solche vielleicht wieder Arbeitnehmer. Auch beschränke sie sich nicht darauf, diese Arbeitgeber nach den von ihnen beschäftigten Gehilfen und Arbeitern zu befragen, sie suche vielmehr ausser den persönlichen Kräften auch die Ausrüstung der Werkstätten mit Maschinen und sonstigen Productionsmitteln in Erfahrung zu bringen, Forschungen, welche die Berufsstatistik ebensowenig unternehmen könne, wie die nach der Summe der gezahlten Löhne und ähnlichen Dingen.

In den Bereich der Waarenstatistik endlich falle die Statistik der Ein- und Ausfuhr, des Strom- und Canalverkehrs, des Seeverkehrs und des Waarenverkehrs zu Lande.

Als eine vierte Kategorie fügt Engel für Länder mit ausgebildeten Gewerbe-, respective Consumstener-systemen den Gewerbesteuer-census hinzu, der sich auf der Aufzeichnung der Gewerbe- und Consumtionsteuern als Grundlage aufbaut. Je nach der Beschaffenheit der Steuergesetze könnten die von der Steuerbehörde bewirkten Anschreibungen so vollkommen sein, dass keine andere, in längeren Perioden nur einmal wiederkehrende Aufnahme damit concurriren könnte. Ebenso sei die Zahl der Gewerbetreibenden, falls sich die Steuer nur auf etablirte Betriebe beschränke, sehr genau in Erfahrung zu bringen, weil die ununterbrochene Controle allein schon ungemein förderlich auf ihre Richtigstellung hinwirke. Herrschte in allen Ländern ein gleichmässiges Gewerbesteuer-system, so wäre es seiner Ansicht nach fraglich, ob nicht die Ausnützung der betreffenden Anschreibungen das einfachste, sicherste, kürzeste, und für die Fragenden wie für die Befragten bequemste Mittel wäre, zu einer vollständigen Gewerbestatistik zu gelangen; allein da dies nicht der Fall sei, da gerade in dieser Beziehung ausserordentlich grosse Abweichungen stattfänden und eine internationale Gleichmässigkeit der Gewerbebesteuerung viel schwieriger herbeizuführen sei, als eine

*) Diese Unmöglichkeit geht, was Engel zwar nicht ausspricht, aber zu meinen scheint, schon aus dem Umstande hervor, dass die Berufsstatistik an den persönlichen Beruf anknüpft, der häufig ein von dem Gewerbe, in dessen Dienste er ausgeübt wird, ganz verschiedener ist. Man denke nur beispielsweise an die Mechaniker in Spinnereien und Papierfabriken, an die Schlosser und Schmiede in der Maschinenfabrication und Andere

solche der Gewerbebetriebsaufnahmen, so sei für die Herstellung einer internationalen Gewerbestatistik wohl nur der Weg solcher Aufnahmen ins Auge zu fassen. Selbstverständlich könne die Gewerbesteuerstatistik zur Controle der ad hoc hergestellten Betriebsstättenstatistik die vorzüglichsten Dienste leisten. Engel gelangte somit zur Forderung einer auf den etablierten, d. h. obrigkeitlich angemeldeten Gewerbebetrieb beschränkten selbständigen Betriebsaufnahme.

In Uebereinstimmung hiemit beabsichtigte der erste, von ihm der Zollvereincommission vorgelegte Entwurf*) lediglich die Erfassung der etablierten Gewerbebetriebe, d. i. jener, welche von ihrem Inhaber auf Grund gesetzlicher oder localstatutarischer Bestimmungen bei der Ortsobrigkeit angemeldet werden müssen.

Für die stehenden Gewerbebetriebe sollten die durch den Fragebogen vorgeschriebenen Verzeichnungen gemacht werden, für die im Umherziehen betriebenen Gewerbe beschränkte der Entwurf die Erhebung auf die Ermittlung der Art des Gewerbes und des Geschlechtes der Personen, welche ein solches im laufenden Kalenderjahre betrieben.

Auch in der Umgrenzung des äusseren Umfanges der Erhebung verwirklichte der Entwurf die Engel'schen Anschauungen, wonach sie thunlichst auf die gewerbliche Thätigkeit im engeren Sinne beschränkt bleiben sollte; ausgeschlossen blieben der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenbetrieb, und die übrigen Verkehrsgewerbe (See-, Küsten- und Flussschiffahrt, Fracht- und Lohnfuhrwerk, Versicherungswesen, Gast- und Schankwirthschaft und Vergnügungsgewerbe) ferner der gesammte Bergbau, das Hütten- und Salinenwesen.

Was die Art der Erhebung anbelangt, so kam die Verbindung mit der Volkszählung weder im ersteren Entwurfe, noch im ganzen Verlaufe der folgenden Verhandlungen in Frage. Sie war vielmehr bereits bei Berathung der allgemeinen Bestimmungen für die Volkszählungen ausdrücklich ausgeschlossen worden, indem § 4 der Volkszählungsvorschriften folgende Fassung erhielt: „Es empfiehlt sich, mit der Volkszählung Ermittlungen über die Wohnungsverhältnisse zu verbinden. Andere umfassendere Erhebungen, z. B. über die landwirthschaftlichen und gewerblichen Verhältnisse, sollen mit der Volkszählung des Zollvereines nicht in unmittelbare Verbindung gesetzt werden.“

Ueber die Beweggründe dieser Bestimmungen sagt der Commissionsbericht**): „Die zuverlässige Ausführung der Volkszählungen wird wesentlich dadurch bedingt, dass die mit der Vertheilung und Wiedereinsammlung der Zählungslisten und mit der örtlichen Leitung der Zählung betrauten Personen ihre volle Aufmerksamkeit auf alle damit verbundenen Geschäfte richten können und nicht durch allzu complicirte Vorschriften und namentlich nicht durch zu grosse Verschiedenheit der Gegenstände der Erhebung verwirrt werden. Es empfiehlt sich daher nach der Ansicht der Mehrheit der Commissionsmitglieder, mit der Volkszählung keine Aufnahmen zu verbinden, welche sich auf andere Gegenstände, als auf persönliche Eigenschaften der gezählten Bevölkerung selbst beziehen und mittelst besonders vorgerichteter Formularien zu bewirken sind.

Es gehören dahin namentlich die Aufnahmen der landwirthschaftlichen und gewerblichen Verhältnisse, insoweit selbe nicht aus den Angaben des Standes oder der Erwerbsquellen der gezählten Personen zu entnehmen sind, wobei noch in Betracht kommt, dass diese Ermittlungen zum Theile auf weniger umständlichem Wege als durch die Volkszählung ausgeführt werden können.

Eine Ausnahme machen nur die Wohnungsverhältnisse, deren Miterhebung dadurch erleichtert wird, dass die Zählung von Haus zu Haus und von Wohnung zu Wohnung stattfindet.

Die Minderheit der Commission hielt dafür, dass die Verbindung anderer umfassenderer Erhebungen mit der Volkszählung nicht ein für alle Mal auszuschliessen sei.“ In der Debatte war von dieser Minderheit namentlich geltend gemacht worden, dass eine solche Verbindung der Volkszählung mit anderen Aufnahmen, namentlich mit Ermittlungen über den Viehstand und die gewerblichen Verhältnisse, eine bedeutende Ersparniss an Zeit und Arbeitskraft mit sich bringe. Von keiner Seite aber wurde diese Verbindung als unerlässliche Voraussetzung einer guten Gewerbezahlung betrachtet, wie man dies heute mit Berufung auf den deutschen Vorgang thut.

Entsprechend diesen Bestimmungen der Volkszählungsvorschriften war die Gewerbeaufnahme vollkommen selbständig gedacht. Sie sollte am 1. Mai eines jeden auf eine Volkszählung folgenden Jahres stattfinden. Als Leiter der Erhebungen waren

*) Vgl. hiefür und für das Folgende Band I der Statistik des Deutschen Reiches.

**) Band I der Statistik des Deutschen Reiches S. 9 f. u. 69.

die Localbehörden in Aussicht genommen, welche unter Heranziehung geeigneter Personen aus der Bevölkerung, namentlich aus gewerblichen Kreisen, soweit als thunlich, besondere Zählcommissionen bilden, und sich in möglichst umfangreicher Weise der Mitwirkung freiwilliger Zähler bedienen sollten. Aufgabe der Zählcommission sollte vor Allem die Eintheilung des Aufnahmebezirkes, d. i. in der Regel des Gemeindegebietes, in Zählbezirke sein, soweit dies durch den Umfang der Gemeinde geboten erscheint; sodann war für jeden Zählbezirk unter Benützung der polizeilichen Gewerbeanmeldungsregister, Steuerrollen und -Register, Handelsregister und ähnlicher Hilfsmittel eine Vorliste über die in den einzelnen Häusern befindlichen Gewerbebetriebe aufzustellen, so dass aus dieser Vorliste der Name und die Wohnung (Strasse und Hausnummer) der Inhaber oder örtlichen Vertreter dieser Gewerbe zu ersehen war.

Auf Grund dieser Vorliste sollten die Fragebögen durch Ausfüllung ihrer Kopfrubriken an die einzelnen Gewerbebetriebe adressirt und sodann durch die für jeden Zählbezirk zu bestellenden und gehörig zu instruirenden Zähler vertheilt und wieder eingesammelt werden.

Im Ganzen waren drei Fragebogen in Aussicht genommen. Der erste enthielt die Fragen nach dem Inhaber, der Betriebsform, dem innerhalb und ausserhalb der Werkstätten beschäftigten Personal und der Jahreslohnsumme; er sollte gleichmässig für alle Gewerbebetriebe, ob gross oder klein, zur Anwendung kommen; der zweite schloss die Fragen nach den Kraftmaschinen und den wichtigsten Werkvorrichtungen in sich und war als Beilage zum ersten gedacht; der dritte endlich fragte nach den Lohnzahlungs- und Wohlfahrtseinrichtungen und sollte nur an verhältnissmässig wenige, bedeutendere Unternehmungen vertheilt werden. In Orten oder Zählbezirken, wo die Verhältnisse so einfach liegen, dass sie dem Ortsvorstande auch ohne directe Befragung der Gewerbetreibenden genau bekannt sind, und eine solche nach dem besten Ermessen der Ortsobrigkeit, bezw. der Zählcommission keine oder nur mangelhafte Resultate liefern würde, war es den Leitern der Erhebung freigestellt, die Ausfüllung der Fragebogen für die betreffenden Gewerbetreibenden selbst zu bewirken; doch sollte in der Vorliste bemerkt werden, wie weit von diesem Rechte Gebrauch gemacht wurde.

Den Gewerbetreibenden war es freigestellt, den Zählern die Fragebogen versiegelt zu übergeben, in welchem Falle sie nur von der Zählcommission

selbst erbrochen werden sollten. Offen übergebene Fragebogen waren von dem Zähler an Ort und Stelle auf die Vollständigkeit und Richtigkeit ihrer Ausfüllung zu prüfen. Die Zählcommission hatte sie sodann einer abermaligen Prüfung zu unterziehen, etwa nothwendige Richtigstellungen zu veranlassen und das gesammelte Material an die auftraggebende Behörde abzuliefern.

In der Commission erlitt jedoch dieser einfache und logisch in sich geschlossene Plan tiefgreifende Veränderungen — wie mir scheint, nicht zu seinem Vortheile. Er begegnete, wie dies bei derlei Berathungen immer zu geschehen pflegt, zweifacher Anfechtung: man forderte gleichzeitig seine Ausdehnung und Vereinfachung.

Im Anschlusse an die Bestimmung, welche den leitenden Organen der Zählung unter Umständen die Ausfüllung der Fragebogen ohne vorhergehende Befragung der betreffenden Gewerbetreibenden gestattet, wurde die Frage aufgeworfen, ob nicht für kleinere Unternehmungen eine Beschränkung des Umfanges der Fragestellung eintreten könnte, und ob nicht in diesem Falle oder überhaupt die Ersetzung des Fragebogens durch eine Liste gestattet werden sollte.

Die Erörterung dieser Frage führt zu dem Beschlusse einer Zweitheilung des Fragebogens. Für kleine Betriebe sollte eine verkürzte Fragekarte oder an deren Stelle eine dieselben Rubriken enthaltende Liste zur Ausfüllung kommen, während für die übrigen Betriebe ein ausgedehnterer Fragebogen blieb, aus welchem jedoch gleichfalls einige, scheinbar nur auf kleine Betriebe Anwendung findende Fragen des ursprünglichen Formulars beseitigt worden waren.

Durch diese Zweitheilung der Aufnahme sollte die Nothwendigkeit vermieden werden, Betriebe mit Fragen zu belästigen, die auf sie im Allgemeinen keine Anwendung finden können; doch zeigte schon die Meinungsverschiedenheit, welche im Schosse der Commission darüber entstand, wo die Grenze für die Verwendung der beiden Zählpapiere zu ziehen sei, das Missliche der ganzen Trennung.

Ursprünglich sollte die Fragekarte nur für die einfachen handwerksmässigen Gewerbe gelten, welche bloss für den Localbedarf arbeiten und mit nicht mehr als zwei Gehilfen betrieben werden; später wollte man ihre Anwendung für alle Betriebe mit weniger als zehn Arbeitern zulassen; endlich kam man überein, die Beschäftigung von fünf Personen als Grenze gelten zu lassen. Noch deutlicher geht die Unzulänglichkeit einer solchen Trennung aus der

Fassung der Zählpapiere selbst hervor. Die Frage nach dem Betriebe der Landwirthschaft neben dem Gewerbe und darnach, ob der Betrieb für eigene Rechnung oder für Rechnung eines Fabrikkaufmannes oder Verlegers arbeitet, ist nur in der Fragekarte, die Frage nach der Beschäftigung von verlegten Arbeitern nur im Fragebogen enthalten, als ob es nicht verlegte Kleinbetriebe mit mehr als fünf Arbeitern und anderseits keine Arbeitgeber der Hausindustrie, z. B. Zwischenmeister mit weniger als fünf Arbeitern geben könnte. Ebenso ist sonderbarerweise die Frage nach der Verwendung von Göpeln, Windmotoren, Heissluft-, Druckluft- und Gaskraftmaschinen, also gerade die Frage nach jenen Motoren, welche vornehmlich im Kleinbetriebe Verwendung finden, in der Fragekarte nicht enthalten. Allerdings wäre auch sonst ein Unterschied zwischen beiden Zählpapieren bloss in der Frage nach den Werksvorrichtungen zu finden gewesen und so geringfügig geworden, dass von einer Vereinfachung der Fragestellung für Kleinbetriebe kaum mehr hätte gesprochen werden können.

Engel scheint denn auch ein Gegner dieser Zweitheilung gewesen zu sein; wenigstens enthält sein späterer Entwurf für die Aufnahme von 1875 nur mehr eine einheitliche Fragekarte für Betriebe jedes Umfanges.

Unmittelbar anschliessend an die Vereinfachung der Fragestellung für kleine Betriebe wurde jedoch eine weitgehende Ausdehnung des Erhebungsgebietes befürwortet. Wie erwähnt, sollte sich die Erhebung ursprünglich auf die etablierten Gewerbe beschränken. Nun wurde beantragt, das für die kleineren Gewerbebetriebe angenommene Verfahren auch auf solche Gewerbe anzuwenden, welche nur als Nebenerwerb zur Landwirthschaft oder nur einen Theil des Jahres hindurch betrieben werden, insbesondere auf die sogenannte Hausindustrie der Spinner, Weber, Strohflechter u. s. w.

Damit war die Frage der Abgrenzung des eigentlichen Gewerbebetriebes gegenüber der Hausindustrie und den gewerblichen Nebenbeschäftigungen der Landwirthschaft aufgeworfen. Engel beantragte zu ihrer Lösung in logischer Folgerung des von ihm vorgeschlagenen Systems der Aufnahme, dass unselbständige, nicht anmeldepflichtige und daher auch der Gewerbeaufnahme nicht unterliegende Gewerbetreibende, sobald sie in einem Orte in grösserer Anzahl vorkommen und ihr Gewerbebetrieb sich als ein in der Summe notorisch erheb-

licher darstellt, mittels eines Anhangs zur Vorliste besonders erhoben werden sollten, in welchem für jedes Haus Gewerbszweig und Zahl der solchen Arbeiten obliegenden Personen, gesondert nach Geschlecht und Alter (über oder unter 14 Jahren) einzutragen gewesen wären, während die anmeldepflichtigen Betriebe namentlich in der Controlliste aufzuführen waren.

Neben die Gewerbeaufnahme wäre nach diesem Antrage eine summarische Erhebung der Hausindustrie und der ländlichen Nebenbeschäftigungen getreten; doch hätte sie sich auf Orte beschränkt, in denen diese Beschäftigungen stark vertreten sind, während die da und dort im Lande verstreuten Betriebe dieser Art als bedeutungslos und unwesentlich für das Gesamtbild der industriellen Thätigkeit des Volkes unberücksichtigt geblieben wären.

Der Engel'sche Vorschlag fand jedoch nicht die Billigung der Commission. Dieselbe fasste vielmehr in Ablehnung seines Antrages den Beschluss, jede Art gewerblicher Thätigkeit, ohne Rücksicht auf die Anmeldepflicht, in die Erhebung einzubeziehen und eine Ausnahme lediglich für jene gewerblichen Nebenbeschäftigungen zu machen, die nur gelegentlich oder zeitweise betrieben werden. Diese sollten in die Gewerbestatistik nicht mit aufgenommen, jedoch in Gegenden, wo sie in erheblicher Ausdehnung vorkommen, in angemessener Weise besonders erhoben und in besonderen Nachweisungen dargestellt werden. Insbesondere sollten dort, wo Weberei als Nebenbeschäftigung in erheblicher Ausdehnung betrieben wird, die Ermittlungen auf die Zahl der innerhalb des letzten Jahres betriebenen Handwebstühle gerichtet werden.

Durch diesen Beschluss wurde der Kreis der Aufnahme wesentlich erweitert. Sie ist nicht mehr auf etablierte Gewerbebetriebe beschränkt. In ihr Bereich fallen vielmehr jetzt auch Betriebe der Hausindustrie und die gewerblichen Nebenbeschäftigungen, insoweit sie nicht bloss gelegentlich oder zeitweise betrieben werden.

Parallel mit dieser Ausdehnung der Gewerbestatistik geht eine Beschränkung der von Engel vorgeschlagenen summarischen Erhebung; sie soll nur mehr für die bloss gelegentlich oder zeitweise betriebenen Nebenbeschäftigungen Geltung haben. In der Schlussredaction der Erhebungsvorschrift wurde sie gänzlich beseitigt.

Eine positive Definition des „selbstständigen Gewerbebetriebes“ wurde in dieser

Schlussredaction nicht gegeben. Der neue Entwurf, den Engel auf Grund der Commissionsbeschlüsse vorgelegt hatte, enthielt zwar die im ersten Entwurfe fehlende, wenngleich vorausgesetzte Bestimmung, dass als selbständiger Gewerbebetrieb derjenige anzusehen sei, der von seinem Inhaber auf Grund gesetzlicher Bestimmungen bei der Ortsobrigkeit angemeldet werden muss. Doch wurde dieser Paragraph von der Commission in logischer Folge ihres Beschlusses über die Behandlung der gewerblichen Nebenbeschäftigungen gestrichen. Man begnügte sich damit, den Umfang der Erhebung genau abzugrenzen und zu bestimmen, dass innerhalb des so abgegrenzten Erhebungsgebietes alle selbständigen Gewerbebetriebe der Zählung unterworfen werden sollten.

Ausgeschlossen von der Aufnahme sollten bleiben:

1. Diejenigen Betriebe, welchen keine Erwerbsabsicht zu Grunde liegt; das sind die von der Militärverwaltung oder von der Verwaltung der Kriegsmarine betriebenen und die in Gefängnissen zur Beschäftigung der Gefangenen ausgeführten Arbeiten, sowie Betriebe, deren Producte lediglich für den Bedarf der eigenen Haushaltung der Gewerbetreibenden bestimmt sind.

2. Gewerbliche Nebenbeschäftigungen, welche nur gelegentlich oder zeitweise betrieben werden.

Hiezu tritt die weitere Anordnung, dass von verschiedenen Gewerbebetrieben desselben Inhabers, gleichviel, ob sie räumlich vereinigt oder getrennt sind, und von mehreren gleichartigen Gewerbebetrieben desselben Inhabers, welche räumlich von einander getrennt sind, aber für sich bestehen, jeder besonders, ein mehreren Inhabern gehöriger Gewerbebetrieb aber nur einmal gezählt werden soll. Doch hat diese Bestimmung nur den Zweck, die schwierige Frage der Cumulirung mehrerer Betriebe in einer Hand und der Mitinhaberschaft zu lösen. Die Frage, was überhaupt als Betrieb zu gelten hat, wird bloss negativ beantwortet, indem die obgenannten Arten gewerblicher Beschäftigung von der Zählung ausgeschlossen wurden. Man muss daher wohl annehmen, dass alle übrigen, nicht besonders ausgeschlossenen Betriebe als selbständige Gewerbebetriebe zu gelten haben.

Das gewerberechtliche Moment der Anmeldepflicht ist als Merkmal der Selbständigkeit gänzlich

fallen gelassen worden. Es genügt, dass eine gewerbliche Beschäftigung nicht lediglich für den Bedarf der eigenen Haushaltung und nicht als gelegentliche oder zeitweilige Nebenbeschäftigung betrieben wird, um sie zum selbständigen Gewerbebetriebe zu stempeln. Dabei besagt ein besonderer gelegentlich der Berathung des systematischen Verzeichnisses der Gewerbebenennungen gefasster Commissionsbeschluss, der zwar keine redactionelle Verwerthung gefunden hat, aber als authentische Interpretation gewisse Bedeutung besitzt, dass Personen, welche zur Verrichtung ihrer Arbeiten in die Behausung ihrer Kunden gehen, als Inhaber selbstständiger Betriebe zu zählen seien.

Um die Sache an concreten Beispielen näher zu beleuchten, wäre demnach ein Bauer, der während des Winters Bottiche für den Vertrieb auf Märkten verfertigt, oder ein Maurergehilfe, der ausser der Bausaison der Hausweberei obliegt, nicht als Inhaber eines selbständigen Gewerbebetriebes anzusehen. Dagegen erscheint ein Weber, der Jahr aus Jahr ein, wenn auch unter ganz denselben äusseren Bedingungen, wie jener Maurer während des Winters — nehmen wir an als Verlagsarbeiter eines Fabrikanten, Kaufmannes etc. — arbeitet, als selbständiger Gewerbetreibender. Eine alte Kleinhäuslerin, die, zu sonstigen Arbeiten untauglich, ihre Zeit damit ausfüllt, dass sie für die Bauern spinnt, ist Inhaberin eines selbständigen Gewerbebetriebes. In ihren rüstigeren Jahren, als sie während der günstigen Jahreszeit noch ins Tagwerk ging und nur während des Winters dem Spinnen oblag, nahm sie diesen Rang nicht ein, obgleich sie vielleicht damals auch als Spinnerin eines höheren Verdienstes sich erfreute.

Zu ähnlichen Folgerungen führt die vage Begriffsbestimmung der Zählungseinheit im städtischen Erwerbsleben. Die Näherin, die sich um Taglohn und Verköstigung verdingt, die Arbeiterwitwe, die „ins Waschen geht“, vielleicht auch die Scheuerfrau, die täglich in einem anderen Hause bei der Wohnungsreinigung mithilft: sie alle avanciren zu selbständigen Gewerbetreibenden, geradeso wie die Knopflochnäherin, die für kargen Lohn von einem Hemdfabrikanten ausser Haus beschäftigt wird, wie der Sitzgeselle in der Schusterei und Schneiderei, die Stickerin und die Hutstaffirerin; diese Leute wären alle wahrscheinlich sehr erstaunt über den Titel, den die Statistik ihnen verleiht. Sie fühlen sich sammt und sonders als Arbeiter oder als eine Art ambulanter Dienstboten; sie werden

von der Aussenwelt, von ihren Arbeitgebern als solche behandelt; sie gelten vor der Gesetzgebung dafür, die sie nicht zur Anmeldung des Gewerbes verhält, zu keiner Gewerbesteuer heranzieht und sie zum Theile direct für Arbeiter erklärt, indem sie, z. B. in Oesterreich, einzelne Kategorien dieser „Selbständigen“ dem Truckverbot und dem Gewerbegerichte unterwirft. Auch berührt es zum mindesten eigenthümlich, wenn die Wasehfrauen, welche die deutsche Gewerbestatistik als selbständige Gewerbetreibende zählt, unter den regelmässigen Clienten städtischer Arbeitsnachweisanstalten figurirten und wenn es als Beweis für die mangelhafte Organisation einer solchen Anstalt angeführt wird, dass sie nur für die Vermittlung dieser und ähnlicher unqualificirter Arbeiten in Anspruch genommen wird. Man sieht, wie die Gewerbestatistik den festen Boden unter den Füßen verliert, sobald sie von gewerbe-rechtlichen Momenten vollständig absieht; wie eine Grenze nach unten hin kaum mehr zu finden ist, und an der Hand formalstatistischer Gesichtspunkte eine Masse von Personen als Gewerbetreibende betrachtet und in die Gewerbestatistik einbezogen werden, die social und wirthschaftlich von der Gewerbe- und Finanzgesetzgebung nicht als Inhaber selbständiger Betriebe, sondern als Arbeiter oder Dienstboten erscheinen. Es ist ein Schritt, der von dem eigentlichen, durch Engel mit aller wünschenswerthen Klarheit umschriebenen Ziele der Gewerbestatistik, eine Statistik der gewerblichen Productionsstätten der Betriebe zu geben, ab und zu einer Vermengung mit berufsstatistischen Elementen hinführt. Wir werden später noch Gelegenheit haben, auf diesen Punkt ausführlicher zurückzukommen.

Was den äusseren Umfang der Erhebung anbelangt, so sollte sie sich auf alle Industrie-, Handels- und Verkehrsgewerbe erstrecken. Gänzlich ausgeschlossen sollten sein:

1. Die Landwirthschaft, Viehzucht, Forstwirthschaft und Jagd.
2. Die Heilanstalten, der Gewerbebetrieb der Aerzte, der Hebammen, des ärztlichen Hilfspersonales und die Todtenbestattung.
3. Das Musik- und Theatergewerbe, sowie die Schaustellungen aller Art.

Besonderer Erhebung vorbehalten und daher gleichfalls von der allgemeinen Aufnahme ausgeschlossen wurden:

1. Der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenbetrieb.

2. Das Bergbau- und Hüttenwesen, welches im Wege der Bergbehörde aufgenommen werden sollte.

3. Der Gewerbebetrieb im Umherziehen, für welchen an Stelle der gewerblichen Aufnahme eine Ermittlung auf Grund der ertheilten polizeilichen Legitimationen, beziehungsweise Erlaubniss- oder Hausirscheine treten sollte.

4. Das Versicherungswesen, für welches der Erhebung ein beschränkter und modificirter Inhalt vorgeschrieben wurde, während ihre Form den Landesbehörden überlassen blieb.

Die Bestimmungen über den Zeitpunkt der Zählung und ihre Unabhängigkeit gegenüber der Volkszählung, der sie regelmässig nach einem fünfmonatlichen Zwischenraum folgen sollte, über den Organismus der Zählbehörden und deren Functionen sind fast wörtlich aus dem ersten Engel'schen Entwurfe in den der Commission übergegangen.

In Bezug auf die Methode der Erhebung besteht zwischen beiden nur insofern ein wesentlicher Unterschied, als der Commissionsentwurf die Ausfüllung der Zählpapiere ohne directe Befragung auf Grund eigener Kenntniss der Zählbehörden vollkommen ausschliesst. Massgebend für diesen Beschluss war die Erwägung, dass die einfachen Verhältnisse, für welche Engel diese Art der Aufnahme in Aussicht genommen hatte, unmittelbar neben den complicirtesten vorkommen, und dass die Ortsobrigkeiten leicht in Versuchung kommen könnten, auch letztere für einfach zu halten und nach ihrer Wissenschaft zu beurtheilen. Deshalb wurde die directe Befragung der Gewerbetreibenden als obligatorisches Erforderniss und als Basis der Erhebungsmethode aufgestellt.

Eine weitere Abweichung betrifft die Gestalt des Fragebogens.

Die Zweitheilung desselben in eine Fragekarte für kleinere Unternehmungen und einen Fragebogen für Grossbetriebe ist bereits besprochen und gewürdigt worden. Hinsichtlich des Wortlautes beider sei auf den Commissionsbericht verwiesen. Hier sei lediglich auf den Unterschied gegenüber dem ersten Engel'schen Entwurfe rücksichtlich jener Fragen hingewiesen, welche sich auf die Feststellung der Persönlichkeit des Gewerbetreibenden beziehen. (Ueberschrift des Fragebogens, sowie Frage 1 bis 4 des Engel'schen, und 1 bis 3 des Commissionsentwurfes.) Gemeinsam ist beiden Entwürfen die auf Grund der Vorliste auszufüllende Adresse. Doch fällt auf, dass

der Engel'sche Entwurf auf diese Adresse viel innigeren Bezug nimmt. Sie ist hier noch ein lebendiger Theil des Fragebogens, im Commissionsentwurfe ist sie zur reinen Aeusserlichkeit geworden. Es erklärt sich dies auch leicht daraus, dass im ursprünglichen Plane Engel's die Beschränkung der Erhebung auf die anmeldepflichtigen Gewerbe gelegen war, so dass eine nahezu erschöpfende Vollständigkeit der Vorliste vorausgesetzt wird und auch die Inhaberschaft der Betriebe bereits durch die Vorliste genügend festgestellt erscheinen konnte.

Zur Durchführung ist der Plan der Commission nicht gekommen.

Das Hinausgreifen über den Kreis der anmeldepflichtigen Betriebe hatte der Arbeit eine solche Ausdehnung gegeben, dass man vor ihr zurückscheute und den Mangel an geeigneten Organen fürchtete. Diese Erweiterung der Aufnahme erwies sich somit in doppelter Weise als verhängnissvoll: sie zerstörte das einheitliche Gefüge des ursprünglichen Planes und sie liess seine Ausführung an den hiedurch hervorgerufenen technischen Schwierigkeiten scheitern.

II.

Die vorbereitenden Verhandlungen und die Zählungsvorschriften für die Volks- und Gewerbezählung von 1875.

Versammlung der Vorstände deutscher statistischer Centralstellen 1874. — Aufhebung des Verbotes der Verbindung anderer Erhebungen mit der Volkszählung. — Frage einer berufsstatistischen Bearbeitung der Volkszählungsergebnisse. — Wunsch nach einer Gewerbestatistik. — Vorschläge von Meitzen und Engel. — Die Commission zur Vereinfachung der Vorschläge von 1874. — Entwürfe von Engel und vom kaiserlichen statistischen Amte. — Der Commissionsentwurf. — Umfang der Erhebung. — Die Zählungseinheit. — Ihre Begriffsbestimmung. — Einbeziehung der nur zeitweise oder gelegentlich betriebenen Nebenbeschäftigungen. — Das Zählverfahren. — Angliederung an die Volkszählung nicht als Verbesserung sondern als Vereinfachung gefordert. — Ausgangspunkt statt des Betriebs der Betriebsinhaber. — Vorschläge des kaiserlichen statistischen Amtes zur Aufrechterhaltung des Charakters der Betriebsaufnahme. — Einwendungen dagegen. — Schwierigkeiten aus der Verschiedenheit von ortsanwesender und Wohnbevölkerung und von Wohn- und Betriebsort. — Gewerbestatistische Fragen auf dem Volkszählungsformular. — Genehmigung der Commissionsvorschläge durch den Bundesrath.

Neuerlich kam die Frage der Gewerbestatistik auf der Versammlung der Vorstände deutscher statistischer Centralstellen*) zur Sprache, welche im Jahre 1874 über die Bestimmungen für die Volkszählung des Jahres 1875 zu berathen hatte. Zufolge Beschlusses dieser Versammlung wurde zunächst § 4 der Bestimmungen über die Volkszählung im Deutschen Reiche aufgehoben, welcher festsetzte, dass mit der Volkszählung keine anderen Erhebungen als solche über die Wohnungsverhältnisse verbunden werden dürfen. Massgebend für diesen Beschluss war namentlich die Rücksicht auf die Viehzählungen, sowie auf einige andere Erhebungen, welche früher bereits mit der Volkszählung verbunden gewesen waren und infolge der Bestimmungen des § 4 theils überhaupt unterblieben, theils mit Zuhilfenahme eines selbständigen Apparates durchgeführt werden mussten, dessen Kosten und Umfang durch diese Erhebungen allein nicht gerechtfertigt erschienen.

Im Wesentlichen sind dies also dieselben Erwägungen, die schon bei Erlass der Bestimmung von ihren Gegnern geltend gemacht worden waren. Theoretische Bedenken anderer Art, wie etwa die Anschauung, dass gewisse Erhebungen überhaupt nur in Verbindung mit der Volkszählung erfolgreich durchgeführt werden könnten, hatten mit der Aufhebung der Bestimmung nichts zu thun, wenngleich

die Rücksicht auf die Gewerbestatistik — wenigstens bei einzelnen Commissionsmitgliedern — mitspielte.

Unmittelbaren Anlass zur neuerlichen Erörterung der Gewerbeaufnahme gab sodann die Frage, ob bei der Volkszählung von 1875 eine Berufsstatistik bearbeitet werden sollte. Für 1871 war obligatorisch nur eine in den grössten Umrissen gehaltene berufsstatistische Aufarbeitung des Volkszählungsmateriales vorgeschrieben gewesen, in welcher die ortsanwesende Bevölkerung lediglich nach den acht Hauptberufs- und Erwerbsclassen zur Nachweisung gelangte. Innerhalb jeder einzelnen Classe waren die einzelnen Personen unterschieden in:

- a) Selbständige in Beruf und Erwerb,
- b) selbstthätige Gehilfen und Arbeiter,
- c) Dienende aller Art,
- d) sonstige Angehörige der Haushaltung.

Innerhalb jeder dieser Abtheilungen hatte eine weitere Unterscheidung nur nach dem Geschlechte stattzufinden.

Die meisten Staaten gingen auch in der Aufarbeitung nicht über dieses allgemeine Mass hinaus. Nur Preussen stellte im engen Anschlusse an die Classification der geplanten Gewerbeaufnahme eine bis zu den Berufsarten heruntersteigende Berufsstatistik her. Begreiflicherweise erklärte sich daher der preussische Vertreter entschieden gegen eine

*) Band XIV der Statistik des Deutschen Reiches.

Wiederholung dieser im Jahre 1874 noch nicht abgeschlossenen, kostspieligen und umfangreichen Arbeit gelegentlich der Volkszählung von 1875; sei Zeit für ähnliche ausgedehnte Arbeiten, so böten sich andere statistische Aufgaben dar, so z. B. eine Wohnungsstatistik der grösseren Städte. Wichtiger als Alles aber sei eine Gewerbestatistik, welche sich in der für das Jahr 1873 geplanten Ausdehnung zwar als unausführbar erwiesen habe, jedoch auf Grund vereinfachter Vorschläge jedenfalls möglich sei.

Die sich an diese Erklärung knüpfende Berathung führt zu dem Beschlusse, für das Jahr 1875 bloss eine facultative Bearbeitung der Berufsstatistik nach dem Muster der preussischen aus dem Jahre 1871 ins Auge zu fassen, dagegen den Wunsch nach Herstellung einer Gewerbestatistik, sowie nach einer Revision der von der statistischen Zoll-Vereinscommission hiefür aufgestellten Bestimmungen auszusprechen.

Was die Art dieser Revision betrifft, so hatte Meitzen in seinen der Versammlung unterbreiteten Vorschlägen für den Ausbau der Berufsstatistik beantragt, der Frage nach dem Berufe folgende weitere Frage anzufügen: „Wie viele Arbeiter und Gehilfen beschäftigt der Befragte, sofern er Unternehmer ist, zur Zeit in seinem Geschäftsbetriebe?“ Auf diese Weise sollte schon durch die Volkszählung, beziehungsweise die Berufsstatistik die Grundlage für das Kleingewerbe und die sämtlichen Gesinde- und Arbeiterverhältnisse gewonnen werden, so dass es sich dann für die speciellere Gewerbestatistik nur um die eingehendere Ermittlung der Verhältnisse der grösseren Gewerbebetriebe (namentlich jener mit mehr als fünf Arbeitern) und gewisser besonderer Classen gehandelt hätte, die, wie einzelne Arten der Hausindustrie, entweder überhaupt oder in einzelnen Gegenden trotz des kleinen Betriebes von erheblicher Wichtigkeit sind. Dass man bisher nicht an eine Nutzbarmachung der Volkszählung für gewerbestatistische Zwecke gedacht habe, sei auf zwei Gründe zurückzuführen, einerseits nämlich auf das Verbot einer solchen Verbindung durch den § 4 der allgemeinen Bestimmungen über die Volkszählung, sodann aber auch darauf, dass man die Gewerbestatistik als ein grosses, einheitlich geschlossenes Werk aufgefasst habe, welches keine nähere Beziehung zur Volkszählung besitze.

Der erste Hinderungsgrund sei durch die beschlossene Aufhebung des § 4 weggefallen. In Be-

ziehung auf den zweiten aber habe sich ergeben, dass eine Gewerbestatistik nur in einzelnen aufeinanderfolgenden Operationen durchführbar sei, unter denen sich auch solche befinden, die mit der Volkszählung in Verbindung gebracht werden müssen. Für die Durchführung dieser Operationen erscheine die Volkszählung des Jahres 1875 besonders geeignet, weil sie als eine zwischen den grossen Decennalzählungen liegende auf weitergreifende Bearbeitungen des Alters, des Familienstandes und der Ortsveränderung, wie sie im Jahre 1880 wieder gemacht werden müssten, verzichte. Es würde daher auf Jahre hinaus nicht leicht wieder eine verhältnissmässig so freie Zeit für die gewerbestatistischen Arbeiten zur Verfügung stehen, wie gerade das Jahr 1875. Endlich wäre es ein Widerspruch, die Volkszählung von 1875, wie dies durch die gefassten Beschlüsse geschehen sei, der Gewerbestatistik wegen wesentlich zu beschränken, sie dann aber nicht für die Gewerbestatistik zu benützen.

Engel hatte ursprünglich gleichfalls angedeutet, dass das Gebiet der Gewerbestatistik in mehrere Theile zu zerlegen und zu ihrer Herstellung verschiedenartige Organisationen zu benützen wären, indem z. B. die Frage über die Hausindustrie leicht an die Volkszählung geknüpft werden könnte, während sich die Fabriksindustrie in geschlossenen Etablissements wieder leicht durch eine selbstständige Erhebung erfassen lasse, für die mit Dampf arbeitenden Betriebe die nöthigen Daten im Anschluss an die Dampfkesselrevision beschafft und ähnliche Organe auch für die von anderen Motoren bewegten Gewerbebetriebe in Anspruch genommen werden könnten.

Dem Meitzen'schen Vorschlage gegenüber verhielt er sich jedoch ablehnend. Die von diesem beantragte Frage bezwecke wohl die Betriebe zu ermitteln, denen besondere Fragebogen zugeschickt werden müssen, doch sei die Frage nach der Arbeiterzahl keine Individuellangabe und müsse deshalb aus der Volkszählung ferngehalten werden.

Um den angestrebten Zweck gleichwohl zu erreichen, empfahl er, jede Person nach ihrem Haupterwerb, ihrer eventuellen Nebenbeschäftigung und der Stellung im Berufe (selbständig, nicht selbstständig etc.) zu fragen. Dadurch würden vor Allem sämtliche Unselbständige, als für die Gewerbestatistik nicht in Betracht kommend, ausgeschieden. Fordere man überdies, dass jeder Arbeiter oder Gehilfe seinen Arbeitsgeber ausdrücklich angebe, so

lasse sich auch ermitteln, welche Gewerbebetriebe mehr als fünf Arbeiter beschäftigen und mit besonderen Fragekarten zu beschicken seien. Der Meitzen'sche Vorschlag sei endlich auch nicht geeignet, über die Anzahl der Arbeiter allgemein richtige Angaben zu verschaffen.

Den letzteren Einwand suchte Meitzen damit zu widerlegen, dass für die kleineren Betriebe mit weniger als fünf Arbeitern auf diesem einfachen Wege hinlänglich genaue Auskunft über die Arbeiterzahl zu erreichen sei, für die grösseren aber ohnehin ergänzende Erhebungen ins Auge gefasst wären.

Gegen den Vorschlag Engel's, die Arbeiterzahl der Betriebe mit Hilfe der Angabe über den Namen des Arbeitsgebers festzustellen,*) wurde von anderer Seite eingewendet, dass er der Zeit und Mühe wegen, die er erfordere, unausführbar sei; Engel scheint dies stillschweigend zugegeben zu haben, weil er schliesslich meinte, es würde sich für den Fall, als man eine Verbindung der Gewerbeaufnahme mit der Volkszählung durchaus wolle, doch mehr empfehlen, den Fragekarten der Volkszählung für Gewerbetreibende eine besondere gewerbestatistische Fragekarte anzuschliessen. Er glaube jedoch, man solle vom Kleingewerbebetrieb überhaupt absehen und sich auf die Grossindustrie beschränken, die auch in anderer Weise leicht zu ermitteln sei. Seine Abneigung gegen die Verbindung mit der Volkszählung kommt in diesem Vorschlage wieder aufs Neue zum Durchbruch.

Schliesslich wurde der Vorschlag Meitzen abgelehnt und ohne eine Beschlussfassung über die Form, in der die gewerbestatistischen Erhebungen zu pflegen seien, die Frage des Volkszählungsformulars nach Beruf und Erwerb dahin formulirt, dass nach dem Hauptberufe und der Stellung in demselben, ferner nach den mit Erwerb verbundenen Nebenbeschäftigungen gefragt wird.

Für die Gewerbestatistik führte somit die Verhandlung zu keinem abschliessenden Ergebnisse, doch wurde der in ihrem Verlaufe ausgesprochene Wunsch nach einer Revision der Commissionsvorschläge des Jahres 1871 der Anlass, dass der Bundesrath an den Reichskanzler das Ersuchen richtete, für die Durchführung dieser Revision im Sinne grösserer Vereinfachung der bestehenden Entwürfe eine Commission einzusetzen. Diese Commission trat im April 1875 zusammen.**)

Sie stellte sich von vornherein auf den Standpunkt, dass die Vereinfachung der gewerbestatistischen Erhebungen vor Allem in ihrer Verbindung mit der Volkszählung zu suchen sei. Die Grundlage der Verhandlungen bildeten zwei Entwürfe, einer von Engel, der andere vom kaiserlichen statistischen Amte vorgelegt. Als ein, noch durch verschiedene Einzelanträge, die im Laufe der Berathungen gestellt wurden, beeinflusstes Compromiss zwischen beiden erscheint der Entwurf, der schliesslich die Commission verliess.

Der Umfang der Erhebung erstreckt sich nach diesem Entwurfe auf die Kunst- und Handeldgärtnerie, die Fischerei, das Berg-, Hütten- und Salinenwesen, die Industrie mit Einschluss des Bauwesens, den Handel und Verkehr, endlich die Beherbergungs- und Erquickungsgewerbe.

Besonderer Erhebung vorbehalten sind die Werkstätten der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverwaltung, von der Erhebung gänzlich ausgeschlossen der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenbetrieb (zum Unterschiede von den Werkstätten dieser Verwaltungszweige), das Versicherungswesen, die Heilanstalten, der Gewerbebetrieb der Aerzte, Hebammen und des ärztlichen Hilfspersonales, die Todtenbestattung, das Musik- und Theatergewerbe, die öffentlichen Schaustellungen und die Gewerbe im Umherziehen. Im Vergleiche mit dem Entwurfe von 1871 zeigt somit die Zählung des Jahres 1875 einen kleineren Umfang, insofern sie den Eisenbahn-, Post- und Telegraphenbetrieb (mit Ausnahme der Werkstätten), das Versicherungswesen und den Hausirbetrieb, die früher besonderer Erhebung überwiesen waren, gänzlich von der Aufnahme ausschliesst. Erweitert ist ihr Umfang im gewissen Sinne dadurch, dass der Bergbau- und Hüttenbetrieb nicht mehr besonderer Erhebung überwiesen, sondern bei der allgemeinen Aufnahme ermittelt wird. Die Fortführung der gesonderten montanstatistischen Nachweisungen blieb hievon selbstverständlich unberührt.

Massgebend für die Einbeziehung des Bergbaues und Hüttenwesens war die Erwägung, dass die Bergbehörden für die beabsichtigte besondere Aufnahme des Hüttenwesens keine hinreichenden örtlichen Organe besitzen und dass dies auch hinsichtlich des Bergbaues nur theilweise und für die verschiedenen Mineralien in den verschiedenen Staaten

*) Seither ist dieser Vorschlag bei der ungarischen Volkszählung des Jahres 1890 verwirklicht worden.

**) Vgl. für das Folgende Band XX der Statistik des Deutschen Reiches.

in abweichender Weise der Fall ist. Aus diesen Gründen stellte sich die Erhebung bei Gelegenheit der Gewerbeaufnahme einfacher dar, als eine gesonderte mit Hilfe der Bergbehörden.

Hinsichtlich der im Umherziehen betriebenen Gewerbe ergab die nähere Darlegung des auf die Bestimmungen der Gewerbeordnung (§ 55) begründeten Verfahrens bei Ertheilung von Legitimationen und Erlaubnisscheinen an die verschiedenen Kategorien von Gewerbetreibenden, die ihr Gewerbe im Umherziehen ausüben, „dass die bezügliche Registerführung der Behörden die gewünschte Unterscheidung dieser Gewerbetreibenden nicht mit Sicherheit ermögliche, im Gegentheil zu mannigfachen Unsicherheiten und Doppelzählungen Anlass geben würde. Insbesondere hatte die in Bayern durchgeführte Statistik der Hausirgewerbe gezeigt, dass eine richtige Aufstellung derselben nur im Anschlusse an die Bestimmungen der Gewerbeordnung und der dazu erlassenen Vollzugsvorschriften möglich ist. Da sich aus der Erhebung deshalb nur ein sehr geringer Nutzen erwarten liess, wurde der Ausschluss des Hausirbetriebes beschlossen“. Man scheint hiernach der Anschauung gewesen zu sein, dass einerseits die Registerführung der Behörden zu mangelhaft sei, um im Anschlusse an die Gewerbeordnung zu einer vollständigen Kenntniss der Hausirgewerbe zu gelangen, während andererseits deren Erfassung im Wege einer directen Erhebung nach den in Bayern gewonnenen Erfahrungen wenig aussichtsvoll schien; daher entschloss man sich lieber dazu, sie gänzlich bei Seite zu lassen.

Die Zählungseinheit bildete, wie im Entwurfe des Jahres 1871, der selbständige Gewerbebetrieb. Von einer formalen Definition dieses Begriffes sah man abermals ab. Seitens des kaiserlichen statistischen Amtes war wohl vorgeschlagen worden, als selbständig jeden Betrieb zu erklären, der auf eigene Rechnung und Gefahr des Unternehmers betrieben wird, und die Betriebe solcher wirtschaftlich selbständiger Personen (Haushaltungsverstände und einzeln lebende, selbständige Personen mit besonderer Wohnung und eigener Hauswirtschaft), welche in der Behausung ihrer Kunden für Lohn, oder welche in ihrer eigenen Behausung oder in ihren eigenen Geschäftsräumen für fremde Rechnung arbeiten, wie selbständige Betriebe zu behandeln, beim Schiffergewerbe aber nur das Verfrachtungsgeschäft der Rheder oder Schiffseigner als selbständigen Betrieb anzusehen. Dieser Vorschlag

wurde von den Antragstellern später dahin abgeändert, dass das Merkmal der wirtschaftlichen Selbständigkeit (Existenz als Vorstand oder einziges Mitglied einer eigenen Haushaltung), wodurch man wahrscheinlich die Zählung der Nebengesellen in der Hausindustrie als selbständige Gewerbetreibende ausschliessen wollte, fallen gelassen wurde.

Zur Begründung des Antrages wurde angeführt, dass eine klare Begriffsbestimmung und eine wenigstens für die statistischen Behörden selbst sicher und übereinstimmend festgestellte Abgrenzung der zur Erhebung heranzuziehenden Gewerbetreibenden nothwendig sei. Eventuell wurde vorgeschlagen, nur die Arbeit in eigener Werkstätte oder eigener Wohnung zur Grundlage der Unterscheidung zu machen, jedenfalls aber die Schwierigkeiten nicht zu umgehen, welche den Zählern und dem Publicum unvermeidlich fühlbar werden müssten.

Diesem Antrage wurde von anderer Seite die Befürchtung gegenüber gehalten, dass die Definition diese Zweifel noch verstärken werde; dass es verständlicher sei, die Erläuterung durch Beispiele, statt durch eine Definition zu geben; dass man auch in zahlreichen anderen Vorschriften auf die Definition gewisser gemeinverständlicher Begriffe, wie Gewerbe, Brief, Haus u. A. verzichtet habe und es sich mehr empfehle, die Entscheidung der unmittelbaren Beurtheilung des Zählers zu überlassen. Für die Zähler seien allerdings nähere Erläuterungen zu geben; diese gehörten jedoch nicht in die allgemeinen Bestimmungen, sondern in die Zählerinstruction oder auf den Fragebogen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des k. stat. Amtes mit 6 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Doch ist die vorgeschlagene Begriffsbestimmung zum Theile in die den Fragebogen einleitende Belehrung über seine Ausfüllung übergegangen.

Hienach ist als selbständiger Gewerbebetrieb zu zählen jedes in den Kreis der Erhebung fallende, von einer Person selbständig, d. h. als Inhaber, Pächter oder Geschäftsleiter betriebene Gewerbe, beim Schiffergewerbe nur das Geschäft des Rheders oder Schiffseigners, ferner die Arbeit in der Behausung der Kunden für Lohn und die Arbeit in eigener Behausung oder Werkstätte für fremde Rechnung. Die Bestimmung, dass von verschiedenen Gewerbebetrieben desselben Inhabers, gleichviel ob sie räumlich vereinigt oder getrennt sind, jeder besonders, ein Mehreren gehö-

riger Betrieb aber nur einmal zu zählen ist, wurde aus dem Entwurfe des Jahres 1871 unverändert in den neuen übernommen, ebenso die weitere Bestimmung, dass es keinen Unterschied macht, ob eine physische oder juristische Person Inhaber des Betriebes ist.

Nicht als Gewerbebetrieb zu betrachten und daher von der Aufnahme ausgeschlossen sind ferner abermals die ohne Erwerbsabsicht betriebenen Unternehmungen (die von der Militär- und Marineverwaltung betriebenen und die in Straf- und Besserungsanstalten zur Beschäftigung der Insassen ausgeführten Arbeiten, sowie die Erzeugung für den Bedarf der eigenen Haushaltung). Hingegen fehlen in dieser Aufzählung die gewerblichen Nebenbeschäftigungen, welche nur gelegentlich oder zeitweise betrieben werden, so dass sie nunmehr in der Gewerbestatistik mitenthalten erscheinen. Aus welchen Gründen ihre Einbeziehung erfolgte, ist leider aus den Protokollen nicht zu entnehmen, obwohl dies die einzige wesentliche Aenderung ist, welche gegenüber dem Commissionsentwurfe von 1871 im Begriffe der Zählungseinheit vorgenommen wurde. Die Störrarbeit und die Hausindustrie — soweit sie nicht gelegentlich und zeitweise betriebene Nebenbeschäftigungen waren — unterlagen der Aufnahme ja auch schon nach jenem Entwurfe.

Während somit der Umfang der Erhebung und die Bestimmung des Begriffes der Zählungseinheit sich nur in einzelnen Punkten vom Entwurfe des Jahres 1871 entfernten, bedeuteten die Vorschriften über das Verfahren bei der Zählung eine vollständige Umwälzung von der weittragendsten Bedeutung. Von dem Grundsatz ausgehend, dass die Gewerbestatistik eine Statistik der gewerblichen Produktionsstätten, der Betriebe, sein solle, hatte der Entwurf von 1871 eine an die Betriebsstätten anknüpfende Erhebung geplant. Durch einen besonderen Organismus von Zählorganen sollten die Werkstätten jedes Hauses ermittelt und aufgenommen werden. Bei den Verhandlungen des Jahres 1875 dagegen ist leitender Grundsatz eben die Vermeidung dieser besonderen Erhebung durch Angliederung der Gewerbeaufnahme an die Volkszählung. Es handelte sich dabei eingestandenemassen keineswegs um eine Verbesserung, sondern nur um eine Vereinfachung des Zählungsplanes, und nicht mit Unrecht erblickte man in der Ersparung einer zweimaligen Belästigung der Bevöl-

kerung, in dem Wegfalle der Nothwendigkeit, für die Durchführung der Gewerbestatistik einen besonderen, von dem der Volkszählung verschiedenen Zählerapparat aufstellen zu müssen, die wesentlichste und einschneidendste der überhaupt möglichen Vereinfachungen.

Infolge dieser Verbindung mit der Volkszählung konnte aber natürlich nicht mehr der Betrieb, sondern nur die Person des Gewerbetreibenden zum Ausgangspunkte genommen werden. In dem Entwurfe des kaiserlichen statistischen Amtes ist der Versuch einer Vereinigung beider Principien gemacht. Die Aufnahme ist hiernach durch dieselben Organe zu vollziehen, welche die Volkszählung durchzuführen haben. Sie geschieht durch directe Befragung der Gewerbetreibenden mittels einer besonderen Gewerbekarte, die der Zähler im Sitze des Geschäftes zur Ausfüllung durch den Geschäftsleiter oder seinen Vertreter abzugeben hat. Als Sitz des Geschäftes ist zunächst das Geschäftslocale des Geschäftsleiters anzusehen, also das Comptoir, und, falls kein Comptoir vorhanden ist, die Werkstätte oder der Laden; falls aber auch diese nicht bestehen, so gilt die Wohnung des Geschäftsinhabers als Sitz des Betriebes. Werden in einem Geschäft mehrere verschiedene Gewerbe betrieben, so ist es gleichgiltig, ob sie räumlich vereinigt oder getrennt sind; für jedes derselben ist ein besonderer Fragebogen auszufüllen, insofern eine Trennung der Angaben möglich erscheint. Besitzt ein Geschäft verschiedene Betriebslocale innerhalb derselben Gemeinde, so ist zwar jedem dieser Theilgeschäfte, soweit sie nicht in denselben Zählbezirk fallen, eine besondere Zählkarte zuzustellen, doch hat der Leiter die Angaben für alle auf einer Gewerbekarte zu machen und auf den übrigen bloss zu bemerken, unter welcher Geschäftsadresse diese ausgefüllte Karte erliegt. In verschiedenen Gemeinden gelegene Geschäftslocale sind dagegen als selbständige Betriebe zu behandeln, und mittelst besonderer Gewerbekarten auszuweisen.

Die Austheilung der Fragekarten an jene Geschäfte, welche dem Zähler entweder von vorneherein bekannt sind, oder vor und bei der Austheilung der Volkszählungsformularen bekannt werden, erfolgt zusammen mit dieser. Im Uebrigen hat der Zähler bei dem gesammten Volkszählungsgeschäfte, insbesondere beim Besuche der Häuser, bei der Prüfung der Einträge in die Zählungsformularen und bei der Ausfüllung der Controllisten Aufmerksamkeit und Nachfrage auf ihm etwa unbekannt gebliebene Ge-

werbebetriebe zu richten, und den nachträglich Ermittelten ebenfalls Fragekarten zuzustellen. Ueber jede ausgetheilte Gewerbekarte ist ein Vormerk in der Controlliste zu machen.

Bei der Einsammlung der Fragekarten sind die Angaben im Einzelnen zu prüfen, Zweifel durch Nachfragen aufzuklären, insbesondere Sicherheit darüber zu suchen, dass nicht verschiedene Geschäftsleiter über denselben Betrieb mehrere Fragekarten ausfüllen, und dass nicht anderseits für einen Gewerbebetrieb gar keine Fragekarte ausgestellt wird. Bringt der Zähler in Erfahrung, dass hinsichtlich eines Betriebes Verhältnisse bestehen, die eine Doppelzählung oder Auslassung befürchten lassen, so hat er dies in der Controlliste anzumerken. Die ausgefüllten Fragebogen sind bis zum bestimmten Termin der Zählcommission oder Ortsbehörde zu übergeben, welche auf Grund der polizeilichen Anmelde-register, Gewerbesteuerrollen, Handelsregister etc. die ausgefüllten Fragekarten auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit prüft, die Ergänzung und Richtigstellung etwaiger Fehler veranlasst und insbesondere darüber wacht, dass keine Doppelzählungen oder Auslassungen stattfinden. Nach vollzogener Prüfung hat sie die gesammten Materialien an die vorgesetzte Behörde mit einem kurzen Bericht über die bei der Aufnahme gemachten Wahrnehmungen vorzulegen.

Bei Einsendung des gewerbestatistischen Materials an die Centralstelle ist von den betreffenden Bezirksbehörden eine Aeusserung darüber anzuschliessen, ob einzelne Industriezweige, und welche für ihren Verwaltungsbezirk oder einzelne Gegenden desselben besonders charakteristisch sind; worin das Charakteristische derselben besteht, und, falls solche Industrien sich nicht allgemein in Bezirke verbreiten, in welchen Gegenden sie sich concentriren.

Die weiteren Bestimmungen beziehen sich auf die Verarbeitung des Materiales bei den statistischen Centralstellen der einzelnen Staaten und die Ablieferung der Ausweise an das Reichsamt.

Charakteristisch für diese Vorschläge, die eine gewisse vorbildliche Bedeutung für die Organisation der späteren deutschen Gewerbezahlungen von 1882 und 1895 besitzen, ist, dass die Verbindung mit der Volkszählung im Wesentlichen auf die Verwendung des für ihre Zwecke mobilisirten Zählerapparates für die Gewerbezahlung hinausläuft, und dieser eine gewisse Selbständigkeit neben der Volkszählung gesichert wird. Dies geht unter Anderem aus der Anordnung hervor, dass die Erhebung durchwegs

mittels besonderer Gewerbefragekarten zu vollziehen ist, und dass diese Gewerbekarten im Sitze des Geschäftes — nicht in der Wohnung des Geschäftsleiters — auszuthemen und wieder einzusammeln sind. Durchwegs zu billigen ist auch die Bestimmung über die Berichterstattung der Zählbehörden, welche eine Ergänzung und Belebung des nackten Zahlenmaterials durch beschreibende Darstellungen zu erreichen sucht.

Doch fanden diese Vorschläge nicht die volle Billigung der Commission; man meinte, dass derartige Bestimmungen in die Instruction des Zählers gehörten, dass sie aber in der vorgeschlagenen Fassung auch für den Zähler zu ausführlich und eingehend seien. Es sei vom Zähler nicht zu verlangen, dass er diese Unterscheidungen mache, und die Stellung so grosser Anforderungen werde die Verbindung mit der Vorzählung überhaupt vereiteln — ein bemerkenswerthes Zugeständnis, welches beweist, dass man sich schon damals über die geringe Befähigung der für die Volkszählung in Bewegung gesetzten Zählerheere für die verwickelteren und ungleich mehr Verständnis erfordernden Aufgaben der Gewerbestatistik keiner Täuschung hingab.

Man war der Anschauung, dass eine einfachere Verbindung mit der Volkszählung überhaupt nur dann möglich sei, wenn der Zähler sich nicht an die Gewerbebetriebe, sondern an die Gewerbetreibenden zu wenden habe, und diese selbst nach den Gewerbebetrieben durch eine Fragekarte befragt würden.

Engel hob insbesondere hervor, dass gerade im Fallenlassen der Betriebe und im Befragen der Gewerbetreibenden die Vereinfachung liege, und dass es Jedem überlassen bleiben müsse, seine Betriebe nach Belieben zusammenzufassen. „Er nehme an, dass die gewerbestatistischen Fragekarten mit den Fragekarten für die Volkszählung gleichzeitig zu vertheilen seien, und zwar so, dass jede Haushaltung eine solche erhalte, sofern es nicht notorisch bekannt sei, dass sie eine solche nicht auszufüllen habe. Da die Fragen an den Gewerbetreibenden gerichtet würden, könne nicht, wie bei den Vorschlägen von 1871, die Betriebsstätte die Grundlage der Erhebung bilden, der Gewerbetreibende habe vielmehr, wo er mehrere Gewerbebetriebe oder verschiedene Betriebsstätten besitzt, dieselben nur dann zu scheiden, wenn eine getrennte Buchführung für sie bestehe.“

Dagegen wurde eingewendet, dass sich die Fragebogen der Volkszählung an die ortsanwesende

Bevölkerung richten; dass deshalb auf dem von Engel vorgeschlagenen Wege überall die zufällig gerade im Orte anwesenden Gewerbetreibenden befragt würden, und zwar um Gewerbebetriebe, die möglicherweise weit von ihrem Aufenthaltsorte zur Zeit der Zählung, und wenn der Gewerbetreibende gleichzeitig Inhaber mehrerer Betriebe ist, oftmals sogar in verschiedenen Gemeinden, Kreisen, Provinzen, ja sogar Staaten lägen. Der Inhaber einer bayerischen Fabrik, der zur Zeit der Zählung auf einer Geschäftsreise in Berlin weilte, hätte beispielsweise seine Angaben hier zu machen.

Aber auch wenn man die gewerbestatistischen Fragen an die Wohnbevölkerung richte, werde der angestrebte Zweck nicht erreicht; denn es komme häufig vor, dass ein Gewerbetreibender nicht im Standorte seines Betriebes wohne oder mehrere Betriebe in verschiedenen Gemeinden besitze; es würde daher abermals nur eine Statistik der gewerblichen Unternehmer erlangt werden. Die Gewerbestatistik aber müsse die Betriebsstätten nach ihrer örtlichen Vertheilung nachweisen. Kein Staat könne darauf verzichten, dass die in seinem Gebiete vorhandenen industriellen Etablissements auch als ihm gehörig verzeichnet würden; man müsse daher von mehreren Betrieben desselben Inhabers wenigstens diejenigen auseinander halten, die in verschiedenen Gemeinden lägen; innerhalb derselben Gemeinde könne man es dem Eigenthümer überlassen, ob er sie auf demselben Fragebogen zusammenfassen wolle oder nicht.

Die Buchführung entscheide nichts, da sich die meisten Fragen ohne Bücher beantworten lassen. Es gebe Actiengesellschaften, die ihr Hauptbuch in Berlin oder einer anderen Hauptstadt führen und ihre Etablissements in ganz Deutschland verbreitet hätten. Wo sei dann die Grenze für die Trennung? Im Sinne dieser Einwendungen einigte man sich vorerst über die Aufrechthaltung der in dem Entwurfe von 1871 getroffenen Bestimmungen über die Zählung mehrerer Etablissements eines Inhabers;*) sodann wurde festgesetzt, dass die Befragung ausnahmslos mit Hilfe von Fragekarten, und zwar im Wohnorte des Geschäftsleiters zu geschehen habe, wobei in jeder Haushaltung der Bedarf an Fragekarten möglichst genau ermittelt und auf den Gewerbebetrieb einzelner Haushaltsmitglieder, auf mehrfache Betriebe desselben Geschäftsleiters und auf die Betriebe zeitweilig abwesender Personen besondere Rücksicht genommen werden sollte.

*) Siehe oben auf Seite 32 und 38.

Die Schwierigkeiten, welche sich aus der durch diese letztere Bestimmung gebotenen vorläufigen Auswahl der mit Fragekarten zu betheiligenden Gewerbetreibenden ergaben, bewogen Engel auf einen schon von Mayr am Anfange der Verhandlungen gewiesenen Ausweg zurückzukommen, wenn auch in etwas veränderter Form.

Er schlug vor, der Fragekarte für die Volkszählung zwei Extrafragen für jene Personen aufzudrucken, welche selbständig, d. h. als Inhaber, Pächter oder Geschäftsleiter ein Gewerbe betreiben, oder in der Behausung der Kunden für Lohn, oder in der eigenen Behausung für fremde Rechnung arbeiten.

Dieselben schlossen sich inhaltlich an die Fragen nach dem Berufe und der Stellung in demselben an und hatten folgenden Wortlaut:

1. Verwenden Sie bei einem derartigen Gewerbebetriebe mehr als zwei Gehilfen, Lehrlinge etc.?

2. Wenn Sie einen derartigen Gewerbebetrieb nur mit zwei oder weniger Gehilfen, Lehrlingen etc. oder allein betreiben, so wollen Sie angeben:

Zahl der Gesellen, männlich..., weiblich...

Zahl der Lehrlinge, männlich..., weiblich...

Zahl der Webstühle jeder Art,

Zahl der Wirk- und Strumpfstühle jeder Art,

Zahl der Nähmaschinen mit Trittbewegung.

Wer die erste Frage bejahte, war von der Beantwortung der zweiten entbunden, hatte jedoch an deren Stelle eine besondere Gewerbekarte auszufüllen, welche ihm vom Zähler zu übergeben war.

Die Befragung sollte im Wohnorte des Geschäftsleiters erfolgen. Bei der Bearbeitung sollten jedoch die einzelnen Gewerbebetriebe für diejenigen Staaten, beziehungsweise Landestheile in Rechnung gebracht werden, in welchen die Betriebsstätte gelegen war. Zu dem Ende sollte jeder Staat Angaben seiner Gewerbetreibenden über die in einem anderen deutschen Staate gelegenen Betriebsstätten der statistischen Centralstelle des Letzteren mittheilen; die Durchführung der Zählung sollte den Volkszählungsorganen übertragen werden, der Normaltag für die Aufnahme jener der Volkszählung, der erste December, sein.

Diese von der Commission gebilligten Vorschläge fanden mit der einzigen Veränderung, dass die Zahl der Gehilfen, welche die Grenze für die Anwendung der Gewerbekarte bilden sollte, auf fünf hinaufgesetzt wurde, auch die Genehmigung des Bundesrathes und bildeten die Grundlage, auf der die Gewerbeaufnahme des Jahres 1875 erfolgte.

III.

Kritische Betrachtungen über die Ergebnisse der Volks- und Gewerbezählung von 1875.

Das Charakteristische der Erhebung die Verbindung mit der Volkszählung. — Damit erzweckte Erleichterungen. — Nachtheile des Systems. — Doppelzählungen und Auslassungen infolge der Verschiedenheit von ortsanwesender und Berufsbevölkerung. — Zählung am unrichtigen Ort infolge der Verschiedenheit von Wohn- und Betriebsort. — Doppelzählungen aus diesem Grunde. — Urtheil Böckh's über die Verbindung beider Zählungen. — Ungünstiger Ausfall der Erhebung in Berlin. — Rückwirkung auf die Volkszählung. — Steigerung des Arbeitsaufwandes und der Kosten. — Ausfall der Erhebung in der Provinz. — Ungunst des Zählungstages im Winter.

Charakteristisch für die Gewerbezählung von 1875 war nach dem Vorgesagten die enge Verbindung, welche zwischen ihr und der gleichzeitig durchgeführten Volkszählung, beziehungsweise dem berufsstatistischen Theile derselben bestand.

Wer auf seiner Volkszählungskarte die Frage nach dem Berufe derart beantwortete, dass er sich als selbständiger Gewerbetreibender darstellte, hatte zunächst die ebenfalls darin enthaltene Vorfrage nach dem Umfange seines Gewerbebetriebes zu beantworten, durch die festgestellt wurde, ob er mehr als fünf Gehilfen beschäftige oder nicht. Im ersten Falle wurde ihm eine Gewerbekarte zur Ausfüllung übergeben, im letzteren hatte er auf der Volkszählungskarte selbst die darin vorgeschriebenen Angaben über seinen Betrieb zu machen.

Man stellte sich dabei auf den Standpunkt, dass bei den kleinen Betrieben die Zahl der Betriebe mit der Zahl der Gewerbetreibenden identisch sei — eine Voraussetzung, die jedoch keineswegs zutrifft — und hoffte dadurch einen doppelten Vortheil zu erlangen. Vor Allem glaubte man auf diesem Wege über die Schwierigkeiten hinwegzukommen, welche sich aus dem Vorhandensein mehrerer Gewerbetreibender in einer Haushaltung bei einer Erhebung mit gesonderten Gewerbekarten für die Vertheilung der letzteren ergeben hätten; sodann aber bot sich dabei eine erwünschte Gelegenheit, für den kleinen Betrieb und seine einfachen Verhältnisse auch einfachere Fragen stellen und die etwas umfangreichen Fragekarten den grossen Betrieben allein vorbehalten

zu können, für die sie besser passten; endlich schien dem Grundsätze möglichster Vereinfachung der Erhebung um so mehr gedient, je inniger die Verbindung mit der Volkszählung gestaltet wurde.

Im Laufe der Arbeit — zum Theile sogar noch vor Beginn derselben, wie die zahlreichen Abweichungen von den für das Reich festgestellten Formularen in den einzelnen Staaten zeigen — stellten sich jedoch die schwerwiegenden Nachtheile dieses Systems heraus.

Einer derselben war bereits im Laufe der Commissionsberathungen berührt worden; er lag darin, dass die Volkszählung die Feststellung der ortsanwesenden Bevölkerung bezweckt, während die Ermittlungen der Gewerbestatistik sich an die Berufsbevölkerung oder doch zum mindesten an die dieser näher stehende Wohnbevölkerung anschliessen. Nun ordnet wohl die Volkszählung auch die Aufnahme der vorübergehend aus der Haushaltung Abwesenden an, es war somit auch für diese an ihrem Wohnorte die Zusatzfrage, beziehungsweise die Gewerbekarte zu beantworten; ausserdem war — wie erwähnt — ausdrücklich vorgeschrieben, dass die Gewerbeaufnahme im Wohnorte, nicht im vorübergehenden Aufenthaltsorte der Gewerbetreibenden, zu geschehen habe, und dass den Betrieben Abwesender besondere Aufmerksamkeit seitens des Zählers zuzuwenden sei. Bei der Vielseitigkeit der Aufgaben, die dem Zähler durch die Verbindung der Gewerbezählung mit der Volkszählung zugemuthet wurden, ist jedoch der Werth dieser Aufmerksamkeit

ein etwas fraglicher. Es liegt daher wohl die Gefahr nahe, dass Betriebe vorübergehend abwesender Personen — namentlich wenn ihre Ausübung nicht an eine äusserlich leicht als solche erkennbare Betriebsstätte gebunden ist, wie dies beispielsweise bei Agenten und ähnlichen Hilfgewerben des Handels zutrifft — entweder doppelt — im ständigen Wohnorte auf Grund der Angaben der Familie, im vorübergehenden Aufenthaltsorte auf Grund der eigenen Angaben des Censiten — oder gar nicht gezählt werden, indem jeder der beiden Zähler sich auf den anderen verlässt.

Eine ähnliche Schwierigkeit geht hervor aus der Verschiedenheit von Wohnort und Betriebsort; denn selbst angenommen, dass die Zählung überall richtig im Wohnorte des Gewerbetreibenden erfolgte, ist der Wohnort des Gewerbetreibenden häufig unter einer anderen Adresse oder sogar in einer anderen Gemeinde oder einem anderen Lande gelegen als sein Betrieb. Da nun der Betriebsort nur in der Gewerbekarte, nicht aber in den Zusatzfragen zum Volkszählungsformulare erfragt war, begegnete es Schwierigkeiten, die kleineren Unternehmungen mit weniger als fünf Arbeitern, wie vorgeschrieben, bei der Zusammenstellung an dem Standorte der Betriebsstätte zu zählen, sofern diese in einem anderen Lande oder getrennt nachzuweisenden Verwaltungsbezirke lag, als die Wohnung des Gewerbetreibenden.

Weiters ergibt sich aber aus der oftmals vorhandenen Verschiedenheit des Geschäftssitzes und des Wohnortes des Geschäftsleiters oder Inhabers auch noch die Möglichkeit von Doppelzählungen. Bei Betrieben, deren Eigenthümer, sei es weil nicht am Orte anwesend, sei es aus anderen Gründen, die unmittelbare Leitung des Geschäftes einem mit mehr oder weniger weitgehenden Vollmachten ausgerüsteten Geschäftsleiter oder Verwalter überlässt, liegt die Gefahr nahe, dass sowohl der Eigenthümer, als der Geschäftsleiter, jeder in seinem Wohnorte, über dasselbe Geschäft Angaben machen.

Das Gleiche ist in dem noch häufigeren Falle zu befürchten, dass ein Geschäft sich im Besitze mehrerer getrennt wohnender Mitinhaber befindet. Für grössere Betriebe boten nun allerdings die in der Gewerbekarte enthaltenen Fragen nach den Be-

triebsstätten und den Mitinhabern ein gewisses Correctiv. Für Betriebe mit weniger als fünf Arbeitern hingegen, für welche die Erhebung lediglich mittels des Volkszählungsformulars und der ihm angeschlossenen Extrafragen erfolgte, waren solche Doppelzählungen kaum zu vermeiden, da diese Formulare in der vom Reiche vorgeschriebenen Fassung keinerlei Angaben über die Firma des Geschäftes, über seinen eigentlichen Sitz oder darüber enthielten, ob an seiner Leitung mehrere Inhaber oder ausser dem Inhaber noch ein Geschäftsleiter betheiligt sind, so dass eine Ausscheidung der Doppelzählungen nur bei zufälliger Kenntniss oder Nachfrage des Zählers oder der revidirenden Behörde nachträglich erfolgen konnte.

Mehrere Staaten (so Preussen, Sachsen, Bayern, Baden und einige kleinere Territorien) sahen sich daher veranlasst, die Berufs- und Extrafragen des Volkszählungsformulars so zu erweitern, dass auch der Sitz des Geschäftes ermittelt und festgestellt wurde, ob der Befragte ein Compagnon oder der Vertreter des Geschäftsinhabers ist. Preussen bestimmte überdies, dass die Ausfüllung der Gewerbekarten in den Betriebsstätten zu geschehen habe. Die Zählung der Betriebe in dem Staate oder Landestheile, in dem die Betriebsstätte gelegen war, wurde hiedurch allerdings sichergestellt; dagegen wurde die Gefahr der Doppelzählung auch hiemit noch nicht vollständig beseitigt, wie das Beispiel Berlins zeigt. Allein unter den für die Betriebe mit mehr als fünf Hilfsarbeitern ausgestellten Gewerbekarten wurden hier nicht weniger wie 550 als Duplicate ausgeschieden; eine Doppelzählung war somit bei den Grossbetrieben in zwei Fünfteln aller möglichen Fälle thatsächlich festgestellt worden, so dass sich Böckh in seiner trefflichen Bearbeitung der Berliner Volkszählungsergebnisse des Jahres 1875 *) zu der Bemerkung veranlasst sieht, es möchten noch weitere Fälle von Doppelaufstellungen, und zwar sowohl bei den mit Gewerbekarten Betheilten, wie bei den kleineren Betrieben unbemerkt geblieben sein. Uebrigens gesteht ja auch die officielle Bearbeitung der Zählungsergebnisse für das Reich **) rückhaltlos zu, „dass der Gedanke, die Gewerbebetriebe, sofern sie nicht einen gewissen grossen Umfang erreichen, nicht als besondere Zählungsobjecte örtlich an ihrem

*) Die Bevölkerungs-, Gewerbe- und Wohnungsaufnahme vom 1. December 1875 in der Stadt Berlin. Im Auftrage der städt. Deputation f. Stat. bearb. v. Richard Böckh.

**) Statistik des deutschen Reiches, B. XXXIV, 4. Th., S. 127.

eigenen Sitze, sondern nur durch Zählung der Geschäftsleiter an deren Wohnorte festzustellen, ein zwiespältiges Princip in sich enthalte, welches unvermeidlich gewisse Unsicherheiten und Fehlerquellen ergeben müsse“, und dass die Durchführung der zur Beseitigung dieser Unsicherheiten erlassenen Vorschriften „sehr schwierig ist, und ihr Erfolg in den einzelnen Fällen von der Individualität des Zählers und dem bereitwilligen Entgegenkommen der befragten Mitglieder der Haushaltung wesentlich abhängig bleiben muss.“

Bedeutend schärfer noch ist das Urtheil Böckh's^{*)}. Die enge Verbindung zwischen Volkszählung und Gewerbeaufnahme verwirft er als grundsätzlich unrichtig, weil beide es mit ganz verschiedenen Elementen zu thun haben; den Gegenstand der Bevölkerungsstatistik bilde das menschliche Individuum nach dem Zusammenleben in Beobachtungskreise gruppiert, also das Zusammensein in Familie und Haus, in Wohnung und Ortsgemeinde, in Land oder Stadt. Die Industriestatistik hingegen betrachte als ihren individuellen Gegenstand nicht den Gewerbetreibenden, sondern den Gewerbebetrieb, und wie die Objecte der Bevölkerungsstatistik nach dem tatsächlichen Aufenthalte in den Haushaltungen zu Beobachtungsgruppen localisirt erscheinen, so localisire die Industriestatistik das zu Beobachtende an der Betriebsstätte, in welcher das betreffende Gewerbe den Centralpunkt seines eigenthümlichen Lebens findet.

Eine Verbindung beider Zählungen erscheint ihm daher nur in der Weise statthaft, dass die Volkszählung durch Einfügung einer Frage nach den für gewerbliche Zwecke dienenden Localitäten der Häuser und Wohnungen zur Herstellung einer Vorliste für die Industriestatistik benützt werde. Dem Fehlen einer solchen Vorliste schrieb er die bei der Gewerbezahlung des Jahres 1875 zu Tage getretenen Mängel grösstentheils zu. „Die Aufstellung einer Vorliste der Gewerbebetriebe“, sagt er wörtlich, „wie sie seiner Zeit durch die Commission zur Verbesserung der Zollvereinsstatistik beschlossen wurde, hätte zunächst dazu gedient, die einzelnen Objecte der Zählung, nämlich die Betriebsstätten, in gleicher Weise festzustellen, wie eine systematisch richtige Volkszählung der vorgängigen Aufstellung eines Verzeichnisses der Haushaltungen bedarf. Bei der unmittelbaren Verbindung der Gewerbeaufnahme mit der Volkszählung fiel dagegen dieser Vortheil fort,

^{*)} l. c.

und es wurde nun die Ausfüllung einer Menge Gewerbefragebogen herbeigeführt, welche eine spätere Bearbeitung erst wieder ausmerzen musste, während anderseits auch die Stellung der Extrafragen nicht verhütete, dass nicht für viele Gewerbetreibende Fragebogen weder vertheilt noch gefordert wurden und erst nachträglich ihre Ausfüllung herbeigeführt werden musste. So stellte sich in Berlin die Zahl der Gewerbefragebogen, welche mit den Zählungsmaterialien bei dem statistischen Amte eingegangen waren, auf 3467; es wurden nachträglich ausgestellt über 1791, als Doubletten zurückgelegt 551 Bogen.... Man sieht also, wie die Volkszählung in Ansehung der eigentlichen Gewerbestatistik nicht einmal den Werth einer guten Voraufnahme hatte, während anderseits die Eigenthümlichkeit dieser Zählung, nämlich dass dieselbe der Form der Erhebung nach eine Volkszählung, dem eigentlichen Ziele nach eine Gewerbezahlung gewesen ist, nicht nur ihre Ausführung sehr belastete, sondern auch namentlich die Bearbeitung und die Erreichung richtiger Resultate wesentlich erschwert hat.“

Als wesentliche Voraussetzung einer guten Gewerbezahlung wird man hiernach die Verbindung mit einer Volkszählung nicht bezeichnen dürfen, insbesondere wenn die Herstellung einer guten Vorliste auch auf anderem Wege erreichbar ist.

Aber auch auf die Volkszählung selbst äusserte die Verbindung mit der Gewerbeaufnahme eine ungünstige Wirkung. Man klagte über einen Rückgang in Bezug auf die Vollständigkeit des Zählungsmateriales. Schon bei der ersten Ueberprüfung des Materiales wurden in Berlin 18.920 Individualzählkarten und 457 Haushaltsverzeichnisse als unvollständig ausgefüllt zur Rückfrage gestellt, 868 Gewerbefragebogen und 510 Wohnungskarten überhaupt vermisst, und obgleich diese erste Ueberprüfung des Zählmateriales die ganze Zeit vom Einlangen desselben im December bis in den April hinein in Anspruch genommen hatte, waren die vorhandenen Mängel nicht einmal vollständig ausgestellt. Es fanden sich noch später grössere und kleinere Lücken in einer Anzahl von Individualkarten vor, wo eine Rückfrage unterlassen worden war; es wurden ferner bei der abermaligen Durchsicht, Vergleichung und Beschreibung der Grundstücks- und Wohnungskarten noch in 18.133 Fällen theils das

Fehlen der letzteren überhaupt, theils das Vorhandensein von Lücken constatirt, welche nachträglicher Ausbesserung bedurften; endlich wurden bei der Bearbeitung der Gewerbetabelle noch 920 Gewerbefragebogen vermisst, wogegen allerdings auch 551 zu viel ausgestellte Fragebogen sich vorfanden. Im Vergleiche zur Zählung von 1871, wo nur 5334 Zählkarten an das kgl. Polizeipräsidium zur vervollständigung gegangen waren, war die Menge der Beanständigungen um mehr als das Dreifache, von 5.4‰ auf 17.5‰ gestiegen, ein Zeichen, dass diesmal nicht allein ein grösserer Theil der Haushaltungsvorstände die Ausfüllung, sondern auch das Zählungspersonale, und zwar durch alle Instanzen, die vorgeschriebenen Controlen nicht oder nur unvollkommen ausgeführt hatte.

Die Ursache hievon erblickt Böckh in dem grossen Umfange der Erhebung überhaupt, welche Wohnungs-, Bevölkerungs- und Gewerbestatistik in sich vereinigte; in der übermässigen Menge der Formulare, welche der Zähler nachzulesen, zu vertheilen, zu controliren oder auszufüllen, der Haushaltungsvorstand zu lesen und zu beantworten hatte; endlich in der steten Wiederholung und der anscheinenden Weitschweifigkeit der Bestimmungen, wobei das Durcheinanderlaufen der verschiedenen Arten künstlich zusammengeknüpfter Grundsätze eine Consequenz der Vereinigung von Volks- und Gewerbezahlung war.

Dem durch die Lückenhaftigkeit des Materiales hervorgerufenen Arbeitsaufwande entsprachen auch die Kosten. Bloss die erste Ueberprüfung, die von December bis Mitte April dauerte, verursachte an Diurnen für Hilfsarbeiter Auslagen im Betrage von 23.200 Mark. Berücksichtigt man jedoch, dass auch noch nach dieser Zeit im Laufe der Verarbeitung einzelne Hilfsarbeiter andauernd mit Revisions- und Richtigstellungsarbeiten beschäftigt waren, und fügt man die mit 19.335 Mark berechneten unmittelbaren Kosten der Erhebung, sowie 2357 Mark für Kosten des Locales, der Gaseinrichtung etc., die hierunter noch nicht einbegriffen waren, hinzu, so ergibt sich ausschliesslich der Verarbeitung für die Volks- und Gewerbezahlung des Jahres 1875 in Berlin ein Kostenaufwand von rund 45.000 Mark, wobei noch zu beachten ist, dass die 10.350 Zähler, 2359

Districtscommissäre und 60 Revierdeputirten, welche die Zählung durchführten, ihre Functionen als Ehrenamt ohne Entgelt ausübten.

Die Verbindung der Gewerbeaufnahme mit der Volkszählung scheint somit auch für die letztere nicht besonders zuträglich gewesen zu sein, zum mindesten vergrösserte sie die Kosten der Volkszählung in ganz erheblicher Weise, und bedeutete keinesfalls die nahezu kostenlose Verwerthung des für die Volkszählung einmal etablirten Zählerapparates für die Zwecke der nebenher laufenden Gewerbezahlung.

In ähnlichem Sinne wie Böckh äusserte sich eine Reihe preussischer Stadtverwaltungen und Provinzialbehörden.*) Man hob hervor, dass die Volkszählung das Hauptinteresse bei den Zählern sowohl, wie beim Publicum vorwegnehme, dass die Gewerbezahlung als nebensächlich angesehen und behandelt werde, dass der grosse Umfang der Fragen verwirrend wirke und bei einer Trennung der Zählung grössere Vollständigkeit erzielt werden könnte. Durch eine überaus treffende und eingehende Darlegung der aus der Verbindung mit der Volkszählung hervorgegangenen Mängel zeichnet sich insbesondere der Bericht der Zählungscommission in Stadt Hannover**) aus. Wir geben ihn im Folgenden wörtlich wieder: „Es ist eine alte Erfahrung, dass die gleichzeitige Inangriffnahme verschiedener Gegenstände für den einzelnen Gegenstand in der Regel zu ungünstigen Resultaten führt. Die Verbindung und gleichzeitige Ausführung der Volks- und Gewerbezahlung hat von dieser Regel nach den hiesigen Erfahrungen zu unserem Bedauern keine Ausnahme gemacht.

Wenn wir auch wiederholt der Ueberzeugung Ausdruck geben müssen, dass die erzielten Resultate der Volkszählung als durchaus befriedigende angesehen werden können, so schliesst das doch nicht aus, dass durch die Verbindung der Gewerbezahlung mit der allgemeinen Volkszählung die Ausführung der letzteren bedeutend erschwert worden ist. Wir finden diese Erschwerung zunächst in dem Umstande, dass eine Anzahl von Personen, die sich anfänglich zur Uebernahme des Ehrenamtes eines Zählers hatten bereit finden lassen, ihre Erklärungen zur Mitwirkung zurückzogen, nachdem sie aus den ihnen behändigten Instructionen und Formularen über den Umfang des

*) Actenmässige Darstellung der Vorbereitung und Ausführung der Volks- und Gewerbezahlung vom 1. December 1875 im preuss. Staate. Preuss. Statistik, Heft 39, II. Hälfte.

**) l. c. Seite 71 f.

Zählgeschäften sich instruiert hatten. Es mussten diese Ablehnungen auf die für die Zählung getroffenen Dispositionen umso hemmender einwirken, als die Mehrzahl derselben erst in den letzten Tagen vor dem 1. December eintraf, und es hat dieser Umstand mit dazu beigetragen, dass für das Zähleramt auf eine nicht unbedeutende Anzahl von Personen gegriffen werden musste, von denen man die unentgeltliche Ausführung des Zählgeschäftes füglich nicht verlangen konnte.

Es haben sich dann einzelne Zähler anscheinend ganz besonders für die Gewerbezahlung interessirt und infolge dessen ihr Augenmerk vorzugsweise auf die richtige Beantwortung der Gewerbebefragungsbogen gelenkt. Die Gewerbezahlung ward dadurch in den betreffenden Bezirken zwar musterhaft ausgeführt, allein die Correctheit der Volkszählung hatte nicht unerheblich darunter gelitten, und erst durch eine Menge nachträglicher Aufnahmen ist auch die letztere zu ihrem Rechte gelangt.

Wenn wir nach dem Vorstehenden nicht in der Lage sind, die fragliche Verbindung im Interesse der Volkszählung als einen glücklichen Griff zu bezeichnen, so haben wir dazu noch weniger Veranlassung im Interesse der Gewerbezahlung, die, wenn nicht jede einzelne Karte unsererseits einer genauen Revision unterzogen worden wäre, geradezu als eine verfehlte bezeichnet werden müsste. Denn die unvollständige und mangelhafte Beantwortung der Gewerbebefragung auf den Zählkarten bildete die Regel, Ausnahmen — d. h. vollständig instructionsmässig beantwortete Gewerbebefragungsbogen — waren selten.

Nur mit verhältnissmässig grossem Zeitaufwande hat sich theils durch directe Nachfragen, theils durch Zuhilfenahme des Adressbuches eine Vervollständigung der Karten ermöglichen lassen, so dass die Stadt Hannover in Beziehung auf die Kleingewerbe wenigstens ein einigermaßen vollständiges Material zu liefern im Stande ist. In welchem Masse indessen die Revision des Zahlungsmaterials durch die mangelhafte Ausführung der Gewerbezahlung erschwert worden ist, mag die Thatsache beweisen, dass die Prüfung und Berichtigung der Zählkarten aus je einem Zählbezirke durchschnittlich drei volle Stunden in Anspruch genommen hat, während einige wenige Zählbezirke, in denen auf die Gewerbezahlung Fleiss und Sorgfalt verwendet war, in $\frac{3}{4}$ bis 1 Stunde erledigt werden konnten.

Der innere Grund für die Vernachlässigung der Gewerbezahlung liegt unzweifelhaft in der gleichzeitigen Ausführung derselben mit der Volkszählung. Bei der Zahlungsmethode, die sich auf die freiwillige Mitwirkung einer unverhältnissmässig grossen Anzahl ganz verschiedenartig vorgebildeter Personen stützt, ist unter Einem eine gleichzeitige Ausführung zweier der Sache nach verschiedener Aufnahmen in correcter Weise überhaupt nicht zu erreichen. Viele jener Personen widmen sich dem Zählgeschäfte ja im Interesse der Sache, manche thun es indessen nur, weil sie einer bezüglichen Aufforderung der Obrigkeit nicht zu widerstreben vermögen — Alle aber bringen sie ein Opfer an Zeit und Mühe, das sich wiederum manche so leicht als möglich zu machen suchen. So werden die Haushaltungsvorstände schneller instruiert, als es für die mannigfachen in Betracht kommenden Verhältnisse nothwendig ist, und die Karten werden nach dem Zahlungstage zurückgeholt, ohne sie auf der Stelle ihrem ganzen Inhalte nach zu revidiren. Es würde das eben bei den vielen Fragen zu lange dauern, und so stellt sich der Zähler zufrieden, wenn er nur die erste Seite der Karte gehörig ausgefüllt sieht. Das thun, wie gesagt, nicht alle Zähler, aber gewiss manche.

Dazu kommt dann noch der zweite und wichtigste Factor, der Befragte. Abgesehen davon, dass manche Menschen, wenn sie sich selbst überlassen bleiben, überall nur Halbheiten zu Tage fördern, ist der Beantwortung der Gewerbebefragung bei vielen das Misstrauen, bei manchen der Unverstand und bei einzelnen wohl auch der böse Wille hemmend in den Weg getreten. Gerade unter den Gewerbetreibenden gibt es eine Menge Personen, die ängstlich bemüht sind, fremden Personen sowohl, als auch der Obrigkeit die Einsicht in ihre gewerblichen Verhältnisse zu verschliessen, und denen es schwer begreiflich zu machen ist, dass die Gewerbezahlung steuerfiscalischen Zwecken in keiner Weise dienen soll. Manchen wiederum sind weder die Gewerbebefragung an sich, noch die Zwecke der gewerblichen Aufnahme klar, und sie beruhigen sich damit, dass sie die eine Seite der Karte beschrieben und somit wenigstens etwas zur Förderung der Zahlungszwecke beigetragen haben.

Man könnte einwenden, dass alle diese Uebelstände auch bei einer in separato auszuführenden Gewerbezahlung hemmend einwirken würden; allein es ist wohl zu beachten, dass, wenn weder Zähler

noch Haushaltungsvorstände sich zunächst bei der Volkszählung aufzuhalten brauchen, sie weit eher geneigt sein werden, den einzigen Gegenstand, die Gewerbeaufnahme, so zu behandeln, wie es im Interesse der Correctheit gewünscht werden muss. Der Befragte kann sich nicht dabei beruhigen, dass er schon eine Anzahl vorhergegangener Fragen beantwortet habe, und der Zähler behält Zeit und Lust, sowohl die wenigen Fragen der Gewerbe-zählung, als auch die Zwecke der letzteren zu erläutern, und somit den Einfluss von Misstrauen und Unwissenheit zu paralysiren.

Was im Vorstehenden bezüglich der Gewerbe-karten gesagt ist, findet analoge Anwendung auch auf die Gewerbefragebogen. Wir sind überzeugt, dass viele derselben, die im Laufe der Revisions-arbeiten haben nachgefordert werden müssen, von vornherein würden abgegeben worden sein, wenn die Aufmerksamkeit der Zähler und Gewerbetreibenden durch die Volkszählung nicht wäre abgelenkt worden.“

In ähnlicher Weise bezeichnen Breslau und Halle die Verbindung der Volks- und Gewerbe-zählung als unpraktisch; auch die Stadtverwaltung von Königsberg hebt hervor, dass durch die Organe der Volkszählung dem Publicum weder die nöthige Aufklärung über die Ausfüllung des Gewerbe-bogens gegeben, noch die erforderliche Controle geübt werden könne.

Es ist sehr bezeichnend, dass gerade die grossen Stadtverwaltungen, denen ausser der Berichterstattung auch die unmittelbare Durchführung der Erhebung in ihrem Gemeindegebiete oblag, sich in dieser Weise aussprachen.

Die dem unmittelbaren Zählgeschäfte bereits ferner stehenden Provinzialregierungen äusserten sich im Gegensatze dazu in der Mehrzahl günstig über die Verbindung beider Aufnahmen. Zum Theile mag dies auch darauf zurückzuführen sein, dass sich ihr Urtheil in der Hauptsache auf den Ausfall der Aufnahme in den kleineren Gemeinden stützte, wo naturgemäss viel weniger Schwierigkeiten zu überwinden waren, und viel geringere Reibungen zu Tage traten. Doch finden sich auch unter ihnen Vertreter der gegentheiligen Ansicht in nicht geringer Zahl, und selbst in Bezirken, in denen die Vereinigung beider Zählungen principiell günstig beurtheilt wird, wie im Regierungsbezirke Köslin, wird hervorgehoben, dass die vorgekommenen Fehler

grösstentheils bei der Gewerbe-zählung vorgefunden wurden, weil das Interesse der Zähler für dieselbe ein geringeres gewesen sei.

Als Vortheile der Vereinigung werden genannt: die Möglichkeit einer wechselseitigen Controle, die Bürgschaft für die Vollständigkeit der Gewerbeaufnahme, die dadurch gewährt wird, dass jede Haushaltung auf das etwaige Vorhandensein eines Betriebes geprüft wird, endlich die Abschwächung der Steuerfurcht, die der Erhebung zwar auch in dieser Form hindernd entgegengetreten sei, jedoch im geringeren Masse, als dies bei der Veranstaltung einer gesonderten Gewerbeaufnahme voraussichtlich der Fall gewesen wäre.

Dass jedoch auch diese Vortheile nur mit einer gewissen Beschränkung zugestanden werden dürfen, dass insbesondere die Vollständigkeit der Erhebung durch ihre Verbindung mit der Volkszählung noch keineswegs garantirt ist, wird zu zeigen sich noch Gelegenheit bieten.

Endlich sei noch auf einen schwerwiegenden, bei der Zählung des Jahres 1875 zu Tage getretenen Uebelstand aufmerksam gemacht, der wohl mit dem System der Verbindung der Gewerbeaufnahme mit der Volkszählung oder einer ähnlichen Bevölkerungsaufnahme nicht unlösbar verbunden, jedoch für die Frage der Anknüpfung einer Gewerbeaufnahme an die österreichische Volkszählung von grösster Bedeutung ist. Es ist dies die Ungunst des Zählungstages. Die Volkszählung verlangt einen Termin, der dem Jahresschlusse naheliegt, eine Gewerbe-zählung im December aber trifft für viele Gewerbe gerade die todte Zeit, und zwar wenn sie wie in Oesterreich am Schlusse des Monates, wo auch die Weihnachtssaison schon vorüber ist, stattfindet, in noch höherem Masse und für noch mehr Gewerbe, als wenn sie in seinen Anfang fällt, wie in Deutschland im Jahre 1875.

Dennoch war auch für die deutsche Aufnahme die Folge davon vor Allem ein nicht unerheblicher Ausfall von Betrieben bei allen Gewerben, die nur im Sommer betrieben werden, im Zeitpunkte der Zählung aber ihren Betrieb eingestellt hatten, wie z. B. bei der Kalkbrennerei, Feldziegelei, Fischsalzerei, den Badeanstalten u. A. m.

Einen weiteren Nachtheil bildete der Umstand, dass der Arbeiterstand um diese Zeit bei einer sehr grossen Zahl von Gewerben, namentlich im ganzen Baugewerbe, auf einen Tiefstand herab-

gedrückt war, der die Gewinnung eines auch nur annähernd richtigen Bildes von der Bedeutung dieser Industrien unmöglich machte.

Da eine Verlegung des Stichtages der österreichischen Volkszählung auf den Sommer wohl ebenso ausgeschlossen ist, wie die Veranstaltung einer besonderen Berufs- und Gewerbebezahlung nach dem Muster der deutschen Erhebungen von 1882 und 1895, verdienen die ungünstigen Erfahrungen, welche man bei der deutschen Gewerbebezahlung von 1875 mit dem Zählungstage im Winter machte, die eingehendste Erwägung.

Sie sprechen ebensowenig für die Verbindung von Volkszählung und Betriebsaufnahme, wie der allgemeine Ausfall der Gewerbebezahlung von 1875. Dabei beziehen sich die bisher hervorgehobenen Schwierigkeiten und Fehler, die sich aus der Verbindung beider Aufnahmen ergaben, hauptsächlich auf die äussere Technik des Zählverfahrens. Zu ihnen treten jedoch noch eine Reihe innerer, mit diesem System der Erhebung verbundener Mängel, die jedoch erst im Zusammenhange mit den Ergebnissen der Gewerbebezahlungen von 1882 und 1895 ihre Erörterung finden können.

IV.

Die Bestimmungen für die Berufs- und Gewerbezahlungen von 1882 und 1895.

Vorbereitende Verhandlungen. — Keine grundsätzliche Aenderung der Methode. — Umfang der Erhebungen von 1882 und 1895.
— Zählungseinheit. — Formulare und Verfahren im Allgemeinen.

Die Erkenntniss der zahlreichen Mängel, welche bei der Gewerbeaufnahme des Jahres 1875 hervorgetreten waren, liess eine Wiederholung derselben gelegentlich der Volkszählung von 1880 nicht angebracht erscheinen. Auf der Versammlung der Vertreter deutscher statistischer Centralstellen, welche im October 1879 zur Berathung der Volkszählungsvorschriften tagte, begegnete eine diesbezügliche Anregung Engel's lebhaftem Widerspruch. Aus den verschiedensten Theilen des Reiches wurden Klagen über die Mängel der Erhebung laut und Böhmert ging dabei so weit, gruppenweisen Gewerbeaufnahmen durch Spezialkräfte den Vorzug vor allgemeinen zu geben. Auch in Bezug auf die Verbindung einer Berufsstatistik mit der Volkszählung verlief die Conferenz ergebnisslos.

Als dann das Bedürfniss der Gesetzgebung nach zuverlässigen Angaben über die Berufsgliederung der Bevölkerung zum Beschlusse einer besonderen Erhebung der Berufsverhältnisse im Jahre 1882 führte, tauchte die Frage der Gewerbestatistik neuerdings auf.

Eine Resolution des Reichstages empfahl die Verbindung einer gewerblichen Betriebsaufnahme mit der Berufszählung. Diesem Wunsche wurde Rechnung getragen und wie im Jahre 1875 an die Volkszählung, so schloss sich im Jahre 1882 an die Berufsstatistik eine Gewerbezahlung an. Seither ist die Berufs- und Gewerbezahlung von den periodischen Volkszählungen im deutschen Reiche losgelöst und bildet den Gegenstand selbständiger Aufnahmen, ohne dass jedoch hiedurch eine grundsätzliche Aenderung in der Methode der Gewerbestatistik hervorgerufen worden wäre. Denn gleich den Volkszählungen stellen die Berufsaufnahmen eine statistische Durch-

musterung der ganzen Bevölkerung dar, sie schliessen sich diesen sowohl hinsichtlich der geforderten individuellen Angaben, als des ganzen Verfahrens im Wesentlichen an und unterscheiden sich von ihnen nur dadurch, dass auf die Ermittlung des Berufes und der Stellung in demselben ein besonderes Gewicht gelegt und die Zählung im Sommer, als der für die Erfassung der wirthschaftlichen Thätigkeit geeigneteren Zeit, vorgenommen wird.

Ihrem äusseren Umfange nach weisen die Gewerbestatistiken von 1882 und 1895 gegenüber jener des Jahres 1875 nur eine geringe Erweiterung auf, indem sie das Versicherungswesen und die Leichenbestattung einbeziehen.

Ferner wurden die Werkstätten der Eisenbahn- und Telegraphenverwaltungen, welche im Jahre 1875 besonderer Erhebung vorbehalten waren, den allgemeinen Erhebungsvorschriften unterstellt. Im Jahre 1895 wurde endlich auch der Gewerbebetrieb im Umherziehen, den die Aufnahme von 1882 noch unberücksichtigt gelassen hatte, der Erhebung einverleibt.

Auch die Bestimmungen über die Zählungseinheit blieben im Wesentlichen unverändert. Doch fiel in folgerichtiger Weiterbildung ihres Begriffes auch die letzte Abgrenzung nach unten hin. Die Erzeugung für den eigenen Hausbedarf ist nicht mehr ausdrücklich ausgeschlossen.*) Praktisch blieb dies wohl ohne weitreichende Folgen, da derartige Beschäftigungen auch ohne ausdrückliches Verbot von den Personen, welche sie ausüben, nicht als Betrieb eines Gewerbes angesehen und infolgedessen auch bei der Berufsangabe nicht berücksichtigt werden. Die beiden anderen Kategorien ohne Erwerbsabsicht betriebener Unternehmungen — die industriellen Betriebe der Militär- und

*) Vgl. Anlage C zu den Bestimmungen, betreffend die Herstellung einer Berufsstatistik, IV 2 in Statistik des Deutschen Reiches N. F., Band 1, S. 15.

Marineverwaltung und die gewerbliche Thätigkeit der Insassen von Straf- und Besserungsanstalten fallen seit 1882 nach ausdrücklicher Bestimmung der Zählungsvorschriften gleichfalls in den Rahmen der Erhebung.*)

Was das Verfahren bei der Gewerbeaufnahme betrifft, so diene zunächst die Berufszählung und das bei diesen benützte Formulare zur Feststellung

der Personen, welche ein Gewerbe „selbständig“ betrieben und jener davon, welche der Art ihres Betriebes nach auch noch eine Gewerbekarte auszufüllen hatten. Die Formulare der Berufszählung (1882 Zählbogen und Gewerbekarte, 1895 Haushaltungsliste, Landwirthschaftskarte und Gewerbebogen), sind im Folgenden des besseren Verständnisses halber abgedruckt.

Formularien der Berufs- und Gewerbebezahlung von 1882.

1. Der Zählbogen

mit den Berufs- und Landwirthschaftsfragen (Form. I u. II).

Seite 1 des Zählbogens.

Deutsches Reich.

Allgemeine Berufsstatistik vom 5. Juni 1882.

Zählbogen Nr.

Staat

Bezirk* (Kreis, Bezirksamt etc.)

Gemeinde

Ortschaft oder Wohnplatz

Strasse

Haus-Nr.

Zählbezirk lit.

Bescheinigung.

Dass die Angaben im Formular I auf Seite 2 und 3*), sowie im Formular II auf Seite 4**) dieses Zählbogens wahrheitsgemäss und vollständig gemacht sind, bescheinigt:

(Unterschrift des Haushaltungsvorstandes oder für denselben)

Zur Ausfüllung des Formulars I für die Erhebung des persönlichen Berufes auf Seite 2 und 3, sowie des Formulars II für die Erhebung der landwirthschaftlichen Betriebe auf Seite 4 dieses Zählbogens ist die auf einem besonderen Blatte (C) beigegeben

Anleitung zur Ausfüllung der Zählformulare

zu befolgen. Als Anweisung für die Ausfüllung der einzelnen Spalten des Formulars I auf Seite 2 und 3 dienen die Spaltenüberschriften und die Mustereinträge. Ausserdem sind zu beachten folgende

) Statistik des Deutschen Reiches N. F., Band 6, S. 105.

Erläuterungen zum Formulare I.

a) In Spalte 3 ist für Verwandte das Verwandtschaftsverhältniss, für alle anderen Personen die sonstige Stellung zum Haushaltsvorstand anzugeben.

b) Zu Spalte 5. Fällt der Geburtstag auf den Zählungstag (5. Juni), so ist gleichwohl das am vorhergehenden Geburtstag vollendete Altersjahr anzugeben. Ist das Alter nicht genau bekannt, so ist es ungefähr anzugeben (z. B. 60 bis 70 oder „etwa“ 45).

c) In Spalte 8 ist für den Haushaltsvorstand und für diejenigen Personen, welche einen Beruf ausüben oder erwerbend thätig sind, derjenige Beruf, Stand, Erwerbs- oder Nahrungsweig genau zu bezeichnen, welcher die alleinige oder hauptsächlichste Berufs- oder Erwerbsthätigkeit oder Einkommensquelle bildet. Für den Haushaltsvorstand muss die Spalte 8 stets einen Eintrag enthalten.

Bei Personen, welche überhaupt nur nebensächlich erwerbend thätig sind und keinen eigentlichen Hauptberuf haben, ist diese Thätigkeit nicht in Spalte 8, sondern in Spalte 12 zu bezeichnen (vergl. auf Seite 4 lit. g).

Insbesondere ist in Spalte 8 anzugeben:

1. Bei Personen, welche hauptsächlich in einem landwirthschaftlichen Betriebe thätig sind, mag diese Thätigkeit diejenige eines Eigenthümers, Pächters, Administrators etc. oder eines Verwalters, Gehilfen, Tagelöhners, Knechts, einer Magd oder eines mitthätigen Familienangehörigen etc. sein: **Landwirthschaft**.
2. Bei Gewerbetreibenden, Handwerkern, Fabrikanten, Kaufleuten, bei Werkmeistern, Gesellen, Lehrlingen, Fabrikarbeitern, Bergleuten, bei Geschäftsreisenden, Buchführern, Commis und sonstigen Gewerbsgehilfen: **der besondere Zweig des Handwerks, der Fabrication, des Bergbaus, des Handels oder sonstigen Gewerbes**.

Handwerker, welche auf grösseren landwirthschaftlichen Besitzungen für die gewöhnlichen im landwirthschaftlichen Betriebe vorkommenden handwerksmässigen Arbeiten (als Schmiede, Stellmacher etc.) im Dienst stehen, haben der Bezeichnung ihres Berufes die Worte „in Landwirthschaft“ beizufügen. — Schiffer und Fischer haben durch Beifügung der Worte „auf See“ oder „an Küsten“ oder „auf Binnengewässern“ anzugeben, wo sie ihr Gewerbe ausschliesslich oder hauptsächlich ausüben. — Maler und Bildhauer, welche Künstler sind, haben jener Bezeichnung dieses Wort hinzuzufügen.

3. Bei Beamten, Angestellten, Rechnungsführern, Schreibern etc.: **Die Art des Amtes, Dienst- oder Geschäftszweiges** (oder die besondere Behörde oder Geschäftsanstalt), unter Beifügung des Amtscharakters in Spalte 9.
4. Bei activen Militärpersonen die **Charge** unter Beifügung des Wortes „activ“.

5. Bei Tagelöhnern und Handarbeitern: die **Art des Gewerbes, Geschäfts- oder Arbeitszweiges**, in welchem sie beständig oder meistens arbeiten, ob in Landwirthschaft, bei Garten-, Forst-, Eisenbahn-, Chaussee- oder Hafenarbeiten, oder in welcher anderen bestimmten Gewerbs- oder Geschäftsart, oder ob in häuslicher Arbeit; wenn sie abwechselnd in verschiedenen Gewerbsarten oder Arbeitszweigen thätig sind, ohne durch einen derselben vorzugsweise beschäftigt zu sein, so sind die hauptsächlichsten zu nennen.

6. Bei Dienstboten, Knechten, Mägden: ob für **Landwirthschaft, Handel**, oder für **welches andere besonders zu nennende Gewerbe**, oder aber für **häusliche Dienste** (einschliesslich persönliche Bedienung). Sind solche Personen theilweise in gewerblicher, theilweise in häuslicher Thätigkeit, so sind beide Thätigkeiten zu bezeichnen, und zwar die hauptsächlichste als Hauptberuf in Spalte 8, die andere als Nebenbeschäftigung in Spalte 12.

Ausserdem ist für die Ausfüllung der Spalte 8 Folgendes zu beachten:

7. Haushaltsvorstände und einzeln stehende, sowie von eigenem Vermögen, Renten, Pensionen oder Unterstützung lebende Personen, die keinen erwerbenden Beruf ausüben, sind so zu bezeichnen, dass über diesen Umstand kein Zweifel entstehen kann. Es ist also für Eigenthümer von landwirthschaftlichen, gewerblichen, Handels- und Verkehrsbetrieben, welche aus deren Ertrag leben, aber darin nicht thätig sind, für blossen Actionäre oder Commanditisten oder Personen, welche aus dem Ertrage ihres Vermögens, von Renten oder Pensionen, von Leibgeding (Altentheil etc.) oder Unterstützung leben, ein Ausdruck zu wählen, welcher ersichtlich macht, dass sie nicht berufs- und erwerbsthätig sind, z. B. Gutsbesitzer nicht thätig, vormaliger Kaufmann, vom Einkommen aus Vermögen lebend, Rentner, Lebens- oder Leibrentner, Pensionär, Pfründner, Auszügler, Leibgedinger, Altentheiler, Unterstützungsempfänger. Namentlich ist bei nicht mehr im Dienste befindlichen Beamten, Angestellten, Officiern u. dgl. der Zusatz „a. D.“, „z. D.“ oder „pens.“ zu machen. — Bei Witwen ist die gegenwärtige Erwerbsthätigkeit oder sonstige Einkommensquelle (Witwenpension, Rentnerin etc.) zu nennen.
8. Familienangehörige ohne erwerbende Berufsausübung und ohne eigenes Einkommen erhalten in der Regel keine Bezeichnung. Wird ihr vormaliger Beruf angegeben, so sind die vorstehenden Regeln zu beachten.

A. Verzeichniss aller in der Nacht vom 4. auf den 5. Juni 1882 in der

[illegible]

Seite 4 des Zählbogens.

d) In Spalte 9 ist die Stellung im Hauptberuf, das geschäftliche, Arbeits- oder Dienstverhältniss, in welchem derselbe ausgeübt wird, in einer Weise zu bezeichnen, dass sich ersehen lässt, ob der Beruf selbständig ausgeübt wird (folgende Ziffern 1 und 2) oder nicht (Ziffer 3). Es ist also, wenn hierfür die Berufsbezeichnung an sich nicht schon ausreicht (vergl. folgende Erläuterung e), anzugeben:

1. Ob Inhaber, Mitinhaber (Compagnon), Pächter, Erbpächter, Theilpächter, Handwerksmeister, Unternehmer, Director, Administrator oder Geschäftsleiter etc. oder überhaupt selbständig; oder
2. ob in der eigenen Wohnung (zu Haus) für Rechnung eines fremden Geschäftes (für einen Unternehmer, Fabrikanten, Verleger, Kaufmann, für ein Magazin, ein Kleider-, Wäsche- oder anderes Geschäft etc.) arbeitend, abgekürzt anzugeben durch: z. **Haus f. fremde Rechn.;** oder
3. ob Verwalter, Inspector, Procurist, Disponent, Buchhalter, Rechnungsführer, Handlungsreisender, Commis, Schreiber, Rechner, oder Werkführer, Gehilfe, Geselle, Lehrling, Fabrikarbeiter, Steiger, Knappe, Tagelöhner, Handarbeiter, oder Knecht, Magd, Dienst-, Kinder-, Zimmer-, Schankmädchen, Köchin oder Ladendiener, Ladenjunfer, Austräger, Portier, Hausknecht etc.

e) Zu Spalte 8 und 9. Wenn durch eine einzige Bezeichnung sowohl der Beruf selbst, als auch die Stellung in demselben genau und deutlich ausgedrückt wird (vergl.

vorhergehende Erläuterungen *c* und *d*), so kann eine weitere Angabe unterbleiben. Jene Bezeichnung ist dann durch beide Spalten 8 und 9 zu schreiben.

f) Die Spalten 10 und 11 sind bei allen denjenigen Personen, welche ein Gewerbe der in der „Anleitung zur Ausfüllung der Zählformulare“ (C) unter Ziffer IV. 2, Absatz 1 angegebenen Art selbständig (vergl. vorstehende Erläuterungen d 1 und 2) ausüben, der Spaltenüberschrift entsprechend mit Ja oder Nein auszufüllen. Dabei ist zu beachten, dass für die Angabe in Spalte 10 als Gehilfen nicht allein die bei vorstehender Erläuterung d 3 genannten Personen und sonstige im Gewerbebetriebe beschäftigte Arbeiter, Fuhrleute, Schiffer, Flösser etc., auch wenn solche Arbeiter in ihrer eigenen Wohnung oder als Gefangene in Straf- oder Besserungsanstalten für das Geschäft arbeiten, sondern auch Familienangehörige und Dienstboten gerechnet werden, welche regelmässig in dem Gewerbebetriebe thätig sind. Auch ist mit Ja zu antworten, wenn zwar nicht am 5. Juni, wohl aber sonst in der Regel Gehilfen beschäftigt werden. — Für die Angabe in Spalte 11 ist zu beachten, dass mit Ja auch da geantwortet werden muss, wo ein amtlicher Aufsicht unterliegender Dampfkessel nicht zur Bewegung von Maschinen, sondern zu chemischen, Reinigungs- etc. Zwecken dient.

g) Zu Spalte 12 bis 15 gelten die vorstehend bei c, d, e und f zu Spalte 8 bis 11 gegebenen Anweisungen, angewendet auf die Nebenerwerbe. Als solche sind anzusehen die neben einem Hauptberuf oder von Personen

Erwerb, Gewerbe, Geschäfts- oder Nahrungszweig.

Muthmasslicher Ort und Grund der Abwesenheit (Erläuterung l auf S. 4)	(Erläuterung k auf S. 4)
---	--------------------------

4) In Spalte 17/18 Verzeichniß B ist, wenn eine als vorübergehend abwesend in diesem Verzeichniß aufzuführende Person am Zahlungsort selbst in einer anderen Haushaltung übernachtet hat, „hier“ zu setzen, und Strasse und Hausnummer einzutragen.

II. Formular für die Erhebung der landwirthschaftlichen Betriebe.

Hauptfrage. Wird unmittelbar von der Haushaltung aus Landwirthschaft betrieben, d. h. eine Bodenfläche, wenn auch vom kleinsten Umfange, landwirthschaftlich — als Acker, Gartenland (mit Ausschluss von Ziergärten), Wiese, Weide, zum Wein-, Obst-, Gemüse-, Tabak- etc. Bau — bewirthschaftet? (Ja oder Nein!). Wird die vorstehende Hauptfrage bejaht, so sind die folgenden

Nebenfragen zu beantworten.

Wer die Flächenangaben nicht in Hektar und Ar machen kann, wolle die Angaben in dem alten ortsüblichen Masse an den Rand links neben die Fragen setzen und die Benennung der Masseinheit darüber schreiben. Im Uebrigen vergl. die „Anleitung zur Ausfüllung der Zählformulare“ (C) unter Ziffer III.

- | | Hektar | Ar | | Anzahl |
|--|--------|----|---|--------|
| 1. Wie gross ist die zur Haushaltung (Wirthschaft) gehörige Gesamtfläche (einschliesslich Haus- und Hofraum, Garten, Holzland, Gewässer, Wege etc.)? | | | 5. Wenn zur Haushaltung (Wirthschaft) Nutzvieh der nachbezeichneten Arten gehört, so wollen Sie darüber die folgenden Angaben machen:*) | |
| 2. Wie viel von dieser Gesamtfläche ist gepachtetes Land (als solches gilt auch das in Vertretung für einen Pächter bewirthschaftete Land). . . ? | | | A) Pferde zum landwirthschaftlichen Betrieb, auch zur Zucht oder Aufzucht,**) Gesamtzahl, einschliesslich Fohlen ? | |
| 3. Wie viel von der Gesamtfläche (Ziffer 1): | | | Wie viele von diesen Pferden dienen zur Ackerarbeit? | |
| A) ist Acker, Gartenland (mit Ausschluss von Ziergärten), Wiese, Fettweide oder cultivirte Weide, Obstgarten, Weinberg ? | | | B) Stiere und Ochsen, Gesamtzahl, einschliesslich Stier- und Ochsenkälber ? | |
| B) ist Holzland (mit Holz bestanden — Wald, Holzung, Forst, Busch)? | | | Wie viele von diesen Stieren und Ochsen dienen zur Ackerarbeit. ? | |
| C) sonstige Fläche (Haus- und Hofräume, Ziergärten, Hutung oder uncultivirte Weide, Gewässer, Wege, Oed- und Unland). . . ? | | | C) Kühe, Gesamtzahl, einschliesslich Kuhkälber . . . | |
| 4. Findet von der Haushaltung aus eine Theilnahme an der gemeinsamen Nutzung von ungetheilte Weide statt? (Ja oder Nein!) | | | Wie viele von diesen Kühen dienen zur Ackerarbeit? | |
| | | | D) Schafe, Gesamtzahl, einschliesslich Lämmer . . . | |
| | | | E) Schweine, Gesamtzahl, einschliesslich Ferkel. . . | |
| | | | F) Ziegen, Gesamtzahl, einschliesslich Lämmer . . . | |
| | | | 6. Wurden in dem landwirthschaftlichen Betriebe (abgesehen von etwaigen Nebengewerben) im letzten Jahre folgende Maschinen, gleichviel ob eigene oder fremde, benützt: Dampfpflüge; Säemaschinen; Mähmaschinen; Dampfdreschmaschinen; andere Dreschmaschinen; Locomobilen (nicht lediglich für Dampfpflug oder Dreschmaschine); stehende Dampfkessel mit oder ohne Triebwerk? | |
| | | | (Die Frage ist mit Nein zu beantworten, wenn keine der vorstehend genannten Maschinen benützt wurde; andernfalls sind als Antwort die zutreffenden Wörter zu unterstreichen.) | |

*) Auch diese Angaben über das Nutzvieh sind nur zu machen, wenn die obenstehende Hauptfrage bejaht hat. **) Andere Pferde bleiben ausser Ansatz.

2. Die Gewerbekarte.

Deutsches Reich.

Allgemeine Berufsstatistik vom 5. Juni 1882.

Gewerbekarte.

Die allgemeinen Bestimmungen über die Ausfüllung dieser Karte, insbesondere auch die Vorschriften darüber, für welche Gewerbebetriebe (Geschäfte) Gewerbekarten aufzustellen sind, siehe in der „Anleitung zur Ausfüllung der Zählformulare“ (C) unter Ziffer I und IV.

Die richtige und vollständige Ausfüllung dieser Gewerbekarte bescheinigt:

(Unterschrift).

Zu Zählbezirk lit. . . . Zählbogen Nr. . . . — Zahl der von dem Gewerbetreibenden ausgefüllten Gewerbekarten α) . . .

1. Name des selbständigen Gewerbetreibenden bzw. Geschäftsleiters:

Etwaige davon verschiedene Firma (oder Name des Unternehmens):

2. Wohnung des Gewerbetreibenden: Staat: Bezirk (Kreis, Bezirksamt etc.):

Gemeinde: Ortschaft (Wohnplatz): Strasse: Haus-Nr.

3. Sitz des Gewerbebetriebs (Geschäfts), nur anzugeben, wenn von der Wohnung entfernt: Strasse: Haus-Nr.

(falls in einer anderen Ortschaft oder Gemeinde, ist diese hier nebst Staat und Bezirk zu nennen) Ortschaft:

Gemeinde: Staat: Bezirk (Kreis, Bezirksamt etc.):

Wenn Wohnung und Sitz des Geschäftes (Betriebsstätte) von einander entfernt sind, so ist an beiden Stellen eine Gewerbekarte auszufüllen, aber nur einmal vollständig. Am anderen Orte sind nur die Fragen 1 bis 7 zu beantworten, dagegen die Fragen 8 bis 12 zu durchstreichen, und ist hier anzugeben, wo die vollständige Ausfüllung erfolgt: Wohnung oder Betriebsstätte? (Das zutreffende Wort zu unterstreichen.)

4. Genaue Angabe der Art des Gewerbes: α)

Gentügt eine allgemeine Bezeichnung nicht, um die besondere Art und Natur (Specialität) des Gewerbes ersichtlich zu machen, so ist dieselbe durch Nennung der hauptsächlichlichen Gegenstände der Bearbeitung oder Erzeugung oder des Handels oder sonst näher zu ergänzen, z. B. Seidenspuler, Seidenbandweberei, Seidengarnfärberei, Baumwollzeugdruckerei, Appretur leinener Gewebe, Locomotivfabrik, Nähmaschinenfabrik, Fabrik landwirthschaftlicher Maschinen, Verfertiger grober Holzwaaren etc.

5. Bildet die Ausübung dieses Gewerbes Ihren Hauptberuf, oder ist dieselbe für Sie nur eine Nebenbeschäftigung? (Das zutreffende Wort zu unterstreichen.)

6. Sind Sie Inhaber, Pächter oder sonstiger Geschäftsleiter (Director, Administrator etc.)? (Das zutreffende Wort zu unterstreichen.)

Arbeiten Sie selbständig zu Haus für fremde Rechnung, d. h. in Ihrer Wohnung für ein fremdes Geschäft (für einen Unternehmer, Fabrikanten, Verleger, Kaufmann, für ein Magazin, ein Confections-, Kleider-, Wäsche- etc. Geschäft)? (Ja oder Nein!)

7. Haben Sie bei der Leitung des Geschäftes theilhabende Mitinhaber (Mitpächter etc., Compagnons)? (Ja oder Nein!)

Wenn ja, geben Sie deren Namen und Wohnung an:

Sind mehrere nicht zu derselben Haushaltung gehörende Mitinhaber in dem bei 4 genannten Gewerbe als Geschäftsleiter thätig, so ist von jedem eine besondere Karte über den fraglichen Gewerbebetrieb (Geschäft) auszufüllen, jedoch nur eine Karte vollständig, während auf den übrigen lediglich die Fragen 1 bis 7 zu beantworten sind. Die Mitinhaber haben sich darüber zu verständigen, wer von ihnen die vollständige Ausfüllung besorgen soll (vergl. Anleitung zur Ausfüllung etc. [C] Ziffer IV. 3, Absatz 4).

Wenn nicht Sie selbst, sondern ein Mitinhaber die vollständige Ausfüllung der Karte übernommen hat, wollen Sie die folgenden Fragen 8 bis 12 durchstreichen und vorstehend den Namen des Mitinhabers unterstreichen, der die vollständige Ausfüllung besorgt.

8. Ist der Gewerbebetrieb das Eigenthum einer einzelnen Person, oder mehrerer Gesellschafter, eines Vereins, oder einer Commandit- oder Actiengesellschaft, oder einer Genossenschaft, Innung, oder anderen wirthschaftlichen Corporation, oder der Gemeinde, oder einer anderen communalen Corporation, oder des Staats, oder des Reichs? (Von den fett gedruckten Wörtern das zutreffende oder die zutreffenden zu unterstreichen.)

9. Wie viele Personen sind in dem bei 4 genannten Gewerbe (Sie selbst und etwaige thätige Mitinhaber, sofern Sie oder die Mitinhaber das Gewerbe als Hauptberuf ausüben, eingerechnet) in den Werkstätten, Fabrik-, Bau- und Arbeitsräumen und Plätzen, Speichern, Niederlagen, Läden, Verkaufsstellen, Geschäfts- und Schreibstuben (Contors und Bureaus) etc., auf den Schiffen und anderen Fahrzeugen des Geschäfts, als Geschäftsreisende, Austräger, Einsammler, Fuhrleute, Packer etc. beschäftigt? (Durch Eintrag in die folgenden Spalten zu beantworten.)

(Siehe unten Anmerkung b)

	Am 5. Juni 1882		In der Regel oder im Jahresdurchschnitt c)	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
a) thätige Inhaber, Mitinhaber, Pächter, Geschäftsleiter				
b) wissenschaftlich, kaufmännisch oder technisch ausgebildetes Verwaltungs- und Aufsichts-, sowie das Bureaupersonal d)				
c) Sonstige Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge, Arbeiter etc. d)				
zusammen				

10. Verwenden Sie in dem bei 4 genannten Gewerbe ein **stehendes Triebwerk** (Umtriebs- oder Kraftmaschine), welches durch elementare Kraft (**Wind, Wasser, Dampf, Gas, Heissluft**) bewegt wird, oder einen **Dampfkessel** ohne Kraftübertragung zu chemischen, Reinigungs- etc. Zwecken) — vergl. die „Anleitung zur Ausfüllung etc.“ [C] Ziffer IV. 1), oder eine **Locomotive** oder ein **Dampfschiff**? (Ja oder Nein!)

Wenn ja, unterstreichen Sie von den **fett gedruckten Wörtern** das zutreffende oder die zutreffenden.

Die Frage ist, wenn die Verwendung für mehrere Gewerbearten gemeinsam stattfindet, für jede dieser Gewerbearten zu bejahen. — Die Frage ist zu verneinen, wenn nur vorübergehend eine nicht zur Betriebsanlage gehörende Kraftmaschine benutzt wird.

11. Beschäftigen Sie in dem bei 4 genannten Gewerbe ausser den zu 9 angegebenen Personen für Rechnung des Geschäfts auch Personen in deren eigener Wohnung (in **Hausindustrie**) oder Gefangene in Straf- und Besserungsanstalten? (Ja oder Nein!)

Wenn ja, machen Sie in die folgenden Spalten die erforderlichen Einträge:

(Siehe unten Anmerkung b)

	In der Regel oder im Jahresdurchschnitt	
	männlich	weiblich
In eigener Wohnung unmittelbar beschäftigte Personen		
Deren Gehilfen oder Mitarbeiter (wenn nöthig nach Schätzung anzugeben)		
zusammen		
Beschäftigte Personen in Straf- und Besserungsanstalten		

12. Wenn Sie mehrere Gewerbekarten ausfüllen, so wollen Sie angeben, ob die betreffenden Gewerbebetriebe einen vereinigten Gewerbebetrieb (einheitliches Geschäft) bilden? (Ja oder Nein!)

Wenn ja, so geben Sie auf der Karte des hauptsächlichsten Betriebszweiges die gewerbliche Bezeichnung des Gesamtbetriebs (Gesamtgeschäfts) und die Gesamtzahl der beschäftigten Personen an:

Bezeichnung des Gesamtbetriebs:

Gesamte Personenzahl:

- a) Wenn Jemand mehrere Gewerbekarten ausfüllt (Anleitung zur Ausfüllung der Zählformulare [C] unter IV. 3), so ist darauf zu achten, dass die Angaben **jeder** Karte sich auf das betreffende bei Ziffer 4 genannte Gewerbe beziehen, dass auch die Fragen bei 9, 10 und 11 mit Beziehung auf dieses Gewerbe beantwortet werden, und auf jeder Karte oben die Gesamtzahl der ausgefüllten Karten eingesetzt wird.
- b) Wenn Jemand **mehrere** Erwerbstätigkeiten hat, so sind die **Personenangaben** (einschliesslich derjenigen über die Inhaber, Geschäftsleiter etc.) für die einzelnen Erwerbsarten **getrennt** zu halten, und hier nur die Personen anzugeben, welche in dem bei 4 genannten Gewerbe thätig sind. Ist **eine** Person in mehreren Erwerbszweigen beschäftigt (z. B. neben dem Gewerbe auch in der Landwirthschaft oder in verschiedenen gewerblichen Betrieben), so ist sie nur für **einen** dieser Erwerbszweige, und zwar für denjenigen zu rechnen, für den sie hauptsächlich thätig oder besonders angenommen ist. — Wenn in einem Geschäft eine grössere Anzahl von Personen eine gemischte Beschäftigung hat, so ist deren Zahl nach Verhältniss der Leistung auf die einzelnen Thätigkeitszweige zu vertheilen. — Wenn es durchaus unthunlich ist, die Personenangaben zu trennen, so ist die Trennung wenigstens so weit wie möglich (z. B. für die Gehilfen und Arbeiter oder für den grössten Theil derselben, wenn auch nicht für das Leitungs- und Verwaltungspersonal) durchzuführen. — Wenn überhaupt für einen Gewerbebetrieb eine Personentrennung nicht möglich ist, so sind diese Personenangaben nur auf **einer** Karte (bei dem passendsten Gewerbebetrieb) zu machen, und ist auf dieser bei Frage 9 bzw. 11 zu bemerken, dass sie für das gemischte Geschäft gelte, auf den anderen, dass eine Trennung nicht möglich war, und bei welchem Gewerbe die Angabe gemacht wird. — Unter allen Umständen ist darauf zu achten, dass jede Person (insbesondere auch Leiter verschiedener Gewerbebetriebe) immer nur **einmal** in Ansatz gebracht wird.
- c) Bei Gewerben, die nur während einer gewissen Zeit des Jahres betrieben werden, wie namentlich die Baugewerbe, ist nur diese Betriebszeit (Saison, Campagne) zu beachten.
- d) Zu den Hilfspersonen (Ziffer 9 b und c) sind nicht nur die als solche gegen Lohn besonders angenommenen Personen (nicht geschäftsleitende Verwalter, Inspectoren, Procuristen, Disponenten, Buchhalter, Rechnungsführer, sowie Handlungsreisende, Commis, Schreiber und Rechner, ferner Werkführer, Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter, Steiger, Knappen, Ladendiener und Ladenmädchen etc.), sondern auch **Familienangehörige** und **Dienstboten** zu rechnen, welche **gewerbemässig** und **regelmässig** in dem Gewerbe arbeiten oder als Dienstboten für den Gewerbebetrieb besonders **angenommen** sind. Letzteres gilt z. B. von Fuhr- und Hausknechten, Portiers, Kellnerinnen, Köchinnen, Zimmer- und Schankmädchen etc. der Gast-, Speise- und Schenkwirthschaften etc. Einzelne Handleistungen oder nebensächliche Hilfe im Gewerbe kommen nicht in Betracht.

Formularien der Berufs- und Gewerbebezahlung von 1895.

1. Haushaltsliste.

Drucksache Nr. I.

Berufs- und Gewerbebezahlung vom 14. Juni 1895.

Haushaltsliste Nr.

Staat:

Bezirk:

Gemeinde:

Ortschaft oder Wohnplatz:

Strasse:

Zählbezirk Nr.

Haus-Nr.

Um die Grundlagen zu einer neuen Statistik der volkswirtschaftlichen Verhältnisse des Deutschen Reichs zu gewinnen, ist durch Reichsgesetz vom 8. April 1895 eine neue Berufszählung angeordnet worden, die mit einer Erhebung über Landwirtschafts-, Forstwirtschafts- und Gewerbebetriebe zu verbinden ist. Die Angaben werden nicht zu Zwecken der Besteuerung, sondern nur zu statistischen Zusammenstellungen benutzt werden. Wer die Fragen wissentlich wahrheitswidrig beantwortet oder die vorgeschriebenen Angaben zu machen sich weigert, wird mit Geldstrafe bis zu 30 M. bestraft (§ 5 des Gesetzes).

Anleitung zur Ausfüllung der Haushaltsliste.

Eine Haushaltsliste wird in jede Haushaltung gegeben; falls mehr als 15 Personen zu verzeichnen sind, wird der Zähler Ergänzungslisten verabfolgen.

Unter Haushaltung sind die zu einer Wohn- und hauswirtschaftlichen Gemeinschaft vereinigten Personen zu verstehen. Einer Haushaltung gleich geachtet werden einzeln lebende Personen, die eine besondere Wohnung innehaben und eine eigene Hauswirtschaft führen. Andere alleinstehende Personen, z. B. Zimmerabmieter ohne eigene Hauswirtschaft, Schlafgänger u. s. w. gehören zu der Haushaltung, bei welcher sie wohnen und welche für sie die Hauswirtschaft führt, auch wenn sie in derselben keine Beköstigung empfangen.

Die Gäste in Gasthäusern und Herbergen, sowie die Insassen von Anstalten aller Art (Kasernen, Klöstern, Erziehungs-, Armen-, Kranken-, Strafanstalten, Gefängnissen u. s. w.) sind unter einer entsprechenden Ueberschrift entweder in besonderen Haushaltslisten oder zusammen mit der Haushaltung des Gastgebers oder Vorstehers (Verwalters, Aufsehers u. s. w.) der Anstalt, jedoch deutlich von dieser getrennt, zu verzeichnen.

Die Haushaltsliste ist am 14. Juni Vormittags auszufüllen. In das Verzeichniss A der Anwesenden sind alle Personen einzutragen, die vom 13. auf den 14. Juni in der Wohnung

des Haushaltungsvorstandes und den zugehörigen Räumlichkeiten übernachtet haben, gleichviel, ob sie ständig oder vorübergehend anwesend, Inländer oder Ausländer, Militär- oder Civilpersonen sind. Für eine Person, die sich in der Zählungsnacht in verschiedenen Wohnungen aufgehalten hat, gilt als Nachtquartier die eigene Wohnung, oder wenn sie nur in fremden Wohnungen war, diejenige, in der sie sich zuletzt aufgehalten hat. Personen, die in der Zählungsnacht in keiner Wohnung übernachtet haben (solche, welche die Nacht hindurch auf Reisen waren, insbesondere auch Eisenbahn- und Postbedienstete, Arbeiter, Wächter u. s. w., die in der Nacht ausserhalb ihrer Wohnung beschäftigt waren), werden in der Liste derjenigen Haushaltung verzeichnet, in der sie am Vormittag des 14. Juni ankommen.

Für die Aufzeichnung der in der Nacht vom 13. zum 14. Juni Geborenen und Gestorbenen ist entscheidend, ob sie die Mitternachtstunde erlebt haben. Mithin sind die vor Mitternacht Geborenen und die nach Mitternacht Gestorbenen einzutragen.

Vorübergehend Abwesende sind im Verzeichniss B. aufzuführen. Insbesondere ist auch der Haushaltungsvorstand, wenn er aus vorübergehendem Anlass abwesend ist, hier mit Angabe seines Berufes zu verzeichnen.

Erläuterungen zu einzelnen Spalten der Haushaltsliste.

Zu Spalte 8. Hauptberuf — oder für Personen, die nur einen Beruf haben, alleiniger Beruf — ist derjenige, auf dem hauptsächlich die Lebensstellung beruht und von dem der Erwerb oder dessen grösster Theil herrührt. Er ist so genau wie möglich anzugeben, damit die Eintheilung der Bevölkerung nach Berufsarten richtig und eingehend geschehen kann. Ausdrücke wie Fabrikant, Kaufmann, Arbeiter sind hierfür unzureichend; es muss vielmehr der besondere Zweig der Fabrication, des Handwerks, Handels oder sonstigen Berufs, in welchem der (oder die) Betreffende thätig ist, angegeben werden, also z. B. Strumpfwarenfabrik, Baumwollspinnerei, Stärkefabrik, Torfgräberei, Materialwaarenhandlung u. s. w., ebenso für Personen, welche land- oder forstwirtschaftlich thätig sind, Landwirtschaft oder Forstwirtschaft, ferner für Schiffer und Fischer, ob auf See oder in Binnengewässern. Insbesondere sollen Arbeiter und Tagelöhner stets den Arbeits- oder Geschäftszweig angeben, in dem sie ständig oder meistens arbeiten (ob in Landwirtschaft, bei Garten-, Forst-, Bau-, Eisenbahn-, Chaussée-, Hafen-, Canalarbeiten u. s. w.), Dienstboten: ob für häusliche Dienste, persönliche Bedienung, oder aber ob für Landwirtschaft, Handel, Gastwirtschaft oder für welches andere Gewerbe. Bei activen Militärpersonen ist das Wort activ der Berufsbezeichnung beizufügen.

Für Personen, welche keinen erwerbenden Beruf ausüben, aber aus dem Ertrage ihres landwirtschaftlichen, gewerblichen oder Handelsbetriebes oder sonst von eigenem Vermögen, von Renten, Pensionen oder Unterstützung leben, ist eine Bezeichnung zu wählen, welche ersichtlich macht, dass sie nicht berufs- oder erwerbsthätig sind, z. B. Gutsbesitzer nicht in Landwirtschaft thätig, vormaliger Kaufmann, Rentner, Privatier, Pfündner, Auszügler, Leibgedinger, Altentheiler, Unterstützungs-

empfänger. Verabschiedete Militärpersonen und Beamte machen dies durch den Zusatz: a. D., z. D. oder pens. kenntlich.

Für Ehefrauen, sonstige weibliche Familienangehörige und Kinder ist immer dann in Sp. 8 ein Eintrag zu machen, wenn sie selbst regelmässig eine Erwerbsthätigkeit ausüben und wenn diese Thätigkeit nicht bloss eine nebensächliche ist (letzteren Falls erfolgt die Angabe in Spalten 10 und 11). Die Besorgung des Hauswesens ist als Erwerbsthätigkeit nicht anzusehen.

Schüler und Studierende sind als solche zu bezeichnen.

Im Uebrigen erhalten Haushaltungsangehörige ohne Berufsausübung und ohne eigenes Einkommen hier keine Bezeichnung.

Zu Spalte 9. Die Berufsstellung (das Arbeits- und Dienstverhältniss) ist so deutlich anzugeben, dass man genau erkennen kann, ob der (oder die) Betreffende selbständig, Geschäftsleiter (als Eigenthümer, Pächter, Meister, Director, Administrator) ist, oder zum geschäftlichen Bureau- und Aufsichtspersonal gehört (als Verwalter, Inspector, Procurist, Buchhalter, Rechnungsführer, Werkführer oder sonstiger Betriebsbeamte),

oder in einem anderen Arbeitsverhältniss steht (als Geselle, Gehilfe, Lehrling, Fabrikarbeiter, Knappe, Ladendiener, Verkäufer, Kellner, Tagelöhner, Scharwerker, Hofgänger, Austräger, Kutscher, Fährknecht, Knecht, Hausknecht, Magd, Köchin, Zimmermädchen u. s. w.). Bei activen Militärpersonen ist hier die Charge anzugeben.

Für Personen, die im Gewerbe des Haushaltungsvorstandes regelmässig als Hilfspersonen thätig sind, ohne eigentliche Gewerbsgehilfen zu sein, ist „hilft“ zu schreiben (und das betreffende Gewerbe in Spalte 8 zu nennen). Einzelne Handleistungen und nur ausnahmsweise erfolgende Hilfsleistungen kommen nicht in Betracht.

(Fortsetzung der Erläuterungen siehe auf der letzten Seite, bezw. in diesem Abdrucke Seite 60).

A. Verzeichniss aller in der Nacht vom 13. zum 14. Juni 1895 in der Wohnung des

Laufende Nummer	Reihenfolge der Einträge: Haushaltungsvorstand, Ehefrau, Kinder, andere Anverwandte, Gewerbsgehilfen, häusliche und gewerbliche Dienstboten, sonstige Wohnungsgenossen und vorübergehend Anwesende			Geschlecht durch 1 zu bezeichnen		Geburtsstag und Geburtsjahr			Familienstand: ledig, verheiratet, Witwe(r), geschieden	Religionsbekenntnis	Hauptberuf (oder alleiniger Beruf)		
	Vorname	Familiennamen	Verwandschaft zum Haushaltungsvorstand oder sonstige Stellung in der Haushaltung								Berufszweig hauptsächlichliche oder alleinige Erwerbsquelle	Berufsstellung darin, ob selbständig oder welche andere Stellung	
				Männlich	Weiblich	Tag	Monat	Jahr					
	1	2	3	4	5	6	7	8			9		
Beispiele	1	Karl	Meier	Haushaltungsvorstand	1	—	5.	Februar	1844	verh.	ev.	Landwirthschaft	selbständig
	2	Josefine	" geb. Korn	Ehefrau	—	1	28.	April	1849	"	"	—	—
	3	Franz	"	Sohn	1	—	7.	Jänner	1872	led.	"	Landwirthschaft	Gehilfe
	4	Anna	"	Tochter	—	1	12.	Juni	1895	"	"	—	—
	5	Rudolf	"	Bruder	1	—	2.	Mai	1857	"	"	Wollenplüschweberei	selbständig
	6	Ernst	Korn	Neffe	1	—	14.	März	1871	"	"	Schlosserei	Geselle
	7	Erich	Huber	Geselle	1	—	4.	December	1869	"	kath.	Getreidemüllerei	Geselle
	8	Johann	Ziegler	Lehrling	1	—	5.	Juli	1878	"	ev.	Bäcker	lehrling
	9	Rosa	Becker	Dienstmädchen	—	1	31.	Mai	1877	"	ref.	Dienstmagd für häusliche Arbeiten	—
	10	Otto	Winter	einquartiert	1	—	3.	December	1873	"	kath.	Militärdienst, activ	Musketier
	11	Moritz	Zeiss	über Nacht	1	—	7.	November	1835	W.	israel.	Scheerenschleifer	selbständig
1													
2													
3													
4													
5													
6													
7													
8													
9													
10													
11													
12													
13													
14													
15													
Summe der Anwesenden													

Falls mehr als 15 Anwesende zu verzeichnen sind, ist das Verzeichniss auf einer anderen Liste fortzusetzen mit Nr. 16 u. s. w.

B. Verzeichniss der aus der Haushaltung vorüber-

1	Georg	Floritz	in Kost und Wohnung	1 —	8.	August	1862	led.	ev.	Zuckerfabrik	Chemiker
2											
3											

Besondere Fragen betr. Landwirthschaftsbetrieb und

Haushaltungsvorstandes und den zugehörigen Räumlichkeiten anwesenden Personen.

Nebenberuf (Nebenerwerb)		Für selbständige Gewerbetreibende, Hausindustrielle und Heimarbeiter (zutreffenden Falls unter Bezeichnung der verschiedenen in Spalte 8 und 10 genannten Gewerbs- zweige einer Person) anzugeben,			Für männliche und weib- liche Arbeiter, Dienst- boten, Gesellen und sonstige Arbeitnehmer, auch für Hausindustrielle und Heimarbeiter (mit Ausschluss der dauernd völlig Erwerbsunfähigen)			Bemerkungen (insbesondere, ob nur vorübergehend anwesend und im Verzeichniss B: Grund der Abwesen- heit)
Berufs- zweig	Berufsstellung	ob das Geschäft im Umherziehen (als Hausirer), ob es vorwiegend in der eigenen Wohnung für ein fremdes Geschäft (zu Haus für fremde Rechnung — z. H. f. fr. R.) betrieben wird	ob das Geschäft mit mindestens einem Gehilfen, Lehrling, son- stigen Arbeiter etc. oder mit thätigen Mitinhabern oder miterwerbenden Familien- angehörigen betrieben wird	ob im Betriebe ver- wandt wird: Um- triebsmaschine (Motor), bewegt durch Wind, Wasser, Dampf, Gas, Petroleum, Benzin, Aether, Heissluft, Druck- luft oder Elektrici- tät, oder Dampf- kessel, Dampf- fass oder Dampf- schiff, Segel- schiff	ob gegenwärtig in Arbeit (in Stellung), Ja oder Nein	wenn Nein seit wie viel Tagen ausser Arbeit (Stellung)	ob ausser Arbeit (Stellung) wegen vorübergehender Arbeitsunfähigkeit, Ja oder Nein	
10	11	12	13	14	15	16	17	18
a) Getreidemüllerei b) Bäcker	selbständig meister	—	Ja, Sp. 10a Ja, Sp. 10b	Ja, Sp. 10a Nein, Sp. 10b	—	—	—	
Bäckerei	hilft	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	Ja	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	
Landwirtschaft	hilft	z. H. f. fr. R.	Nein	Nein	—	—	—	
—	—	—	—	—	Nein	28	Ja	
—	—	—	—	—	Ja	—	—	
—	—	—	—	—	Ja	—	—	
Landwirtschaft	hilft	—	—	—	Ja	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	im Umherz.	Nein	Nein	—	—	—	vorübergehend anwes.

gehend abwesenden Personen.

—	—	—	—	—	Ja	—	—	auf Geschäftsreise

Gewerbebogen sind auf der letzten Seite zu beantworten.

Zu Spalten 10 und 11. Als Nebenberuf (Nebenerwerb) gilt jede erwerbende Thätigkeit, die neben einem Hauptberuf, sei es zur Zeit der Zählung oder zu einer anderen Jahreszeit ausübt wird und einen wesentlichen Theil des Gesamteinkommens aus erwerbender Thätigkeit bringt. Auch die nebensächliche Erwerbsthätigkeit von Solchen, die in der Hauptsache nicht erwerbend thätig sind, sondern aus anderen Quellen leben (wie Hausfrauen oder andere Familienangehörige, Rentner, Pensionäre), ist anzugeben. Die Bezeichnung des Berufszweigs und der Berufsstellung muss ebenso genau erfolgen, wie für den Hauptberuf.

Zu Spalte 12. Einträge sind zu machen:

1. von selbständigen Geschäftsleuten (Gewerbe- und Handeltreibenden), die ihren Betrieb nicht in einer festen Werkstatt etc. oder einem Laden, sondern im Umherziehen, als Hausirer ausüben; dabei haben sich als Hausirer nur diejenigen Personen anzugeben, die selbst ihre Thätigkeit im Umherziehen ausüben, z. B. als Topf-(Hafen-)binder, Scheerenschleifer, Hausirer mit Kurzwaren, nicht diejenigen, welche Waaren durch Hausirer (z. B. Gipsfigurenhändler) absetzen; ebenso haben sich nicht als Hausirer anzugeben Näherinnen, Sattler etc., die im Hause der Kunden für Lohn arbeiten;

2. von selbständigen Gewerbetreibenden, die in der eigenen Wohnung für einen Unternehmer, Fabrikanten, Verleger, Kaufmann, für ein Magazin, ein Kleider-, Wäsche-, Kurzwaren- oder anderes Geschäft u. s. w. — zu Haus für fremde Rechnung — arbeiten. In solchen Fällen ist einzutragen: z. H. f. fr. R.; und zwar auch von solchen, die zwar theilweise auf eigene Rechnung (unmittelbar für Kunden), vorwiegend aber für fremde Rechnung arbeiten. Falls mehrere Gewerbe nebeneinander betrieben werden, ist durch Hinweis auf die betreffende Spalte anzudeuten, welches Gewerbe hausindustriell betrieben wird.

Andere Selbständige lassen diese Spalte unausgefüllt.

Zu Spalten 13 und 14. Wer selbständig (als Eigentümer, Pächter, Meister, Director, Administrator oder sonstiger Geschäftsleiter, Hausirer, Hausindustrieller, Heimarbeiter) ein Gewerbe nachbezeichneter Art, wenn auch in kleinem Umfange, oder nur als land- und forstwirtschaftliches Nebengewerbe oder neben sonstigem Haupterwerb betreibt, nämlich:

Handwerks-, Industrie- und Fabricationsgewerbe irgend welcher Art (auch Näherei, Putzmacherei, Wäscherei und dergl.), ferner Bau-, künstlerisches und Kunstgewerbe, Bergbau, Hütten und Salinen, Kunst- und Handelsgärtnerei, Fischerei, gewerbmässige Zucht von Bienen, Seidenraupen, Fischen, Singvögeln, Hunden und dergl. Thieren, sodann Bankgeschäft, Handel und Handelsvermittlung, Versicherung, Versteigerung, Verleihung, Vermietung (auch Dampf- und Dreschmaschinen-Vermietung), Stellenvermittlung, Dienstmannsunternehmen, Leichenbestattung, Fracht- und Lohn-

fuhrwerk, einschliesslich Posthalterei und Strassenbahnbetrieb, Schifffahrt als Rheder oder Schiffsinhaber, Flösserei und Fährunternehmen, Hafen- und Lootsendienst und andere Verkehrsgewerbe, sowie Beherbergungs-, Beköstigungs- und Schankgewerbe,

hat die Spalten 13 und 14 nach Massgabe der Spaltenüberschrift mit Ja oder Nein zu beantworten.

Dasselbe gilt von Personen, welche als Beamte ein staatliches, communales, Gesellschafts- etc. Unternehmen dieser Art leiten, z. B. als Baubeamte, Vorsteher einer Eisenbahn- und Telegraphenwerkstätte. Ebenso haben Directoren (oder Betriebsvorsteher) einer Straf- oder Besserungsanstalt Ja zu schreiben, wenn in der Anstalt zum Verkauf oder für fremde Rechnung gearbeitet wird.

Kein Eintrag ist in Spalten 13 und 14 zu machen bei

Land- und Forstwirtschaft, Jagd, Zucht landwirthschaftlicher Nutzthiere, Musik-, Theater- und Schaustellungsgewerben; ebenso wenig bei Aerzten und Geburtshelfern, Heil-, Kranken-, Erziehungs- und Unterrichtsanstalten und beim Eisenbahn-, Post- und Telegraphenbetrieb (wohl aber bei Eisenbahn- und Telegraphenwerkstätten, Posthalterei und Strassenbahnbetrieb — s. oben).

Für die Angabe in Spalte 13 ist zu beachten, dass als Gehilfen auch die im Gewerbebetriebe beschäftigten Arbeiter, Fuhrleute, Schiffer u. s. w., auch die regelmässig im Gewerbebetriebe thätigen Familienangehörigen und Dienstboten, sowie die ausserhalb der Betriebsstätten des Unternehmers (also in ihrer eigenen Wohnung oder als Hausirer oder in Straf- und Besserungsanstalten) für Rechnung des Geschäfts arbeitenden Personen in Betracht kommen.

Mit Ja ist auch dann zu antworten, wenn zwar nicht am 14. Juni 1895, wohl aber sonst in der Regel Gehilfen beschäftigt werden.

Zu Spalte 15. Diese Frage ist für jede männliche und weibliche Person zu beantworten, die in den Spalten 8 und 9 mit einem Hauptberuf und in diesem als Arbeitnehmer — nämlich als Arbeiter oder Tagelöhner in einem bestimmten Erwerbszweig oder wechselndem Erwerbszweig, als Geselle, Gehilfe, Dienstbote oder als Angestellter irgend einer Art eingetragen ist.

Kein Eintrag ist zu machen: 1. für Ehefrauen ohne eigenen Hauptberuf, 2. für Civil- und Militärpersonen, welche aus Reichs-, Staats- oder Communalcassen Pension beziehen, und für Witwen von solchen, 3. für Empfänger von Invaliden-Rente, 4. für Empfänger von Unfallrente, sofern diese wegen dauernder völliger Erwerbsunfähigkeit gewährt wird.

In Arbeit und Stellung sind alle in Lohn und Arbeit Beschäftigten, solange das Lohnverhältniss dauert.

Zu Spalte 17. Hier ist insbesondere bei Beschäftigungslosigkeit infolge von Krankheit mit Ja zu antworten.

Besondere Frage betreffend Landwirthschaftsbetrieb oder Forstwirthschaftsbetrieb.

Wird von einem oder mehreren Mitgliedern der Haushaltung oder Forstwirthschaft betrieben, d. h. eine Bodenfläche, wenn auch vom kleinsten Umfange, landwirthschaftlich oder forstwirthschaftlich — als Acker, Gartenland, Wiese, Weide, zum Wein-, Obst-, Gemüse-, Tabak- etc. Bau, als Wald- oder Holzland — bewirthschaftet oder werden Kühe zu Milchhandel oder Molkerei gehalten? (Ja oder Nein.)

Ziergarten, auch solche, in denen nebenher ein unbedeutender Anbau von Nutzpflanzen stattfindet, kommen nicht in Betracht.

Wird die Frage bejaht, so ist eine Landwirthschaftskarte, welche der Zähler aushändigt, nach der darauf gedruckten Anleitung aufzustellen.

Die Aufstellung von Gewerbebogen betreffend.

Wer die Frage in Spalte 13 oder 14 der Haushaltungsliste oder in beiden mit Ja beantworten musste, hat einen oder mehrere Gewerbebogen, welche der Zähler in der erforderlichen Zahl aushändigt, nach der darauf abgedruckten Anleitung aufzustellen. Auch für vorübergehend Abwesende (Verzeichniss B), die ein Gewerbe mit Mitinhabern, Gehilfen oder Motoren selbständig betreiben, hat dies zu geschehen, dagegen nicht für vorübergehend Anwesende.

Hier ist anzugeben, ob ein oder mehrere Gewerbebogen ausgefüllt sind (Ja oder Nein.) Wenn Ja, wie viele?

Wenn mehrere Mitinhaber oder sonstige Geschäftsleiter vorhanden sind, ist hier Name und Wohnung desjenigen anzugeben, der die Ausfüllung übernommen hat:

Falls die Wohnung von der Betriebsstätte entfernt ist, hat die Ausfüllung des Gewerbebogens an der Betriebsstätte zu erfolgen und ist die letztere hier anzugeben:

Bescheinigung. Dass die Angaben dieser Haushaltungsliste vollständig und der Wahrheit gemäss gemacht worden sind, bescheinigt

(Haushaltungsvorstand oder für denselben)

2. Landwirthschaftskarte.

Drucksache Nr. II.

Berufs- und Gewerbezahl vom 14. Juni 1895.

Staat:

Gemeinde:

Bezirk:

Zählbezirk Nr.

Landwirthschaftskarte.

Zur Haushaltsliste Nr.

Die Nachweise, welche mittelst der Landwirthschaftskarten erhoben werden, sollen dazu dienen, über wichtige Verhältnisse der deutschen Landwirtschaft (insbesondere die Vertheilung der Betriebe nach Grössenklassen) und durch Vergleich mit früher erhobenen Nachweisen auch über die Entwicklung derselben ein sicheres Urtheil zu gewinnen. Die Haushaltsvorstände sind nach dem Reichsgesetz vom 8. April 1895 verpflichtet, die zur Ausfüllung der Landwirthschaftskarte erforderliche Auskunft zu ertheilen.

A. Fläche.

Angaben in Reichsmass (Hektar und Ar). Wer sie nur in anderem Flächenmass machen kann, wolle die Zahlen links neben die Fragen an den Rand setzen und die Masseinheit darüber vermerken.

1. Wie gross ist die von der Haushaltung (Wirthschaft) aus bewirthschaftete Gesamtfläche (einschliesslich Haus- und Hofraum, Garten, Wald- und Holzland, Wege, Gewässer u. s. w.)?

Davon ist:

- a) eigenes Land
b) gepachtetes Land
c) auf Halbscheid oder gegen einen anderen Ertragsantheil bewirthschaftetes Land (Theilbau)
d) Deputatland (d. i. Kartoffelland, Leinland u. dgl. als Theil des Lohnes, s. unstehend)
e) selbstbewirthschaftetes Dienstland (s. unstehend)
f) Antheil am Gemeindeland (Allmend, Gemeindelose, Bürgerstück) zur zeitweiligen Benutzung

2. Wieviel von der Gesamtfläche ist

- a) landwirthschaftlich benutzt (als Acker, Wiese, bessere Weide, Hopfenland u. s. w.)?
b) gärtnerisch benutzt?
davon für Zwecke der Kunst- und Handelsgärtnerei: . . . Hektar . . . Ar . . .
c) Weingarten, Weinberg?
d) forstwirthschaftlich benutzt (mit Waldbäumen oder Busch bestanden, einschliesslich Räumden und Blössen)? . . .
e) Oed- und Unland einschliesslich uncultivirte geringe Weiden und Hutungen?
f) sonstige Fläche (Haus- und Hofraum, Ziergarten, Wege und Gewässer)?

Hektar

Ar

B. Viehstand.

Wieviel gehören zur Haushaltung (Wirthschaft)

1. Pferde zum landwirthschaftlichen Betrieb, auch zur Zucht oder Aufzucht (Gesamtzahl, einschliesslich Fohlen)? . . .
Wieviel v. diesen Pferden dienen z. Ackerarbeit?
2. Stück Rindvieh (Gesamtzahl, einschliesslich Kälber)?
Wieviel davon dienen { Stiere und Ochsen? .
zur Ackerarbeit, u. zw. } Kühe?
3. Schafe (Gesamtzahl, einschl. Lämmer)? .
4. Schweine (Gesamtzahl, einschl. Ferkel)? .
5. Ziegen (Gesamtzahl, einschl. Lämmer)? .

Stückzahl

C. Benutzung landwirthschaftlicher Maschinen.

Wurden im letzten Jahre (d. i. seit Juni vor. Js.) landwirthschaftliche Maschinen folgender Art, seien es eigene oder sei es leihweise, benutzt:

- Dampfflug? (Ja od. Nein) | Hackmaschine? (Ja od. Nein)
Breitwürfige Säemasch. (n) | Mähmaschine? (n)
Drillmaschine? (n) | Dampf-Dreschmaschine? (n)
Düngerstreumaschine? (n) | Andere Dreschmaschine? (n)
Milchcentrifuge im eigenen Betrieb { mit Handbetrieb? (Ja od. Nein)
" " Kraftbetrieb? (n)

D. Besondere Fragen.

1. Werden angebaut:
Rüben zur Zuckerfabrication? . . . Hektar . . . Ar . . .
Kartoffeln zu Brennereizwecken od. z. Stärkefabricat? (Ja od. Nein).
2. Betreiben Sie Milchhandel oder Molkerei (Ja oder Nein)
Wenn Ja, mit wieviel Kühen? . . .
3. Ist die Wirthschaft an einer Molkerei-Genossenschaft oder Sammelmolkerei beteiligt? (Ja oder Nein) . . . und mit wie viel Kühen? . . .
4. Hat die Haushaltung Antheil an gemeinsamer Nutzung von ungetheilter Weide im Besitz einer Gemeinde od. Corporation? (Ja oder Nein) . . . oder von ungetheilter Waldfläche im Besitz einer Gemeinde oder Corporation? (Ja oder Nein) . . .

Auszufüllen nach der Anleitung auf der Rückseite!

Die wahrheitsgemässe Ausfüllung der obigen Landwirthschaftskarte bescheinigt

(Unterschrift):

Anleitung zur Ausfüllung der Landwirthschaftskarte.

Zu A. Fläche.

Es ist die ganze bewirthschaftete Fläche anzugeben, gleichviel ob diese innerhalb oder ausserhalb der Gemeinde-, der Orts- oder Gutsgemarkung, zu welcher die Haushaltung gehört, belegen ist.

Die Angaben sind von Demjenigen zu machen, der die Bodenfläche bewirthschaftet und den Ertrag gewinnt. Demnach sind anzugeben:

verpachtete Grundstücke vom Pächter, nicht vom Eigenthümer; als Pachtland ist auch solches anzusehen, welches dem Nutzniesser gegen Düngung überlassen wird;

Grundstücke, die auf Halbpacht (Halbscheid) oder gegen einen anderen Ertragsantheil vergeben sind, vom Antheilpächter (Theilbauer), nicht vom Eigenthümer;

Grundstücke, die als ein Theil des Lohnes an Tagelöhner, Arbeiter u. s. w. ausgegeben und von diesen selbst bewirthschaftet werden (sogen. Deputatland, z. B. Kartoffelland, Leinland), vom Tagelöhner etc., nicht vom Dienstherrn oder Arbeitgeber; — Deputatland, welches vom Dienstherrn zwar bestellt wird, dessen Ertrag aber dem Tagelöhner oder Arbeiter zukommt, ist von der Betriebsfläche des Dienstherrn auszuscheiden und bei der Haushaltung des Tagelöhners oder Arbeiters anzugeben; — etwaiges Deputatland des Scharwerkers oder Hofgängers ist dem Deputatland des Tagelöhners oder Arbeiters zuzurechnen; — Deputatland des in der Haushaltung des Dienstherrn gehaltenen Gesindes ist von der Fläche des Dienstherrn nicht auszuscheiden;

selbstbewirthschaftetes Dienstland vom Nutzungsberechtigten; als Dienstland ist ein Grundstück anzusehen, das einem weltlichen oder kirchlichen Beamten (einem Förster, Geistlichen u. s. w.) als Theil der Besoldung gegeben wird.

Für je eine Haushaltung mit Landwirthschaft ist stets nur eine Landwirthschaftskarte aufzustellen. Befinden sich also mehrere Personen in der Haushaltung, welche eine Bodenfläche bewirthschaften, so erfolgen die Angaben über die Flächen und die Viehhaltung für alle diese Personen gemeinsam in einer Landwirthschaftskarte.

Wird eine landwirthschaftliche Besitzung (Gut, Hof u. s. w.) von einem Administrator oder sonst in Vertretung für einen Anderen selbständig bewirthschaftet, so beantwortet der Administrator oder sonstige Vertreter die Fragen der Landwirthschaftskarte; die Angaben über das eigene und das gepachtete Land (Ziffer 1 unter a und b) macht er dann für Denjenigen, den er vertritt. — Bei Gütern mit Vorwerken u. dgl., welche mit diesen zusammen einen ungetrennten Betrieb bilden, ist eine gemeinsame Angabe zu machen; es ist dann Vorsorge zu treffen, dass keine Doppelzählung vorkomme, und auf der Haushaltungsliste des Vorwerksverwalters etc. ist zu

vermerken, dass die Angaben über den Landwirthschaftsbetrieb zusammen mit denen über das Hauptgut erfolgen.

Bei gemeinschaftlicher Bewirthschaftung der nämlichen Fläche — Miteigenthum, Mitpacht — sind die Angaben nur einmal zu machen; die Betheiligten haben sich darüber zu verständigen, von wem dies geschehen soll.

Landwirthschaftskarten sind auch für rein forstwirthschaftliche Betriebe (d. h. solche, die nicht mit Landwirthschaftsbetrieb verbunden sind) aufzustellen. Wird ein derartiger Betrieb vom Besitzer selbst geleitet, so macht dieser die erforderlichen Angaben. Ueber Forsten, welche von Forstbeamten oder Vertretern des Besitzers verwaltet werden, hat der Betriebsleiter die Landwirthschaftskarte auszufüllen; sind mehrere Forstbeamte in dem Betriebe beschäftigt, so liegt dem obersten, die Verwaltung nach einem Betriebsplane führenden Beamten die Nachweisung ob, für Staats- und unter staatlicher Verwaltung stehende Forsten beispielsweise dem Oberförster. Verwaltet ein Forstbeamter Waldflächen verschiedener Eigenthümer, so hat er für jeden Forsteigenthümer eine besondere Karte aufzustellen. Die Angaben über das eigene und gepachtete Land (Ziffer 1 unter a und b der Landwirthschaftskarte) sind vom Standpunkt Desjenigen zu machen, von dem die Forsten verwaltet werden. — Die zur Wirthschaft der Forstbeamten gehörigen Ländereien sind nicht mit den verwalteten Forsten gemeinsam, sondern auf einer besonderen Landwirthschaftskarte nachzuweisen.

Zu beachten ist, dass sowohl die bei 1a bis f als auch die bei 2a bis f nachgewiesenen Flächen zusammen die oben bei 1 aufgeführte Gesamtfläche ergeben müssen.

Zu B. Viehstand.

Es handelt sich nicht um eine allgemeine Viehzählung, sondern um die Feststellung des Viehstandes der einzelnen landwirthschaftlichen Betriebe. Viehhändler, Fleischer u. s. w., welche zugleich Landwirthschaft betreiben, geben ihren Viehstand nur insoweit an, als er für ihren landwirthschaftlichen Betrieb gehalten wird. Arbeitsthiere, die nicht für die Zwecke eines landwirthschaftlichen Betriebes gehalten werden, kommen nicht zur Nachweisung, ebensowenig Luxusperde u. dgl.

Das Vieh ist bei derjenigen Haushaltung anzugeben, zu der es gehört, auch wenn es am Zählungstage vorübergehend abwesend ist. Dies gilt namentlich auch von denjenigen Thieren, welche von einer Haushaltung aus auf entfernte Weiden oder Sennereien getrieben sind; dieselben sind also bei dieser Haushaltung anzugeben, und nicht am Ort der Weide oder der Sennerei.

Zu D. Besondere Fragen.

Bei der Frage 4 ist zu beachten, dass gemeinsame Hutungen auf Stoppelfeldern u. s. w. der einzelnen Besitzer nicht unter diese Frage fallen.

3. Gewerbebogen.

Drucksache Nr. III.

Berufs- und Gewerbezahlung vom 14. Juni 1895.

Staat:

Bezirk:

Gemeinde:

Gewerbebogen.

Zur Haushaltsliste Nr.... Zahlbezirk Nr....

Zu derselben Haushaltsliste sind von demselben Gewerbetreibenden ausser diesem noch (wieviel?)... Gewerbebogen aufgestellt.

Durch die Gewerbebogen sollen die Grundlagen für eine Statistik der gewerblichen Betriebe nach Personenzahl, Anwendung von Motoren und Maschinen gewonnen werden. Die Gewerbetreibenden sind nach dem Reichsgesetz vom 8. April 1893 verpflichtet, die zur Ausfüllung der Gewerbebogen erforderliche Auskunft zu ertheilen.

Anleitung zur Ausfüllung des Gewerbebogens.

Gewerbebogen werden angewandt für Handwerks-, Industrie-, Bau-, Handels-, Gast- und Schankwirthschafts- und Verkehrsgewerbe und sind für alle diejenigen Gewerbebetriebe aufzustellen, in denen mehr als eine Person thätig ist, oder elementare Kraft für Umtriebsmaschinen (Motoren) oder Dampfkessel, Dampfmaschinen verwendet werden. Auch für zeitweilig ruhende (unterbrochene) Gewerbebetriebe (Campagne-, Saisonbetriebe) ist ein Gewerbebogen aufzustellen (vergl. die Erläuterungen zu Spalte 13 und 14 der Haushaltsliste). Filialen (Zweiggeschäfte) sind als selbständige Betriebe zu betrachten.

Die Ausfüllung des Gewerbebogens geschieht am Sitze des Gewerbebetriebes.

In der Regel ist über jeden solchen Betrieb ein Gewerbebogen auszufüllen.

Sind aber verschiedenartige Gewerbe zu einem Betriebe vereinigt, d. h. stehen sie unter gemeinsamer Leitung und findet für sie eine gemeinsame Buchführung statt, so sind zunächst für die verschiedenen Zweige getrennte Angaben zu machen, und zwar dergestalt, dass für jeden Betriebszweig ein besonderer Gewerbebogen aufgestellt wird, so z. B. für

Getreidemühle und Sägemühle; Baumwoll- und Wollspinnerei, Leinenspinnerei, -Weberei und -Färberei; Stahlwerk, Eisenwalzwerk, Eisengiesserei und Maschinenfabrik; Buchhandel und Buchdruckerei — weil die Gewerbestatistik den Zustand der einzelnen Gewerbszweige zeigen soll. Das Geschäftspersonal ist in solchen Fällen bei Frage 10 zu theilen. Dies muss so geschehen, dass jede Person nur auf einem Gewerbebogen vorkommt, und zwar bei dem Gewerbszweige, wo sie allein oder hauptsächlich beschäftigt wird. Dem sachgemässen Ermessen des Geschäftsleiters muss es überlassen werden, obiger Regel bestens nachzukommen und auch in schwierigen Fällen die der Wirklichkeit am meisten entsprechende Vertheilung des Personals vorzunehmen. Gleiches gilt für die Vertheilung der motorischen Kraft bei Frage 12; die bei den einzelnen Gewerbszweigen verzeichneten Pferdekkräfte müssen zusammen die Summe der im Geschäft wirklich verwendeten Pferdekkräfte ergeben. — Ueber das Gesamtgeschäft sind dann Angaben bei Frage 14, die auf dem Gewerbebogen des hauptsächlichsten Gewerbszweiges zu beantworten ist, zu machen.

1. Name des Gewerbetreibenden oder des Geschäftsleiters:

Etwaige davon verschiedene Firma (oder Name des Unternehmens):

2. Wohnung des Gewerbetreibenden: Gemeinde (Ortschaft):... Strasse: ... Haus-Nr. ... für Landorte: ... Poststation: ...

3. Sitz des Gewerbebetriebs (Geschäfts): Strasse und Haus-Nr.

Für Zweiggeschäfte (Filialen) ist hier auch der Sitz des Hauptgeschäfts anzugeben, Gemeinde: (Ortschaft):

Wenn Wohnung und Sitz des Geschäfts (Betriebsstätte) von einander entfernt sind, so ist der Gewerbebogen nur am Sitze des Betriebes auszufüllen, in der Wohnung des Gewerbetreibenden nur dann, wenn der Betrieb gerade ruht.

4. Genaue Angabe der Art des Gewerbes:

Genügt die übliche Bezeichnung des Geschäfts nicht, um die besondere Art (Specialität) des Gewerbes ersichtlich zu machen, so ist dieselbe durch Nennung der hauptsächlichsten Gegenstände der Bearbeitung oder der Erzeugung oder des Handels oder sonst näher zu bestimmen, z. B. Seidenspinner, Seidenbandweberei, Weberei für Confectionsstoffe, Seidengarnfärberei, Baumwollzeugdruckerei, Appretur leinener Gewebe, Locomotivfabrik, Nähmaschinenfabrik, Fabrik landwirthschaftlicher Maschinen u. s. w.

5. Wenn das Gewerbe nicht während des ganzen Jahres in gleichmässigem Betriebe ist, wollen Sie die Monate des vollen Betriebes angeben:

6. Sind ausser Ihnen noch andere Geschäftsleiter (Mitinhaber, Compagnons, Mitdirectoren etc.) beim Betriebe dieses Gewerbes betheiligt? (Ja oder Nein.)

Wenn mehrere Geschäftsleiter für einen Betrieb vorhanden sind, wollen diese sich darüber verständigen, wer von ihnen den Gewerbebogen auszufüllen hat; hier wolle man Namen und Wohnung Desjenigen angeben, der die Ausfüllung übernommen hat:

7. Wird das Gewerbe betrieben von einer einzelnen Person oder mehreren Gesellschaftern, einem Vereine, oder einer Commandit-, Actiengesellschaft, Commanditgesellschaft auf Actien, oder einer eingetragenen Genossenschaft, einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, einer Innung, einer Gewerkschaft, oder einer anderen wirthschaftlichen Corporation, oder der Gemeinde, oder einer anderen communalen Corporation, oder dem Staate, oder dem Reiche?

(Von den fett gedruckten Wörtern ist das zutreffende zu unterstreichen.)

8. Sind Sie Inhaber, Pächter oder sonstiger Geschäftsleiter (Director, Administrator etc.) des Gewerbebetriebes? (Das zutreffende Wort ist zu unterstreichen.)

Arbeiten Sie in Ihrer eigenen Wohnung für ein fremdes Geschäft, für einen Unternehmer, Fabrikanten, Verleger, Kaufmann, für ein Magazin, ein Confections-, Kleider-, Wäsche- etc. Geschäft (zu Haus für fremde Rechnung)? (Ja oder Nein.)
Arbeiten Sie ausschliesslich mit Familienangehörigen? (Ja oder Nein.)

9. Bildet die Ausübung dieses Gewerbes Ihren Hauptberuf, oder ist dieselbe für Sie nur eine Nebenbeschäftigung? (Das zutreffende Wort ist zu unterstreichen.)

10. **A. Innerhalb der Betriebsstätten des Geschäfts, d. h. in den Werkstätten, Fabrik-, Bau- und Arbeitsräumen und -Plätzen, Speichern, Niederlagen, Geschäfts- und Schreibstuben (Comptoirs und Bureaux), auf den Schiffen und anderen Fahrzeugen etc. sind in dem bei 4. genannten Gewerbe beschäftigt** (Durch Eintrag in die folgenden Spalten zu beantworten. Der Inhaber oder sonstige Geschäftsleiter führt sich unter a) auf, wenn die Ausübung dieses Gewerbes seine hauptsächliche Thätigkeit ausmacht; im anderen Falle — wenn er also ein anderes Gewerbe oder Landwirthschaft als Hauptberuf ausübt — bringt er sich für seine Person hier nicht in Ansatz; ebenso ist es mit den etwaigen Mitinhabern und Mitdirectoren zu halten):

- a) thätige Inhaber, Mitinhaber, Pächter, Geschäftsleiter
b) Verwaltungs-, Comptoir- und Bureaupersonal (Procuristen, Disponenten, Justitiare, Buchhalter, Rechnungsführer, Schreiber, Lehrlinge etc., auch Handlungsreisende)
darunter Lehrlinge: männliche, weibliche,
c) technisches Aufsichtspersonal und höhere Techniker (Ingenieure, Chemiker, Werkführer und sonstige Betriebsbeamte).
d) anderes Personal (Gehilfen, Arbeiter, Fuhrleute, Packer, Maschinenpersonal etc.), mit Einschluss der gewerbsmässig und regelmässig als Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge im Betriebe beschäftigten Familienangehörigen und der für den Gewerbebetrieb angenommenen Diensthöten
Für dieses Personal ist die thatsächliche Beschäftigung auf nebenstehender Seite anzugeben.

Von dem Personal unter d) sind

1. 16 Jahre alt und darüber
unter 10 Jahre alt
2. Lehrlinge
von ihnen wohnen im Haushalte des Betriebsunternehmers
3. weibliche Personen verheiratet

männliche weibliche

Summe a) bis d)

- e) Für das unter d) bezeichnete Personal ist in einer Summe auch noch anzugeben, wie viel in der Regel, im Jahresdurchschnitt oder in der Betriebszeit*) beschäftigt sind:
männliche, weibliche

- f) Familienangehörige, die im Jahresdurchschnitt 16 Jahre alt u. darüber:
oder in der Betriebszeit*) im Geschäft (und zwar nicht männliche, weibliche
bloss gelegentlich) mitarbeiten, aber nicht als eigentliche unter 16 Jahre alt:
Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge bei a) bis d) aufgeführt sind männliche, weibliche.

Am 14. Juni 1895

- B. Ausserhalb der Betriebsstätten, aber für Rechnung des Geschäfts**
werden in dem bei 4. genannten Gewerbe beschäftigt:

- a) Personen in deren eigener Wohnung (Hausindustrielle, Heimarbeiter, Platzgesellen u. s. w.)
Gehilfen oder Mitarbeiter derselben (wenn nöthig nach Schätzung anzugeben)
b) im Umherziehen thätige Personen (Hausirer)
c) Personen in Straf- und Besserungsanstalten**)

männliche weibliche

In der Regel oder im Durchschnitt des Jahres oder der Betriebszeit*)
männliche weibliche

11. Benutzen Sie in dem bei 4. genannten Gewerbe eine Umtriebs- oder Kraftmaschine, welche durch elementare Kraft, nämlich Wind, Wasser, Dampf, Gas, Petroleum, Benzin, Aether, Heissluft, Druckluft, Elektrizität bewegt wird, oder einen Dampfkessel ohne Kraftübertragung, ein Dampffass oder ein Dampfschiff, Segelschiff? (Ja oder Nein.)

Im Bejahungsfalle wollen Sie von den fett gedruckten Wörtern das zutreffende oder die zutreffenden unterstreichen.

12. Kraftleistung bei regelmässigem Betriebe der benutzten: Wasserkraft Pferdekraft, Dampfmaschinen Pferdekraft, Gasmaschinen Pferdekraft, Petroleummaschinen Pferdekraft, Benzin- oder Aethermaschinen Pferdekraft, Heissluftmaschinen Pferdekraft, Druckluftmaschinen Pferdekraft.

(Anzugeben für das bei 4. genannte Gewerbe. Für Triebwerke, die durch Wind oder Elektrizität bewegt werden, findet eine Angabe der Pferdekraft nicht statt.)

13. Wenn in dem bei 4. bezeichneten Gewerbebetriebe Arbeitsmaschinen, Ofen u. s. w. der im Verzeichniss auf der letzten Seite genannten Art verwendet werden, so wollen Sie an der betreffenden Stelle deren Zahl angeben.

14. Wenn Sie Gewerhebogen über verschiedene Gewerbszweige ausfüllen, so wollen Sie angeben, ob diese Gewerbszweige sämmtlich, oder ob mehrere derselben einen Gesamtbetrieb bilden. (Ja oder Nein; wenn Ja, sind die Gewerbszweige, die den Gesamtbetrieb ausmachen, hier zu nennen.)

Im Bejahungsfalle geben Sie auf dem Bogen des hauptsächlichsten Betriebszweiges die gewerbliche Bezeichnung des Gesamtbetriebs, sowie die Gesamtzahl der am 14. Juni 1895 innerhalb der Betriebsstätten (Frage 10 A) des Gesamtbetriebes beschäftigten Personen und die Gesamtzahl der verwendeten Pferdekraft an:

Bezeichnung des Gesamtbetriebs: Gesamte Personenzahl: Gesamtzahl der Pferdekraft der Wasserkraft, der Dampf-, Gas-, Petroleum-, Benzin- oder Aether-, Heissluft- und Druckluft-Maschinen:

*) Bei Gewerben, die nur während einer gewissen Zeit des Jahres betrieben werden, wie z. B. bei den Baugewerben, sollen sich die Angaben auf diese Betriebszeit (Saison, Campagne) beziehen.

**) Seitens der Straf- und Besserungsanstalten selbst ist hier kein Eintrag zu machen, sondern, sofern sie Arbeiten für eigene Rechnung ausführen lassen, bei A. a) bis d)

Genaue Bezeichnung der thatsächlichen Bestimmungen der unter Nr. 10. A. d) aufgeführten Personen.

Von dem unter 10. A. d) aufgeführten Personal waren am 14. Juni 1893 thatsächlich beschäftigt als (anzugeben die thatsächliche Beschäftigung, die sie in diesem Betriebe ausüben, z. B. Maurer, Schlosser, Schreiner [Tischler], Spinner, Weber, Färber, Verkäufer, Commis, Kellner, Köchin, Handlanger, Fuhrmann [Kutscher], Hausknecht, Zimmermann in Gastwirthschaften, Speicherarbeiter u. s. w.):

Bezeichnung der thatsächlichen Beschäftigung			Arbeiter und Lehrlinge		Bezeichnung der thatsächlichen Beschäftigung			Arbeiter und Lehrlinge	
			männ- lich	weib- lich				männ- lich	weib- lich
Schlächtereirei (Metzgerei):					Spinnerei:				
1.	Schlächtergehilfen		2	—	1.	Spinner		6	35
2.	Schlächterlehrling		1	—	2.	Maschinenschlosser		1	—
3.	Hausdiener und Kutscher		1	—	3.	Heizer		2	—
4.	Verkäuferin		—	1	4.	Kutscher, Fuhrleute		4	—
5.	Dienstmädchen für das Geschäft		—	1	5.	Arbeiter für wechselnde Arbeit		3	2
u. s. w.					u. s. w.				
					Uebertrag...				
1.					13.				
2.					14.				
3.					15.				
4.					16.				
5.					17.				
6.					18.				
7.					19.				
8.					20.				
9.					21.				
10.					22.				
11.					23.				
12.					24.				
Uebertrag...					Zusammen...				



Leibniz-Informationszentrum
Wirtschaft
Leibniz Information Centre
for Economics

In jede Haushaltung*) war eine Liste zu geben und der Haushaltungsvorstand hatte darin alle zu seinem Haushalte gehörigen Personen namentlich anzuführen und für sie die nöthigen Eintragungen in die einzelnen Spalten zu machen. Dass im Jahre 1882 die Angaben für Kinder unter 14 Jahren bloss summarisch in den beiden letzten Spalten zu machen waren, während die Berufsstatistik von 1895 deren namentliche Aufzählung fordert, ist für die Gewerbestatistik ohne Belang, da Kinder ohnehin wohl nie als selbständige Gewerbetreibende auftreten. Die Berufszählung war somit eine vollständige Aufnahme der ganzen Bevölkerung mittels der Zählbogen oder Haushaltungslisten.

An die Beantwortung der Berufsfragen in diesen Formularen knüpfte die Gewerbestatistik an. Die Fassung dieser Fragen (1882 Spalte 8 bis 15, 1895 Spalte 8 bis 14) war in beiden Jahren eine im Wesentlichen ziemlich übereinstimmende. Was zunächst die Bezeichnung des Berufszweiges betrifft, so war als Hauptberuf (Spalte 8 des Zählbogens, beziehungsweise der Haushaltungsliste) jener zu bezeichnen, welcher die alleinige oder hauptsächlichste Berufs- oder Erwerbsthätigkeit oder Einkommensquelle bildet (1882), auf dem hauptsächlich die Lebensstellung beruht oder von dem der Erwerb oder dessen grösster Theil herrührt (1895). — Als Nebenberuf (1882 Spalte 12, 1895 Spalte 10) war 1882 jene Erwerbsthätigkeit anzugeben, welche neben einem Hauptberuf oder von Personen ohne eigentlichem Beruf, von Frauen, anderen Familienangehörigen, Rentnern, Pensionären, alten gebrechlichen und unterstützten Personen nur nebensächlich, aber regelmässig, ausgeübt wird und auf der Verdienst und Unterhalt der Familie wesentlich mitberuht. Die Zählvorschrift vom Jahre 1895 fügt bei im Uebrigen nur dem Wortlaute nach abweichender Fassung noch hinzu, dass es gleichgiltig sei, ob der Nebenberuf zur Zeit der Zählung oder zu einer anderen Jahreszeit ausgeübt werde, was wohl darauf zurückzuführen ist, dass im Jahre 1882 bloss zeitweise ausgeübte und zur Zeit der Zählung gerade nicht betriebene Nebenberufe vielfach ungezählt blieben.

Hinsichtlich der Berufsstellung (1882 Spalte 9 und 13, 1895 Spalte 9 und 11) unterscheidet die Erhebung vom Jahre 1882:

1. den selbständigen Betrieb eines Gewerbes,
2. die Hausindustriellen, welche in der eigenen Wohnung (zu Hause) für Rechnung eines fremden Geschäftes arbeiten,
3. die in einem Dienst- oder Arbeitsverhältniss stehenden Personen.

Die Arbeit für fremde Rechnung erscheint somit als eine besondere Art der Stellung im Berufe und wird als solche im Gegensatz zur Stellung des Selbständigen einerseits, des Arbeiters oder sonstigen Bediensteten anderseits gebracht. Es widerspricht dies dem bei der Zusammenstellung und im Gewerbebogen festgehaltenen Grundsatz, dass der Hausindustrielle als selbständiger Gewerbetreibender zu betrachten sei.

Im Jahre 1895 wurde diese Incongruenz beseitigt. Das Arbeiten zu Hause wird nicht mehr unter der Rubrik „Stellung im Berufe“, sondern in einer gesonderten Spalte als eine Eigenschaft des selbständigen Betriebes, ebenso wie das Betreiben eines Geschäftes im Umherziehen oder die Verwendung von Gehilfen und Motoren erfragt. In der Rubrik: „Berufsstellung“ ist nur zwischen Selbständigen und Bediensteten zu unterscheiden.

Ein weiterer Unterschied beider Zählungen besteht darin, dass im Zählbogen des Jahres 1882 die Frage nach der Verwendung von Gehilfen oder Motoren für Haupt- und Nebenberuf gesondert gestellt wurde, während im Jahre 1895 zu ihrer Beantwortung für Haupt- und Nebenberuf nur eine gemeinsame Rubrik zur Verfügung stand (1882 Sp. 10—11 und 14—15, 1895 Sp. 13—14). Gemeinsam haben jedoch beide Zählungsvorschriften die Anordnung, dass als Gehilfen nicht nur im Betriebe beschäftigte Arbeiter, Fuhrleute, Schiffer etc., ferner die regelmässig darin thätigen Familienmitglieder und Dienstboten, sondern auch die ausserhalb der Werkstätte des Unternehmers (in ihrer eigenen Wohnung als Hausindustrielle, als Gefangene in Straf- und Besserungsanstalten) für Rechnung des Geschäftes arbeitenden Personen anzusehen sind. Auch diese Anordnung bedeutet eine auffallende Inconsequenz gegenüber dem Grundsatz, dass der Hausindustrielle als selbständiger Unternehmer zu betrachten sei. Erwähnt sei endlich noch die in beiden Jahren aufrechterhaltene Vorschrift, dass die Frage nach der Beschäftigung von

*) Ueber den Begriff „Haushaltung“ siehe auf der Vorderseite der Haushaltungsliste von 1895 „Anleitung zur Ausfüllung der Haushaltungsliste“.

Gehilfen mit „ja“ zu beantworten ist, wenn zwar nicht am Zählungstage, wohl aber sonst in der Regel Gehilfen beschäftigt werden.

Für alle Gewerbetreibenden, welche ihr Geschäft ohne Mitinhaber oder Gehilfen und ohne Verwendung von Motoren ausübten, somit die in Spalte 10 und 11, beziehungsweise 14 und 15 des Zählbogens von 1882, in Spalte 13 und 14 der Haushaltsliste von 1895 gestellten Fragen mit „nein“ beantwortet hatten, bildeten die durch den Zählbogen oder die Haushaltsliste gewonnenen Angaben gleichzeitig auch die Grundlage der Gewerbestatistik, für deren Zweck sie auf besondere Zählblättchen übertragen wurden. Für alle übrigen, das ist für die Mitinhaber-, Ge-

hilfen- und Motorenbetriebe, gelangte auch noch die Gewerbekarte (im Jahre 1895 Gewerbebogen genannt) zur Ausfüllung. Die betreffenden Formulare*) sind oben abgedruckt.

Abgesehen von der Erweiterung der Frage über die Arbeitspersonen und über die Verwendung von Umtriebs- und Werkzeugmaschinen weichen beide Formulare nur wenig von einander ab. Soweit diese Abweichungen nicht ganz nebensächlicher und unwesentlicher Natur sind, werden sie am geeigneten Orte noch besprochen.

Zur Klarlegung des bei der Berufszählung beobachteten Verfahrens diene die nachfolgende Schilderung des in Berlin und Dresden dabei eingehaltenen Vorganges.

Vgl. Seite 55 und 63.

V.

Die Berufs- und Gewerbezahlung vom 14. Juni 1895 in Berlin.*)

a) Die Organe der Zahlung: Die städtische Zahlungscommission. — Die Revierdeputirten. — Die Zählbezirke und Districtscommissäre. — Die Zähler. — b) Die Vorbereitungsarbeiten: Das Grundstücksverzeichniss. — Die Vorzahlung organisatorischer Vorarbeiten. — Die Austheilung der Zählpapiere. — c) Die Zahlung: Die Aufgaben des Zählers. — Die Controllisten. — Controllarbeiten der Districtscommissäre, Revierdeputirten und Revierpolizeiamter. — d) Die Revision der Zählpapiere im statistischen Amte: Die Prüfung der Controllisten. — Die Ausfüllung der Gemeindebogen. — Vergleichung der Controllisten mit den Zählpapieren. — Vorgehen bei unvollständiger Ausfüllung. — Vorschriften für die Prüfung der Haushaltungslisten. — Die Arbeitslosen-Zählkarten. — Die Prüfung der Landwirthschaftskarten. — Die Prüfung der Gewerbebogen. — Revisionskarten und Vergleichungslisten. — Zählbogen.

a) Die Organe der Zahlung.

Die oberste Leitung des Zahlgeschäftes lag in den Händen einer aus vier Stadträthen, acht Stadtverordneten, dem Director des städtischen statistischen Amtes und einem Commissär des kgl. Polizeipräsidioms bestehenden städtischen Zahlungscommission. Das Zahlwerk selbst wurde, wie bei allen Volkszählungen seit 1861, auf Grundlage freiwilliger Betheiligung der Berliner Bürgerschaft durchgeführt.

Für jedes der 96 Berliner Polizeireviere wurde durch die Zahlungscommission als Leiter der Zahlarbeiten ein Revierdeputirter bestellt. In der Regel wurden diese Revierdeputirten aus den Vorstehern der Stadtbezirke,**) in welche die Polizeireviere zerfallen, gewählt. Zu ihrer Unterstützung, namentlich für Schreibgeschäfte, wurde ihnen über Wunsch ein Magistratsbeamter als Secretär beigegeben. Dieser übernahm die Verpflichtung, alle ihm von dem betreffenden Deputirten oder von der Zahlungscommission übertragenen Arbeiten unter sorgfältiger Beachtung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen auszuführen, insbesondere für Einhaltung der im Organisationsplane angegebenen Termine zu sorgen, ferner Nachfragen im statistischen Amt, Recherchen u. s. w. kurzer Hand zu erledigen, auf Grund derselben das Urmaterial zu vervollständigen, bezw. zu berichtigen, sowie die Nach-

weisungen und Tabellen rechnerisch richtig aufzustellen und letzteres zu bescheinigen. Falls sich bei der weiteren Bearbeitung im statistischen Amt Versehen herausstellten, war er verpflichtet, der Aufforderung zu ihrer Beseitigung, eventuell durch Recherche ungesäumt nachzukommen.

Als Entschädigung für seine Mühewaltung erhielt er den Betrag von 80 Mark ausbezahlt, sobald die allgemeine Richtigkeit des abgelieferten Materiales festgestellt war.

Während des ganzen Zahlgeschäftes hatte sich der Revierdeputirte in fortwährendem Einvernehmen mit dem Polizeireviervorstand zu halten, der die polizeilichen Functionen bei der Zahlung besorgte.

Die einzelnen Polizeireviere waren sodann durch ihre Deputirten in Zählbezirke zu theilen, deren jeder durchschnittlich 20 Häuser oder circa 300 Haushaltungen umfassen sollte. Dabei waren die Grenzen der 326 Stadtbezirke einzuhalten und die Vorschläge der Bezirksvorsteher nach Möglichkeit zu beachten. An die Spitze der Bezirke stellte der Revierdeputirte je einen Districtscommissär. Auch für diese Function waren in erster Reihe die Bezirksvorsteher in Aussicht genommen, soweit sie nicht schon als Revierdeputirte functionirten. Zu diesem Zwecke erging an sie unter einem mit dem Ersuchen, den Revierdeputirten bei der Eintheilung des Revieres

*) Die nachfolgende Darstellung gründet sich auf die von dem städtischen statistischen Amte herausgegebenen Zahlungsvorschriften und Formularen, sowie auf persönliche Aufklärungen, welche von Professor Dr. R. Böckh und Dr. Hirschberg dem Verfasser in der zuvorkommendsten Weise erteilt wurden.

**) Die Gesamtzahl der Stadtbezirke, die sich in die 96 Polizeireviere eingliedern, beträgt 326. Ihre Vorsteher sind gewählte Functionäre.

Die Eintheilung der Reviere in Districte, die Bestellung der Districtscommissäre und ihre Verpflichtung durch die Deputirten, sowie die Bestellung eines Stellvertreters des Revierdeputirten, eventuell aus der Mitte der Districtscommissäre musste bis 25. Mai durchgeführt und dem statistischen Bureau angezeigt sein.

Die Districtscommissäre ihrerseits hatten sodann bis 30. Mai wieder auf Grund der angeführten Listen für jedes Haus ihres Districtes einen Zähler zu bestellen und in Pflicht zu nehmen.

b) Die Vorbereitungsarbeiten.

Die erste Vorbereitungsarbeit bildete die Anlegung eines Grundstücksverzeichnisses (Formulars *IK*, siehe unten) für jedes der 96 Polizei-

Nr. 443. — 95.

K.

Stadt Berlin.

Berufs- und Gewerbebe­zählung am 14. Juni 1895.

Verzeichniss der bewohnten, bez. bebauten Grundstücke für das Polizeirevier Nr. . . Stadtbezirk Nr. . .

[illegible]

reviere und eines zweiten gleichen für die in die einzelnen Reviere sich eingliedernden Stadtbezirke.

Diese Verzeichnisse wurden dann mit Hilfe der Brandkataster und Miethsteuerlisten vom statistischen

Amte so weit als möglich vervollständigt, dem Polizeirevieramte vorgelegt, mit den dort geführten Büchern verglichen und, mit allfälligen Bemerkungen und Richtigstellungen versehen, wieder an das statistische Amt zurückgeleitet.

Auf Grund dieser Grundstücksverzeichnisse | jedes im Grundstücksverzeichnisse angeführte Haus wurde sodann die Vorzählung eingeleitet. Für | wurde ein Hauszettel Formular L (siehe unten)

L.

Stadt Berlin.

Nr. 552. — 95.

Berufs- und Gewerbezählung am 14. Juni 1895.

Hauszettel.

Polizeirevier Nr. Haus: Strasse (Platz) Nr. Stadtbezirk Nr.

(Ist das Haus mit mehreren Nummern bezeichnet, so sind auch die zugehörigen Nummern anzugeben.)

Name des Hauseigenthümers, wenn er im Hause wohnt:

andernfalls Name des Vicewirthes:

und ausserdem Name und Wohnung des nicht in dem Hause wohnenden Eigenthümers:

Die Herren Hauseigenthümer, bez. deren Stellvertreter (Vicewirthe) werden ersucht, die nachstehende, ihnen durch die Revier-Polizeibeamten übergebene Liste recht bald möglichst correct auszufüllen und vom 20. Mai an zur Abholung bereit zu halten. Dieselbe dient zur Vorbereitung für die am 14. Juni d. J. stattfindende Berufs- und Gewerbezählung, insbesondere zur Bemessung des für das bezeichnete Haus erforderlichen Bedarfs an Haushaltungsverzeichnissen, Gewerbebogen und Landwirthschaftskarten. Wir dürfen wohl voraussetzen, dass alle Einwohner Berlins gern bereit sein werden, uns bei der Ausführung des schwierigen, aber wichtigen Zählungswerkes bereitwillig und kräftig zu unterstützen.

Berlin, den 6. Mai 1895.

Die Städtische Zählungscommission.
Dr. Weigert, Stadtrath.

Der Commissär des Königl. Polizeipräsidioms.
Siber, Regierungsrath.

Verzeichniss der auf dem Grundstücke befindlichen bewohnten Wohnungen (Haushaltungen) und Gewerbebetriebe.

Bemerkungen. Als Haushaltungsvorstände sind auch die einzeln lebenden selbständigen Personen anzusehen, d. h. solche Personen, welche eine besondere Wohnung (in directer oder in Aftermiethe) innehaben und eine eigene Hauswirthschaft führen.
Die Gesamtheit der Pflöge in jeder Anstalt für gemeinsamen Aufenthalt (Gasthäuser und Hötelgarnis, Asyle, Herbergen, Erziehungs-, Lehr- und Bildungsanstalten, Waisenhäuser, Heil- und Pflögeanstalten, Versorgungs- und Armenanstalten, Gefängnisse, Straf-anstalten, Kasernen und Wachlocaie) wird wie eine einzelne Haushaltung behandelt und auf besonderer Linie geführt. Jede solche Anstalt ist unter Angabe ihres Zweckes unter ihrer üblichen Benennung deutlich zu bezeichnen.
Auch aus ihren Wohnungen zur Zeit abwesende Haushaltungen und Einzelnelebende sind in die nachstehende Liste aufzunehmen.
Bei Häusern, in welchen mehr als 30 Haushaltungen wohnen, ist ein Bogen zu vier Seiten zu verwenden; die laufenden Nummern sind durch das ganze Haus zu führen.
In Spalte 6 sind solche Gewerbebetriebe einzutragen, die in der Regel mit mindestens einem Gehilfen oder mindestens einer Umtriebsmaschine und dgl. betrieben werden, auch wenn sie etwa zur Zeit gerade ruhen.

Lau-fende Nr.	Bezeichnung der Abtheilung des Hauses (Vorder-, Hinter- etc.)	Bezeichnung des Stockwerks (wieviel Treppen hoch)	Name des Haushaltungs-vorstandes	Beruf und Gewerbe des Haushaltungs-vorstandes	Gewerbebetriebe (mit Arbeitern oder Maschinen betrieben); Inhaber oder Firma	Inhaber von landwirth-schaftl. Betrieben, von Milcherei- und Molkereibetrieben im Hause
1	2	3	4	5	6	7

Ausgefüllt durch den Hauseigenthümer (Vicewirth) am . Mai 1895.

(Unterschrift)

ausgefertigt, im Wege des Revierpolizeiamtes durch die Schutzleute zugestellt und mit 20. Mai wieder eingesammelt. Die Ausfüllung der Hauszettel oblag den Hauseigenthümern, beziehungsweise deren Stellvertretern. Anzugeben ist im Hauszettel für jedes Gelass, wenn es bewohnt ist, Name, Beruf und Gewerbe des Haushaltungsvorstandes; wenn darin ein Gewerbe mit Arbeitern oder Motoren betrieben wird, die Firma oder der Name des Betriebsinhabers; endlich, wenn es der Sitz eines landwirthschaftlichen Betriebes ist oder wenn darinnen ein Milcherei- oder Molkereigeschäft betrieben wird, der Name des betreffenden Betriebsinhabers. Der Hauszettel enthält somit drei Erhebungslisten für die drei miteinander verbundenen Erhebungen: ein Verzeichniss der auf jedem Grund-

stücke vorhandenen Haushaltungen, ein solches der Gewerbebetriebe und ein solches der Landwirthschaftsbetriebe.

Die eingesammelten Hauszettel wurden vom Polizeirevieramte in der Ordnung des Grundstücksverzeichnisses dem statistischen Amte abgeliefert.

Das zweite Exemplar des Grundstücksverzeichnisses war mittlerweile — bis 21. Mai — den Revierdeputirten sammt dem schon erwähnten Verzeichnisse jener Personen übergeben worden, die sich für das betreffende Revier zur Mitwirkung beim Zählgeschäfte bereit erklärt hatten.

Es folgte nunmehr — in der Zeit vom 21. bis 25. Mai — die Eintheilung der Reviere in Zähl-

districte, die Bestellung und Verpflichtung der Districtscommissäre durch die Deputirten und die Uebergabe eines Verzeichnisses der zu jedem Districte gehörigen Häuser an die Districtscommissäre (letzteres wohl mittels des später noch zu erwähnenden Formulars *P*).

Hierauf hatten die Districtscommissäre die Zähler zu ernennen und zu verpflichten, wobei für jedes Grundstück ein Zähler bestimmt wurde, und zwar in der Regel der Hauseigenthümer oder dessen Stellvertreter, sonst andere sich dazu eignende Personen. Die Namen der ernannten Zähler und die Bezeichnung der denselben zugewiesenen Häuser wurde vom Districtscommissär in ein eigenes Verzeichniss nach Formular *P* (siehe unten) eingetragen, welches

P. **Stadt Berlin.**

Berufs- und Gewerbezahlung am 14. Juni 1895.

Polizeirevier Nr.

Namens-Verzeichniss

der Herren Districtscommissäre und der Herren Zähler mit Angabe der Zahlungsbezirke, d. h. der den Herren Zählern überwiesenen Häuser, nebst Anzahl der nach den Hauszetteln daselbst befindlichen Haushaltungen, Gewerbebetriebe und der Inhaber landwirthschaftlicher Betriebe.

Districtscommissäre				Zähler				Zählbezirke (den Zählern zugewiesene Häuser)		Zahl der Haushaltungen	Zahl der Gewerbebetriebe	Zahl der Inhaber landwirthschaftl. Betriebe	Bemerkungen
Laufende Nr.	Name, Stand	Wohnung		Name, Stand	Wohnung		Strasse	Nr.					
		Strasse	Nr.		Strasse	Nr.							

*) Durchlaufend durch das ganze Polizeirevier.

bis 30. Mai den Revierdeputirten zuzusenden war. Diese hatten mittlerweile die nach dem Grundstücksverzeichnisse geordneten, von den Hausbesitzern ausgefüllten Hauszettel vom statistischen Amte erhalten und trugen nunmehr die sich daraus ergebenden Zahlen der Haushaltungen, Gewerbebogen und Landwirthschaftskarten in das Zählverzeichnis (Formular *P*) ein. Hierauf wurden die Zahlbezirke fortlaufend für das ganze Revier (nicht nach einzelnen Districten) numerirt, aus den einzelnen von den Districtscommissären übersandten Zählverzeichnissen mittels desselben Formulars (*P*) ein Hauptverzeichnis *P* zusammengestellt, welches für das

ganze Revier die Districts- und Zahlbezirkseintheilung enthielt, etwaige Mängel der Organisation im Reviere behoben und schliesslich eine Abschrift der vollständigen Reviereintheilung auf einem besonderen Formular *N* dem statistischen Amte eingesandt.

Auf Grundlage dieses Formulars *N* wurde so dann im statistischen Amt für jeden District das erforderliche Zahlungsmaterial (Haushaltungslisten, Gewerbebogen, Landwirthschaftskarten, Anweisungen für Zähler, Controllisten) in eine Mappe gepackt, welche auf der Aussenseite die genaue Bezeichnung des betreffenden Zahlungsdistrictes, die Adresse des Districtscommissärs und einen Vermerk über die

Zahl der darin enthaltenen Zählpapiere trug. Die Zahl der in jeder Mappe verpackten Formularen wurde auf Grund der in Formular N von den Revierdeputirten verzeichneten Anzahl von Haushaltungen, Gewerbe- und Landwirthschaftsbetrieben bemessen, jedoch für alle Fälle noch ein bestimmter Zuschlag mitgegeben. Ausserdem wurden die Polizeirevierbureaux mit einer hinreichenden Zahl von Fragebogen ausgerüstet, um erforderlichen Falls einen ausserordentlichen Bedarf rasch befriedigen zu können.

Die Austheilung dieser Mappen an die Revierdeputirten sollte bis 4. Juni beendet sein. Spätestens

5. Juni hätten sodann die Revierdeputirten eine Versammlung sämmtlicher Districtscommissäre ihres Reviers zu berufen, sie auf dieser Versammlung für die Zählung zu instruiren und ihnen die Mappen mit dem Zählungsmateriale, sowie die Hauszettel auszufolgen.

Auf Grund des Inhaltes der Hauszettel und der Aufschriften auf den Mappen trug sodann der Districtscommissär auf den Haushaltungslisten die Nummer des Polizeireviers, die Strasse und Hausnummer des betreffenden Hauses ein und versah für jeden Zählbezirk zwei Controllisten (Formular siehe unten), von

Drucksache Nr. V.

Königreich Preussen.

Berufs- und Gewerbezahl v. 14. Juni 1895.

Kreis (Oberamtsbezirk):
Zählbezirk Nr. Nähere Bezeichnung und Begrenzung des Zählbezirkes:
Stadtgemeinde:
Landgemeinde:
Gutsbezirk:

Controlliste

für den Zähler Herrn

Bezeichnung der Häuser, in denen die Zählung stattfand, nach Strasse, Ortstheil, sonstiger Benennung	Haus-Nr. oder sonstige Bezeichnung der Baulich- keit	Bezeichnung der Haushaltung (der Firma, der Anstalt u. s. w.)	Laufende Nr. der Haus- haltungs- liste	Zahl der darin eingetragenen anwesenden Personen		Ausgefüllte		Bemerkungen
				männl.	weibl.	Land- wirth- schafts- karten	Gewerbe- bogen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Beispiele von Einträgen.								
Hauptstrasse	1	Karl Meier	1	8	3	1	2*)	*) Getreidemüllerei und Bäckerei
Schützenstrasse	6	Hôtel Kaiserhof	2	5	9	—	2*)	*) Gastwirthschaft u. Wein- handel
"	7	" "	2a	12	2	—	—	Gäste
		Dr. Fischer	3	3	2	—	—	
		Geschäftslocal von F. K. Weiss (ohne Haus- haltungsliste)	—	—	—	—	1	F. K. Weiss wohnt Schloss- platz 10 (ausserhalb dieses Zählbezirktes)
Hafenplatz	Schiff	Johann Bruns	4	3	—	—	1	
		u. s. w.	etc.	etc.	etc.	etc.	etc.	
Oberförsterei	—	Otto Bachmann	36	3	4	2*)	1*)	*) 1 Landwirthschaftskarte für Dienstland, 1 dgl. für das Forstrevier, 1 Ge- werbebogen als Pächter der fiscalischen Fischerei- gewässer
		Summe	37	74	79	13	19	
			(Zahl der Haus- haltungs- listen)	153				

denen die eine zum Concept, die andere zur Reinschrift dienen sollte, mit der Nummer und näheren Bezeichnung (Strasse, Haus) des betreffenden Zählbezirkes und dem Namen des Zählers als Ueberschrift.

Hierauf hielt er bis längstens 8. Juni eine Versammlung der Zähler, auf der er diese über ihre Obliegenheiten unterrichtete und mit den Hauszetteln ihres Zählbezirkes und den sonstigen Zählpapieren (der Anweisung für den Zähler, zwei Controllisten und den dazugehörigen Haushaltungslisten, Landwirthschaftskarten und Gewerbebogen) theilte.

c) Die Zählung.

Auf Grund der Hauszettel schritten nunmehr die Zähler an die Austheilung der Zählpapiere, indem sie jede im Hauszettel verzeichnete Haushaltung mit einer Haushaltungsliste, jeden darin angeführten Gewerbebetrieb mit einem Gewerbebogen, jeden Landwirthschaftsbetrieb endlich mit einer Landwirthschaftskarte theilten.

Die ausgetheilten Haushaltungslisten, die vom Districtscommissär bereits mit der Nummer des Polizeireviers, der Strasse und Hausnummer bezeichnet worden waren, hatte der Zähler mit einer fortlaufenden Nummer zu versehen; auf den Landwirthschaftskarten und Gewerbebogen musste kenntlich gemacht sein, zu welcher Haushaltungsliste sie gehörten. Waren Gewerbebogen in Geschäftssitze gegeben, wo Niemand wohnte und in welchen daher keine Haushaltungsliste ausgefüllt werden konnte, so war statt der Nummer der Haushaltungsliste zu schreiben: „ohne Haushaltungsliste“.

Traf der Zähler in einer Wohnung Niemand an, dem er die Formulare einhändigen konnte, so hatte er sie an Hausgenossen oder Nachbarn zur Besorgung zu geben, nöthigenfalls auch den Besuch zu wiederholen.

In diejenigen Gebäude, die nicht hauptsächlich zu Wohnzwecken dienen, wie Schulgebäude, Theater, Museen, Magazine, in denen aber doch Leute wohnen oder übernachten, waren gleichfalls Haushaltungslisten zu geben, ebenso wie auf Schiffe (die sich am 14. Juni im Zählbezirk befanden oder nach einer Nachtfahrt Morgens dort anlandeten), in die Wohnwagen von umherziehenden Schaubudenbesitzern u. dgl., in Baracken und Zelte, die als Wohnung oder vorübergehend zum Uebernachten für Bauarbeiter etc. dienen.

In Anstalten (Spitäler, Krankenhäuser) waren so viel Listen zu geben, als sich besondere Haus-

haltungen (z. B. des Verwalters, Portiers, Arztes) darin befanden; ausserdem die für die Anstaltsinsassen und in Gasthäuser die für die beherbergten Personen nöthigen Listen.

In Militärgebäuden waren die dort befindlichen Haushaltungen (z. B. des Kasernen-Inspectors, der verheirateten Unterofficiere) einzeln aufzunehmen. Die in der Nacht auf Wache befindlichen Mannschaften waren in ihren Quartieren zu zählen; in Wachlocale waren also keine Haushaltungslisten zu geben.

In Gasthöfen, Herbergen und dergleichen sollte der Zähler darauf aufmerksam machen, dass alle Gäste, welche in der Nacht zum 14. dort übernachtet hatten oder Vormittags nach durchreister Nacht dort ankamen, daselbst der Zählung unterlagen, da sie daheim nicht als anwesend gezählt werden sollten. Die Gäste waren daher rechtzeitig von den Wirthen um die für die Haushaltungsliste erforderliche Auskunft über ihre Personalien zu ersuchen.

Ueber die erfolgte Austheilung der Zählpapiere hatte der Zähler auf dem einen Exemplar der doppelt gelieferten Controlliste*) die zur Controle dienenden Eintragungen zu machen.

Die Wiedereinsammlung der Haushaltungslisten und der ausgefüllten Landwirthschaftskarten und Gewerbebogen begann am 14. Mittags und war am 17. zu beendigen. Bis dahin mussten auch die Landwirthschaftskarten und Gewerbebogen ausgefüllt und eingesammelt werden, welche etwa noch nachgeliefert werden mussten oder sonst rückständig waren.

Der Zähler hatte die Ausfüllung der Formulare sofort an Ort und Stelle in allen Theilen genau zu prüfen, das Irrige berichtigen, das Fehlende ergänzen zu lassen oder selbst zu ergänzen. Er hatte auch genau darauf zu achten, dass keine Landwirthschaftskarte und kein Gewerbebogen fehle; wo mehrere Gewerbearten bei dem Betriebe eines Inhabers nachzuweisen waren, musste die entsprechende Anzahl von Gewerbebogen ausgefüllt sein. Jedes ausgefüllte Formular musste mit der darauf geforderten Unterschrift versehen sein.

Die Zahl der eingesammelten Haushaltungslisten und der eingetragenen anwesenden Personen, sowie jene der ausgefüllten Landwirthschaftskarten und Gewerbebogen hatte der Zähler in die Controlliste einzutragen, bezw. die schon bei der Austheilung der Zählpapiere darin gemachten Eintragungen richtig zu stellen, insoferne sich auf Grund der eingesammelten

*) Siehe Formular Seite 73.

Haushaltungslisten die Nothwendigkeit herausstellte, nachträglich ausser den ursprünglich ausgetheilten noch weitere Landwirthschaftskarten und Gewerbebogen zur Ausfüllung zu bringen. Sodann hatte er die zweite Controlliste in Reinschrift auszufüllen, die Zählpapiere diesem Schema entsprechend so zu ordnen, dass für jedes Gebäude und jede Haushaltung die Haushaltungslisten und Gewerbebogen beisammenlagen, und bei dieser Gelegenheit alles noch Fehlende nachzuholen.

Wo Gewerbebogen ohne Haushaltungslisten einzureichen waren, weil der Sitz des Gewerbebetriebes, nicht aber die Wohnung des Gewerbetreibenden in diesem Zählbezirke lag, war dies in beiden Controllisten unter Angabe der Wohnung des Gewerbetreibenden in der Rubrik 9 „Bemerkungen“ kenntlich zu machen. Hierauf waren die gesammten Zählpapiere (die beiden Controllisten, Haushaltungslisten, Landwirthschaftskarten, Gewerbebogen) in den Hauszettel einzuschlagen und am 18. Juni an den Districtscommissär abzuliefern. Dieser hatte die Zählungsmaterialien nach den in seinen Händen befindlichen Grundstücksverzeichnissen zu ordnen, die Materialien auf ihre Vollständigkeit und Richtigkeit zu prüfen, das gesammte geordnete Material wieder in die Mappe zu verpacken, und bis spätestens 21. Juni an den Revierdeputirten abzuliefern. Der Revierdeputirte hatte das Material der einzelnen Districte nochmals zu prüfen, die sofortige Ausfüllung allfälliger Lücken zu veranlassen, und es hierauf in der durch die fortlaufende Numerirung der Districte und das Grundstücksverzeichniss gegebenen Reihenfolge vom 26. Juni ab sammt dem in seinen Händen befindlichen Grundstücksverzeichnisse und dem Zählerverzeichnisse (Formular *P*) zur Abholung seitens der Revierpolizei bereit zu halten. Hieran schloss sich eine nochmalige Prüfung, Berichtigung und vervollständigung der Materialien durch den Revierdeputirten, gemeinsam mit dem Revierpolizeilieutenant auf dem Polizeibureau, worauf die Ablieferung an das städtische statistische Amt erfolgte.

a) Die Revision der Zählpapiere im statistischen Amte.

Die Revision der von den Polizeiamtern zurückgelieferten Zählpapiere erfolgte nach Polizeirevieren, und innerhalb dieser nach Zählbezirken. Die Districtseintheilung verschwand dabei vollständig und dies

war auch der Grund, warum die Numerirung der Zählbezirke nicht nach Districten, sondern durchlaufend für das ganze Revier zu erfolgen hatte. Die Ordnung der Zählungsmaterialien nach Haushaltungen und Zählbezirken musste während der ganzen Revision gewahrt bleiben. Daher waren alle zum Zwecke der Recherchen herausgenommenen Zählpapiere wieder an die gehörige Stelle zurückzulegen. Um dies zu ermöglichen, wurden alle Haushaltungslisten, Gewerbebogen und Landwirthschaftskarten, welche herausgenommen werden sollten, vorher mit der Nummer des Polizeireviers bezeichnet. Alle bei der Revision auszuführenden Correcturen, Eintragungen und Streichungen in den Zählpapieren waren mit rother Tinte vorzunehmen.

Die erste Revisionsarbeit bildete die Prüfung der Controllisten. Jede Controlliste musste in zwei Exemplaren ausgefertigt sein. War sie nur in einem Exemplar vorhanden, so war davon sofort Abschrift zu nehmen. Sodann war durch Vergleichung der auf den Controllisten eingetragenen Nummern der Zählbezirke und der darin gleichfalls enthaltenen Grundstücksbezeichnungen mit den revidirten Zählerverzeichnissen nach Formular *P* festzustellen, ob die Zählbezirke den *P*-Listen entsprächen, und ob ein Zählbezirk fehle. Mangelhafte Ausfüllungen im Kopfe der Controllisten waren dabei zu ergänzen. Die Nummer des Polizeireviers war in jedem Falle auf die Controlliste zu übertragen. Für die in den *P*-Listen bezeichneten Zählbezirke, die aus mehreren Grundstücken bestehen, war die Bezeichnung des Zählbezirkes im Kopfe der Controlliste mit Blaustift zu unterstreichen, damit bei der Revision der Zählpapiere die Trennung nach Grundstücken nicht übersehen werde. Waren Zweifel über die Zugehörigkeit einer Controlliste vorhanden, oder fehlte eine Controlliste, bzw. ein Zählbezirk gänzlich, so war behufs sofortiger Recherche eine besondere schriftliche Anzeige zu erstatten.

Durch diese erste Controle war die Sicherheit gegeben, dass bei der Zählung kein Grundstück übersehen wurde.

Die nächste Arbeit bildete die Ausfüllung der Gemeindebogen*) behufs Feststellung der provisorischen Zählungsergebnisse. Zu diesem Zwecke wurde das eine Exemplar der Controlliste, und zwar die Reinschrift, aus den Zählpapieren herausgenommen und zugleich mit der *P*-Liste an

*) Siehe Formular Seite 76.

Staat:

Bezirk:

Gemeinde:

Ergebnisse der Zählung nach den revidirten Controllisten.

Zählbezirk Nr.	Zahl der				
	Haus- haltungs- listen	darin eingetragenen anwesenden Personen		Land- wirth- schafts- karten	Ge- werbe- bogen
		männl.	weibl.		
1	2	3	4	5	6

übrigen Zählpapiere durch die dazu bestimmten Arbeitskräfte ihren Fortgang.

Die mit der Revision der einzelnen Polizeireviere beauftragten Hilfsarbeiter hatten nach Ablieferung der Reinschriften der Controllisten in die Prüfung der eigentlichen Zählpapiere einzutreten und dieselben an der Hand der zurückbehaltenen Controllisten in der Reihenfolge der Nummern der Zählbezirke vorzunehmen.

Hiebei waren vorerst die Eintragungen in der Controlliste mit den Zählpapieren zu vergleichen und alle richtig befundenen anzuhaken. Nicht auf der Controlliste verzeichnete, sowie nachträglich ausgestellte Zählpapiere waren mit rother Tinte nachzutragen, bei Angaben der Controllisten, zu denen ein zugehöriges Zählpapier nicht vorhanden war, musste ungesäumt Anzeige erstattet werden. Der Zweck dieser Vergleichen war, festzustellen, ob einerseits für jedes Zählpapier die erforderliche Eintragung in die Controlliste gemacht worden war, und ob anderseits für jede Eintragung in der Controlliste das dazu gehörige Zählpapier vorlag, also eine Controle nach beiden Seiten hin.

Die Aufstellungen der Reviere wurden gesammelt und durchcalculirt, und sodann die für einzelne Polizeireviere ermittelten Summen in einen Gemeindebogen zusammengetragen, um die Schlusssumme für die ganze Stadt zu ermitteln. Sodann waren die Gemeindebogen sammt den Reinschriften der Controllisten an das königl. Preussische statistische Bureau einzuliefern, und zwar bis 10. Juli 1895.

Während diese, auf die möglichst rasche Feststellung der provisorischen Zählungsergebnisse abzielenden Arbeiten abgesondert von den übrigen Revisionsarbeiten durch eine besondere Sammelstelle vorgenommen wurden, nahm die Revision der

Gleichzeitig hatte bei denjenigen Zählbezirken, welche mehrere Grundstücke umfassten, eine Trennung der Zählpapiere nach Grundstücken zu erfolgen. Die einzelnen, auf diese Weise neu entstandenen Zählbezirke waren mit der Nummer des

früheren Zählbezirk unter Hinzufügung der Buchstaben a, b, c u. s. w. zu bezeichnen, welche Bezeichnung auf alle ausgefüllten und noch auszufüllenden Zählpapiere zu übertragen war.

Für jeden solchen neuen Zählbezirk war auch eine eigene Controlliste neu aufzustellen. Sobald diese Arbeiten für einen Zählbezirk abgeschlossen waren, wurde an die Prüfung der eigent-

lichen, für denselben vorliegenden Zählpapiere gegangen.

Unvollständige Ausfüllungen derselben waren, sofern sie sich nicht mit vollständiger Sicherheit aus anderen Eintragungen ergänzen liessen, zur Recherche zu stellen und zu diesem Zwecke auf dem vorgeschriebenen Formular (Recherchebogen, siehe unten) zu notiren. Die Recherchebogen waren, sobald die

Anlage a. **Stadt Berlin.** Nr. 948.—95.

Berufs- und Gewerbezahlung vom 14. Juni 1895.

Polizeirevier Nr. Das Revier ist bearbeitet durch
Die Recherchen sind erledigt durch

Recherchebogen.

Zählbez. Nr.	Strasse		Vor- und Familienname	Hauptberuf (bei Angehörigen Stellung zum Haushaltsvorstand)	Zu erledigende Fragen			
		Nr.			in der Haushaltsliste H Nr. Gewerbebogen G Landwkrte. L	Nr. der Frage	Bezeichnung der Frage	Beantwortung

Revision eines Zählbezirk vollständig abgeschlossen war, unter Beifügung der beanständeten Zählpapiere an der dazu bestimmten Controlstelle einzureichen. Hier wurde zunächst eine Ausfüllung unter Benützung der vorhandenen Hilfsmittel versucht, auch wurden dazu, besonders wenn Berufs- etc. Fragen zu erledigen waren, eventuell auch die in anderen Bezirken liegenden Gewerbebogen oder bei Recherche von Gewerbebogen die Haushaltslisten requirirt; Fragen, welche auf diese Weise nicht erledigt werden konnten, wurden behufs Rückfrage an Ort und Stelle der Revierpolizeibehörde übermittelt. Zu diesem Zwecke war eine Abschrift der unerledigten Fragen auf einem Exemplar des Recherchebogens anzufertigen, der die zu ergänzenden Zählpapiere beigelegt wurden. Erledigte Fragen wurden durch Durchstreichung des Namens im Recherchebogen gekennzeichnet.

Die Prüfung der Zählpapiere begann mit der Haushaltsliste. Für ihre Durchführung waren folgende bis ins Einzelne gehende Vorschriften getroffen:

Auf Seite 1 der Haushaltsliste muss der Kopf genau ausgefüllt oder durch Vergleich mit der Controlliste ergänzt werden.

Seite 2 und 3 der Haushaltsliste: Die laufende Nummer der Mitglieder der Haushalt muss richtig sein, der Haushaltsvorstand erhält, wenn anwesend, Nr. 1.

Spalte 1, 2, 3, 5, 6, 7 sind zu prüfen, Mängel zur Recherche zu stellen.

Spalte 4 (Geschlecht): Die Eintragungen sind mit Spalte 1 (eventuell auch 3) zu vergleichen, Fehler zu berichtigen.

Spalte 8, 9, 10, 11 (Beruf): Ist Spalte 8 (Hauptberuf) bei erwachsenen Personen (Spalte 5) nicht ausgefüllt, so muss aus Spalte 3 hervorgehen dass die betreffende Person Familienangehöriger zu einem anderen erwerbsthätigen Mitgliede der Haushalt ist, im anderen Falle ist Recherche zu veranlassen. Die Eintragungen müssen den gegenwärtigen Beruf genau erkennen lassen, unbestimmte Angaben, wie Fabrikant, Kaufmann, Arbeiter, sind in jedem Falle zu beanständen, desgleichen Eintragungen, die den früheren Beruf angeben, jedoch nur, falls zu vermuthen ist, dass der Betreffende zur Zeit noch erwerbsthätig ist. Sind mehrere Nebenberufe angegeben, so sind dieselben mit a, b, c zu numeriren. Die Stellung im Berufe muss aus den Angaben deutlich ersichtlich sein, dagegen ist auf die formelle

Trennung der Spalten 8 und 9 beziehungsweise 10 und 11 kein Gewicht zu legen. Schneiderinnen, Näherinnen etc. ohne nähere Angabe sind als selbständig zu betrachten.

Für Spalte 12, 13, 14 ist gleichmässig zu beachten, dass diese Fragen nur von Gewerbetreibenden (Aufzählung derselben, Haushaltsliste Seite 4, Erläuterung zu Spalten 13, 14) zu beantworten sind, welche sich in Spalte 9 beziehungsweise 11 als selbständig oder als Betriebsleiter, Director etc. bezeichnet haben. Eintragungen anderer Personen, insbesondere von Rechtsanwälten, Schaustellungsunternehmern etc. sind zu streichen; von denselben etwa ausgefüllte beiliegende Gewerbebogen behufs Cassirung einzureichen. Ferner müssen die Antworten in diesen drei Spalten, wenn ein oder mehrere gewerbliche Nebenberufe angegeben sind, die Bezeichnung des Berufes, auf den sie sich beziehen, durch Angabe der Spaltennummern enthalten. In zweifelhaften Fällen ist zu recherchieren.

In Spalte 12 darf nur ein „z. H. f. fr. R.“ oder „im Umherz.“, in Spalte 13 und 14 nur Ja oder Nein eingetragen sein, andere Angaben sind zu streichen, beziehungsweise in die gehörige Spalte zu übertragen. Sind die Fragen Spalte 13, 14 von selbständigen Gewerbetreibenden nicht beantwortet, so ist „kein“ einzutragen. Bei selbständigen Schneiderinnen, Näherinnen, welche Spalte 13 verneint haben, ist, wenn in Spalte 12 keine Eintragung vorhanden, zu recherchieren.

Spalte 15 muss mit Ja oder Nein beantwortet sein bei allen Gewerbetreibenden, welche sich in Spalte 9 als Angestellte, Gesellen, Gehilfen, Arbeiter, Werkführer, Commis, Reisende, Verkäufer, Buchhalter, Lehrlinge, Kellner etc. oder sonst als Abhängige bezeichnet haben, desgleichen bei allen Dienstboten und solchen selbständigen Gewerbetreibenden, welche in Spalte 12 ein z. H. f. fr. R. eingetragen haben. Ist von Personen dieser drei Kategorien kein Eintrag in Spalte 15 gemacht, so muss, falls sich nicht aus der Eintragung in Spalte 3 mit Sicherheit ergibt, dass Ja hinzuzufügen ist, wie z. B. bei Dienstboten, welche im Haushalte ihrer Herrschaft, Gewerbegehilfen, welche im Haushalte ihres Meisters vorgefunden werden, Recherche veranlasst werden.

Wer Spalte 15 verneint hat, muss in Spalte 16 die Zahl der Tage (andere Angaben sind umzurechnen) ausgefüllt und Spalte 17 mit Ja oder Nein beantwortet haben; Nichtbeantwortung von 17 gilt als „Nein“.

In Spalte 18 ist zu prüfen, ob etwa eine vorübergehend abwesende Person irrtümlich in das A-Verzeichniss eingetragen ist; eine solche ist hier zu streichen und nach B zu übertragen. Ferner ist Spalte 3 zu vergleichen. Alle als Besuch, als Gäste in Hotels und Herbergen, als Insassen von Asylen für Obdachlose, von Polizeigefängnissen und anderen nur zu vorübergehendem Aufenthalt bestimmten Anstalten bezeichneten Personen sind in Spalte 18 als vorübergehend anwesend zu bezeichnen.

In Spalte 4 der Haushaltsliste ist die Addition am Schlusse zu prüfen und mit den Eintragungen der Controllisten zu vergleichen.

Die Durchsicht des Verzeichnisses B (vorübergehend abwesende Personen) muss in derselben Weise geschehen wie bei A.

An die Prüfung der Haushaltslisten schloss sich die Ausfüllung der besonderen Zählkarten für Arbeitslose an, welche der Aufstellung einer mehr auf einzelne Fragen eingehenden Statistik der Arbeitslosen für Berlin dienen sollte.

Berufszählung vom 14. Juni 1895. Stadt Berlin.

Zählkarte für Arbeitslose.

Pol.-Rev.

Strasse Nr.

Haushaltsliste Nr.

(Name des Haushalt.-Vorst.)

1. 2. Vor- und Familienname:
3. Stellung zum Haushaltsvorstand:
4. männlich, weiblich.
5. Geburtsjahr, Monat, Tag:
6. a) Familienstand:
 - b) Lebt die Frau im Haushalt? Ist dieselbe erwerbsthätig? (Art der Thätigkeit)
 - c) Wieviel Kinder im Haushalt? Wieviel erwerbsthätig?
7. Religion:
8. 9. Hauptberufsbranche:
16. Seit wieviel Tagen ausser Arbeit?
17. Vorübergehend arbeitsunfähig?
18. a) Vorübergehend anwesend? (Ja oder nein!)
 - b) Vorübergehend abwesend? (Grund der Abwesenheit)

Ergebniss der Nachfrage am ... Juli.

- I. Ursache der Arbeitslosigkeit (Krankheit, eigene Kündigung, Kündigung durch den Arbeitgeber, Strike, Geschäftsstille, Aufhören der Saisonarbeit oder
- II. Seit welchem Tage (Monat, Jahr) ständig in Berlin?
- III. Aus welchem Orte zugezogen, d. h. wo zuletzt in Arbeit?
- IV. Art der letzten Stellung:
 - V. Eigentlicher gelernter Beruf:
- VI. Ist der Arbeitslose zur Zeit der Nachfrage wieder in Arbeit?
 - seit welchem Tage?

Für jede Person, welche Spalte 15 der Haushaltungsliste mit „Nein“ beantwortet hatte und sich demnach als arbeitslos darstellte, war eine derartige Zählkarte in ihrem oberen Theil auf Grund der übrigen, in der Haushaltungsliste für die betreffende Person enthaltenen Angaben auszufüllen. Diese Zählkarte wurde vom Revisor aufbehalten, bis die Revision der ganzen Polizeireviere beendet war und sodann dem Controlbeamten abgeliefert, der sie an das zuständige Polizeirevieramt weiter leitete. Dieses bewirkte die Ausfüllung des unteren Theiles der Zählkarten durch eine nachträgliche Erhebung, welche mit Hilfe der Polizeiorgane gepflogen wurde. Die Zahl der abgelieferten Arbeitslosen-Zählkarten war jedesmal festzustellen und in Vormerk zu nehmen.

Besondere Beachtung verdienen sodann die Fragen der vierten Seite der Haushaltungsliste, welche den Zusammenhang der berufsstatistischen Erhebungen mit der landwirthschaftlichen und gewerblichen Betriebsaufnahme vermitteln. Die erste dieser Fragen geht dahin, ob von einem oder mehreren Mitgliedern der Haushaltung Land- oder Forstwirtschaft betrieben, d. h. eine Bodenfläche, wenn auch kleinsten Umfanges, land- oder forstwirtschaftlich bewirtschaftet, oder Vieh zum Milchhandel oder zur Molkerei gehalten wurde. Im Falle der Bejahung dieser Frage war eine Landwirthschaftskarte auszufüllen. Ihre Beantwortung war nun mit den Angaben der Haushaltungsliste über Haupt- und Nebenberuf der Haushaltungsmitglieder zu vergleichen. Wurde von einem Mitgliede der Haushaltung (auch von vorübergehend abwesenden Personen, dagegen nicht von vorübergehend anwesenden) nach der Eintragung in Spalte 8 bis 11, Land- beziehungsweise Forstwirtschaft (auch Molkerei oder Milchmeierei) selbständig betrieben, ohne dass diese Frage bejaht worden wäre, oder die Frage bejaht, ohne dass ein solches Mitglied der Haushaltung aufgeführt worden war, so war die Recherche zu veranlassen. Bei Bejahung der Frage (Nicht-Ausfüllung galt als nein) musste eine Landwirthschaftskarte der Haushaltungsliste beiliegen, deren Prüfung sofort vorzunehmen war. Fehlte dieselbe, so war sie vom Revisor auszufertigen, im Kopfe (Polizeirevier, Zählbezirk, Wohnung, Nummer der Haushaltungsliste) genau auszufüllen, und dann behufs Vervollständigung zur Recherche zu stellen. Andererseits durfte für jede Haushaltungsliste nur eine Landwirthschaftskarte vorliegen, auch durfte keine Landwirthschaftskarte ohne Haushaltungsliste vorhanden sein.

Besondere Vorschriften betrafen die Aufstellung von Landwirthschaftskarten für das von der Armen-direction gepachtete Land.

Alle Aenderungen in der Zahl der Landwirthschaftskarten waren in der Controlliste zu berichtigen.

Eine Prüfung des Inhaltes der Landwirthschaftskarten fand nur insoferne statt, als die Uebereinstimmung der Zahl von A. 1 mit der Summe von 1a—1f und 2a—2f nachzusehen war. Hiebei waren Landwirthschaftskarten, deren Kopf erkennen liess, dass sie sich auf ausserhalb Berlin gelegene Grundstücke bezogen, sowie alle diejenigen, bei denen die angegebene Gesamtfläche mehr als ein Hectar (mehr als 4 Morgen) betrug, zur weiteren Prüfung einzureichen.

In ähnlicher Weise bezieht sich die zweite Frage auf der vierten Seite der Haushaltungslisten auf die Ausfüllung der Gewerbebogen. Sie fragt darnach, ob ein Gewerbebogen ausgefüllt wurde, und wenn ja, wie viele; wer von den etwaigen mehreren Inhabern desselben Gewerbes die Ausfüllung der Gewerbebogen übernommen hatte; endlich, falls die Wohnung des Betriebsinhabers von der Betriebsstätte entfernt ist, wo die letztere liegt. Auch diese Eintragungen waren mit den correspondirenden in Spalten 13 und 14 der Haushaltungsliste sorgfältig zu vergleichen. Für jedes Mitglied der Haushaltung (auch für vorübergehend Abwesende, nicht aber für vorübergehend Anwesende), welches die Spalte 13 oder 14 bejaht hatte, mussten Gewerbebogen vorliegen, und zwar soviel Bogen, als Gewerbe in Spalte 13 und 14 verzeichnet waren. Diese Bogen mussten entweder der Haushaltungsliste beiliegen, was sofort festzustellen war, oder es musste auf Seite 4 derselben die Betriebsstätte angegeben sein. War die Frage nach der Betriebsstätte nicht ausgefüllt, dagegen die nach Mitinhabern etc. so war zunächst nachzusehen, ob der den Gewerbebogen ausfüllende Mitinhaber in demselben Hause wohnte, und ob der Gewerbebogen seiner Haushaltungsliste beilag. Andernfalls war eine Recherche nach der Betriebsstätte zu veranlassen. Waren Zweifel vorhanden, zu welchem Mitgliede der Haushaltung die Eintragungen auf Seite 4 gehörten oder fehlten die vorgeschriebenen Eintragungen, so war ebenfalls zu recherchieren.

Um in jenen Fällen, in denen die Betriebsstätte des Gewerbes nicht in demselben Hause mit der Wohnung des Gewerbeinhabers gelegen war, eine Controle über die Ausfüllung des Gewerbebogens zu ermöglichen, waren zwei weitere Drucksorten vorgeschrieben.

Bei Prüfung der Haushaltungsliste war nämlich für jedes Mitglied einer Haushaltung, welches Spalte 13 oder 14 bejaht hatte, für dessen Gewerbe jedoch die Betriebsstätte in einem anderen Hause lag, eine Revisionskarte, und zwar nur in ihrem oberen

Anlage c.

Stadt Berlin.

Berufs- und Gewerbezahlungen vom 14. Juni 1895.

Revisionskarte.

A. (Vom Revisionsbeamten auszufüllen.)

Pol.-Rev.	Zählbez. Nr.	Haushaltungsliste Nr.
		Strasse Nr.

1. Vor- und Familienname:
2. (Haupt-, Neben- *a, b, c*) Beruf:
(Nicht Zutreffendes zu streichen).
3. Zahl der ausgefüllten Gewerbebogen:
4. Wenn Mitinhaber vorhanden, Name und Wohnung }
Desjenigen, der die Ausfüllung übernommen. }
5. Betriebstätte: Strasse Nr.
B. (Nach der Vergleichsliste vom Controlbeamten auszufüllen.)
6. Die Betriebsstätte liegt im Pol.-Rev. Nr. Zählbez. Nr.
7. Genaue Angabe des Gewerbes:
8. Zahl der beschäftigten Personen:
9. Bemerkungen:

Theile auszufüllen. Hiebei war zu vergleichen, ob nicht etwa gegen die Instruction ein Gewerbebogen am Orte der Wohnung beilag. War die Adresse der Betriebsstätte auf der vierten Seite der Haushaltungsliste nicht angegeben und daher zur Recherche gestellt, so war an der entsprechenden Stelle der Revisionskarte ein *R* einzurücken. Für jeden Haupt- oder Nebenberuf, für den eine Eintragung in Spalte 13 oder 14 geschehen war, musste eine besondere Karte unter Angabe der in der Haushaltungsliste enthaltenen Berufsbenennung ausgefüllt werden. Die Karte war auch dann auszufüllen, wenn die Betriebsstätte ausserhalb Berlins lag, jedoch waren solche Karten durch einen Blaustiftstrich unter der Angabe der Betriebsstätte zu kennzeichnen.

Auf der anderen Seite waren bei Prüfung der Gewerbebogen alle, welche zu keiner Haushaltungsliste gehörten, somit Betriebe betrafen, die in einem anderen Hause lagen, als die Wohnung des Gewerbetreibenden, in die sogenannten Vergleichslisten (Formular siehe unten) einzutragen.

Anlage d.

Stadt Berlin.

Berufs- und Gewerbebezühlung vom 14. Juni 1895.

Polizeirevier Nr.

Aufgestellt durch

Verglichen durch

Vergleichsliste

für Gewerbebogen ohne Haushaltsliste.

[illegible]

Gewerbebetriebe, die nicht von einer oder mehreren Personen, sondern von Vereinen, Actien- und ähnlichen Gesellschaften, Genossenschaften, Corporationen (Staat, Gemeinde) betrieben wurden, waren unter allen Umständen, also auch dann einzutragen, wenn der Betriebsleiter im Hause des Betriebes wohnte.

Die Revisionskarten und Vergleichslisten waren polizeirevierweise nach vollendeter Revision des betreffenden Reviers an die Controlstelle abzuliefern. Hier wurde auf den Revisionskarten zunächst nach den *P*-Listen das Polizeirevier und der Zählbezirk, in dem die Betriebsstätte gelegen war (Frage 5 der Revisionskarte) übertragen, dann wurden die Karten jedes einzelnen Polizeireviers nach der Adresse der Betriebsstätte, die durch die Nummer des Polizeireviers und Zählbezirkes, indem sie lag, ganz genau bezeichnet war, geordnet und zum Vergleiche mit den Vergleichslisten benützt. Hierbei war auf jeder Revisionskarte, falls der zugehörige Vermerk in der Vergleichsliste gefunden wurde, der untere Theil *B* auszufüllen, und gleichzeitig waren in den zur Controle bestimmten Spalten der Vergleichslisten die geforderten Eintragungen zu machen. Lag der Wohnort des Gewerbetreibenden ausserhalb Berlins, so war in der betreffenden Spalte das Wort „ausserhalb“ einzutragen, bei Nichtübereinstimmung der zugehörigen Berufs- und Gewerbeangaben, sowie wenn die Revisionskarten fehlten, oder wenn sich solche vorfanden, zu denen kein zugehöriger Gewerbebogen in die Vergleichsliste eingetragen war, musste, abgesehen von den durch einen Blaustiftstrich bezeichneten Karten für auswärtige Betriebe, sofort Recherche veranlasst werden. Nach Beendigung der Arbeit waren Revisionskarten und Vergleichslisten sorgfältig gesondert aufzubewahren.

Für die weitere Prüfung der Gewerbebogen waren folgende Vorschriften erlassen:

„Fragen 1, 2, 3 müssen genau beantwortet sein; hinsichtlich 2 und 3 ist der Kopf des Bogens zu vergleichen.“

Bei Frage 4 muss das Gewerbe genau bezeichnet sein. Gewerbebogen von Betrieben, die nicht zu den Gewerben gerechnet werden, wie Rechtsanwaltsbureaux, Schaustellungsunternehmungen etc., sind behufs Cassirung besonders einzureihen.

Ist Frage 5 überhaupt beantwortet, so muss dies durch eine einen Theil des Jahres bedeutende Zeitangabe geschehen.

Frage 6 ist mit Ja oder Nein zu beantworten. Nichtausfüllung gilt als Nein.

Frage 7 ist auf Uebereinstimmung mit 6 und 1 zu prüfen; es muss eine Angabe durch Unterstreichung eines Wortes gemacht sein, andernfalls ist zunächst Recherche zu veranlassen.

Frage 8 und 9 sind ebenfalls in allen Fällen und zwar durch Unterstreichung zu beantworten.

Bei Frage 10 ist die Ausfüllung genau zu prüfen.

Unterfrage 10 *A a*). Ist bei Frage 9 das Wort Nebenberuf unterstrichen und Frage 6 verneint, so darf hier keine Eintragung gemacht sein.

Unterfrage 10 *A d*). Die Summe der Zahlen unter 1 muss mit den Angaben in Höhe der Frage 10 *d* übereinstimmen. Die Eintragungen unter 1, 2, 3 müssen auf den nach links eingerückten Spalten stehen und sind eventuell bei den rechts benachbarten zu streichen. Die Summe *a* bis *d* ist nachzuprüfen und dürfen nur die in gleicher Höhe mit den Fragen 10 *a*, *b*, *c* eingetragenen Zahlen berücksichtigt sein.

Ist Frage 11 bejaht, so müssen eines oder mehrere der fettgedruckten Worte unterstrichen und gleichzeitig bei Frage 12 die entsprechenden Angaben gemacht sein.

Frage 13. Die angegebene Zahl ist mit Seite 4 zu vergleichen.

Seite 3. Die Summe ist nachzuprüfen; sie muss mit der in der Höhe von 10 *A d*) stehenden in beiden Geschlechtern übereinstimmen.“

Waren alle Zählpapiere eines Grundstückes geprüft und mit der Controlliste verglichen, so war die letztere abzuschliessen. Ausserdem waren die erforderlichen Eintragungen in den Zählbogen (siehe Formular Seite 82) zu machen.

Dieser Zählbogen diente ähnlichen Zwecken wie der Gemeindebogen. Wie dieser eine provisorische Uebersicht auf Grund der rohen Zählungsergebnisse, so will er die rasche Ermittlung der hauptsächlichsten Zählungsergebnisse auf Grund des durchprüften Materiales ermöglichen. Ausserdem enthält er eine Auszählung der vorübergehend abwesenden Personen, nach Alter und Geschlecht, um einen Vergleich mit der Gesamtheit der Anwesenden durchführen und hienach beurtheilen zu können, inwieweit die Zählung der vorübergehend Abwesenden vollständig war.

Was die Gewinnung der im Zählbogen geforderten Angabe betrifft, so war die Bezeichnung der Grundstücke durch die Zählbezirksnummer, Strassenangabe und Hausnummer, die Zahl der darin be-

Anlage b.

Stadt Berlin.

Aufgestellt durch

Berufs- und Gewerbebezahlung vom 14. Juni 1895.

Zählbogen für das Polizeirevier Nr.

Nummer des Zählbezirks	Grundstück (bei Anstaltsgrund- stücken Bezeichnung der Anstalt)		Zahl der Haushaltungen	Anzahl		Darunter		Vorübergehend Abwesende (Verzeichniss <i>B</i> der Haus- haltungsliste).												Zahl der ausgefüllten		
				anwesen- den Personen		sind vorüber- gehend anwesend		Männliches Geschlecht						Weibliches Geschlecht						Landwirthschaftskarten	Gewerbebogen	darunter Gewerbebogen ohne Haushaltsliste
								geboren in den Jahren:														
								geboren in den Jahren:						geboren in den Jahren:								
	Strasse	Nr.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	1895/90	1889/80	1879/70	1869/60	1859/50	1849/40	1839 u. früher	1895/90	1889/80	1879/70	1869/60	1859/50	1849/40	1839 u. früher		

findlichen Haushaltungen, der ausgefüllten Landwirthschaftskarten und Gewerbebogen, sowie der Gewerbebogen ohne Haushaltslisten, endlich die Gesamtzahl der gezählten anwesenden Personen, unterschieden nach dem Geschlechte, aus der nach Vollendung der Revision richtiggestellten Control-
liste einzutragen; dagegen musste die Zahl der vorübergehend anwesenden Personen, gesondert nach dem Geschlechte, und jene der vorübergehend Abwesenden, gesondert nach Geschlecht und Alters-
classen, durch directe Auszahlung aus den Haus-
haltungslisten ermittelt werden. Die hiefür noth-

wendigen Ausstrichelungen wurden bereits bei der Durchsicht der einzelnen Haushaltslisten gemacht.

Der Zählbogen verblieb bis zum Abschluss der Revision des ganzen Polizeireviers in den Händen des Revisors, der sodann die Schlusssumme zu ziehen und den Bogen gleichzeitig mit dem übrigen Material abzuliefern hatte. Wurden nach Abschluss der Revision noch Aenderungen in der Zahl der Gewerbebogen vorgenommen, so waren diese in den Zählbogen nachzutragen. Aus den durchealculirten Zählbogen der 96 Reviere war für die Stadt eine Zusammenstellung anzufertigen.

VI.

Die Beruf- und Gewerbezahlung vom 14. Juni 1895 in Dresden. *)

a) Die Organe der Zahlung: Der Zahlungsausschuss. — Zählkreise und Zählbezirke. — Die Zusammensetzung des Zählerpersonales. — Die Zählstellen. — b) Vorbereitungsarbeiten: Das Grundstücksverzeichnis. — Die Vorzahlung. — Die Austheilung der Zählpapiere und der Unterricht der Zähler. — c) Die Zahlung: Die Obliegenheiten der Zähler im Allgemeinen. — Die Vorschriften für die Prüfung der Gewerbebogen durch die Zähler. — Die Ablieferung der Zählpapiere an die Zählstellen. — Controllarbeiten der Zählstellen. — d) Die Revision der Zählpapiere: Ordnen der Zählpapiere und Prüfung der Unterschriften. — Prüfung der Controllisten. — Ausschreibung der Arbeitslosen-Zählkarten. — Prüfung der Ueberschriften in den Haushaltungslisten. — Inhaltliche Prüfung der Zählpapiere. — Vorschriften für die Prüfung der Haushaltungslisten. — Das Ausschreiben der Alleinbetriebszettel. — Vorschriften für die Prüfung der Gewerbebogen. — Das Ausschreiben der Gewerbebogen-Controllisten.

a) Die Organe der Zahlung.

Im Gegensatz zu Berlin lag in Dresden die Leitung des Zahlgeschäftes in den Händen des städtischen statistischen Amtes. Ein Zahlungsausschuss, dem ausser dem Oberbürgermeister und dem Director des statistischen Amtes noch elf Herren verschiedener Lebensstellung angehörten, war wohl vom Rathe bestellt worden, jedoch waren, als er zusammentrat, die Vorarbeiten zur Zahlung bereits durch das statistische Amt erledigt worden, so dass seine Mitwirkung nur mehr bei der Nachprüfung der ausgefüllten Zählpapiere in Anspruch zu nehmen war.

Das Gebiet der Stadt Dresden einschliesslich des Gutsbezirkes Albertstadt, welcher zufolge einer Vereinbarung mit der königlichen Commandantur gleichfalls in die Erhebung einbezogen worden war, wurde für die Durchführung der Zahlung in 16 Zählkreise eingetheilt, wovon einer die militärischen Anstalten umfasste, während die Civilzählkreise den Polizeibezirken entsprachen. Nur die Wilsdruffer Vorstadt wurde wegen ihrer starken Bevölkerung in zwei Zählkreise zerlegt.

Die Zählkreise zerfielen wieder in 2287 Zählbezirke, deren jeder ungefähr 35 bis 40 Haushaltungen umfasste. Zur Gewinnung der erforderlichen Zahl freiwilliger Zähler wurden folgende Massregeln ergriffen:

1. In einem in den Strassen angeschlagenen und im „Dresdener Anzeiger“ mehrmals veröffentlichten

Aufrufe wurde die Bürgerschaft um Uebernahme des Zähleramtes ersucht; es meldeten sich daraufhin 109 Personen.

2. An 4632 Privatpersonen wurden besondere briefliche Aufforderungen verschickt, denen Antwortformulare beilagen; von den Aufgeforderten nahmen 1120 das Zähleramt an.

3. An die Reichs- und Staatsbehörden, sowie an eine Anzahl von Firmen, die ein grösseres Personal besitzen, wurde die Bitte gerichtet, die ihnen zu diesem Behufe übersandten Einzeichnungslisten für freiwillige Zähler bei ihrem Personal in Umlauf zu setzen; diese Listen gelangten mit 158 Namen an das statistische Amt zurück.

4. In der königlich technischen Hochschule, der königlichen Kunstakademie, der königlichen thierärztlichen Hochschule und der königlichen Kunstgewerbeschule wurden Aufrufe zur Meldung zum Zähleramte mit Genehmigung der Rectorate am schwarzen Brett angeschlagen; daraufhin erfolgten 23 Anmeldungen von Studirenden.

5. An eine Reihe von Behörden, Anstalten und grossen gewerblichen Betrieben, deren Grundstücke besondere Zählbezirke bilden konnten, sowie an die Verwaltungen der königlichen und prinziplichen Besitzungen und an die diplomatischen Vertretungen fremder Staaten wurde vom statistischen Amte das Ersuchen gerichtet, aus ihrem Personal selbst Zähler zu bestellen und deren Namen mitzutheilen.

*) Die nachfolgende Darstellung ist zum Theile, namentlich was die Organe der Zahlung betrifft, dem „Verwaltungsberichte des Rathes der kgl. Haupt- und Residenzstadt Dresden“ für das Jahr 1895 entnommen. Im Uebrigen gründet sie sich auf die vom städt. statist. Amte herausgegebenen Zahlungsvorschriften und vom Director dieses Amtes, Herrn Dr. Würzburger, in liebenswürdiger Weise gegebenen persönlichen Auskünfte.

6. Die königliche Polizeidirection wurde um Zuweisung einer Anzahl von Schutzleuten gebeten, behufs Vornahme der Zählung in solchen Häusern, die wegen des Charakters ihrer Bewohnerschaft freiwilligen Zählern nicht zugetheilt werden konnten. Auch diesem Ersuchen wurde entsprochen.

7. Infolge eines Rundschreibens des Oberbürgermeisters an die Geschäftsstellen des Rathes wurden 172 im städtischen Dienste stehende Beamte und Hilfsarbeiter als Zähler bestellt.

8. Das Schulamt erliess eine Aufforderung an die Lehrkörper der städtischen Schulen. Zu den 426 dadurch gewonnenen Lehrern kamen noch 51 Lehrer nichtstädtischer Schulen infolge eines vom Rathe an die Directionen gerichteten Ersuchens.

9. Auf Anordnung des Schulamtes wurden die Schüler der städtischen Gymnasien, auf Ersuchen des statistischen Amtes die Zöglinge der beiden Schullehrerseminare durch ihre Directionen zur Mitwirkung als Zähler aufgefordert. Von den sich meldenden Schülern, etwa 400 an der Zahl, brauchten nur 246 zur Zählung herangezogen werden, da der Bedarf damit gedeckt war.

10. Die königliche Commandantur der Residenz ernannte 17 Zähler für die militärischen Anstalten und stellte ausserdem auf Ersuchen des Rathes 60 Mann, zum Theil Einjährigfreiwillige, zur Verfügung; diese waren während der Zählungstage vom 13. bis 17. Juni in den Zählstellen stationirt, um im Falle unvorhergesehener Verhinderung von Zählern an deren Stelle zu treten und andere Dienste zu leisten.

Die Gesamtzahl der Zähler vertheilt sich nach dem Berufe, wie folgt:

Rentner und Eigenthümer	168
Kaufleute und Händler	295
Fabrikanten	41
Gast- und Schankwirthe	48
Handwerker	312
Sonstige Gewerbetreibende	42
Landwirthe und Gärtner	16
Aerzte und Apotheker	10
Architekten, Techniker, Ingenieure	31
Schriftsteller, Künstler	14
Beamte	326
Pensionirte Beamte und Militärs	51
Privatangestellte	119

Fürtrag . 1473

*) Die Unterschiede gegen die weiter oben (bei 8) angeführten Zahlen erklären sich dadurch, dass hier auch die schon vor der Aufforderung durch das Schulamt erfolgten Meldungen eingerechnet sind.

	Uebertrag .	1473
Lehrer*)	{ an höheren Lehranstalten	47
	{ an Volksschulen	436
Active Militärpersonen		17
Studenten, Schüler		269
Hausmeister, Arbeiter		16
Polizeibeamte		29

zusammen: 2287

Um die Mitwirkung der Lehrerschaft und der Zöglinge an höheren Lehranstalten zu ermöglichen, wurden über Ersuchen des Rathes die Zählstage an sämtlichen Schulen frei gegeben. Zu bemerken ist, dass namentlich die Primaner der Gymnasien und die Polytechniker hervorragenden Eifer und grosses Geschick zeigten und ein förmliches Elitecorps der Zählerschaft bildeten. Um die Zähler mit ihren Obliegenheiten vertraut zu machen, wurden in der Zeit vom 9. bis 10. Juni unter Leitung der Mitglieder des vom Rathe gewählten Zählungsausschusses elf Versammlungen in verschiedenen Stadtgegenden abgehalten, welche durchwegs zahlreich besucht waren.

Während der Zählungstage bestand in jedem der 15 Civil-Zählkreise eine an Wochentagen von 8 bis 7 Uhr, am Sonntag, den 16. Juni, von 11 bis 3 Uhr dem Publicum geöffnete Zählstelle. In diesen Zählstellen waren die Mitglieder des Zählungsausschusses und 49 andere, gleichfalls ehrenamtlich mitwirkende Herren anwesend, um die von den Zählern überbrachten, ausgefüllten Zählpapiere auf ihre Vollständigkeit zu prüfen und sie auch im Uebrigen einer Durchsicht zu unterwerfen. Diesen Zählstellen waren ferner die von der königlichen Commandantur zur Verfügung gestellten 60 Militärpersonen, sowie Wohlfahrtspolizeibeamte beigegeben, um nothwendig werdende Rückfragen in den Häusern, soweit sie nicht von den Zählern selbst übernommen wurden, sofort vorzunehmen. Ferner war jeder Zählstelle ein Angestellter des statistischen Amtes beigegeben, der nach Eingang jeder einzelnen Zählmappe die Hauptergebnisse des Zählbezirkes zu notiren hatte. Dadurch wurde es möglich, nachdem das Zählgeschäft in der Hauptsache am Abend des 17. Juni beendet war, bereits am Nachmittage des 19. Juni eine vorläufige Aufstellung über die Zählungsergebnisse für die Stadt Dresden und die einzelnen Polizeibezirke abzuschliessen und sie am 20. Juni im „Dresdener An-

zeiger“ zu veröffentlichen. Es war dies überhaupt die erste Bekanntmachung eines Ergebnisses der Berufs- und Gewerbebezahlung im Deutschen Reiche.

b) Vorbereitungsarbeiten.

Die erste Vorarbeit bildete, wie in Berlin, die Aufstellung eines Grundstückverzeichnis auf Grund der dem statistischen Amte zur Verfügung stehenden Kataster, das von der Wohlfahrtspolizei revidirt und ergänzt wurde.

Dieses Verzeichniss bildete die Grundlage einer durch Rathsbeschluss vom 25. April angeordneten Vorzählung, welche dazu dienen sollte, einerseits

die Adressen der Haushaltungsvorstände und Gewerbetreibenden und der landwirthschaftlichen Betriebe zu ermitteln, an welche die eigentlichen Zählpapiere (Haushaltungsliste, Landwirthschaftskarte und Gewerbebogen) zu vertheilen waren, anderseits die Bildung von Zählbezirken, von denen einer in der Regel 35 bis 40 Haushaltungen umfassen sollte, zu ermöglichen.

Diese Vorzählung wendete sich an die Hausbesitzer und Hausverwalter, denen am 10. Mai durch Wohlfahrtspolizeibeamte die zur Aufnahme der erforderlichen Angaben bestimmten Grundstückslisten (Formular siehe unten) nebst einer Anleitung

Berufs- und Gewerbebezahlung 1895.

Zählkreis:
Zählbezirk:

(nicht aus-
zufüllen)

Grundstücksliste.

Strasse, Platz:
Hausnummer:
Brandkat.-Abth.: Nr.:

Der Eigenthümer des Grundstücks oder dessen Stellvertreter wird ersucht, diese Grundstücksliste, welche zur Vorbereitung der zufolge Reichsgesetzes am 14. Juni d. J. stattfindenden Berufs- und Gewerbebezahlung dient, richtig auszufüllen und vom 14. Mai an zur Abholung bereit zu halten.

Die Grundstücksliste soll enthalten:

- 1. Ein Verzeichniss der in dem Grundstücke befindlichen Haushaltungen, in welches auch die vorübergehend abwesenden Haushaltungen sowie die einzeln lebenden Personen, welche eine besondere Wohnung inne haben, aufzunehmen sind.
In Gasthäusern und Anstalten (Bildungs-, Kranken-, Strafanstalten u. s. w.) sind zunächst die Haushaltungen der Vorsteher und Angestellten einzeln einzutragen. Für die Gesamtheit der Gäste oder Pflinglinge genügt eine deutliche Bezeichnung auf einer besonderen Zeile, wie z. B. „Gäste des Hôtels“.
- 2. Ein Verzeichniss derjenigen in dem Grundstücke befindlichen gewerblichen Betriebe (Handwerks-, Industrie-, Bau-, Handels-, Gast- und Schankwirthschafts- und Verkehrsgewerbe), welche nicht zu einer im Grundstücke befindlichen Haushaltung gehören.

Wenn der auf dieser Liste vorhandene Raum nicht ausreicht, sind die Angaben auf einer anderen Liste fortzusetzen. Weitere Listen können im Bedarfsfalle bei den Wohlfahrtspolizei-Inspectionen entnommen werden. Bei etwa entstehenden Zweifeln wolle man sich an unser Statistisches Amt (Landhausstrasse 7) wenden.

Der Rath zu Dresden.

I. Haushaltungen.

Laufende Nummer	Bezeichnung der Abtheilung des Hausgrundstücks. (Vorderhaus, Hinterhaus u. s. w.)	Bezeichnung des Stockwerks (Keller, Erdgeschoss, I. Obergeschoss u. s. w.).	Name des Haushaltungsvorstandes	Beruf oder Gewerbe des Haushaltungsvorstandes	Wird vom Haushaltungsvorstand oder einem Mitgliede der Haushaltung ein Handwerks-, Industrie-, Bau-, Handels-, Gast- oder Schankwirthschafts- oder Verkehrsgewerbe selbständig betrieben oder geleitet?	Falls die nebenstehende Frage mit „ja“ beantwortet, das Gewerbe aber in einem anderen Grundstücke betrieben wird, ist der Ort, sowie Strasse und Hausnummer des Gewerbelocales hier zu nennen.	Wird vom Haushaltungsvorstand oder einem Mitgliede der Haushaltung eine Bauland- oder forstwirtschaftlich bewirthschaftet (Ziegelfabrik, Kommen nicht in Betracht) oder werden Kühle zu Molkereizwecken gehalten?
					Ja oder Nein.		Ja oder Nein.

Fortsetzung des Formulars auf Seite 86.

2. In dem Grundstücke befindliche gewerbliche Betriebe, von deren Inhabern oder Leitern keiner in dem Grundstücke seine Wohnung hat.

Laufende Nummer	Des Inhabers oder Leiters		Bezeichnung des Gewerbes
	N a m e	W o h n u n g	

Für das Grundstück sind ausser dieser noch (wieviele?) . . . Grundstückslisten aufgestellt.

Unterschrift des Eigenthümers oder seines Stellvertreters:

zu ihrer Ausfüllung zugestellt wurden. Die Liste war im statistischen Amte mit der erforderlichen Ueberschrift, Strassenbezeichnung, Hausnummer, Abtheilung und Nummer des Brandkatasters versehen und bezirksweise den Polizeibureaux übersendet worden.

Ihre Einrichtung weicht von jener der Berliner Hauszettel erheblich ab. Gingen diese darauf aus, drei gesonderte Erhebungslisten für die Berufszählung, die gewerbliche und landwirthschaftliche Betriebsaufnahme herzustellen, so suchte die Dresdener Grundstücksliste den Zusammenhang der verschiedenen Zählpapiere von vorneherein festzuhalten. Sie will nicht nur erfragen, welche Haushaltungen, Gewerbebetriebe und Landwirthschaftsbetriebe in den einzelnen Häusern sich vorfinden, sondern auch, welche Gewerbebetriebe von jeder Haushaltung aus betrieben werden.

Dementsprechend zerfällt sie in zwei Theile:

Der erste Theil enthält die Aufzählung der in dem Hause befindlichen Haushaltungen. Für jede Haushaltung war Name und Beruf des Haushaltungsvorstandes anzugeben, sodann die Frage, ob vom Haushaltungsvorstande oder einem Mitgliede der Haushaltung ein Gewerbe selbständig betrieben oder geleitet wird, mit Ja oder Nein zu beantworten, und im Falle dieses Gewerbe in einem anderen Grundstück betrieben wird, der Ort, sowie Strasse und Hausnummer des Gewerbelocales anzugeben. Endlich war die Frage, ob vom Haushaltungsvorstande oder einem Mitgliede der Haushaltung Landwirthschaft oder Melkviehhaltung betrieben werden, mit Ja oder Nein zu beantworten. Der erste Theil der Grundstücksliste hebt somit unter den Haushaltungen jene besonders heraus, von denen aus ein Gewerbe betrieben wird, und unter diesen wieder jene, welche das Gewerbe nicht in demselben Hause betreiben.

Der zweite Theil der Grundstücksliste enthält eine Aufzählung jener gewerblichen Betriebe, von deren Inhabern oder Leitern keiner im Grundstück seine Wohnung hat, und verlangt ausser der Bezeichnung des Gewerbes die Angabe des Namens und der Wohnung des Inhabers oder Betriebsleiters, correspondirt also mit der Beantwortung des ersten Theiles der Grundstücksliste jenes Grundstückes, auf dem der Inhaber oder Leiter des betreffenden Gewerbebetriebes wohnt.

Die Wiedereinsammlung der Grundstückslisten war bis 14. Mai vollendet; sie wurden dann im statistischen Amte einer Durchsicht unterzogen, um die nicht als Haushaltungsvorstände zu betrachtenden Aftermiether etc., sowie die nach den Zählungsvorschriften nicht mit einem Gewerbebogen zu betheiligenden Gewerbetreibenden auszuschneiden. Gleichzeitig wurden diejenigen Haushaltungen, von denen aus in demselben Hause ein gewerblicher Betrieb geführt wird, sowie die im zweiten Theil der Grundstücksliste angeführten gewerblichen Betriebe, deren Inhaber nicht im Hause ihre Wohnung haben, durch ein rothes Kreuz ausgezeichnet.

Sodann wurde mit Hilfe der Grundstücksliste die Zählbezirks- und Zählkreiseintheilung festgestellt und dann das Zählungsmaterial für jeden Zählbezirk in eine Mappe verpackt.

Jede solche Mappe enthielt eine Anweisung für die Zähler, zwei Controllisten, die ausgefüllten Grundstückslisten für die im Zählbezirke liegenden Grundstücke und eine Anzahl Haushaltungslisten, Landwirthschaftskarten und Gewerbebogen, welche nach den Eintragungen in die Grundstückslisten unter Berücksichtigung eines eventuellen Mehrbedarfes bemessen war. Auf der Aussenseite der Mappen war die Nummer des Zählkreises und Zählbezirktes, der Name und Wohnort des Zählers, die Adresse der

zugehörigen Zählstelle, die Bezeichnung sämtlicher zum Zählbezirk gehöriger Grundstücke nach Brandkatasternummer, Strasse und Hausnummer, endlich die Zahl der in der Mappe enthaltenen Zählpapiere der verschiedenen Sorten verzeichnet.

Diese Mappe wurde durch Beamte der Wohlfahrtspolizei in der Zeit zwischen 8. bis 10. Juni jedem Zähler in die Wohnung zugestellt. Eine der Zähleranweisung aufgedruckte Notiz belehrte über den Gebrauch der Grundstückslisten; ausserdem erhielt jeder Zähler ein kleines Druckheft, welches den Verlauf seiner Thätigkeit kurz schilderte.

c) Die Zählung.

In der Zeit, welche zwischen der Zustellung der Zählpapiere an die Zähler und dem 11. Juni Mittags verfloss, hatten die Zähler an der Hand der Grundstückslisten ihre Zählpapiere für den unmittelbaren Gebrauch vorzubereiten. Sie hatten auf Grundlage derselben die Haushaltungslisten, Landwirthschaftskarten und Gewerbebogen auf der ersten Seite oben mit den erforderlichen Bezeichnungen (Strasse, Hausnummer, Brandkatasterabtheilung und -Nummer, Zählkreis, Zählbezirk, fortlaufende Nummer der Haushaltungsliste) zu versehen und auf jeder Haushaltungsliste rechts unten in der Ecke den Namen des Haushaltungsvorstandes, für welchen sie bestimmt war, mit Bleistift zu vermerken; ferner hatten sie nach den Grundstückslisten auf dem einen Exemplar der Controlliste*) die zu besuchenden Haushaltungen und die in demselben Hause vorhandenen gesonderten, das ist nicht mit Wohnungen verbundenen gewerblichen Betriebsstätten einzutragen, und dabei die Spalten 5 bis 8 offen zu lassen. Mit Hilfe der Grundstücksliste hatten sie somit bereits vor Beginn der Erhebung eine Uebersicht über alle Haushaltungen und Betriebe gewonnen, welche bei der Aufnahme erfasst werden mussten; doch waren sie ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht worden, dass die Vollständigkeit der Grundstücksliste nicht gewährleistet, und es infolge dessen ihre Aufgabe sei, sich zu erkundigen, ob sich nicht in den ihnen zur Zählung überwiesenen Grundstücken noch andere, in den Grundstückslisten nicht angeführte Haushaltungen, gewerbliche oder landwirthschaftliche Betriebe befinden. Für eventuelle Nachträge, welche aus dieser Erkundigung hervorgingen, waren in der Controlliste nach jedem einzelnen Grundstücke einige Zeilen frei zu halten.

*) Das Formular der Controlliste siehe Seite 73.

Mit der Mittagsstunde des 11. Juni begann die Austheilung der Zählpapiere an die Censiten, die bis 13. Juni Mittags vollendet sein sollte.

Beim Betreten eines Hauses hatte sich der Zähler vorerst durch den Augenschein und durch Erkundigung bei dem Hausbesitzer, Verwalter oder den Miethern zu vergewissern, ob in der Grundstücksliste nicht enthaltene Haushaltungen und gesonderte gewerbliche Betriebe im Hause vorhanden wären, wobei auf Haushaltungen in Aftermiethe ein besonderes Augenmerk zu richten war. Hiebei nachträglich in Erfahrung gebrachte Haushaltungen und gesonderte gewerbliche Betriebe waren in der Controlliste nachzutragen und anderseits etwa darin vorgefundene irrthümliche Eintragungen zu streichen.

Bei den in der Grundstücksliste durch ein rothes Kreuz bezeichneten Haushaltungen und Betriebsstätten hatte der Zähler sich zu vergewissern, ob das Gewerbe nach den Zählungsvorschriften zu jenen gehörte, welche durch einen Gewerbebogen aufzunehmen waren.

Sodann waren in jeder Haushaltung eine, oder nach Erforderniss mehrere Haushaltungslisten abzugeben, in den Haushaltungen mit Gewerbe- oder Landwirthschaftsbetrieb auch Gewerbebogen, beziehungsweise Landwirthschaftskarten in erforderlicher Zahl. In den gewerblichen Betriebsstätten, Geschäftslocalen, Verkaufsstätten u. s. w., bei welchen sich die Wohnung des Inhabers nicht befand, waren ebenfalls Gewerbebogen abzugeben.

Falls der Zähler in einer bewohnten Wohnung Niemanden antraf, dem er die Formulare hätte einhändigen können, hatte er sie den Hausgenossen oder Nachbarn zur Besorgung zu übergeben, nöthigenfalls auch den Besuch zu wiederholen. Empfohlen wurde den Zählern, bei der Austheilung der Zählpapiere in allen Haushaltungen und Geschäftslocalen anzusagen, zu welcher Zeit sie zur Abholung wiederkommen würden.

Endlich hatte der Zähler auf Grund des Ergebnisses der Vertheilung der Zählpapiere die Spalten 7 und 8 des ersten Exemplares der Controllisten auszufüllen.

Die Wiedereinholung der Zählpapiere begann zur Mittagsstunde des 14. Juni und dauerte bis zum Abende des 17. Juni. Dabei hatte der Zähler zunächst zu prüfen, ob für diejenigen Haushaltungen, welche die Frage 13 oder 14 der Haus-

haltungsliste mit Ja beantwortet hatten und das betreffende Gewerbe im Hause selbst betrieben, Gewerbebogen ausgefüllt waren und ob denjenigen Haushaltungslisten, in welchen die „besondere Frage betreffend Landwirthschaft“, auf der letzten Seite der Haushaltungsliste mit Ja beantwortet war, Landwirthschaftskarten beilagen. Auch im Uebrigen war die Vollständigkeit und Richtigkeit der Eintragungen an der Hand detaillirter Vorschriften zu prüfen. Die diesbezüglichen Vorschriften über die Ausfüllung der Gewerbebogen, die ein besonderes Interesse bieten, folgen nachstehend:

Gewerbebogen dienen für Handwerks-, Industrie-, Bau-, Handels-, Gast- und Schankwirthschafts- und Verkehrsgewerbe und für die Zweigbetriebsstätten und Verkaufsstellen derselben, jedoch nur, wenn ausser dem Inhaber noch mindestens eine Person (Mitinhaber oder Gehilfe oder miterwerbender Familienangehöriger) mitthätig ist, oder eine durch Elementarkraft bewegte Maschine benutzt wird. Sie sind in denjenigen Haushaltungen, in welchen selbstständige Gewerbetreibende ihr Gewerbe ausüben oder gewerbliche Betriebsstätten sich befinden, dann in den nicht mit Wohnungen verbundenen Gewerbelocalen und in Verkaufsstellen auszufüllen.

Da in Filialen etc. immer wenigstens eine Person (z. B. ein Verkäufer) mitbeschäftigt ist, so ist dort stets ein Gewerbebogen abzugeben. Dagegen sind in denjenigen Wohnungen von Gewerbetreibenden oder Geschäftsleitern, deren Gewerbelocal in einem anderen Grundstücke liegt, keine Gewerbebogen abzugeben.

Eine Ausnahme ist nur bei denjenigen Gewerbetreibenden zu machen, deren Betriebsstätten sich nicht ständig an einem bestimmten Orte befinden, z. B. bei Bauunternehmern und den auf Bauten arbeitenden Gewerken; diese haben ihre Gewerbebogen in der Wohnung oder im Bureau auszufüllen.

Die Ausfüllung des Gewerbebogens wird in denjenigen Fällen, wo der Gewerbebetrieb sich bei der Haushaltung befindet, oder wenn eine von der Wohnung entfernte Betriebsstätte sich unter der unmittelbaren Leitung des Inhabers oder seines Vertreters befindet, leicht zu erlangen sein; sie wird aber in gesondert liegenden Verkaufsstellen und Betriebsstätten, wo sich nur Verkäufer etc. befinden, manchmal infolge des Mangels an Schreibmaterialien und auch des Fehlens von zur Ausfüllung befähigten Personen Schwierigkeiten begegnen. In solchen

Fällen wird der Zähler am besten den Gewerbebogen selbst gleich an Ort und Stelle ausfüllen.

Auf Bauten sind Gewerbebogen für die etwa dort vorübergehend eingerichteten Cantinen und Verkaufsstellen auszustellen.

Wenn in demselben Grundstücke mehrere verschiedene Betriebe unter einer Leitung stehen (z. B. Buchdruckerei und Buchhandlung, Productengeschäft und Schankwirthschaft), so sind zwei oder mehrere Gewerbebogen aufzustellen und in einem derselben bei Frage 14 die verlangten Angaben über den Gesamtbetrieb zu machen.

Die Ausstellung eines einzigen Gewerbebogens genügt jedoch dann, wenn die verschiedenen Betriebe der Herstellung eines einzigen Industriegegenstandes dienen und daher nur als ein Betrieb zu erachten sind, z. B. in Lampenfabriken, wo die verschiedenen Bestandtheile der Lampe hergestellt werden. Auch eine mit einem Verkaufsgeschäft verbundene Fabrication oder handwerksmässige Herstellung gewerblicher Erzeugnisse gilt nicht als besonderes Gewerbe, sofern sie sich auf die Herstellung der Waaren für das eigene Geschäft beschränkt; um bei dem Beispiel des Buchhandels mit Druckerei zu bleiben, so wird ein Gewerbebogen für beide genügen, falls die Druckerei nur für die Buchhandlung selbst arbeitet. Jedoch ist dann bei Frage 4 die genaue Angabe „Buchhandlung mit Druckerei“ zu machen.

Auch für in Concurs oder in Liquidation befindliche Geschäfte sind Gewerbebogen auszustellen.

Für Filialen, Nebenverkaufsstellen etc., in denen kein eigener Geschäftsleiter, sondern nur ein Verkäufer oder ähnlich thätig ist, muss doch der Geschäftsleiter den Gewerbebogen unterzeichnen.

Bemerkungen zu einzelnen Fragen des Gewerbebogens.

Bei Fragen 1 und 2 ist stets, auch wenn es sich um Filialen, Nebenverkaufsstellen etc. handelt, für welche nicht der Gewerbetreibende oder der Geschäftsleiter den Gewerbebogen ausfüllt, doch dessen Name und Wohnung anzugeben.

Bei Frage 4 ist die obige Bemerkung bezüglich der mit manchen Verkaufsgeschäften verbundenen Fabrication zu berücksichtigen.

Bei Fragen 6, 8 und 9 ist die Antwort vom Standpunkt desjenigen Inhabers oder Geschäftsleiters zu geben, welcher die Ausfüllung übernimmt und

den Gewerbebogen auf dessen dritter Seite unterschreibt.

Bei Frage 10 A haben die Antworten sich nur auf die Betriebsstätte, auf welche der Gewerbebogen sich bezieht, zu erstrecken.

Es sind demnach selbst die Besitzer nur dann hier bei *a* zu zählen, wenn sie dieser Betriebsstätte ihre hauptsächliche Tätigkeit widmen.

Familienangehörige sind, wenn sie gewerbmässig und regelmässig als Procuristen, Buchhalter, Techniker mitarbeiten, bei *b* oder *c* zu rechnen; wenn als Gehilfen, Gesellen oder Lehrlinge, bei *d*.

Familienangehörige, welche zwar regelmässig (oder während der Hauptbetriebszeit regelmässig) mitarbeiten, aber doch nicht zum eigentlichen Personal gehören, sind bei *f* zu rechnen.

Familienangehörige, welche nur gelegentlich (etwa zur Weihnachtszeit) im Geschäft mitzuarbeiten pflegen, bleiben ausser Betracht.

Nach vollzogener Einsammlung der Zählpapiere hatte der Zähler dieselben einer nochmaligen Durchsicht zu unterziehen, die etwa noch nicht mit Nummern oder Ueberschriften versehenen Listen in dieser Hinsicht zu vervollständigen, auf dem zweiten Exemplare der Controlliste eine Reinschrift derselben anzufertigen, die Spalten 5 und 6 darin auszufüllen, und die Summen zu ziehen. Sodann waren die Zählpapiere, beide Controllisten und die Grundstückslisten wieder in die Mappe zu verpacken und in der darauf angegebenen Zählstelle abzuliefern.

Die in den Zählstellen amtirenden Commissionen hatten bei Empfang der Zählmappe zunächst die Reinschrift der Controlliste aus der Mappe herauszunehmen. War nicht ohne Weiteres ersichtlich, welche der beiden Controllisten die Reinschrift sei, so war der Zähler zu befragen, und das Wort „Reinschrift“ mit Bleistift auf der richtigen Controlliste anzubringen. An der Hand der herausgenommenen Controlliste war sodann in Gegenwart des Zählers zu prüfen, ob die Mappe die auf der Controlliste angegebenen Haushaltungslisten, Gewerbebogen und Landwirthschaftskarten wirklich enthielt.

Fehlte etwas, so war der Zähler um Nachholung zu ersuchen, die Mappe mit dem übrigen Inhalt aber zurückzubehalten und ein Mancozettel einzulegen. Ferner war darauf zu achten, dass in der Controlliste bei denjenigen Gewerbebogen, welche nicht zur Haushaltungsliste gehören, in Spalten 5 und 6 keine Zahlen stehen dürfen.

Eine Controle darüber, dass die sämtlichen im Zählbezirk enthaltenen Grundstücke abgegangen worden seien, war an der Hand des auf der Aussen- seite der Mappe befindlichen Verzeichnisses der Grundstücke und Zählbezirke leicht zu bewerkstelligen.

Befanden sich in einer Mappe Haushaltungslisten aus Gasthöfen, so wurde dies auf der Mappe rechts oben mit Blaustift durch den Buchstaben *G* vermerkt, und die Mappe besonders gelegt. Die in solchen Mappen befindlichen Listen der Gäste des Hôtels waren, sobald einer der in den Zählstellen anwesenden Herren hiezu Zeit fand, darauf hin zu prüfen, ob die Spalten 1 bis 9, bezw. auch 10 bis 11 ordnungsmässig ausgefüllt waren. Zeigte sich hiebei, dass die Angaben ungenügend oder offenbar falsch waren, so war die Liste durch einen Polizeibeamten zur sofortigen Vervollständigung, bezw. Richtigstellung in den Gasthof zu schicken, in die Zählmappe aber einstweilen bis zur Rückerlangung der Liste ein Zettel mit dem Vermerk „Liste Nr. zur Rückfrage gesendet“, einzulegen.

Eine sachliche Controle der Angaben auf ihre Wahrhaftigkeit hin fand im Allgemeinen nicht statt, sofern sie nicht durch den Zähler bei Einsammlung der Zählpapiere geübt wurde. Nur wenn einem Mitgliede der Zählcommission nach seiner persönlichen Kenntniss der Verhältnisse eine Angabe als offenbar falsch, oder doch unwahrscheinlich erschien, wurde dies zum Anlasse von Rückfragen genommen.

Wurde die Mappe in Ordnung befunden, so wurde die Zählerquittung von demjenigen Herrn, welcher sie prüfte, auf der Rückseite unterschrieben und dem Zähler übergeben; sodann vermerkte der Prüfende seinen Namen auf der Mappe unten links bei dem Worte „geprüft“ und übergab die Mappe dem Beamten des statistischen Amtes.

d) Die Revision der Zählpapiere.

1. Ordnen der Zählpapiere und Prüfung der Unterschriften. Die Zählpapiere jedes Zählbezirktes waren zunächst nach Grundstücken und innerhalb dieser so zu ordnen, dass in jeder Haushaltungsliste die etwa dazu gehörigen Anstaltslisten, Landwirthschaftskarten und Gewerbebogen lagen, und nach allen Haushaltungen eines Grundstückes die zu keiner Haushaltung gehörigen Gewerbebogen desselben Grundstückes folgten. Sodann waren die Grundstückslisten herauszunehmen und für jeden Zählkreis besonders zu sammeln. Hienach war festzustellen, ob alle Haushaltungslisten, Gewerbebogen und Land-

wirtschaftskarten an der gehörigen Stelle unterzeichnet waren, eine Vorschrift, die offenbar willkürlicher Ausfüllung der Zählpapiere durch den Zähler ohne Befragung der Parteien vorbeugen sollte und zugleich die juristische Verantwortlichkeit des Censiten für seine Angaben sicherzustellen bezweckte.

War von mehreren zusammengehörigen Zählpapieren nur eines unterzeichnet, waren die übrigen jedoch von derselben Hand geschrieben, so war an Stelle der fehlenden Unterschriften ein Verweis auf das unterschriebene Zählpapier zu setzen. Fehlte die Unterschrift vollständig, so war sie nachzuholen.

2. Prüfung der Controllisten: Hierauf waren die zu jeder Grundstücksliste gehörigen Zählpapiere mit den Eintragungen in der Reinschrift der Controlliste zu vergleichen und diese nach dem Ergebnisse der Vergleichung erforderlichenfalls zu berichtigen. Abgeschlossen wurde jedoch die Controlliste erst, nachdem die Prüfung aller Zählpapiere des Zählbezirkes stattgefunden hatte, und die hienach erforderlichen Veränderungen auch in der Controlliste durchgeführt worden waren. Die Berichtigung der Controlliste, sowie alle sonstigen Veränderungen in den Zählpapieren waren mit rother Tinte vorzunehmen.

3. Die Ausschreibung der Arbeitslosen-Zählkarten. Wie in Berlin, wurde auch in Dresden eine über den Umfang der Reichsstatistik hinausgehende Erhebung über die Arbeitslosigkeit mit Hilfe besonderer Zählkarten durchgeführt. Diese Zählkarten (siehe das nachstehend abgedruckte Formular) enthielten in ihren ersten elf Punkten jene Personaldaten, welche den Haushaltungslisten entnommen werden konnten, woran sich eine Reihe von Fragen schloss, die den Gegenstand besonderer Nachtragshebungen bildeten.

Der Rath zu Dresden.

Statistisches Amt.

Zählkarte für Arbeitslose

am 14. Juni 1895.

1. Zählkreis und Zählbezirk:
2. Haushaltungsliste Nr.:
3. Strasse und Hausnummer:
4. Name:
5. Geschlecht:
6. Geboren am:
7. Familienstand:
8. Hauptberuf:
9. Stellung in demselben:
10. Arbeitslos seit Tagen:
11. Vorübergehend arbeitsunfähig? (Ja oder Nein).

12. Bei wem zuletzt in Arbeit gewesen? (Adresse genau anzugeben)

13. Art der letzten Stellung:

14. Eigentlicher gelernter Beruf:

15. In Dresden ständig anwesend seit:

16. Art der letzten Beschäftigung vor der Ankunft in Dresden:

17. Ursache der Arbeitslosigkeit (Zutreffendes unterstreichen):
Krankheit, eigene Kündigung, Strike, in Dresden überhaupt noch nicht in Arbeit gewesen und bis jetzt vergeblich gesucht, Aufhören der Saisonarbeit, Kündigung des Arbeitgebers, andere Gründe und welche?

Bemerkungen:

Um die Erhebung der Arbeitslosigkeit im möglichst engen Anschluss an die Berufszählung zu bewerkstelligen und ihr bei der grossen Beweglichkeit gerade dieses Bevölkerungstheiles die thunlichste Vollständigkeit zu sichern, wurde die Ausschreibung der Arbeitslosen-Zählkarten theilweise bereits während der Zählung durchgeführt. Die Mappen jener Zählbezirke, in denen dies geschehen war, wurden aussen in der Rubrik „Bemerkung“ mit einer diesbezüglichen Notiz versehen. Sie wurden bei der Revision fürs Erste lediglich einer Durchsicht darauf hin unterzogen, ob wirklich alle erforderlichen Arbeitslosen-Zählkarten ausgeschrieben worden waren. Bei denjenigen Zählern, welche den erwähnten Vermerk nicht trugen, wurden noch vor Beginn der eigentlichen Prüfung der Zählpapiere die Arbeitslosenzählkarten ausgeschrieben. Sämmtliche auf die eine oder andere Art erhaltenen Arbeitslosenzählkarten wurden abgesondert gesammelt und zu der von der übrigen Aufarbeitung der Berufungsstatistik abgesonderten Arbeitslosenerhebung verwendet. Die Durchführung dieser Erhebung geschah wie in Berlin durch die Wohlfahrtspolizei. Stellte sich im weiteren Verlaufe des Revisionsverfahrens heraus, dass die Fragen der Haushaltungslisten über die Arbeitslosigkeit unvollständig oder unrichtig beantwortet und die Ausstellung der Arbeitslosenkarten infolge dessen unterblieben war, so wurden sie nachträglich ausgeschrieben und entweder bei Gelegenheit der Rückfrage oder, falls eine solche entbehrlich war, für sich allein der weiteren Ausfüllung zugeführt.

4. Prüfung der Ueberschriften in den Haushaltungslisten: Auf das Ausschreiben der Arbeitslosen-Zählkarten folgte eine Prüfung der

Ueberschriften, welche die Richtigkeit der Numerierung und die Uebereinstimmung der Grundstücksbezeichnung mit der Grundstücksliste, beziehungsweise mit dem auf der Mappe angebrachten Auszuge aus derselben und mit der Controlliste feststellen sollte. Die Haushaltungslisten jedes Zählbezirkes mussten innerhalb desselben in ununterbrochener Reihenfolge numerirt sein. Die Haushaltungslisten, welche die Fortsetzung anderer Haushaltungslisten bildeten oder Anstaltslisten, welche zu Haushaltungslisten gehörten, mussten mit der Nummer derselben Haushaltungsliste und mit den Buchstaben *a, b, c* etc. bezeichnet sein. Wenn daher selbständige Haushaltungslisten, die nicht die Fortsetzung einer anderen darstellten, mit einer Nummer oder beigefügtem Buchstaben bezeichnet waren, musste zur Vermeidung von Missverständnissen bei der Aufbereitung die ganze Numerierung des Zählbezirkes geändert und die betreffende Haushaltungsliste mit der entsprechenden Nummer versehen werden. Bei jeder solchen Aenderung in der Numerierung der Haushaltungsliste waren selbstverständlich auch die Nummern der zugehörigen Gewerbebogen und Landwirthschaftskarten entsprechend zu ändern. In gleicher Weise waren die Aenderungen der Numerierung auch in die Reinschrift der Controlliste zu übertragen. Die zu keiner Haushaltungsliste gehörigen Gewerbebogen (d. i. solche für Betriebe, deren Inhaber anderswo wohnt) mussten bei den Worten „zur Haushaltungsliste Nr. . . .“ an Stelle der Nummer einen Strich haben. Ausser der Numerierung war auch noch die Grundstücks-, Zählbezirks- und Zählkreisbezeichnung im Kopfe der Zählpapiere einer Prüfung auf ihre Uebereinstimmung mit der Mappe und den Eintragungen in der Controlliste zu unterziehen. Endlich waren die in manchen Controllisten in der Spalte „Bemerkung“ enthaltenen Angaben über den Beruf etc., sofern sie in den Haushaltungslisten und Gewerbebogen fehlten, in diese zu übertragen. Es folgte nunmehr

5. die inhaltliche Prüfung der Zählpapiere. Sie begann mit der Haushaltungsliste und erfolgte, wie in Berlin, an der Hand detaillirter Vorschriften. Hier seien nur jene wiedergegeben, welche auf die Gewerbeaufnahme unmittelbar Bezug nehmen:

Bezüglich der Spalten 8 bis 11 ist zu prüfen, ob bei den Eintragungen nach den der Haushaltungsliste vorgedruckten Erläuterungen zu den Spalten 8, 9, 10 und 11 verfahren und demnach eine Angabe gemacht wurde, welche die hauptsächlichste Er-

werbsquelle und die Lebensstellung erkennen lässt. Insbesondere ist beim Vorkommen von allgemeinen Ausdrücken, wie Arbeiter, Kaufmann, Witwe, durch Rückfrage eine genauere Angabe zu gewinnen, sofern sich nicht aus den anderen Antworten und aus beiliegenden Gewerbebogen Näheres ersehen lässt.

Bei Ehefrauen und unmündigen Kindern, auch bei älteren Töchtern und bei Personen, die hier oder in Spalte 19 als erwerbsunfähig oder geistesschwach bezeichnet sind, können Spalte 8 und 9 leer bleiben. Sonst aber sind fehlende Angaben bei 8 und 9 stets durch Rückfrage zu ergänzen.

Spalte 12 darf nur bei solchen Personen ausgefüllt sein, welche in Spalte 9 oder 11 „selbstständig“ oder einen gleichbedeutenden Ausdruck („Meister“ u. s. w.) eingeschrieben haben. Ist die Spalte 12 von Kindern oder sonst Jemandem, der nicht selbständiger Gewerbetreibender ist, ausgefüllt, so ist zu prüfen, ob nicht etwa die Eintragung auf die vorhergehende oder die folgende Person sich bezieht und also nur versehentlich auf eine falsche Zeile geschrieben ist; wenn dies nicht der Fall, kann sie gestrichen werden.

Die Spalten 13 und 14 der Haushaltungsliste müssen bei allen denjenigen Personen mit Ja oder Nein ausgefüllt sein, welche in Spalte 9 oder 11 „selbstständig“ oder einen gleichbedeutenden Ausdruck eingesetzt haben.

Wenn bei nicht selbständigen Personen oder bei Aerzten, Rechtsanwälten, Inhabern von Unterrichtsanstalten, Musik- oder Theaterunternehmungen, oder bei solchen Personen, die in der letzten Spalte als „vorübergehend anwesend“ bezeichnet sind, ein Eintrag (Ja oder Nein) in Spalte 13 oder 14 gemacht ist, so wird derselbe gestrichen. Dagegen muss bei den Inhabern von Fremdenpensionen dann ein Ja in Spalte 13 stehen, wenn sich aus der Haushaltungsliste ergibt, dass mehrere Diensthofen vorhanden sind. Das fehlende Ja kann dann gleich in Spalte 13 eingesetzt werden.

Wenn in Spalte 13 oder 14 bei einer Person Ja steht, so muss auch auf der vierten Seite unten bei den Worten „Hier ist anzugeben u. s. w.“ ein Ja stehen. Auf die weiter an dieser Stelle der 4. Seite folgenden Fragen und auf die Zahl der vorhandenen Gewerbebogen ist hier zunächst noch nicht zu achten.

Alsdann ist bei denjenigen selbständigen Gewerbetreibenden, welche Spalten 13 und 14 verneint

haben, somit ihr Geschäft ohne Gehilfen, Mitinhaber und Motoren betreiben, neben das Wort „selbstständig“ (oder „Meister“ u. s. w.) in Spalte 9 ein blauer Strich zu machen.

Der Rath zu Dresden.

Statistisches Amt.

Berufs- und Gewerbe­zählung am 14. Juni 1895.

Alleinbetriebe

in dem Grundstücke Brand-Kat. Abth.

Zählkreis

Nr.

Zählbezirk

Strasse und Hausnummer

Lau- fende Nr.	Vor- und Familienname des Gewerbetreibenden (Sp. 1 u. 2 der Haushaltungsliste)	Gewerbe (Sp. 8 u. 9 oder Sp. 9 u. 10 der Haushaltungsliste)	Haupt- beruf [H] oder Neben- beruf [N]	Im Umherziehen [Umh.] oder Z. H. f. fr. B. (Sp. 12 der Haush.- liste)	Bezeichnung des Gewerbes	Bemerkungen (insbes. ob vorüber- gehend abwesend, Verzeichniss B der Haushaltungsliste)
1	2	3	4	5	6	7

zu machen. Jeder solche Zettel enthält somit sämtliche Alleinbetriebe eines bestimmten Grundstückes. Für seine Ausfüllung gelten folgende Grundsätze:

Für vorübergehend Anwesende ist keine Aus-
schreibung zu machen, wohl aber für vorübergehend
Abwesende. Wenn eine Person als selbständig in
Hauptberuf und Nebenberuf eingetragen ist, so ist für
jeden Beruf eine besondere Zeile auszuschreiben. Die
Spalte mit der Ueberschrift „Bezeichnung des Ge-
werbes“ bleibt zunächst frei.

Nach Beendigung der Ausschreibung der Allein-
betriebe eines Zählbezirks ist im Adressbuch nach-
zusehen, ob unter denselben solche sind, deren
Betriebsstätte sich in einem anderen Grundstücke
befindet.

Ist dies der Fall, so ist der betreffende Betrieb
wieder zu streichen. Gehört die Betriebsstätte zu
dem gleichen Zählbezirk, aber zu einem anderen
Grundstück, so ist die Ausschreibung sogleich in den
richtigen Zettel zu übertragen; gehört die Betriebs-
stätte zu einem anderen Zählbezirke, so ist dem auf-
sichtführenden Beamten Mittheilung zu machen.

Nach Beendigung der Prüfung der Haushaltungs-
listen sind für die durch Blaustrich bezeichneten
Personen Ausschreibungen auf die Zettel mit der
Ueberschrift „Alleinbetriebe“ (Form. siehe unten)

Wenn die Alleinbetriebszettel eines Zählbezirks
vollständig ausgeschrieben sind, werden sie dem auf-
sichtführenden Beamten übergeben, welcher sie in
die betreffende Grundstücksliste legt.

Zweck dieser Aufschreibungen ist einmal, zu
verhüten, dass für einen Alleinbetrieb, dessen
Betriebsstätte nicht mit der Wohnung des Inhabers
in eigenen Hause liegt, doch irrthümlicherweise
ein Gewerbebogen ausgefüllt wird, und dann einen
Ueberblick über die territoriale Vertheilung der
Betriebsstätten der Alleinbetriebe zu gewinnen.

Im Vereine mit den correspondirenden Auf-
schreibungen für die Gehilfen- und Motorenbetriebe
ergibt dieser Ausweis eine vollständige Uebersicht
über die Dislocation der gewerblichen Betriebsstätten
innerhalb der Stadt.

Ueber die Prüfung der Gewerbebogen selbst
wurden folgende Vorschriften erlassen:

Diejenigen Gewerbebogen, in welchen auf der
zweiten Seite bei Frage 10 in keine der verschiedenen
Spalten mit der Ueberschrift „männlich“, „weiblich“,
ein Eintrag gemacht ist, sind auf der ersten Seite

mit Blaustift zu durchstreichen, jedoch an ihrem Platze zu belassen.

Bei Gewerbebogen, welche zu Haushaltslisten gehören, müssen die Angaben bei Frage 2 (Wohnung) und Frage 3 (Sitz des Gewerbebetriebes) gleichlauten und der Ueberschrift der Haushaltsliste entsprechen, zu welcher der Gewerbebogen gehört.

Bei Gewerbebogen, welche nicht zu Haushaltslisten gehören und daher oben bei der Nummer einen Strich haben, muss bei 3 (Sitz des Betriebes) ein im Zählbezirk gelegenes Gebäude angegeben und bei 2 (Wohnung) eine hievon verschiedene Angabe gemacht sein. Andernfalls sind die Eintragungen abzuändern, nöthigenfalls durch Nachschlagen im Adressbuch oder durch Rückfrage richtig zu stellen.

Wenn bei 4 mehrere verschiedenartige nicht eng zusammengehörige Gewerbe genannt sind, so müssen mehrere Gewerbebogen für diesen Betrieb beisammen liegen und sind die fehlenden erforderlichenfalls nachzuholen. Ueber solche Nachholungen ist jedoch in jedem Falle vorher dem Director zu berichten.

Wenn bei Frage 7 keines der fettgedruckten Worte unterstrichen ist, die Sachlage sich aber aus den Antworten zu den vorhergehenden Fragen ergibt, so kann das entsprechende Wort ohne Weiteres mit Blaustift unterstrichen werden.

Wo die Antworten auf die Fragen 8 und 9 fehlen, werden sich dieselben meist durch einen Vergleich mit der zugehörigen Haushaltsliste ergänzen lassen. Nur wenn dies nicht möglich ist, ist Nachfrage zu halten.

Bei Frage 10 *a* soll unter *b* das Comptoir- und Bureaupersonal, unter *d* das arbeitende Personal (mit Ausnahme der bei *c* gezählten Personen) angegeben sein.

Es ist genau darauf zu achten, dass die Zahl bei *d* mit der Summe der zwei Zeilen

1. 16 Jahre alt und darüber
- unter 16 Jahre alt

übereinstimme.

Wenn bei *d* eine Zahl steht, so muss auch *c* ausgefüllt sein.

Wenn bei „3. weibliche Personen verheiratet,“ eine Zahl steht, so muss auch bei *d* in der Spalte „weibliche“ eine mindestens ebenso grosse Zahl stehen.

*) Siehe Formular Seite 94.

Wo die Frage 14 mit Ja beantwortet ist, müssen mehrere von demselben Geschäft ausgestellte Gewerbebogen beisammenliegen.

In diesem Falle muss die Summe der in den einzelnen zusammengehörigen Gewerbebogen bei 10 *A* „Summe *a* bis *d*“ genannten Zahlen gleich der im Bogen für den Gesamtbetrieb bei „Gesamte Personenzahl“ angegebenen Zahl sein.

Auf der 3. Seite sollen die Bezeichnungen so gewählt sein, dass sich die Art der Thätigkeit erkennen lässt. Die Inhaber, die Ehefrau und andere offenbar nicht auch bei 10 *A d* gerechnete Personen sind zu streichen.

Die Summe muss mit den Zahlen 10 *A d* übereinstimmen.

Wo sich bei der Prüfung Rückfragen als nothwendig herausstellten, war ein Fragezeichen mit Blaustift zu machen, welches später nach Erledigung der Rückfrage wieder wegradirt wurde. Die Rückfragen selbst wurden erst vorgenommen, wenn die Prüfung der Zählpapiere für den betreffenden Zählbezirk vollständig durchgeführt war.

Zu diesem Behufe hatte der Prüfende, nachdem er die Durchsicht der Zählpapiere beendet und diese durch Eintragung seines Namens auf der Aussen- seite der Mappe über den Worten „Rückfragen erledigt“, bescheinigt hatte, dem aufsichtführenden Beamten darüber Mittheilung zu machen, was für Rückfragen und Nachtragserhebungen nothwendig seien. Die mit der Erledigung der Rückfragen betrauten Personen hatten dann dieselben an Ort und Stelle zu erledigen und nach der Rückkehr dem aufsichtführenden Beamten über den Erfolg zu berichten.

Nach Erledigung der Rückfragen waren die erforderlichen Nachtragungen in der Controlliste und die etwa noch erübrigenden Ausschreibungen von Alleinbetrieben zu machen, die sich erst durch die Rückfrage als solche herausgestellt hatten. Sodann war der Name des Recherchirenden aussen auf der Mappe zu vermerken und diese wieder an ihren Platz zu legen. Durch Stichproben wurde festgestellt, ob die Rückfragen auch wirklich an Ort und Stelle durchgeführt worden waren.

6. Ausschreiben der Gewerbebogen-Controllisten. Demselben Zwecke, welcher für die Alleinbetriebe ohne Motoren durch Ausschreibung der Alleinbetriebszettel erreicht wurde, diene bei den übrigen gewerblichen Betrieben die Ausschreibung der Gewerbebogen-Controllisten. *) Für

Gewerbebogen-Controlliste.

Zählbezirk Nr.

[illegible]

Nach anderen Zählbezirken
gehörende Gewerbebogen.

Rest.

Rückseite.

Zählbezirk Nr.

**Gewerbebogen, welche zu Haushaltungslisten anderer Zählbezirke oder ausserhalb
Dresdens gehören**

[illegible]

Name des Prüfenden:

jeden Zählbezirk wurde eine derartige Liste ausgefertigt und auf der Vorder- und Rückseite mit der Zählbezirks- und Zählkreisnummer bezeichnet. Auf der Vorderseite wurde aus denjenigen Haushaltungslisten, zu denen Gewerbebogen gehören, der Name des Haushaltungsvorstandes oder, wenn ein anderes Glied der Haushaltung Eigenthümer des Gewerbebetriebes ist, dessen Name, ferner auf Grund der Fragen, welche die Rückseite der Haushaltungsliste enthält, die Zahl der zugehörigen Gewerbebogen eingetragen und weiters vermerkt, wie viele davon der Haushaltungsliste beilagen und wie viele nicht.

Die Adressen jener Betriebe, für welche die Gewerbebogen der zugehörigen Haushaltungsliste nicht beilagen, waren auf Grund der Beantwortung, welche die Fragen auf der Rückseite der Haushaltungsliste gefunden hatten, in eigene Spalten einzutragen. Durch diese Eintragungen war eine vollständige Uebersicht aller von einem bestimmten Haushalte aus betriebenen, jedoch anderswo gelegenen Unternehmungen gegeben und eine Controle darüber ermöglicht, ob die zur Haushaltungsliste gehörigen, ihr jedoch nicht beiliegenden Gewerbebogen wirklich abgeliefert worden waren.

Auf der Rückseite der Controlliste wurden wieder umgekehrt sämtliche Gewerbebogen verzeichnet, welche in dem betreffenden Zählbezirke ohne Haushaltungsliste abgegeben wurden, somit Betriebe betrafen, deren Inhaber anderswo wohnte.

An der Hand der im Gewerbebogen enthaltenen Wohnungsadresse sollte durch diese Eintragungen fest-

gestellt werden, ob die zugehörige Haushaltungsliste wirklich vorhanden war, und ob auf ihrer 4. Seite die Angaben über die Ausfüllung des Gewerbebogens und über die Adresse der Betriebsstätte entsprechend gemacht worden waren. Es wurden somit einerseits für jede Haushaltungsliste, welche anderswo betriebene Gewerbe nachweist, die zugehörigen Gewerbebogen, anderseits für jeden Gewerbebogen, der nicht einer Haushaltungsliste beilag, die zugehörigen Haushaltungslisten nachgesehen und mit einander verglichen.

Durch die Herstellung dieser gegenseitigen Beziehung wurde auf allerdings mühsame Weise die Gewähr dafür erlangt, dass nicht einzelne Gewerbebogen doppelt, d. h. in der Wohnung des Betriebsinhabers und in der Betriebsstätte oder gar nicht ausgefüllt wurden. Ausserdem diente das Formular zur Vereinigung der an verschiedenen Betriebsstätten gezählten Zweigggeschäfte.

Eine äussere Controle wurde noch dadurch geschaffen, dass auf der Vorderseite des Zählblattes die Zahl der Gewerbebogen, welche nach dem Inhalte der Haushaltungsliste vorhanden sein mussten, summiert und davon die Zahl der auf der Rückseite eingetragenen, zur Haushaltungsliste anderer Zählbezirke gehörigen Gewerbebogen abgezogen wurde.

Die Summe der Reste ergab nothwendigerweise die Zahl der überhaupt vorhandenen Gewerbebogen.

Mit dieser Arbeit war die Prüfung der Zählpapiere abgeschlossen.

gestellt werden, ob die zuverlässige Erhebung der Gewerbe-
zählung wirklich vorhanden war und ob auf ihrer Grundlage
die Angaben über die Ausübung des Gewerbes
begründet sind. Aber die Angaben der Handwerkskammern
sind nicht immer zuverlässig. Es wurden auch
einmalige für die Handwerkskammern, welche anderswo
bestanden, die Angaben der Handwerkskammern.

VII.

Kritische Betrachtungen über die deutschen Gewerbezahlungen von 1882 und 1895 und über die Anwendbarkeit ihres Verfahrens für die geplante Betriebsaufnahme in Oesterreich.

Der charakteristische Grundzug der Erhebung unverändert. — Mängel der äusseren Technik. — Nichtzählung vorübergehend Abwesender. — Wirkung auf die Gewerbestatistik. — Auslassungen und Doppelzählungen infolge der Verschiedenheit von Wohn- und Betriebsort. — Mangel bestimmter Vorschriften über den Begriff „Betriebsstätte“. — Theilweiser Wegfall der theoretischen Vortheile der Vereinigung beider Zählungen infolge der Zählung in der Betriebsstätte. — Doppelzählungen bei Betrieben mit mehreren Inhabern. — Innere Mängel. — Ihre Grundursache. — Ihre Art. — Mangelnde Abgrenzung des Begriffes der Zählungseinheit nach unten hin. — Nothwendigkeit des Ausschlusses der nicht anmeldepflichtigen Betriebe, namentlich der Hausindustrie und unselbständigen Störarbeit und des Anschlusses an verwaltungsrechtliche Kriterien bei Begriffsbestimmung der Zählungseinheit. — Unvollständigkeit der deutschen Gewerbezahlungen in Bezug auf Hausindustrie, Störarbeit und landwirthschaftliche Nebenbeschäftigungen. — Gleiche Unvollständigkeit der österreichischen Berufsstatistik von 1890. — Mangel einer einheitlichen Abgrenzung mehrerer Betriebe desselben Inhabers gegeneinander. — Cumulirte, combinirte und getheilte Betriebe. — Mangel eines Einblickes in den inneren Zusammenhang solcher Betriebe. — Fehlen eines Nachweises der Unternehmer. — Praktische Erfahrungen der unmittelbaren Zählbehörden. — Mangelhafte Ausfüllung der Zählpapiere und übermässige Ausdehnung der Revisionsarbeiten in Dresden und Berlin. — Die Verbindung mehrerer Aufnahmen als Ursache lückenhafter Beantwortung. — Gleiche Erfahrungen in anderen Städten. — Vervollständigung der Gewerbeaufnahme an der Hand der Steuerrollen in Breslau. — Schwere Verständlichkeit der Formulare für das Publicum. — Fehler in der Musterausfüllung. — Nachtheile der Zusammendrängung der Gewerbeaufnahme auf wenige Tage und der Verwendung ungeschulter Zähler. — Möglichkeit einer Abhilfe bei selbständiger Vornahme der Gewerbezahlung. — Vorschläge G. v. Mayr's.

Als charakteristisch für die Gewerbezahlung von 1875 haben wir die enge Verbindung bezeichnet, welche zwischen ihr und der gleichzeitig durchgeführten Volkszählung bestand. Insoferne die Berufszählungen von 1882 und 1895, wie Mayr*) treffend bemerkt, nichts Anderes als allgemeine in ihren wirthschaftsstatistischen Anforderungen erweiterte Volkszählungen sind, ist diese charakteristische Grundlage unverändert geblieben.

Die Gewerbezahlung wurde auch in den beiden letztgenannten Jahren nicht in der Form einer selbstständigen Erhebung durchgeführt, sondern als eine Art Nebenerhebung in eine organische Verbindung mit der Berufszählung gebracht. Sicher ist, dass dabei alle Vortheile, welche die Veranstaltung einer Berufszählung vor dem Anschlusse berufsstatistischer Erhebungen an eine allgemeine Volkszählung vom Standpunkte der Berufsstatistik besitzt, auch der damit verbundenen Gewerbezahlung zu Gute kommen.

Namentlich gilt dies von dem Zeitpunkte der Erhebung, da, wie bereits ausgeführt, eine Winter-

zahlung für die Gewerbestatistik nothwendig zu lückenhaften und theilweise unrichtigen Ergebnissen führen muss.

Sicher ist ferner, dass bei den Zählungen von 1882 und 1895 Alles geschehen ist, um die gewählte Methode nach jeder Richtung hin auszubauen und zu vervollkommen.

Es ist nun zu untersuchen, inwieweit es hiedurch gelungen ist, die bei der Erhebung des Jahres 1875 hervorgetretenen Mängel zu beseitigen, inwieweit sie bloss einer mangelhaften Durchführung des Verfahrens entspringen, oder mit der gewählten Methode ihrer Natur nach unzertrennlich verknüpft sind.

Von dem Ausfalle dieser Untersuchung wird das Urtheil über die Methode selbst und über ihre Anwendbarkeit für die bevorstehende österreichische Gewerbezahlung abhängen.

Bei der Besprechung der Volks- und Gewerbezahlung von 1875 wurde es als ein wesentlicher Mangel hervorgehoben, dass die Volkszählung auf

*) Die Grenzen des gewöhnlichen schriftlichen Verfahrens bei statistischen Ermittlungen. Allg. Statist. Arch. IV. Jahrgang.

die Feststellung der ortsanwesenden Bevölkerung hingeht, während die Gewerbestatistik sich an die Ermittlung der Berufsbevölkerung oder zum Mindesten doch der Wohnbevölkerung anschliessen muss. Aus diesem Mangel gingen, wie namentlich die Zählungsergebnisse für Berlin zeigten, zahlreiche Doppelzählungen und Auslassungen hervor, indem die Gewerbebefragten für vorübergehend Abwesende entweder sowohl in ihrem ständigen Wohnorte als in ihrem vorübergehenden Aufenthaltsorte oder aber in keinem von beiden beantwortet wurden. Durch die Wahl der Haushaltsliste als Erhebungsformular der Berufsstatistik und durch die grössere Aufmerksamkeit, die entsprechend dem eigenthümlichen Zwecke der Berufsstatistik auf die Ermittlung der vorübergehend Abwesenden gerichtet wurde, mag eine gewisse Verbesserung in dieser Hinsicht sicherlich erzielt worden sein.

Ausserdem wurde für Betriebe, welche durch einen Gewerbebogen zu erheben sind, die Gefahr einer Auslassung oder Doppelzählung zum Theil dadurch beseitigt, dass die Zählung, bzw. die Ausfüllung und Ablieferung des Gewerbebogens nicht in der Wohnung des Gewerbeinhabers, sondern in der Betriebsstätte stattzufinden hatte. Dagegen blieb bei Alleinbetrieben, deren Inhaber vorübergehend abwesend waren, eine Auslassung oder Doppelzählung immer noch sehr gut möglich.

Erwiesenermassen wurde auch bei der Aufnahme von 1882, wie bei jener des Jahres 1895, eine grosse Zahl vorübergehend Abwesender überhaupt nicht gezählt.

Nach den Angaben Böckhs*) ist 1895 in Berlin etwa ein Viertel der vorübergehend Abwesenden bei der Berufszählung ausgelassen worden. Es wurden daselbst im Ganzen rund 49.000 vorübergehend Abwesende gezählt, während ihre Zahl in der That etwa 67.000 betrug.

In Dresden wurden bei der Berufszählung vom 14. Juni 1895 324.341 Einwohner, bei der Zählung vom 2. December 1895 334.066 Einwohner gezählt. Es hätte somit die Bevölkerung in diesem halben Jahre um nahezu 10.000 Personen, davon über vier Fünftel weiblichen Geschlechtes zugenommen, während in dem zehnmal so langen Zeitraume zwischen den Volkszählungen von 1890 und 1895 die Zunahme bloss 44.222 betrug. Auch diese Zahlen zeigen, dass eine grosse Zahl vorübergehend Ab-

wesender bei der Berufsaufnahme der Erfassung entgangen ist.

Theilweise hängt dies sicherlich mit der sommerlichen Reisezeit und mit dem Wegziehen vieler Familien aus der Stadt während der heissen Jahreszeit zusammen, worauf insbesondere der grosse Antheil des weiblichen Geschlechtes an diesen Auslassungen hinweist.

Man könnte deshalb versucht sein, diesen Mangel für die Gewerbestatistik überhaupt gering anzuschlagen; er besitzt jedoch auch für sie eine nicht ganz unbedeutliche Bedeutung, namentlich für die Zählung solcher Betriebe, welche an keine bestimmte Betriebsstätte gebunden sind und zum Theil ihrer Natur nach die öftere Abwesenheit des Inhabers erfordern, wie z. B. der Betrieb der Handelsagentie. Auf dem Lande kann dieser Fehler insbesondere in Gegenden von Erheblichkeit werden, in denen die Bevölkerung im Sommer einer anderen Beschäftigung obliegt als im Winter, indem sie beispielsweise während des Winters die Weberei oder die Holzschnitzerei betreibt, während sie im Sommer zur Bauarbeit wegzieht. Da nach den Vorschriften für die Gewerbezahlung Hausindustrielle als selbständige Gewerbetreibende zu betrachten, und auch zeitweilig ruhende (unterbrochene) Gewerbebetriebe (Campagne- oder Saisonbetriebe) mitzuzählen sind, kann hiedurch die Vollständigkeit der Erhebung für gewisse Gewerbszweige sehr in Frage gestellt werden. Dieser Umstand fällt unsomehr ins Gewicht, als bekanntlich gerade die Rücksicht auf die Hausindustrie schon im Jahre 1875 einen Hauptgrund für die Verbindung der Gewerbeaufnahme mit der Volkszählung bildete, und auch in Oesterreich die vollständige Erfassung der Hausindustrie als ein Hauptvorthail der Verbindung beider Aufnahmen immer wieder hervorgehoben wird.

Als eine weitere Fehlerquelle wurde schon bei der Zählung des Jahres 1875 die Verschiedenheit von Wohnort und Betriebsort angeführt. Bei Gewerbetreibenden mit weniger als fünf Arbeitern, welche nach den damaligen Zählvorschriften nicht durch eine eigene Gewerbekarte zu erfragen waren, ergab sich hieraus bei dem Mangel eines Vermerkes über den Betriebsort im Volkszählungsformulare die Unmöglichkeit, die Unternehmung der Vorschrift entsprechend bei der Zusammenstellung im Standorte der Betriebsstätte zu zählen, sofern dieser

*) Elfte Conferenz der Vorstände der statistischen Aemter deutscher Städte 1896.

irgendwo anders sich befand als die Wohnung des Gewerbetreibenden.

Dadurch, dass bei den Aufnahmen von 1882 und 1895 nur mehr die Alleinbetriebe ohne Motoren auf Grund der Berufsangaben allein gezählt wurden, während für alle übrigen die Ausfüllung von Gewerbebogen in der Betriebsstätte vorgeschrieben war, wurde diese Schwierigkeit sehr vermindert; denn beim Alleinbetriebe fallen Wohnort und Betriebsort in der Regel zusammen. Nur in grossen Städten, die in mehrere Gemeindegebiete zerfallen (z. B. Wien vor der Einbeziehung der Vororte), oder für die ermittelt werden soll, wie viele Gewerbebetriebe sich in den einzelnen Bezirken befinden, ergibt sich auch hier wieder die alte Schwierigkeit. Denn es ist sehr häufig, dass insbesondere Ladeninhaber in einem ganz anderen Stadttheile, oft ausserhalb der Stadt, wohnen, als wo sie ihren Laden haben. Infolge dessen ruft eine ausschliesslich auf die Angaben der Haushaltungsliste gegründete Statistik der Alleinbetriebe eine falsche Vorstellung über die örtliche Vertheilung ihrer Betriebsstätten hervor. Abgesehen davon kann die Verschiedenheit von Wohnung und Betriebsstätte bei Alleinbetrieben auch Anlass zur irrthümlichen Ausstellung von Gewerbebogen und hienach zu Doppelzählungen bieten. Um dies zu vermeiden und gleichzeitig einen Ueberblick über die wirkliche Vertheilung der Betriebe auf die einzelnen Grundstücke zu gewinnen, sah sich beispielsweise das statistische Amt der Stadt Dresden veranlasst, mit Hilfe besonderer Formulare — der Alleinbetriebszettel — und durch Heranziehung des Adressbuches zum Vergleiche sich einen Nachweis über diejenigen Alleinbetriebe zu verschaffen, welche nicht in der Wohnung ihres Inhabers betrieben werden.

Ferner ergibt sich aus der Verschiedenheit von Wohnort und Betriebsstätte auch für die mit Gewerbebogen zu betheilenden Gehilfen- und Motorenbetriebe bei den Aufnahmen von 1882 und 1895 eine Möglichkeit von Doppelzählungen, die im Jahre 1875, wo auch die Gewerbekarten in der Wohnung abzuliefern waren, nicht bestand.

Grundsätzlich schienen Doppelzählungen wohl durch die Vorschrift ausgeschlossen, dass die Gewerbebogen in der Betriebsstätte auszufüllen und dem Zähler zu überliefern waren. Da jedoch diese Vorschrift bei der geringen Aufmerksamkeit, welche das Publicum im Allgemeinen statistischen Erhebungsfornularen, insbesondere aber den beigefügten Be-

lehrungen widmet, nicht immer beobachtet worden sein dürfte, und der Zähler sehr oft nicht in der Lage ist, festzustellen, dass der Betrieb sich nicht in der Wohnung befindet, besteht trotzdem in recht weitem Umfange die Möglichkeit, dass Gewerbebogen irrthümlicherweise von den Parteien in der Wohnung ausgestellt und vom Zähler daselbst zusammen mit den Haushaltungslisten in Empfang genommen wurden während in der Betriebsstätte den Vorschriften gemäss die Ausstellung eines Gewerbebogens neuerlich gefordert werden musste. Dieser Fall musste namentlich dann eintreten, wenn die Betriebsstätte in einem anderen Zählbezirke gelegen war und der Zähler, der sie besuchte, infolge dessen von der bereits geschehenen Ablieferung eines Gewerbebogens in der Wohnung keine Kenntniss hatte.

Eine gewisse Verleitung zur Ablieferung der Gewerbebogen am unrichtigen Orte bildete der Umstand, dass sie grossentheils den Betriebsinhabern von den Zählern in der Wohnung übergeben wurden, während ihre Ausfüllung und Abholung in der Betriebsstätte stattfinden sollte.

Die Beseitigung solcher Doppelaufstellungen von Gewerbebogen war während des Zählverfahrens — abgesehen von dem Falle, dass Wohnung und Betrieb wenigstens in einem Zählbezirke sich befanden — nicht möglich. Sie musste der Revision vorbehalten bleiben, wobei die im Gewerbebogen enthaltenen Fragen nach der Wohnungs- und Betriebsadresse eine gewisse Handhabe boten. Nähere Bestimmungen über die Art einer derartigen Controlle waren in den allgemeinen Zählungsvorschriften nicht enthalten. Für die grösseren Städte wurde dieser Mangel durch die X. Conferenz deutscher Städtestatistiker ersetzt, welche die Anlegung besonderer Controlbogen für die einzelnen Zählbezirke empfahlen. In welcher Weise dieser Vorschlag in Berlin und Dresden Verwirklichung gefunden, ist der weiter oben gegebenen Darstellung des Erhebungsvorganges in diesen Städten zu entnehmen.

Vergrössert wurde die Gefahr der Entstehung von Doppelzählungen und Auslassungen aus der Verschiedenheit von Wohn- und Betriebsort noch durch den Mangel bestimmter Vorschriften darüber, was als Betriebsstätte anzusehen sei.

Dieser Mangel tritt namentlich hervor bei den Baugewerben. Es ist unklar, ob hier die Wohnung beziehungsweise die in der Wohnung befindliche Baukanzlei als Betriebsstätte anzusehen ist oder der Bauplatz. Entscheidet man sich für das letztere,

so entsteht eine neue Schwierigkeit bei solchen Baumeistern, die gleichzeitig mehrere Bauten führen. Es wird hier fraglich, ob ein solcher Gewerbetreibender eine oder mehrere Gewerbekarten auszufüllen hat. Dieselbe Schwierigkeit ergibt sich für Gewerbetreibende, welche im Lohne Arbeiten an Bauten verrichten, wie z. B. Maler, Anstreicher u. s. w., ohne eine eigentliche Werkstätte zu besitzen.

Von welcher Bedeutung diese Fehlermöglichkeit für die Aufnahme war, zeigt die Differenz, welche sich bei den Baugewerben zwischen der Berufs- und Gewerbestatistik zu Ungunsten der letzteren ergibt. Die Zahl der gewerbthätigen Personen beträgt in dieser Gruppe nach der Berufszählung 1,356.373, nach der Gewerbebezahlung 1,045.516. In der Einleitung zu den „Hauptergebnissen der gewerblichen Betriebszählung vom 14. Juni 1895“*) werden die unvollständigen Angaben über das Personal des Baugewerbes als die Hauptursache für das Minus an Gewerbtätigen angeführt, das sich bei Vergleichung der Berufs- und Gewerbestatistik auf Seite letzterer im Allgemeinen ergibt und gleichzeitig wird die Unsicherheit des Betriebssitzes infolge der wechselnden Bauplätze als der Hauptgrund bezeichnet, der die Unvollständigkeit der gewerbestatistischen Nachweisungen über das Baugewerbe verursachte.

Eine zweite Gruppe von Gewerben, bei denen der Mangel unzweideutiger Bestimmungen über den Ort der Zählung sich besonders fühlbar machte, waren die Transportgewerbe wie z. B. Droschkenkutscher, Dienstmänner, Schiffer. Bei ihnen war es unklar, ob der Standplatz, beziehungsweise das Schiff oder die Wohnung des Eigenthümers als Betriebsstätte zu gelten hatte.

Endlich gab die Behandlung unbewohnter Plätze, die als Lagerplätze, Holzplätze u. s. w. dienen, zu mannigfachen Zweifeln Anlass.

Es sei schliesslich noch bemerkt, dass der theoretische Vortheil, den man der Vereinigung von Berufs- und Gewerbebezahlung zuschreibt, grossentheils in Wegfall kommt, sobald einerseits Haushaltungslisten für Gewerbetreibende ohne Gewerbebogen, andererseits Gewerbebogen für Betriebe, die nicht in der Wohnung ihres Inhabers betrieben werden, ohne Haushaltungslisten ausgefüllt werden müssen. Die Berufszählung gewährt, wie schon bemerkt, während der Aufnahme selbst kein Mittel, die Ausfüllung von Gewerbebogen für Betriebe zu sichern, die von der Wohnung des

Inhabers getrennt sind. Um sie zu erfassen, ist eine Vorzählung nothwendig, gerade so wie bei einer selbständigen von jeder Bevölkerungsaufnahme losgelösten Betriebszählung. Ein Vortheil ist höchstens bei der Revision vorhanden; aber auch hier ist die Herstellung der gegenseitigen Beziehungen zwischen Gewerbebogen und Haushaltungslisten nur durch ein besonderes, in den reichsseitigen Vorschriften nicht vorgesehenes und ziemlich complicirtes Verfahren möglich.

Ein weiterer Anlass zu Doppelzählungen ergibt sich bei Betrieben mit mehreren getrennt wohnenden Geschäftsleitern oder Inhabern, von denen jeder in gleichem Masse zur Ausfüllung des Gewerbebogens berufen ist, und jeder, sobald er sich in der Haushaltungsliste als selbständiger Gewerbetreibender bekannt hat, von dem Zähler dazu aufgefordert wird. Im Jahre 1882 hatte von mehreren Mitinhabern jeder einen Fragebogen auszufüllen, jedoch nur einer vollständig; die übrigen hatten bloss die ersten sieben Fragepunkte zu beantworten, den Rest des Bogens aber zu durchstreichen und bei der Beantwortung der Frage 7 den Namen jenes Mitinhabers zu unterstreichen, welcher die vollständige Ausfüllung übernommen hatte. Im Jahre 1895 war diese etwas umständliche Bestimmung fallen gelassen und durch die Vorschrift ersetzt worden, dass mehrere Inhaber desselben Betriebes sich einfach untereinander darüber zu verständigen haben, wer den Gewerbebogen ausfüllt. Es waren auch nicht mehr die Namen sämtlicher Mitinhaber anzugeben, sondern nur Name und Wohnung desjenigen, der die Ausfüllung übernimmt.

Diese Aenderungen entsprangen offenbar der Erwägung, dass ja doch alle Gewerbekarten in der Betriebsstätte abzugeben sind, dass sich somit auch die Gewerbekarten sämtlicher Mitinhaber dortzusammenfinden und eine ähnliche Sicherheit, wie sie in dem österreichischen Entwurfe der Evidenzzettel bieten soll, durch die theilweise Ausfüllung der Gewerbebogen nicht erreicht wird. Ausserdem mag die Vorschrift, dass der Gewerbebogen nur theilweise auszufüllen sei, von vielen Mitinhabern nicht beachtet worden sein, so dass sich hieraus neue Anlässe zu Doppelzählungen ergaben. Fragebogen und Zählvorschriften sind ja etwas, was man im Allgemeinen nicht genau liest. Endlich bedeutet die Vorschrift vom Jahre 1895 eine gewisse Annäherung an den Standpunkt der reinen Betriebsaufnahme. Sie geht davon aus, dass

) Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches Jahrg. 1898, Ergänzungsheft zum I. Hefte, Seite 43.

die Gewerbebogen nur in der Betriebsstätte abgegeben werden dürfen, und dass somit die Ausfertigung mehrerer Bogen durch die verschiedenen Theilnehmer eines und desselben Geschäftes eigentlich von selbst ausgeschlossen sei.

Bei einer von der Berufszählung gänzlich losgelösten Betriebsaufnahme wäre dies auch richtig. Bei der Angliederung an die Berufszählung bildet jedoch die Ausfüllung der Haushaltungsliste einen directen Anreiz zur Ausfüllung eines Gewerbebogens. Es tritt hier der Widerspruch zwischen der inneren Wesenheit von Betriebsaufnahme und Berufszählung zu Tage. Die Angliederung der Aufnahme an die Berufszählung verlangt, dass jeder, der sich als selbständiger Gewerbetreibender erklärt, im Zusammenhange mit der Ausfertigung des Berufszählbogens auch ein gewerbestatistisches Formular irgendwelcher Art auszufüllen habe, insofern er nicht ein als selbstständiger Inhaber eines Allbetriebes überhaupt davon entbunden ist. Dem Grundgedanken einer Betriebsaufnahme dagegen entspricht die Forderung, dass für einen Betrieb nur ein Formular und zwar in der Betriebsstätte ausgefüllt werde.

Die Zählungsvorschriften von 1895 suchen eine Doppelzählung bei Mitinhaberbetrieben dadurch zu vermeiden, dass sie von sämtlichen Mitinhabern auf Seite 4 der Haushaltungsliste (unter der Rubrik „die Aufstellung von Gewerbebogen betreffend“) die Angabe desjenigen verlangen, der die Ausfüllung des Gewerbebogens übernommen hat, und die gleiche Angabe auch auf dem Gewerbebogen unter Frage 6 gefordert wird. Die Möglichkeit einer Controle ist hiedurch zweifellos gegeben, allerdings unter der Voraussetzung, dass die auf der Rückseite der Haushaltungsliste etwas versteckt angebrachte Frage betreffend die Ausstellung von Gewerbebogen genügend beachtet und nicht etwa an Stelle dessen mit der Ausfüllung der Gewerbekarte vorgegangen wird. Auch auf Seite des Zählers setzt die strenge Durchführung dieser Vorschriften ein sicherlich nicht allgemein vorhandenes Mass von Verständniss und gewissenhafter Durcharbeitung der Zählungsvorschriften voraus. Unverständlich ist es, warum bei Frage 6 des Gewerbebogens die Namensangabe sämtlicher Mitinhaber fallen gelassen wurde, da dies doch sicherlich eine werthvolle Erleichterung der Controle geboten hätte.

Was die Controlmassregeln selbst betrifft, so ist in den Reichsvorschriften nichts darüber ent-

halten. In den grossen Städten wurde dieser Mangel durch die in der X. Conferenz der deutschen Städtestatistiker vorgeschlagenen Massregeln allerdings beseitigt.*)

Wir haben uns bisher lediglich mit den Folgen befasst, welche sich aus der Verbindung der Gewerbeaufnahme mit der Volks- oder Berufszählung für die äussere Technik der Erhebung ergaben. Schon die Uebelstände, die sich hier zeigten, sind bedeutend genug; weit schwerer aber fallen noch jene ins Gewicht, die sich daraus für die innere Anlage der ganzen Aufnahme ergaben. Zu ihrer erschöpfenden Erörterung ist es nothwendig, nochmals auf das zurückzukommen, was bereits an früherer Stelle über den Begriff der Zählungseinheit gesagt wurde.

Als Gegenstand der Gewerbestatistik wird der selbständige Gewerbebetrieb festgehalten. Die Zählungseinheit bildet aber eigentlich nicht dieser, sondern der Betriebsinhaber. Das Unpersönliche, Sachliche des Betriebes, die Werkstätte, der ganze zu einheitlicher Thätigkeit zusammengefasste Complex von Arbeitskräften, der ihn ausmacht, wird nicht unmittelbar erfasst, sondern von der Person des Betriebsinhabers aus. Wer sich durch Beantwortung der Berufsfragen des Volkszählungsformulars, bzw. der Haushaltungsliste bei der Berufszählung als selbständigen Gewerbetreibenden gekennzeichnet hat, muss über seinen Betrieb die erforderlichen Angaben machen. So bildet die Zählungseinheit für die Erhebung der Gewerbetreibende persönlich, für die Zusammenstellung jedoch der Gewerbebetrieb. Die unabwendbare Folge der Verbindung von Gewerbeaufnahme und Volks- oder Berufszählung, entsprang diese Anordnung demselben inneren Grunde, wie die Verbindung beider Aufnahmen selbst: dem Hinausgreifen der Gewerbestatistik über ihr eigentliches Gebiet, über den Kreis der etablirten Gewerbe.

Wesentlich infolge dieses Hinausgreifens hatte sich im Jahre 1872 eine selbständige, von der Volkszählung losgelöste Gewerbestatistik als unausführbar erwiesen; denn die Aufstellung einer in der Hauptsache erschöpfenden Vorliste wurde unmöglich, sobald es sich nicht mehr um die anmeldepflichtigen Gewerbebetriebe allein handelte, für welche das zu einer solchen Vorliste nothwendige Material in den Gewerbeanmeldungsregistern, Steuerrollen und Handelsregistern vorgelegen wäre, sondern um jede Art gewerblicher Beschäftigung, die nicht im Dienste und in der Werkstätte eines anderen Unternehmers

*) Vgl. hiezu die bezüglichen Controlvorschriften für Berlin auf Seite 74 f. und 79 f. und für Dresden auf Seite 88 f. und 91 f.

erfolgte. Die gleichzeitige Erfassung dieser letzteren machte eine Perlustrirung der gesammten Bevölkerung und damit einen Apparat nothwendig, der dem für die Volkszählung verwendeten an Ausdehnung und Kostspieligkeit nichts nachgab. Es ist vollständig begreiflich, dass man davor zurückscheute, in einem Jahre zweimal — bei der Volkszählung, und fünf Monate später bei der Gewerbezählung — der Bevölkerung die Last aufzulegen, welche die Mobilisirung dieses Apparates mit sich bringt; denn es handelt sich nicht bloss um die weniger ins Gewicht fallende Belastung, die dem Einzelnen aus der Ausfüllung der Zählpapiere erwächst, sondern um die Lasten, die zufolge der Verwendung freiwilliger Zähler zur Durchführung des Zählgeschäftes für die Bevölkerung entstehen und die im Wesentlichen bei beiden Erhebungen dieselben Kreise treffen. Diese Erwägung führte zur Verbindung der Gewerbeaufnahme mit den Volks- und Berufszählungen und damit nothwendiger Weise zur Anknüpfung an die Person des Betriebsinhabers. Die Ausdehnung der Erhebung auf die nicht etablirten Gewerbebetriebe, ihre Verbindung mit einer Aufnahme der Gesamtbevölkerung und die oben berührte Duplicität der Zählungseinheit stehen somit in einem Verhältniss inniger Wechselbeziehung; sie bilden zugleich die Grundursache der Mängel, welche sich bei der Begriffsbestimmung der Zählungseinheit für die Betriebsstatistik, die aus der Zählung und Befragung der Betriebsinhaber hervorgehen sollte, zeigen.

Diese Mängel sind dreifacher Art; es fehlt:

1. An einer festen Abgrenzung nach untenhin, gegenüber jenen gewerblichen Beschäftigungen, welche zwar nicht im Dienste und in der Werkstätte eines fremden Unternehmers ausgeübt werden, jedoch auch nicht als selbständige Gewerbebetriebe bezeichnet werden können.

2. An einer einheitlichen und zutreffenden Abgrenzung mehrerer Betriebe desselben Inhabers gegeneinander, während gleichzeitig auch der erforderliche Einblick in den inneren wirthschaftlichen Zusammenhang solcher Betriebe mangelt, endlich

3. an jedem Nachweise über die Unternehmer als solche gegenüber dem angestellten Personal.

Was zunächst den ersten Punkt betrifft, so ist bereits an früherer Stelle dargethan worden, dass

durch die Ausdehnung der Erhebung über den Kreis der etablirten Gewerbebetriebe hinaus eine Reihe von Personen als Inhaber selbständiger Betriebe erklärt wurden, die wirthschaftlich und social dafür weder gelten, noch gelten wollen. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die beiden Classen der hausindustriellen Arbeiter und der unselbständigen Störrarbeiter, die wir oben als ambulante Dienstboten bezeichnet haben.

Man ging, als man sie in die Erhebung einbezog, wohl von dem Standpunkte aus, dass ihre Erfassung für die Herstellung eines vollständigen Bildes der heimischen Industrie unerlässlich sei; wie mir scheint, jedoch mit Unrecht; denn den Ausgangspunkt der Gewerbestatistik bildet der Betrieb, den Gegenstand ihrer Darstellung nicht die einzelnen Individuen und ihre wirthschaftliche Thätigkeit, sondern die Gruppen, zu denen diese Individuen durch ihre Zugehörigkeit zu einem bestimmten Betriebe wirthschaftlich vereinigt werden. Diesem ursprünglichen Grundsatz aller Gewerbestatistik wird man untrennen, wenn man den Hausindustriellen als Inhaber eines selbständigen Betriebes betrachtet; denn mit dem Begriffe des Betriebes ist untrennbar verbunden ein denselben leitender Unternehmer, und als solchen wird man den Hausindustriellen doch nicht bezeichnen wollen.

Unternehmer in der Hausindustrie ist der Verleger; er ist der Leiter der Production und die einzelnen Hausindustriellen stehen zu ihm im Verhältnisse von Arbeitern ausser Haus, oder bestenfalls von Abtheilungs- und Gruppenmeistern. Sie mit dem Epitheton ornans eines selbständigen Betriebsinhabers zu belegen, widerspricht den wirthschaftlichen und socialen Thatsachen ebenso sehr, als wenn man dies mit den Arbeitern oder Abtheilungsmeistern einer Fabrik thun und den nächstbesten Grossbetrieb in so viele „selbständige“ Betriebe zerlegen wollte, als er Werkstätten mit Gruppenmeistern an der Spitze zählt. Man muss daran festhalten, dass der „Betrieb“ in der Hausindustrie nicht die Werkstätte des einzelnen Arbeiters ist, sondern das Geschäft des Verlegers. Jenen als selbständigen Betrieb zählen wollen, heisst berufsstatistische Gesichtspunkte in die Gewerbestatistik hereintragen und incommensurable Grössen gleichsetzen.*)

*) Vergleiche Sinzheimer: Ueber die Grenzen der Weiterbildung des fabrikmässigen Grossbetriebes in Deutschland. Münchener volkswirtschaftliche Studien. III. Stück. Seite 46:

„Die Eigenthümlichkeiten, die die Hausindustrie als besondere Betriebsform erscheinen lassen, ergeben sich nur zum Theil aus dem Charakter der einzelnen hausindustriellen Werkstätten. Ebenso wesentlich sind die Art der Verbindung.

Ebensowenig gerechtfertigt ist die Einbeziehung der unselbständigen Störrarbeit.^{*)} Auch hier handelt es sich um keinen gewerblichen Betrieb, auch hier fehlt die Person des Unternehmers.

Die Näherin, die gegen Taglohn und Kost bei Privaten arbeitet, die Wäscherin, die jeden Tag in einem anderen Hause bei der Wäsche mithilft, thun hiebei wirthschaftlich und rechtlich nichts anderes als die Tagelöhnerin, die ihre Arbeitskraft heute diesem, morgen jenem Landwirthe vermietet. Hier wie dort handelt es sich um die blosse Vermietung der Arbeitskraft, und wollte man dies als Betrieb erklären, so müsste man nicht bloss die landwirthschaftlichen und gewerblichen Tagelöhner, sondern jeden Arbeiter als Unternehmer und Inhaber eines selbständigen Betriebes betrachten.

Der ganze Unterschied zwischen beiden Kategorien von Arbeitern ist, dass der eine in einem landwirthschaftlichen oder gewerblichen Betriebe, der andere in einer Hauswirthschaft verwendet wird, welche gewisse gewerbliche Producte für den eigenen Verbrauch selbst herstellt oder gewerbliche Arbeiten für den eigenen Bedarf selbst verrichtet.

Da aber die Gewerbestatistik sich nur mit den gewerblichen Betrieben und den in ihnen gebundenen productiven Kräften befasst, so gehört diese inner-

halb der eigenen Hauswirthschaft betriebene Thätigkeit überhaupt nicht in ihr Gebiet; andernfalls müsste man folgerichtig jede Hauswirthschaft, innerhalb deren solche gewerbliche Arbeiten verrichtet werden, gleichviel ob mit oder ohne Hilfspersonal, den Gewerbebetrieben angliedern, und da würde kaum eine Haushaltung sich finden, die ausserhalb des Rahmens der Gewerbestatistik fiele.

Es handelt sich eben auch hier um eine principielle Verkenntung des Wesens der Gewerbestatistik. Diese will nicht das Ganze der gewerblichen Thätigkeit des Volkes, oder richtiger gesagt jener Thätigkeit, die sich mit der Herstellung gewerblicher Producte befasst, ermitteln, sondern nur die Productionsstätten, die Unternehmungen, in denen solche Producte für andere gewerbsmässig hergestellt werden, sammt den menschlichen und maschinellen Arbeitskräften, die in diesen Unternehmungen vorhanden sind.

Daraus ergibt sich die Nothwendigkeit, einerseits die productiven Kräfte nicht isolirt, sondern in ihrer Zusammenfassung zu Betrieben zu erfassen, und andererseits jene Arbeitskräfte, die überhaupt in keinem Betriebe, sondern in einzelnen Haushaltungen zu irgend einer gewerblichen Verrichtung verwendet werden, gänzlich auszuschliessen. Bei jedem anderen Vorgange geräth man in's Uferlose.

der letzteren zu gemeinsamem Schaffen, [der Charakter und die Functionen der an der Spitze stehenden Unternehmer. Die Werkstätten der für einen Unternehmer arbeitenden hausindustriellen Arbeiter bilden unter sich und mit dem Verleger ein organisches Ganzes, aus dessen Eigenschaften erst das Wesen der Hausindustrie als einer besonderen Betriebsform sich ergibt.“

„Dieses organische Ganze ist deshalb auch nur ein hausindustrieller Betrieb zu nennen, nicht aber sind die Glieder, aus denen es zusammengesetzt ist, hausindustrielle Betriebe. Die hausindustriellen Werkstätten als besondere Betriebe zu bezeichnen, wäre ebenso unstatthaft, wie wenn man etwa die einzelnen Puddelöfen eines grossen Eisenwerkes als besondere Betriebe bezeichnen wollte. Die hausindustriellen Werkstätten sind Bestandtheile anderer Betriebe, sie sind nicht selbst Betriebe.“

*) Vgl. hiezu folgende Ausführungen Dr. Würzburger's, des Directors des städtischen statistischen Amtes in Dresden, auf der XI. Conferenz der deutschen Städtestatistiker:

„Ferner verursachte es Zweifel, ob diejenigen Personen als Arbeitnehmer zu betrachten sind, die zwar Arbeit gegen Lohn zu verrichten, aber nicht in ein dauerndes Lohnverhältniss zu treten pflegen. Es sind dies unter Anderem die Lohnkellner, Lohndiener, Lohnköchinnen, Waschfrauen, Näherinnen. Auch für den Statistiker ist es schwer zu entscheiden, ob und inwieweit diese und andere selbständige Arbeiter zu den Arbeitnehmern zu zählen sind; denn wenn auch ihre Stellung auf der einen Seite der der „Tagelöhner in einem bestimmten Erwerbszweig oder wechselndem Erwerbszweig“ (die in den Erläuterungen ausdrücklich als Arbeitnehmer bezeichnet waren) ganz ähnlich ist, so unterscheidet sie sich auf der anderen Seite ebenso wenig von der des selbständigen Gewerbetreibenden. Worin besteht z. B. zwischen dem selbständigen Scharwerksmaurer, der die Oefen eines Hauses verputzt, und dem Lohnkellner, der zum Serviren vorübergehend angenommen ist, ein Unterschied, der diesen als Arbeitnehmer, jenen als selbständigen Gewerbetreibenden charakterisirt? Jedenfalls aber ist bei den selbständigen Arbeitern öftere Arbeitslosigkeit mit der Art ihrer Beschäftigung nothwendig verbunden und wird meist nicht als ein Uebel empfunden, so dass ihre Arbeitslosigkeit mit anderem Masse gemessen werden muss. Ihre Weglassung aus der Statistik würde aber wieder folgerichtig dazu führen, auch das grosse Heer anderer Personen, deren Berufsthätigkeit durch die Jahreszeit oder durch andere Umstände nothwendig zeitweilig unterbrochen wird, aus der Arbeitslosenstatistik wegzulassen, was diese nahezu werthlos machen würde.

Thatsächlich haben die selbständigen Arbeiter der überwiegenden Mehrzahl nach die Arbeitslosenfragen beantwortet; die noch fehlenden Antworten wurden bei den Recherchen nachgeholt und die als arbeitslos bezeichneten unter dieser Kategorie von Personen in unseren statistischen Uebersichten gesondert nachgewiesen.“

Praktisch hatte die schrankenlose Einbeziehung alles dessen, was irgendwie gewerblich thätig war, ohne in einer fremden Werkstätte zu arbeiten, in den Kreis der selbständigen Gewerbetreibenden vor allem den Nachtheil, dass der Kleinbetrieb in den Schlussergebnissen der Statistik einen Raum einnimmt, der über seine thatsächliche Bedeutung weit hinausgeht.

Naturgemäss wachsen ja alle nicht anmeldepflichtigen Hausindustriellen und unselbständigen Störarbeiter den Betrieben kleinen und kleinsten Umfanges zu, und so wird dem Bilde, das die Statistik von den gewerblichen Verhältnissen entwirft, der Stempel masslosen Ueberwiegens des Kleinbetriebes aufgedrückt. Wie weit thatsächlich die Zurückdrängung dieser Betriebsform durch den fabrikmässigen Grossbetrieb, ihre Zersetzung durch den Verleger vorgeschritten ist, geht aus der Statistik nicht hervor, die in dieser Beziehung die thatsächlichen Zustände verschleiert, statt sie zu erhellen.

Wie wenig die deutsche Gewerbestatistik geeignet ist, diese hochwichtigen Verhältnisse klar erkennen zu lassen, zeigt am besten Sinzheimer's schon oben erwähntes Buch, das in seinem II. Capitel eine durchaus zutreffende Kritik der deutschen Gewerbezahlungen in dieser Hinsicht enthält und ihr durch eine Reihe mühevoller Berechnungen und Combinationen die Indicien für diese Entwicklung erst förmlich abringen muss; und thatsächlich werden ja auch die Ergebnisse der deutschen Gewerbeaufnahmen oft als sprechender Beleg dafür angeführt, dass die Zurückdrängung des Kleinbetriebes lange nicht jenen bedrohlichen Umfang angenommen habe, den man behauptet.

Im engsten Zusammenhange damit steht der weitere Nachtheil, dass die Gewerbestatistik, sobald sie vollständig von gewerberechtlichen Kriterien absieht, sich in einen gewissen Widerspruch mit der Gewerbegesetzgebung setzt und an Verwendbarkeit für ihre Zwecke leidet.

Nun ist es aber doch ganz gewiss eine Hauptaufgabe der Statistik, der Gesetzgebung und Verwaltung das nöthige Thatfachenmaterial zur Beurtheilung der concreten Verhältnisse an die Hand zu geben. Dieser Aufgabe kann sie aber nur dann im vollen Umfange entsprechen, wenn sie schon bei der Erhebung auf die verwaltungsrechtlichen Bestimmungen ausreichend Rücksicht nimmt. Wenn die Statistik von Praktikern der Verwaltung vielfach mit missgünstigen Augen angesehen und als eine Art überflüssigen

Sportes betrachtet wird, so ist dies zum Theile darauf zurückzuführen, dass man auf die praktischen Bedürfnisse bei der Sammlung des Materials zu wenig Rücksicht nimmt, und Bände voll Ziffern herstellt, die zwar sehr hübsche und interessante Dinge, aber nicht das enthalten, was die Verwaltung in ihnen sucht.

Von einer Gewerbestatistik verlangt der Praktiker der Verwaltung nun vor allem Auskunft über die Verhältnisse der Betriebe, die der Gewerbegesetzgebung unterstehen, das ist der anmeldepflichtigen oder, wie Engel sagt, der etablierten Gewerbebetriebe, und es ist zur Beurtheilung einer gesetzgeberischen Massnahme oder eines bestehenden Zustandes keineswegs gleichgiltig, ob ein Ausweis über die diesem unterworfenen Personen oder über eine grössere Gesamtheit vorliegt, in der jene Personen oder Betriebe zwar gleichfalls enthalten, aber mit einer Menge nicht dazu Gehöriger unterschiedslos zusammengeworfen sind.

Es ergeben sich somit für die Abgrenzung des Begriffes der Zählungseinheit folgende Forderungen:

Ausschluss der hausindustriellen Arbeiter, Ausschluss der unselbständigen Störarbeiter und möglichste Berücksichtigung verwaltungsrechtlicher Kriterien.

Wo nun, wie unter Anderem in Oesterreich und Deutschland, der Betrieb eines Gewerbes ganz allgemein an die vorherige Anmeldung bei der Obrigkeit oder die Lösung eines Gewerbebescheines gebunden ist, wird diesen Forderungen am leichtesten Rechnung getragen, wenn man, wie Engel es seiner Zeit vorschlug, die Erhebung ausdrücklich auf die anmeldepflichtigen Gewerbebetriebe beschränkt.

Der nothwendige, enge Zusammenhang mit der Gewerbegesetzgebung wäre bei einem solchen Verfahren naturgemäss hergestellt; fraglich könnte es hingegen erscheinen, ob auch den beiden anderen Forderungen dadurch Rechnung getragen ist.

Was zunächst die Hausindustrie betrifft, so ist es ja eine bekannte Thatsache, dass viele kleingewerbliche Meister in Wahrheit nichts Anderes sind, als Hausindustrielle, und man könnte sagen, dass mit demselben Rechte, wie diese, auch jene Hausindustriellen, die ihre Beschäftigung nicht auf Grund einer förmlichen Gewerbebefugnis betreiben, in die Erhebung einbezogen werden könnten.

Man darf jedoch eines nicht übersehen: Es gibt nicht leicht eine Betriebsform, die unter einer

grösseren Vielfältigkeit der äusseren Form auftritt, wie die Hausindustrie. Der typische Fall, in dem ein Arbeiter allein oder unter Mithilfe seiner Familienangehörigen in eigener Wohnung fremde Materialien, vielfach mit fremden Werkzeugen, um Lohn verarbeitet, ist freilich leicht zu erkennen; schwieriger ist dies schon bei dem sogenannten Kaufsystem der Hausindustrie, wobei der Verleger dem Heimarbeiter das nöthige Material käuflich überlässt, und die Waare um einen Preis zurückkauft, der den Hausindustriellen eben den Arbeitslohn verdienen lässt. Von da geht es dann in unzähligen Mischformen aufwärts zum selbständigen Handwerksmeister, der wohl für den Absatz an Händler arbeitet, aber sich seine wirtschaftliche Unabhängigkeit ihnen gegenüber noch voll zu wahren verstanden hat. Eine feste Grenze ist kaum zu ziehen, noch weniger ist es möglich, die Merkmale, die einen Gewerbetreibenden als Hausindustriellen zu kennzeichnen geeignet sind, so knapp, zweifellos und allgemein verständlich zu fassen, dass sie dem ganzen grossen Heere von Zählern, dessen Verwendung die Verbindung der Gewerbeaufnahme mit der Volkszählung und ihre Ausdehnung auf jede Art gewerblicher Thätigkeit voraussetzt, mundgerecht und verständlich gemacht werden können.

Wer jemals in die Lage kam, an einer solchen Aufnahme unmittelbar von den ersten Stadien der Erhebung an mitzuwirken, wird wissen, dass für ihren Ausfall und den inneren Werth ihrer Ergebnisse in letzter Linie Alles auf den Zähler ankommt. Dieser ist weitaus die wichtigste Person bei dem ganzen Zählgeschäfte. Gewiss kann ein gutes Material durch schlechte Bearbeitung verdorben werden, doch auch bei einer ungenauen Bearbeitung wird ein gutes Material noch immer bessere Ergebnisse liefern, als ein schlechtes bei der besten.

Nun ist aber der Zähler in der Regel kein Mensch von besonderer staatswissenschaftlicher oder oft sogar nur allgemeiner Bildung. Insbesondere in einem Staate wie Oesterreich, der Gebiete der verschiedensten Cultur- und Bildungsstufen in sich schliesst, wird man zum Theile mit einem sehr wenig qualificirten Zählmaterial rechnen müssen. Die Merkmale, welche für die Zählung oder Nichtzählung massgebend sind, müssen daher möglichst einfach, zweifellos und leicht zu constatiren sein, und soviel als nur immer thunlich mit dem allgemeinen Sprachgebrauch und der hergebrachten Anschauungsweise der Bevölkerung in Uebereinstimmung sich befinden. Ist nun durch gesetzliche

Vorschriften, die seit Jahrzehnten das Erwerbsleben des Volkes beherrschen, der Begriff eines Gewerbebetriebes an bestimmte Voraussetzungen gebunden, wie z. B. an die Lösung eines Gewerbescheines oder einer Concession, an die Anmeldung vor der Behörde, so wird keine Instruction der Welt vermögen, diese eingewurzelte Anschauungsweise aus den Köpfen der Menge zu bannen und an deren Stelle die am grünen Tische ausgeklügelte Definition zu setzen, mag diese so klar und richtig sein als sie will. Wo man intelligente und gewissenhafte Zähler zur Verfügung hat, oder auf den Gang des Zählgeschäftes durch unmittelbare Ueberwachung Einfluss nehmen kann, wird es gehen. Ueberall sonst wird der Apparat vollständig versagen, und man bekommt bestenfalls ein höchst ungleichmässiges Ergebniss, das für einzelne Landestheile vielleicht den Absichten der Zählungsvorschrift entspricht, überall dort aber, wo die Aufnahme nicht unter besonders günstigen Verhältnissen vor sich geht, sich trotz alledem auf die landläufig hergebrachten Begriffe aufbaut, ohne dass man davon auch nur Kenntniss erhält.

Damit wird die Sache nur schlechter statt besser. Man glaubt ein Material zu besitzen, das bestimmten Anforderungen entspricht, baut dessen Bearbeitung, baut Schlüsse und Folgerungen auf dieser Voraussetzung auf und kommt zu Ergebnissen, die mit den wirklichen Verhältnissen keineswegs im Einklange stehen.

In Folge dessen steht zu befürchten, dass bei einer Ausdehnung der Gewerbeaufnahme auf jede Art gewerblicher Beschäftigung gerade in den ländlichen Gebieten mit ausgedehnter Hausindustrie die nicht anmeldepflichtigen Betriebe dieser Art trotz gegentheiliger Bestimmung der Zählungsvorschriften nicht gezählt werden. Man ist so gewohnt, nur denjenigen als Gewerbetreibenden zu betrachten, der sein Gewerbe ordnungsmässig angemeldet hat, dass man sich in eine andere Anschauungsweise gar nicht hineinzugewöhnen vermag.

Uebrigens kommt hier auch noch die Steuerfurcht hinzu. In allen Staaten mit einem ausgebildeten Gewerbesteuersystem besteht ja eine gewisse Wechselbeziehung zwischen der Anmeldung des Betriebes und seiner Besteuerung. Für die Bevölkerung liegt die Befürchtung nahe, dass die Declaration einer Beschäftigung als Gewerbe bei der Zählung das Heranziehen zur Anmeldung und Besteuerung mit sich führen würde; man wird daher trachten, solche

Beschäftigungen bei der Zählung zu verheimlichen; der Mangel einer offenen Werkstatt befördert ein solches Vorgehen und von Seite der Zähler wird man gerade in den kritischen Bezirken zum grossen Theile weder das nöthige Verständniss noch den Willen und die Lust voraussetzen dürfen, diesem Bestreben der Bevölkerung, innerhalb deren sie leben, energisch entgegen zu treten. Ja selbst Gemeindebehörden werden in vielen Fällen die ausgesprochene Neigung haben, an der Verheimlichung solcher Betriebe mitzuhelfen; so bilden beispielsweise in vielen Gebieten der Hausweberei die Weber und ihre Factoren einen so bedeutenden Bruchtheil der Bevölkerung, dass die Gemeindevorstellung auf sie und ihre Interessen Rücksicht zu nehmen gezwungen ist. Betraut man nun die Gemeinde etwa gelegentlich einer Volkszählung mit der Aufgabe, auch die Erhebungen über die Gewerbebetriebe des Ortes zu pflegen, und bestimmt man, dass die Hausweberei als Gewerbebetrieb zu betrachten ist, so wird die Befürchtung, dass diese Erhebung nur einen Vorläufer der Besteuerung bilden würde, im weitesten Umfange zu dem Versuche der Verheimlichung solcher Betriebe führen. Die Aufnahme wird dann ihrer Veranlagung nach zwar eine scheinbare Vollständigkeit besitzen, in Wahrheit aber mit ihren Zahlen weit hinter der Wirklichkeit zurückbleiben.

Schon aus Rücksicht auf die Einheitlichkeit der Erhebung wird man daher schwerlich etwas Besseres thun können, als auf den ersten Vorschlag Engel's zurückzugreifen und die Erhebung auf den anmeldepflichtigen Gewerbebetrieb zu beschränken. Es gibt ja auch nicht leicht ein Merkmal, das für den Zähler einfacher und zweifelloser festzustellen ist, als das Vorhandensein oder Fehlen einer Gewerbeanmeldung. Die thunlichste Gleichmässigkeit der Erhebung ist hiebei übrigens auch aus dem Grunde in erhöhtem Masse gesichert, dass die Bestimmungen über die Anmeldepflicht der Gewerbe in Oesterreich seit 1859 unverändert geblieben sind. Wenn seither für eine Reihe von Gewerben der Befähigungsnachweis als Bedingung der Anmeldung eingeführt wurde, so bedeutet dies lediglich unter Umständen eine Erschwerung des Zutrittes zum Gewerbe, an der Anmeldepflicht jedes Gewerbes wurde aber dadurch nichts geändert. Dieser nunmehr bald 40jährige Bestand der gesetzlichen Vorschriften über die Gewerbeanmeldung, die übrigens auch in dem Gewerberechte einer noch früheren Zeit ihre Analogien besaßen, ist aber gewiss geeignet, eine einheitliche Praxis

der Gewerbebehörden herbeizuführen, sicherlich in viel höherem Masse, als eine, wenn auch noch so scharf gefasste Zählungsvorschrift dies bei den Tausenden ungeübter Zähler zu thun vermöchte, die mit ihrer Ausführung betraut würden.

In Bezug auf Hausindustrie würde durch die Beschränkung der Erhebung auf die anmeldepflichtigen Betriebe ohne Frage der Ausschluss aller jener Beschäftigungen erzielt, welche von vorneherein als reine Lohnarbeit im eigenen Hause sich darstellen und aus diesem Grunde der Anmeldung entgangen sind.

Dass mit ihnen auch wirkliche Gewerbebetriebe der Aufnahme entgehen sollten, ist nicht zu befürchten, da, wie schon erwähnt, in Oesterreich und übrigens auch in vielen Staaten Deutschlands und anderwärts die Gewerbeanmeldung den ersten Schritt zur Gewerbebesteuerung bildet und man der Steuerbehörde zum mindesten so viel zutrauen kann, dass steuerpflichtige Betriebe nicht massenhaft im Verborgenen blühen. Sollte es in vereinzelten Fällen da und dort dennoch vorkommen, dass ein Betrieb der Anmeldung und Besteuerung entgeht — *minima non curat praetor*.

Es handelt sich nunmehr noch um die angemeldeten Betriebe, deren Inhaber trotz ihrer Meisterwürde nichts Anderes als hausindustrielle Arbeiter sind. Sie von vorneherein auszuschliessen, geht nicht an, weil ihre Unterscheidung gegenüber den wirtschaftlich unabhängigen Gewerbebetrieben ungemein schwierig, die erschöpfende Instruction der Zähler und die Sicherung gleichmässigen Vorganges bei der Zählung nahezu unmöglich wäre. Ausserdem würde bei solchem Vorgange abermals der Zusammenhang mit der Gewerbegesetzgebung und die Verwendbarkeit der Statistik für die Zwecke der Gesetzgebung und Verwaltung gestört werden; auch wird man in Betracht ziehen müssen, dass Derjenige, welcher ein Gewerbe angemeldet hat, schon durch diese Thatsache, ganz abgesehen von seiner wirtschaftlichen Lage, eine gesellschaftliche Stellung einnimmt, die sich ganz wesentlich von jener eines blossen Arbeiters unterscheidet. Man muss nur die Anschauungen und Lebensgewohnheiten der Bevölkerung kennen, um zu wissen, dass diese Formalitäten, die man leicht als etwas sehr Unwesentliches zu betrachten geneigt ist, im wirklichen Leben eine sehr reale Bedeutung für die Stellung des Einzelnen besitzen. Er gehört damit einer anderen Schichte der Bevölkerung an, er tritt in die Organisationen

ein, die für selbständige Handwerksmeister bestehen, wird Mitglied der Innungen und Genossenschaften und wird allmählig mit übermächtiger Gewalt in den Bannkreis der Empfindungen und Interessen dieser Classe hineingezogen. Auch hat ja der Meister, der Inhaber einer formalen Gewerbebefugnis ist, werthvolle Rechte, die ihn vom blossen Heimarbeiter unterscheiden, wenn er auch im Uebrigen sich wirthschaftlich nicht oder nicht viel über dessen Lage erhebt, so z. B. nach österreichischem Gewerbe-rechte das Recht, Gehilfen und Lehrlinge zu halten, und nicht bloss für andere Gewerbetreibende, sondern auch für Händler und Privatkunden zu arbeiten. Auch von diesem Gesichtspunkte aus rechtfertigt es sich, jeden angemeldeten Gewerbebetrieb, selbst wenn er bloss eine Form der Hausindustrie ist, bei der Gewerbestatistik schon der blossen Thatsache seiner Anmeldung wegen zu berücksichtigen.

Strengsten Anforderungen aber in Rücksicht auf die unanfechtbare Construction der Zählungseinheit kann Rechnung getragen werden, wenn man durch die Aufnahme passender Fragen in die Erhebungsformulare für jeden angemeldeten Betrieb die Umstände erhebt, die ihn als hausindustriellen oder selbständigen zu kennzeichnen geeignet sind, und bei der Zusammenstellung dafür Sorge trägt, die verschiedenen Abstufungen, die vom rein hausindustriellen Betrieb bis zum selbständigen Handwerker hinaufgehen, darzustellen. Dann wird ein viel richtiger und viel tieferer Einblick in das Wesen der gewerblichen Zustände geöffnet werden, als wenn man wahllos und schrankenlos Alles als einen Gewerbebetrieb gelten lässt, was einer gewerblichen Beschäftigung ähnlich sieht und sich damit begnügt, durch sicherlich nicht immer verständliche und überdies weitaus nicht auf alle Verhältnisse passende Fragen die hausindustriellen Betriebe festzustellen, wie dies die deutsche Gewerbeaufnahme thut.

Aehnliches wie von der Hausindustrie gilt von den Störrarbeitern, nur dass hier die Anmeldung des Gewerbes, beziehungsweise der Erwerb der Gewerbebefugnis von noch grösserer Bedeutung ist, nicht nur, weil sie das Recht gewährt, Lehrlinge und Gesellen zu halten, sondern weil sie den Beginn der öffentlichen Etablirung des Geschäftes bezeichnet und in der Regel wohl auch die Eröffnung eines wenigstens theilweisen Werkstättenbetriebes mit sich bringt.

Die Anmeldung des Gewerbes bildet auch hier den äusseren Ausdruck der Thatsache, dass der be-

treffende Gewerbetreibende aus der Reihe der blossen Hilfsarbeiter, die sich heute Dem, morgen Jenem verdingen, heraus und in eine höhere sociale Schichte eingetreten ist.

Nun wird allerdings eingewendet werden, dass, selbst wenn man die Nothwendigkeit gesonderter Behandlung und Darstellung des angemeldeten Gewerbebetriebes zugibt, immer noch ganz gewiss ein bedeutendes Interesse daran bestehe, auch die Zahl der in der Hausindustrie, als unselbständige Störrarbeiter oder bei häuslicher Nebenbeschäftigung gewerblich thätigen Personen kennen zu lernen. Dieses Interesse ist gewiss vorhanden und voll berechtigt, doch ist seine Befriedigung nicht Sache der Gewerbestatistik, sondern der Berufstatistik oder besonderer Aufnahmen.

Es ist übrigens oben bereits von theoretischen Gesichtspunkten aus darzuthun versucht worden, dass die Gewerbestatistik gar nicht im Stande ist, die vollständige Erfassung dieser Mikroorganismen der Volkswirtschaft zu verbürgen. Dass dem in der That so ist, zeigen die deutschen Gewerbeaufnahmen.

Es liegen Anzeichen dafür vor, dass durchaus nicht alle hausindustriellen Arbeiter, sowie es im Sinne der Zählungsvorschriften gelegen gewesen war, als selbständige Betriebsinhaber gezählt wurden. Ein nicht unerheblicher Theil derselben dürfte vielmehr der Erhebung dadurch entgangen sein, dass sie bei der Berufsangabe sich nicht als Selbständige, sondern als Arbeiter erklärten, und dass eine Berichtigung dieser Angabe durch den Zähler nicht erfolgte.

In der nachfolgenden Tabelle I (siehe Seite 108 und 109) sind für die Stadt Berlin, deren statistisches Amt im Jahre 1875 das Volkszählungsmaterial berufsstatistisch aufarbeitete, die Ergebnisse der Berufs- und Gewerbestatistik für dieses Jahr einander gegenüber gestellt. Nun muss allerdings bei der Vergleichung beider Zahlenreihen der principielle Unterschied zwischen Berufs- und Gewerbestatistik in Betracht gezogen werden, indem bei der Berufstatistik jede Person nach ihrem individuellen Berufe, bei der Gewerbestatistik hingegen nach der Art des Betriebes, in dem sie beschäftigt ist, classificirt erscheint; so sind z. B. bei der Berufstatistik zahlreiche Arbeiter der Maschinenindustrie bei der Metall- und Holzverarbeitung gezählt, die Böttcher in Brauereien und Spirituosenfabriken, die in der Gewerbestatistik unter der Arbeiterschaft dieser Be-

triebe mitgezählt erscheinen, figuriren in der Berufsstatistik bei der Holzindustrie (Böttcherei) und ähnliche Beziehungen bestehen auch zwischen anderen Gruppen.

Man wird sich daher bei der Vergleichung der Resultate auf Industriegruppen beschränken müssen, bei denen eine derartige Verschiebung nicht oder nur in geringem Masse vorausgesetzt werden kann. Dies ist bei der Gruppe der Bekleidungsindustrie der Fall, welche sich für unsere Zwecke ausserdem ganz hervorragend eignet, weil erfahrungsgemäss in dieser Industrie sowohl die Heimarbeit, als auch die unselbständige Störarbeit einen ganz bedeutenden Umfang besitzt. Da ergibt sich denn zwischen den Zahlen der Berufs- und Gewerbestatistik ein ganz erheblicher Unterschied zu Gunsten der Ersteren und zwar gerade bei der Kategorie der Arbeiter.

Die Berufsstatistik zählte in der Gruppe:

	mehr um Erwerbsthätige
XIIIa (Wäsche, Bekleidung, Putz) ..	12882 = 38 %
XIIIb (Schuhmacherei)	3246 = 38,4 „
XIIIc (Haar- und Bartpflege)	602 = 32,5 „
XIIId (Reinigung)	1900 = 37,8 „

Zusammen bei der ganzen Beklei-

dungs-Industrie..... 18630 = 38 %

Die Zahlen der Berufsstatistik überwiegen somit jene der Gewerbestatistik in der Bekleidungsindustrie um rund ein Drittel.

Es geht nicht an, diesen kolossalen Fehlbetrag etwa lediglich durch die Arbeitslosigkeit zu erklären; ebenso dürfte die Annahme von der Hand zu weisen sein, dass gerade in dieser vorzugsweise städtischen Industrie in Berlin wohnende Arbeiter in erheblichem Umfange in auswärtigen Unternehmungen beschäftigt gewesen seien.

Es bleiben somit nur zwei Erklärungsgründe übrig, entweder zu niedrige Angaben der Unternehmer über ihre Arbeiterzahl oder das Fehlen einer grossen Zahl von Heimarbeitern unter den Selbstständigen. Die erste Annahme ist im hohen Grade unwahrscheinlich, weil nicht abzusehen ist, warum die Verschweigungen gerade in dieser Gruppe einen so ungeheuerlichen Umfang angenommen haben sollten, während beispielsweise in der Gruppe XIIa (vegetarische Nahrungs- und Genussmittel), die gleichfalls ziemlich in sich geschlossen ist, die Zahlen der Berufs- und Gewerbestatistik nur unwesentlich von einander abweichen, und ebenso bei

Zusammenfassung der mit einander in inniger Beziehung stehenden Gruppen V (Metallverarbeitung), VI (Maschinenindustrie und Instrumente), und XI (Industrie der Holz- und Schnitzstoffe) eine durchaus befriedigende Uebereinstimmung sich herausstellt.

Es bleibt infolge dessen kaum etwas nderes übrig, als die Annahme, dass entgegen den Zählungsvorschriften zahlreiche Hausindustrielle und Störarbeiter dieser Gruppe nicht als Selbständige, sondern als Arbeiter im Dienste einer Unternehmung gezählt wurden.

Uebrigens sprach Engel*) selbst es unverholen aus, dass bei der Gewerbestatistik des Jahres 1875 Minderzählungen von Betrieben für diejenigen Arten der Erwerbsthätigkeit vorgekommen seien, welche ausserhalb der Grenzen des eigentlichen Handwerkes liegen und das Gebiet hausindustrieller Thätigkeit gewisser Bevölkerungsgruppen oder Familienmitglieder bilden, wie z. B. Netzstrickerei und Filetarbeiten, Weissnäherei, Tapisserie, Weberei u. A. m. Er schreibt dies hauptsächlich dem Umstande zu, dass vorhandene Nebenbeschäftigungen — sei es aus unrichtiger Auffassung, sei es aus Nachlässigkeit — überhaupt nicht gezählt wurden. Eine Nachtragscontrole erschien kaum thunlich, weil in diesen Industriezweigen der Alleinbetrieb möglich und weit verbreitet ist. Selbstverständlich wird von diesen Minderzählungen — z. B. in der Näherei — nicht nur die Hausindustrie, sondern auch die unselbständige Störarbeit betroffen.

Auf der anderen Seite kamen durch die unrichtige Beantwortung der Berufsfragen des Volkszählungsformulars auch Mehrzählungen von Betrieben vor, indem das Wort „selbständig“ falsch aufgefasst und auf die bürgerliche Selbständigkeit als Familienoberhaupt, statt auf gewerbliche bezogen wurde; so geschah es, dass sich Arbeiter als selbständig in die Zählkarte eintrugen und dann auch als selbständige Betriebsinhaber in die Gewerbestatistik geriethen, obwohl sie in der Werkstätte eines fremden Unternehmers beschäftigt waren. Ein Correctiv für diese Angaben war in Industriezweigen, die ohne Gehilfen und besondere Werkvorrichtungen betrieben werden können, gleichfalls nicht vorhanden.

Für die unvollständige Erfassung der Nebenbeschäftigungen — und zwar in Gewerbebezügen, die von der Hausindustrie und Störarbeit nicht berührt sind — zeugt auch ein Vergleich der ge-

*) Preuss. Statistik, Heft XXXIX. 2. Hälfte, Seite 120 und Heft XXXX. Seite 88.

Tabelle I. Vergleich der Berufs- und

Gruppen	Erwerbsthätige nach der Zählung von 1875										Gesamtzahl der Erwerbsthätigen nach der Berufsstatistik 1875
	Selbstständige			in abhängiger Stellung, und zwar							
				Angestellte			Arbeiter			zus.	
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.		
I. Gärtnerei	349	15	364	29	.	29	844	6	847	876	1.240
II. Fischerei	20	.	20	.	.	.	18	.	18	18	38
III. Bergbau etc.	36	.	36	5	.	5	6	.	6	11	47
IV. Stein und Erde	539	12	571	40	1	41	2.087	10	2.097	2.138	2.709
V. Metallverarbeitung	3.109	94	3.203	321	1	322	21.292	262	21.554	21.876	25.079
VI. Maschinen etc.	1.985	36	2.021	439	.	439	5.871	14	5.885	6.324	8.345
VII. Chemische Industrie	253	6	259	58	.	58	395	5	400	458	717
VIII. Heiz- und Leuchtstoffe	182	10	192	54	.	54	320	10	330	384	576
IX. Textilindustrie	2.247	762	3.009	119	3	122	4.251	1.271	5.522	5.644	8.653
X. Papier- und Lederindustrie	2.492	73	2.565	124	2	126	7.051	438	7.489	7.615	10.180
XI. Holz- und Schnitzstoffe	4.998	172	5.170	211	3	214	19.634	233	19.867	20.081	25.251
XII a. Vegetabile Nahrungsmittel	1.092	30	1.122	136	1	137	3.659	30	3.689	3.826	4.948
XII b. Animale Nahrungsmittel	1.158	28	1.186	11	2	13	2.606	20	2.626	2.639	3.825
XII c. Getränke	623	15	638	90	1	91	992	2	994	1.085	1.723
XII d. Tabak	672	13	685	42	15	57	1.932	357	2.289	2.331	3.046
XIII a. Wäsche, Bekleidung, Putz	7.141	14.796	21.937	105	68	173	6.855	17.767	24.622	24.795	46.732
XIII b. Schuhmacher	5.252	41	5.293	19	.	19	6.122	45	6.167	6.186	11.479
XIII c. Haar- und Bartpflege	819	556	1.375	1	2	3	941	147	1.088	1.091	2.466
XIII d. Reinigung	97	4.600	4.697	25	26	51	43	2.136	2.179	2.230	6.927
XIV. Baugewerbe	2.927	21	2.948	1.310	.	1.310	20.566	1	20.567	21.877	24.825
XV. Druckereien	792	31	823	107	1	108	4.619	166	4.785	4.893	5.716
XVI. Kunstgewerbe	793	28	821	43	2	45	2.234	10	2.244	2.289	3.110
XVII a. Warenhandel	17.841	3.011	20.852	6.714	97	6.811	14.499	2.523	17.022	23.833	44.685
XVII b. Geld- und Credithandel	829	4	833	508	4	512	318	1	319	831	1.664
XVII c. Spedition und Commission	939	10	949	45	.	45	46	7	53	98	1.047
XVII d. Buchhandel etc.
XVII e. Handelsvermittlung	1.569	11	1.580	41	1	42	38	.	38	80	1.660
XVII f. Hilfgewerbe des Handels	39	5	44	24	.	24	27	5	32	56	100
XVII g. Versteigerung	302	94	396	10	4	14	140	1	141	155	551
XVIII a. Landstrassen- u. Stadtverkehr	2.300	72	2.372	112	1	113	5.275	14	5.289	5.402	7.774
XVIII b. Schifffahrt	1.306	12	1.318	7	.	7	1.558	1	1.559	1.566	2.884
XIX. Beherbergung u. Erquickung	5.337	1.314	6.651	109	12	121	4.301	724	5.025	5.146	11.797

Gewerbebezahlung in Berlin 1875.

Gewerbebezahlung von 1875														Gesamtzahl der Erwerbstätigen nach der Gewerbestatistik 1875	Gruppen
Betriebe			Geschäftsleiter			abhängiges Personal									
						Angestellte			Arbeiter			zus.			
H.	N.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.				
355	1	356	348	15	363	8	.	8	238	17	255	263	626	I.	
20	.	20	20	.	20	.	.	.	8	.	8	8	28	II.	
11	.	11	14	.	14	23	.	23	245	11	256	279	293	III.	
498	11	509	539	12	551	138	6	144	2.544	115	2.659	2.803	3.351	IV.	
2.965	43	3.008	3.103	93	3.196	517	9	526	12.128	1.000	13.128	13.654	16.850	V.	
1.742	40	1.782	1.960	36	1.996	1.321	8	1.329	22.165	179	22.344	23.673	25.669	VI.	
218	12	230	245	6	251	175	1	176	867	40	907	1.083	1.334	VII.	
156	7	163	179	10	189	261	13	274	2.723	219	2.942	3.216	3.405	VIII.	
2.766	38	2.804	2.225	762	2.987	954	219	1.173	5.276	3.994	9.270	10.443	13.430	IX.	
2.355	42	2.397	2.481	78	2.554	505	30	535	7.133	3.329	10.462	10.997	13.551	X.	
4.869	70	4.939	5.001	172	5.173	343	25	368	13.213	804	14.017	14.385	19.358	IX.	
1.071	11	1.082	1.087	30	1.117	80	22	102	3.081	337	3.418	3.520	4.637	XII.	
1.173	2	1.175	1.161	28	1.189	43	1	44	1.582	186	1.768	1.782	2.971	XII.	
588	3	591	632	15	647	253	5	258	2.168	92	2.260	2.518	3.165	XII.	
643	3	646	666	13	679	154	.	154	1.521	1.131	2.652	2.806	3.485	XII.	
21.629	78	21.707	7.137	14.792	21.929	678	193	871	4.432	6.618	11.050	11.921	33.850	XIII.	
5.253	25	5.278	5.252	41	5.293	30	19	49	2.440	451	2.891	2.910	8.233	XIII.	
1.363	5	1.368	818	556	1.374	.	.	.	472	18	490	490	1.864	XIII.	
4.671	23	4.694	98	4.600	4.698	4	6	10	75	244	319	329	5.027	XIII.	
2.782	64	2.846	2.901	12	2.913	361	.	361	12.649	29	12.678	13.039	15.952	XIV.	
726	24	750	799	31	830	381	19	400	5.033	808	5.841	6.241	7.071	XV.	
894	9	903	895	28	923	21	1	22	1.305	64	1.369	1.391	2.314	XVI.	
18.148	639	18.787	17.489	3.002	20.491	2.837	145	2.982	9.236	1.697	10.933	13.915	34.406	XVII.	
554	10	564	826	3	829	940	.	940	1.015	10	1.025	1.965	2.794	XVII.	
833	24	877	933	10	943	178	.	178	706	11	717	895	1.838	XVII.	
538	42	580	612	37	649	150	10	160	769	122	891	1.051	1.700	XVII.	
1.501	18	1.519	1.563	11	1.574	13	.	13	104	1	105	118	1.692	XVII.	
37	6	43	39	5	44	.	.	.	4	.	4	4	48	XVII.	
361	36	397	304	94	398	81	2	83	154	19	173	256	654	XVII.	
2.287	56	2.343	2.298	72	2.370	14	.	14	1.869	6	1.875	1.889	4.259	XVIII.	
1.260	4	1.264	1.262	2	1.264	8	.	8	1.433	.	1.433	1.441	2.705	XVIII.	
6.496	96	6.592	5.332	1.314	6.646	97	16	113	2.191	1.456	3.647	3.760	10.406	XIX.	

werbestatistischen Zahlen für die Brennerei und Brauerei mit jenen der Steuerstatistik (siehe die nachstehende Tabelle II).

Hiebei zeigt sich übereinstimmend für die Zählungen von 1875 und 1882, dass die Zahlen der Steuerstatistik jene der Gewerbestatistik wesentlich

Tabelle II. Vergleichung der Gewerbe- und Steuerstatistik für Brauereien und Brennereien 1875 und 1882.

Länder	Zahl der Brauereien								Zahl der Brennereien							
	1875				1882				1875				1882			
	nach der Gewerbestatistik		nach der Steuerstatistik	nach der Gewerbestatistik		nach der Steuerstatistik		nach der Gewerbestatistik	nach der Steuerstatistik	nach der Gewerbestatistik		nach der Steuerstatistik	nach der Gewerbestatistik		nach der Steuerstatistik	
	Hauptbetriebe	Nebenbetriebe		Hauptbetriebe	Nebenbetriebe	gewerbliche	nicht gewerbliche			Hauptbetriebe	Nebenbetriebe		Hauptbetriebe	Nebenbetriebe	mehliges Stoffe und Melasse verarbeitend	Andere Stoffe, Treber, Ohl etc. verarbeitend
Länder des nord-deutschen Steuervereines	7410	1107	13520	7103	1150	10068	1198	8409	1530	10843	8514	2062	7139	1725		
Elsass-Lothringen	—	—	—	208	3	216	—	142	427	29577	82	167	141	20904		
Bayern	—	—	—	4450	784	5445	1681	—	—	—	761	801	1809	2741		
Württemberg...	—	—	—	2206	230	2566	5457	—	—	—	144	928	2528	—		

überragen, und zwar selbst dann noch, wenn man die nicht gewerblichen Brauereien, d. i. jene, die nur für den eigenen Bedarf ohne besondere Brauanlage Bier bereiten, unberücksichtigt lässt, weil sie keinem Erwerbszwecke dienen. Diese Nichtübereinstimmung wird officiell dadurch erklärt, dass kleine Brauereien und Brennereien, wenn sie zur Zählungszeit gerade nicht im Betriebe waren, ihren Inhabern nicht wichtig genug erschienen, um sie, wenn auch nur als Nebengewerbe, bei der Erhebung anzugeben.

Die Feststellung dieser Thatsache besitzt insofern eine besondere Bedeutung, als es sich hier um häufig vorkommende landwirtschaftliche Nebengewerbe handelt, die bloss zeitweise betrieben werden, und die begründete Vermuthung besteht, dass es mit der Vollständigkeit der Erfassung anderer landwirtschaftlicher Nebenbeschäftigungen, z. B. der im Winter in manchen Gegenden betriebenen Böttcherei und Berchtesgadnerwaaren-Erzeugung, nicht viel besser bestellt sein wird.

Die Ueberlegenheit der an die Volkszählung angegliederten Gewerbeaufnahme ist daher auch in Bezug auf die Erfassung dieser Nebenbeschäftigungen nur eine scheinbare. Zweifellos wird zwar bei dieser Methode der Erhebung eine Reihe von Nebenbeschäftigungen erfasst, die bei einer Beschränkung der Erhebung auf die angemeldeten Gewerbe ganz ausfallen würden. Vollständigkeit ist jedoch in dieser Beziehung nicht zu erzielen, und, was noch schlimmer ist, man weiss nicht einmal, inwieweit die Erhebung vollständig oder unvollständig ist. Eine besondere, durch eine Enquête über das Vorkommen solcher Beschäftigungen eingeleitete Erhebung dürfte sich ihr auch in Bezug auf die Vollständigkeit, ganz zu schweigen von der Reichhaltigkeit der Angaben, als weit überlegen erweisen.

Zu ähnlichen Ergebnissen, wie bei der Vergleichung der berufs- und gewerbestatistischen Zahlen des Jahres 1875 in Berlin, gelangt man bei Vergleichung der im Jahre 1882 für das Reich ermittelten Zahlen (siehe Tabelle III Seite 112 u. 113).

Aus den schon angeführten Gründen beschränken wir uns dabei wieder auf die Bekleidungsindustrie. Die Zahl der im Hauptberufe Erwerbsthätigen ist hier nach der Berufsstatistik um 60.376 grösser als nach der Gewerbestatistik, und diese Differenz wächst noch erheblich, wenn man die in abhängiger Stellung bloss nebensächlich Erwerbsthätigen (im Ganzen 11.498) bei der Berufsstatistik zuzählt, da sie ja auch bei der Gewerbestatistik von dem Unternehmen, in dessen Betriebe sie nebensächlich thätig waren, mitgezählt werden sollten.

Die Ursache dieser Abweichung liegt auch hier, wie bei den Berliner Zahlen des Jahres 1875, bei den Abhängigen oder, wenn man noch genauer zusieht, bei den Arbeitern.

Die Zahl der Selbständigen ist nämlich nach der Gewerbestatistik sogar noch etwas grösser, wie nach der Berufsstatistik. — 874.262 gegen 863.766 — „eine Folge der fortdauernden Bemühungen der statistischen Centralstellen, auch nach Abschluss der berufsstatistischen Aufstellungen das Erhebungsmateriale zu ergänzen und zu berichtigen“. Theilweise kam diese Vermehrung der Selbständigen dadurch zu Stande, dass bei der Berufsstatistik als abhängig gezählte Personen als selbständig erkannt wurden, und insoweit vermindert sich auch dadurch die zu Ungunsten der Gewerbestatistik bestehende Differenz in der Zahl der Gewerbethätigen.

In ähnlicher Weise beruht die Verschiedenheit der Zahlen des angestellten Verwaltungspersonales wesentlich darauf, dass die Unternehmer bei der Ausfüllung der Gewerbefragebogen rücksichtlich dieser Angaben vielfach von anderen Gesichtspunkten ausgingen, als die Angestellten selbst bei Beantwortung der Berufsfragen; auch hiedurch wurde theilweise eine Verschiebung zwischen den Kategorien der Angestellten und der Arbeiter bewirkt.

Die Differenz in der Arbeiterzahl bewegt sich somit zwischen einem Minimum, das durch den Unterschied in der Gesamtzahl der Gewerbethätigen nach beiden Statistiken gegeben ist, und einem Maximum, welches den Unterschied zwischen den beiderseitigen Zahlen für die Arbeiter darstellt, so dass die Zahl der in der Berufsstatistik enthaltenen, in der Gewerbestatistik jedoch fehlenden Arbeiter der Bekleidungsindustrie sich zwischen 60.000 und 70.000 bewegt.

Aus der Zählung arbeitsloser Individuen bei der Berufsstatistik lässt sich diese Differenz nicht erklären. Aus dem Jahre 1882 liegen allerdings

directe Ermittlungen über die Arbeitslosigkeit nicht vor. Wenn man jedoch berücksichtigt, dass im Jahre 1895 die Zahl der Arbeitslosen in der Bekleidungsindustrie durchschnittlich 3.13% und in ihren einzelnen Gewerbearten im Minimum 1.22% und im Maximum 6.12% sämtlicher Arbeitnehmer (einschliesslich der Inhaber hausindustrieller Betriebe) ausmacht, und die Differenz zwischen den Zahlen der Berufs- und Gewerbestatistik vom Jahre 1882 auf derselben Grundlage berechnet, durchschnittlich 11.4% der bei der Berufsstatistik gezählten Arbeitnehmer ausmacht, so wird man diesen Erklärungsgrund nicht für zureichend halten können und das umsoweniger, als er zur Aufhebung der gleichen, bei der Erhebung von 1895 auftretenden Differenzen weitaus nicht genügt.

Beziehungen zu anderen Industriegruppen, die eine wesentliche Aenderung des Ergebnisses herbeiführen könnten, sind bei der Bekleidungsindustrie nicht anzunehmen. Die Annahme, dass von den Unternehmern etwa systematisch im grösseren Umfange zu niedrige Angaben über die Zahl der Arbeiter gemacht worden wären, ist ebensowenig begründet, als im Jahre 1875; im Gegentheil, nach der alten Erfahrung, dass bei Wiederholung einer Erhebung die dem Misstrauen der Bevölkerung entspringenden Bedenken in der Regel geringer sind, weil man sich von ihrer Grundlosigkeit bereits einmal überzeugt hat, wird man in dieser Beziehung eher ein besseres Material voraussetzen dürfen. Es bleibt daher auch hier wieder kaum ein anderer Erklärungsgrund, als dass eine Anzahl Hausindustrieller bei der Berufsstatistik und infolge dessen auch bei der Gewerbestatistik nicht als selbständig gezählt, andererseits aber von den Unternehmern, in deren Lohn sie arbeiteten, gemäss den Zählungsvorschriften auch nicht als Arbeiter angegeben worden waren.

Diese Vermuthung gewinnt an Wahrscheinlichkeit, wenn man in die Betrachtung der Zahlenverhältnisse der einzelnen Gewerbearten eingeht. Am schärfsten tritt der Unterschied zwischen den Ergebnissen beider Zählungen zu Tage in der Näherei, Schneiderei und Confection von Kleidern und Wäsche, wo die Berufsstatistik 198.380, die Gewerbestatistik dagegen nur 157.733 Arbeiter angibt, und in der Schuhmacherei, wo den 183.472 Arbeitern der Berufsstatistik 157.750 der Gewerbestatistik gegenüberstehen. Beides sind Gewerbe, in denen die Hausindustrie erfahrungsgemäss besonders stark vertreten ist. Auch in der Putzmacherei, in der die Haus-

Tabelle III. Vergleich der deutschen

Berufsstatistik 1882												
Berufs- bezw. Gewerbearten	Im Hauptberuf Erwerbsthätige							Im Nebenberuf Erwerbsthätige				
	Selbständige, arbeitend			in abhängiger Stellung			Zusammen	Selbständige, arbeitend			in abhängiger Stellung	
	für eigene Rechnung (a)	für fremde Rechnung (a. fr.)	zusammen	Ange- stellte (b)	Arbeiter (c)	zusam- men		für eigene Rechnung	für fremde Rechnung	zusam- men	Ange- stellte	Ar- beiter
	2	3	4	5	6	7		8	9	10	11	12
Näherei	204.685	48.922	253.607	51	53.465	53.516	307.123	15.087	1.980	17.067	—	2.087
Schneiderei	181.835	22.835	204.670	460	123.568	124.028	328.698	16.137	543	16.680	11	2.583
Confection von Kleidern und Wäsche	7.314	5.167	12.481	1.641	21.347	22.988	35.469	1.006	332	1.338	20	388
Zusammen ..	393.834	76.924	470.758	2.152	198.380	200.532	671.290	32.230	2.855	35.085	31	3.058
Putzmacherei, künstliche Blumen und Federn ...	15.916	2.349	18.265	504	17.647	18.151	36.416	2.129	141	2.270	6	500
Hut- und Mützenmacherei, Kürschnerei	12.564	1.034	13.598	386	19.835	20.221	33.819	770	68	838	3	309
Verfertiger von Hosenträgern, Cravatten, Handschuhen und Corsets ..	3.011	5.516	8.527	273	11.246	11.519	20.046	313	606	919	5	321
Wäsche, Kleidung, Kopfbedeckung, Putz	425.323	85.823	511.148	3.315	247.108	250.423	761.571	35.442	3.670	39.112	45	6.188
Schuhmacherei	232.256	12.862	245.118	732	183.472	184.204	429.322	22.139	303	22.442	10	2.777
Bader, Haarschneider, Perückenmacher	20.947	97	21.044	72	15.552	15.624	36.668	3.587	12	3.599	2	269
Badeanstalten	781	—	781	255	1.975	2.230	3.011	847	—	847	54	392
Wäscherei und Plätterei ..	83.564	1.478	85.042	94	17.508	17.602	102.644	9.605	74	9.679	17	1.723
Kleiderreinigung, Kammerjagd	633	—	633	7	151	158	791	203	—	203	1	20
Baden und Waschen	84.978	1.478	86.456	356	19.634	19.990	106.446	10.655	74	10.729	72	2.135
Bekleidung und Reinigung ..	763.506	100.260	863.766	4.475	463.766	470.241	1.334.007	71.823	4.059	75.882	129	11.369
Schuhmacher in Breslau ..	1.696	189	1.885	9	2.180	2.189	4.074	38	5	43	—	7

Berufs- und Gewerbestatistik 1882.

Gewerbestatistik 1882													
Betriebe		Personal der Hauptbetriebe					Hausindustrielle Betriebe		Personal der hausindustriellen Hauptbetriebe		Personal der Hausindustrie nach Angabe der Verleger		
		Ge- schäfts- leiter	Abhängige			Gesamt- zahl							
Haupt- betriebe	Neben- betriebe		Ange- stellte	Arbeiter	zusam- men		Haupt- betriebe	Neben- betriebe	Ge- schäfts- leiter	Ab- hängige	un- mittel- bar Beschäf- tigte	mittel- bar Beschäf- tigte	
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	
253.319	17.120	253.200	51	15.500	15.551	268.751	46.147	1.975	46.136	3.822	143	10	
211.603	14.809	210.530	497	113.214	113.711	324.241	24.849	466	24.825	15.103	7.902	990	
9.014	425	8.404	2.907	26.615	29.522	37.926	5.044	306	5.015	1.067	31.086	31.393	
473.936	32.354	472.134	3.455	155.329	158.784	630.918	76.040	2.747	75.976	19.992	39.131	32.393	
18.728	1.746	18.628	418	14.963	15.381	34.009	2.459	129	2.451	631	1.239	542	
13.544	1.008	13.570	757	20.683	21.440	35.010	1.183	215	1.181	782	3.760	873	
12.600	1.342	12.601	600	15.159	15.759	28.360	9.372	1.150	9.351	1.171	12.385	3.059	
523.808	36.450	516.933	5.230	206.134	211.364	728.297	89.054	4.241	88.959	22.576	55.515	36.867	
247.779	19.915	245.600	928	157.750	158.678	404.278	14.280	314	14.244	4.530	13.447	1.916	
21.593	3.497	21.428	39	13.502	13.541	34.969	88	8	86	110	37	—	
1.181	409	806	189	3.181	3.370	4.176	—	—	—	—	—	—	
89.254	10.139	88.972	140	12.231	12.371	101.343	2.172	123	2.171	371	56	8	
524	155	523	—	45	45	568	2	—	2	—	—	—	
90.959	10.703	90.301	329	15.547	15.786	106.087	2.174	123	2.173	371	56	8	
879.139	70.565	874.262	6.526	392.843	399.369	1.273.631	105.596	4.686	105.462	27.587	69.055	38.791	
1.861	37	1.863	25	1.757	1.782	3.645	193	3	287		248 von 34 Betrieben aus		

industrie, namentlich bei der Erzeugung von künstlichen Blumen, ebenfalls eine bedeutende Rolle spielt, ist der Unterschied ein erheblicher — 16.677 gegen 14.963.

Befremdend dagegen wirkt es auf den ersten Blick, dass in der Hut- und Mützenmacherei und bei der Erzeugung von Cravatten, Handschuhen etc. die Arbeiterzahlen der Gewerbestatistik überwiegen. Es erklärt sich dies jedoch aus den Verschiedenheiten der Einreihung in die Classification. Dass solche wirklich vorwalten, geht schon daraus hervor, dass in der zweitgenannten dieser Berufsarten die Zahl der Selbständigen nach der Gewerbestatistik beträchtlich höher ist, als nach der Berufsstatistik (12 601 gegen 8725). Ferner dürften sich viele Cravatten-, Handschuh- und Miedernäherinnen, Hutstaffiererinnen und ähnliche Hausindustrielle bei der Zählung schlechthin als Näherinnen bezeichnet haben, und dem entsprechend in der Berufsart „Näherei“ gezählt worden sein, statt dort, wo sie dem Gegenstande ihrer Thätigkeit nach hingehört hätten. Der kolossale Unterschied, der gerade bei der Näherei zwischen den Zahlenangaben der Berufs- und Gewerbestatistik besteht, deutet darauf hin, dass sie auch hier meist nicht als Selbstständige sondern als Arbeiterinnen gezählt wurden.

Ähnliche Abweichungen wie bei den Gewerbezweigen mit starker Hausindustrie zeigen sich auch dort, wo eine grosse Zahl unselbständiger Störarbeiter besteht, deren Anerkennung als selbständige Gewerbetreibende den Zählorganen zweifelhaft erscheinen musste, wie z. B. in der Wäscherei und Plätterei, welche in der Berufsstatistik 19.508, in der Gewerbestatistik 12.331 Arbeiter zählt. Zum grossen Theile ist diese Differenz wohl dadurch gedeckt, dass die Zahl der Selbständigen dieser Gewerbeart nach der Gewerbestatistik um 3930 höher ist, als nach der Berufsstatistik, so dass sich in der Gesamtzahl der Beschäftigten die Differenz zu Ungunsten der Gewerbestatistik auf 1301 heruntermindert. Doch liegt gerade in dem Umstande, dass in so zahlreichen Fällen durch nachträgliche Erhebungen eine Verbesserung der Angaben erfolgte, ein Beweis dafür, dass Personen, die nach den Zählungsvorschriften als selbständig zu behandeln waren, bei der Erhebung thatsächlich zum grossen Theile sich als Arbeiter bezeichnet hatten, und dass die Zählungsorgane diese Bezeichnung auch durchgehen liessen.

Ähnliche Verbesserungen wurden auch in anderen Gewerbearten vorgenommen, so dass in der Gruppensumme die Zahl der Selbständigen nach der

Gewerbestatistik, wie bereits oben erwähnt, um 10 496 höher ist als nach der Berufsstatistik. Wenn somit für rund 10.000 Fälle eine ursprünglich fehlerhafte Erhebung wirklich nachgewiesen erscheint, kann wohl mit Fug angenommen werden, dass in den restlichen circa 60.000 zweifelhaften Fällen oder mindestens in einem grossen Theile derselben der gleiche Fehler begangen wurde, ohne dass die Möglichkeit nachträglicher Correctur vorgelegen wäre.

Zu denselben Ergebnissen gelangt man, wenn man die Berufs- und Gewerbezahl von 1895 zum Vergleiche heranzieht (s. Tab. IV S. 116 u. 117).

Die Differenzen sind hier sogar noch weit grösser; einer Zahl von 1,513.124 Erwerbsthätigen der Berufsstatistik stellt die Gewerbestatistik in der Bekleidungsindustrie ein Gesamtpersonal von 1,390.604 Arbeitskräften (einschliesslich der Betriebsleiter) entgegen, so dass nicht weniger als 122.520 Erwerbsthätige in der Gewerbestatistik nicht enthalten sind. Dabei tritt die auffallende Thatsache hervor, dass auch die Zahl der Selbstständigen nunmehr in der Berufsstatistik grösser ist. Während 1882 noch die Gewerbestatistik um 10.496 Selbständige (Betriebsleiter) mehr auswies, als die Berufsstatistik, blieb sie bei der Erhebung von 1895 um 4429 hinter dieser zurück. Die Erklärung hiefür dürfte darin zu suchen sein, dass thätige Mitinhaber nicht in allen Fällen unter Frage 10 A. a. des Gewerbebogens angegeben wurden, vielleicht auch darin, dass im Geschäfte mitthätige Familienmitglieder in der Haushaltungsliste als Selbständige, im Gewerbebogen, der sie abweichend von jenem des Jahres 1882 besonders erfragt, unter 10 A. f. angegeben und infolge dessen bei der Zusammenstellung unter den Arbeitern gezählt wurden.

Daher ist auch die Differenz in der Arbeiterzahl nicht mehr, wie im Jahre 1882, grösser, sondern um ein Geringes kleiner als jene der Gesamtzahl der Erwerbsthätigen. Sie beträgt 120.966 oder unter beiderseitiger Abrechnung der Familienangehörigen sogar 129.050 gegen 72.963 im Jahre 1882. Demgegenüber beträgt die Zahl der Arbeitslosen in der Hausindustrie 1598, bei den übrigen Arbeitern 22.372. Es verbleiben somit auch nach Abzug der Arbeitslosen immer noch rund 100.000 Arbeiter, um welche die Gewerbestatistik zu wenig nachweist.

Dass die Ursache dieser Erscheinung wenigstens grossentheils in der mangelhaften Erfassung der hausindustriellen und Störbetriebe zu finden ist, wird übrigens bereits officiell zugegeben.

In der Einleitung zur Darstellung der Hauptergebnisse der gewerblichen Betriebszählung vom 14. Juni 1895 *) heisst es:

Wenn bei Bekleidung und Reinigung 136.187**) Personen weniger in der Gewerbestatistik erscheinen, so ist zu berücksichtigen, dass viele beruflich hier gezählte Wäscherinnen, Plätterinnen, Näherinnen in Gewerben wie Textilindustrie, Gast- und Schankwirtschaft thätig und gewerbestatistisch nachgewiesen sind; auch ist anzunehmen, dass unter den zahlreichen Personen, die sich in der Haushaltungsliste als „Schneiderin unselbständig“, „Näherin unselbständig“ bezeichnet haben, manche nicht zu einem Gewerbebetrieb gehören und deshalb in der Gewerbestatistik nicht erscheinen.

Geht man auf die einzelnen Industriezweige ein, so zeigt sich die stärkste Differenz wieder in der Näherei, Schneiderei, Kleider- und Wäscheconfection; 328.443 Arbeitern der Berufsstatistik stehen hier bloss 240.133 der Gewerbestatistik gegenüber.

Allerdings sind dabei, ebenso wie im Jahre 1882, zweifellos viele Näharbeiter anderer Zweige der Bekleidungsindustrie, wie z. B. der Putzmacherei, Hut- und Mützenmacherei, Handschuh- und Cravatten-erzeugung u. s. w. infolge ungenauer Berufsangaben bei der Berufsstatistik hier gezählt worden, wodurch sich der wirkliche Unterschied bei den Zählungen in dieser Gewerbeart verringert.

Dafür überwiegen jedoch in den genannten Gewerbezweigen die Zahlen der Gewerbestatistik, welches Verhältniss im Falle einer Richtigstellung der Ziffern sich gleichfalls verschieben würde, so dass das Endergebniss das gleiche wäre.

Hervorzuheben ist, dass der Unterschied beider Zählungen in der Näherei und Schneiderei etc. stärker gewachsen ist, als die Arbeiterzahl selbst.

In der Schuhmacherei ist der Unterschied verhältnissmässig geringer, als im Jahre 1882, aber immer noch bedeutend genug; die Berufsstatistik zählt hier 164.210, die Gewerbestatistik 151.257 Arbeiter. Es mag dies, ebenso wie die Minderung der Arbeiterzahl dieses Gewerbes, an sich damit zusammenhängen, dass in der Schuhmacherei der Fabriksbetrieb in raschem Vordringen begriffen ist, während in der Wäsche- und Kleidererzeugung die Hausindustrie

die herrschende Betriebsform bildet, und auch die Störarbeit noch einen grossen Raum einnimmt.

In Bezug auf die Störarbeit besitzen noch die Zahlen für die Wäscherei besonderes Interesse, da sie hier besonders verbreitet ist. In diesem Gewerbe weist die Berufsstatistik 50.929, die Gewerbestatistik bloss 26.554 Arbeiter aus!

Die drei grossen deutschen Erhebungen gewähren somit, vielfach bis in die Einzelheiten übereinstimmend, dasselbe Bild mangelhafter Erfassung der Hausindustrie und der Störarbeit, obwohl gerade die Erzielung zweifelloser Vollständigkeit in dieser Hinsicht als ein Hauptvorthail der deutschen Erhebungsmethode gepriesen wird.

Eine Bekräftigung erfahren übrigens die aus dem Vergleiche von Berufs- und Gewerbestatistik gezogenen Schlussfolgerungen noch durch die Gegenüberstellung der Zählungsergebnisse von 1882 über das Schuhmachergewerbe in Breslau und der Angaben einer Monographie über dieses Gewerbe, welche in den Schriften des Vereines für Socialpolitik (B. XIV) erschienen ist. Der Verfasser dieser Monographie gibt auf Grund der Adressbücher für 1882 die Zahl der Schuhmachermeister, also der etablirten Gewerbetriebe in Breslau auf circa 1400, jene der Hausindustriellen auf circa 640 an. Er zählt dabei als selbständige Gewerbetreibende die in den Adressbüchern ausdrücklich als Meister verzeichneten. Das Weglassen dieses Titels im Adressbuche bedeutet seiner Angabe nach soviel, als Schuhmacher in eigener Wohnung, aber ohne eigene Unternehmung, d. i. in den weitaus meisten Fällen ein Hausindustrieller.

Im Sinne der Zählungsvorschriften wären somit im Jahre 1882 circa 2040 Betriebe bei der Schuhmacherei zu zählen gewesen. Die Gewerbestatistik zählte aber nur 1861 Haupt- und 37 Nebenbetriebe oder zusammen 1898 Betriebe, darunter 196 Hausindustrielle mit zusammen 25 Angestellten und 1757 Arbeitern, die Berufsstatistik dagegen 1885 Selbständige, darunter 189 für fremde Rechnung Arbeitende, mit neun Angestellten und 2180 Arbeitern.

Gegenüber den Zahlen der Monographie weist somit die Berufs- und Gewerbestatistik um circa 150 bis 200 Selbständige zu wenig aus. Die Ursache tritt beim Vergleich der Angaben über die Zahl der Hausindustriellen zu Tage.

*) Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches. Jahrg. 1898. Ergänzungsheft zum ersten Heft. Seite 44.]

**) Die hier angegebene Differenz ist noch um 13.667 grösser, als die von mir auf Seite 124 angegebene, welche ich auf Grund der vorläufigen Mittheilungen über die Berufszählung und die gewerbliche Betriebszählung in den Vierteljahrsheften der Statistik des Deutschen Reiches berechnet habe.

Tabelle IV. Vergleich zwischen

Berufs- bezw. Gewerbearten	Berufsstatistik 1895																
	Im Hauptberuf Erwerbstätige								Im Nebenberuf Er-								
	Selbständig Arbeitende				in abhängiger Stellung				Selbständ. Arbeit.			in abhängiger					
	für eigene Rechnung	zu Haus für fremde Rechnung	Zusammen	Ange-stellte	Ar-beiter	u. d. Arbeitern s. Familienang.	Zu-sammen	Zu-sammen	für eigene Rechnung	zu Haus für fremde Rechnung	Zusammen	Ange-stellte	Ar-beiter	in selb-ständigen Betrieben	in Haus-industriellen Betrieben	Zu-sammen	Zu-sammen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
1. Näherei	160.623	29.758	190.381	53	99.503	1.185	171	99.556	289.937	11.561	2.536	14.097	2	2.410	351	61	1.819
2. Schneiderei	224.877	36.264	261.141	2.142	195.346	3.635	412	197.488	458.629	18.640	1.600	20.240	25	4.352	2.226	468	1.526
3. Kleider- u. Wäscheconfection	5.930	10.383	16.313	5.937	33.394	302	156	39.531	55.844	780	1.253	2.033	20	976	339	157	404
4. Putzmacherei	14.901	1.065	15.966	1.040	17.353	547	20	18.393	34.359	1.832	84	1.916	8	767	512	9	218
5. Fertigstellung etc. von Puppen	370	639	1.009	88	2.545	69	53	2.633	3.642	48	251	299	2	173	72	38	45
6. Verfertigung v. künstl. Blumen u. Federschmuck	1.601	1.376	2.977	476	9.409	125	12	9.885	12.862	213	422	635	2	364	186	14	119
7. Hutmacherei, Verfertigung v. Filzwaren	3.021	347	3.368	895	15.650	127	2	16.545	19.913	205	55	260	4	343	161	7	96
8. Mützenmacherei	1.386	241	1.627	53	1.195	38	6	1.248	2.875	290	17	307	1	118	65	13	34
9. Kürschnerei	5.331	705	6.036	219	7.772	186	16	7.991	14.027	253	87	340	2	416	216	21	117
10. Handschuhmacher	1.860	3.163	5.023	486	9.488	95	12	9.974	14.997	120	800	920	1	360	88	21	215
11. Verfertigung v. Cravatten und Hosenträgern	477	1.113	1.590	298	2.322	24	23	2.620	4.210	50	68	118	3	68	22	4	31
12. Verfertigung v. Corsets	562	1.178	1.740	470	6.380	26	5	6.850	8.590	58	266	324	—	135	39	—	84
a) Wäsche, Kleidung, Kopfbedeckung, Putz	420.939	86.232	507.171	12.157	400.557	6.359	888	412.714	919.885	34.050	7.439	41.489	70	10.482	4.280	813	4.708
b) Schuhmacherei	215.746	19.582	235.328	2.648	164.210	1.193	86	166.858	402.186	26.957	1.465	28.422	26	3.072	1.270	114	1.490
1. Barbier (auch w. zugl. Friseur)	21.316	—	21.316	64	22.121	119	—	22.185	43.501	3.852	—	3.852	2	308	131	—	170
2. Friseur und Perückenmacher	7.933	17	7.950	29	8.884	96	1	8.943	16.863	528	2	530	—	172	114	—	52
c) Barbieren und Frisuren	29.249	17	29.266	93	31.005	215	1	31.098	60.364	4.380	2	4.382	2	480	245	—	222
1. Badeanstalten	885	—	885	548	3.637	120	—	4.185	5.070	957	—	957	78	732	284	—	62
2. Waschanstalten, Plättnerinnen	69.822	3.479	73.301	352	50.929	1.509	33	51.281	124.582	8.050	313	8.363	11	4.087	957	26	672
3. Kleiderreiniger, Stiefelwischer	812	4	816	15	206	8	—	221	1.037	455	1	456	—	27	10	—	6
d) Badenu. Waschen	71.519	3.483	75.002	915	54.772	1.637	33	55.687	130.689	9.462	314	9.776	89	4.906	1.251	26	740
Zusammen	737.453	109.314	846.767	15.813	650.544	9.404	1.008	666.357	1,513.124	74.849	9.220	84.069	187	18.940	7.046	950	7.160
Näherei, Schneiderei, Kleider- u. Wäscheconfection	391.430	76.405	467.835	8.132	328.443	5.122	739	336.575	804.410	30.981	5.389	36.370	47	7.738	2.919	686	3.749
Putzmacherei, künstliche Blumen und Federn, Puppen	16.872	3.080	19.952	1.604	29.307	741	85	30.911	50.863	2.093	757	2.850	12	1.304	770	61	382
Hut- und Mützenmacherei, Kürschnerei	9.738	1.293	11.031	1.167	24.617	351	24	25.784	36.815	748	159	907	7	877	442	41	247
Verfertigung v. Hosenträgern, Cravatten, Handschuhen und Corsets	2.899	5.454	8.353	1.254	18.190	145	40	19.444	27.797	228	1.134	1.362	4	563	149	25	330

Berufs- und Gewerbestatistik 1895.

Gewerbestatistik 1895																		
Erwerbstätige					Arbeitslose			Betriebe		Personen der Hauptbetriebe							Haus-industriellen-Betriebe	
Stellung			Zu-sammen	Hausindustrie	Angestellte	Arbeiter	Hauptbetriebe	Nebenbetriebe	Geschäftsleiter	Abhängige					Zu-sammen	Hauptbetriebe	Nebenbetriebe	
Stellung	in den Betrieben	sonstige Arbeiter								Angestellte	Arbeiter	unter den Ar-beitern sind		Zusammen Ab-hängige				
												Familien-angehörige	sonstige					
18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	
1.819	101	2.412	16.509	618	—	4.370	190.514	13.808	190.361	49	17.186	1.472	15.714	17.235	207.596	32.192	2.620	
1.526	53	4.377	24.617	413	64	6.396	265.413	17.024	263.627	1.880	179.445	7.230	172.215	181.325	444.952	41.101	1.482	
404	33	996	3.029	290	165	2.045	9.315	988	9.538	7.778	43.502	678	42.824	51.280	60.818	4.982	750	
218	3	775	2.691	19	23	1.148	16.384	1.306	16.143	505	14.802	1.075	13.727	15.307	31.450	1.063	86	
45	5	175	474	4	—	36	1.039	263	1.025	125	2.920	244	2.676	3.045	4.070	695	224	
119	10	366	1.001	20	10	317	3.023	626	3.072	724	10.938	345	10.593	11.662	14.734	1.411	404	
96	4	347	607	3	14	544	3.217	186	3.287	1.346	18.811	298	18.513	20.157	23.444	342	41	
34	1	119	426	4	2	43	1.993	293	1.957	146	2.032	172	1.860	2.178	4.135	269	13	
117	21	418	758	23	3	426	6.049	263	6.059	390	8.038	492	7.546	8.428	14.487	741	81	
215	19	361	1.281	18	6	223	5.247	818	5.120	531	11.136	338	10.798	11.667	16.787	3.202	790	
31	4	71	189	32	7	101	1.541	80	1.579	645	2.180	76	2.104	2.825	4.404	1.103	60	
84	—	135	439	8	6	86	1.669	292	1.701	633	6.967	11	6.926	7.600	9.301	1.149	254	
1.708	254	10.552	52.041	1.452	300	15.735	505.404	35.947	503.469	14.752	317.957	12.461	305.496	332.709	836.178	88.250	6.804	
1.490	59	3.098	31.520	112	39	3.611	237.160	24.162	234.146	3.040	151.257	2.789	148.468	154.297	388.443	20.347	1.346	
170	—	310	1.162	—	—	722	22.674	3.298	22.216	41	21.609	319	21.290	21.650	43.866	—	—	
52	—	172	702	—	—	320	7.556	404	7.511	17	7.165	194	6.971	7.182	14.693	18	—	
222	—	482	1.864	—	—	1.042	30.230	3.702	29.727	58	28.774	513	28.261	28.832	58.559	18	—	
62	—	870	1.827	—	7	52	1.537	366	960	289	4.947	380	4.567	5.236	6.196	—	—	
672	13	4.098	12.461	34	1	1.928	73.766	7.538	73.298	547	26.554	2.310	24.214	27.101	100.399	3.361	287	
6	—	27	483	—	—	4	748	395	738	2	89	13	76	91	829	5	—	
740	13	4.995	14.771	34	8	1.984	76.051	8.299	74.996	838	31.590	2.733	28.857	32.428	107.424	3.366	287	
7160	326	19.127	103.196	1.598	347	22.372	848.845	72.110	842.338	18.688	529.578	18.496	511.082	548.266	1.390.604	111.981	8.437	
3.749	187	7.785	44.155	1.321	229	12.811	465.242	31.820	463.526	9.707	240.133	9.380	230.753	249.840	713.366	78.275	4.852	
382	18	1.316	4.166	43	33	1.501	20.446	2.195	20.240	1.354	28.660	1.664	26.996	30.014	50.254	3.169	714	
247	26	884	1.791	30	19	1.013	11.259	742	11.303	1.882	28.881	962	27.919	30.763	42.066	1.352	135	
330	23	567	1.929	58	19	410	8.457	1.190	8.400	1.809	20.283	455	19.828	22.092	30.492	5.454	1.103	

Von den 640 hausindustriellen Schustern hatten nur 189, beziehungsweise 196, die Fragen der Berufs- und Gewerbezahlung ordnungsmässig beantwortet; die übrigen hatten sich offenbar theils als Selbstständige ohne dem Beisatz: „zu Hause für fremde Rechnung arbeitend“, theils als blosser Arbeiter ihrer Verleger in den Zählbogen eingetragen; da eine Correctur seitens der Zähler nicht erfolgte, waren sie im letzteren Falle bei der Gewerbestatistik gar nicht, bei der Berufsstatistik als Arbeiter gezählt worden. Es ist nur eine nothwendige Folge dieses Vorganges, dass die Berufsstatistik eine grössere Zahl von Arbeitern aufweist, als die Gewerbestatistik; allerdings beläuft sich die Differenz zu Gunsten der Berufsstatistik auf ungefähr das Doppelte jener Zahl, welche erforderlich wäre, um den durch die Zählung der Hausindustriellen als Arbeiter hervorgerufenen Ausfall in der Reihe der Selbstständigen zu decken. Es scheinen hier noch andere Umstände mitgewirkt zu haben, was jedoch nichts darin ändert, dass die Differenz zwischen Berufs- und Gewerbestatistik zu einem wesentlichen Theile auf die unvollständige Erfassung auf die Hausindustrie zurückzuführen ist.

Leider ist es bei dem Mangel von allgemeinen Nachweisungen über die angemeldeten Betriebe unmöglich, ähnliche Untersuchungen für einen grösseren Gebietstheil Deutschlands anzustellen. Einigen Ersatz bietet jedoch der Vergleich der letzten österreichischen Berufsstatistik von 1890 mit den gleichzeitigen Zahlen der besteuerten Gewerbe, wie sie von den Handels- und Gewerbekammern auf Grund der von ihnen geführten Erwerbsteuerkataster ermittelt wurden.

Ich beschränke mich bei dieser Vergleichung auf das Kronland Niederösterreich, weil mir für dieses Gebiet der Zustand des ehemaligen Erwerbsteuerkatasters der Handelskammer und seine Uebereinstimmung mit den Registern der Steuerbehörden bekannt ist, und weil hier auch Angaben über die Zahl der Hausindustriellen, welche von den grösseren Verlagsgeschäften beschäftigt werden, zu Gebote stehen.

In der Tabelle V (siehe Seite 119) sind einander für die Bekleidungsindustrie und einige Berufsarten der

Textilindustrie gegenübergestellt: einerseits die Zahl der bei der Berufszählung ermittelten Selbstständigen*) im Haupt- und Nebenberufe, andererseits die Zahl der besteuerten Gewerbebetriebe und die Zahl der Hausindustriellen, die von den industriellen Betrieben mit mehr als 21 Gulden Erwerbsteuer beschäftigt wurden. Diese letztere Zahl umfasst weitaus nicht die gesammte Verlagsarbeit, denn es sind in ihr nicht enthalten die Heimarbeiter, welche von kleineren, niedriger besteuerten Unternehmungen aus beschäftigt wurden, sowie jene, deren Verleger nach aussen hin nicht als Erzeuger, sondern als blosser Händler auftreten; insbesondere die letztere Kategorie ist ziemlich zahlreich. Erwähnt sei noch, dass unter diesen Heimarbeitern zum Theile verlegte Meister mit ordentlicher Gewerbebefugnis und deren Gehilfen mitgezählt worden sind.

Gehen wir nun auf die einzelnen in dieser Tabelle enthaltenen Gewerbe ein.

In der Schuhmacherei beträgt die Zahl der bei der Berufszählung ermittelten Selbstständigen im Haupt- und Nebenberufe zusammen 11.071, jene der besteuerten Gewerbe 9215, es bleiben somit 1856 Erwerbsthätige für die Mitinhaber bei Gesellschaftsfirmen und für die Hausindustrie, während die Zahl der Sitzgesellen in der Schuhmacherei nach übereinstimmenden Schätzungen der betreffenden Fachcorporationen in Wien allein 10.- bis 12 000 beträgt. Bei den industriellen Betrieben mit mehr als 21 Gulden Erwerbsteuer wurden nach Angabe der Verleger 5064 Heimarbeiter gezählt, nahezu durchwegs unbesteuerte Sitzgesellen, da die verlegten Meister, besonders die sogenannten Ablösmeister, die die ganze Woche darauf losarbeiten, und Samstag dann ihre Waare bestmöglich bei den verschiedenen Schuhwaarenhändlern loszubringen trachten, in der Regel nicht für andere Schuhwaaren-erzeuger sondern für Händler arbeiten, und überdies zumeist in einem so losen Verhältnisse zum Verleger stehen, dass sie von diesem gar nicht angegeben werden. Von einer auch nur halbwegs genauen Erfassung der Hausindustrie unter den Selbstständigen der Berufsstatistik kann somit hier keine Rede sein. Ein ähnliches Zahlenverhältniss besteht bei den Kürschnern, Hut- und Kappenmachern. Die

*) Als Selbstständige betrachtet die österreichische Berufsstatistik ausser den Personen in Unternehmerstellung auch alle Personen, welche ihre qualificirte oder unqualificirte Arbeitskraft verwerthen, ohne in einem derartigen Dienstverhältnisse zu stehen, welches ihre Einreihung unter die Angestellten, Arbeiter, Tagelöhner oder die Hausdienerschaft rechtfertigen würde, somit, wenigstens der Hauptsache nach, auch die Hausindustriellen und die Störrarbeiter. Vgl. Rauchberg, „Die Bevölkerung Oesterreichs“, Wien 1895, Seite 249.

Tabelle V. Vergleich der Berufs- und Gewerbestatistik in Niederösterreich 1890.

Berufs- bezw. Gewerbearten	Bei der Berufszählung ermittelte Selbständige *)			Zahl der besteuerten Betriebe auf Grund des Gewerbesteuer- katasters **)	Die Zahl der besteuerten Betriebe ist grösser (+) kleiner (—) als die Zahl der Selbständigen		Zahl der Heimarbeiter bei den Betrieben mit mehr als 21 fl. Er- werbesteuer im Ordinarium ***)
	im Haupt- beruf	im Neben- beruf	Zu- sammen		im Haupt- beruf	im Haupt- u. Neben- beruf	
Seidenweberei.....	147	5	152	92	— 55	— 60	421
Schafwollweberei	301	20	321	33	— 268	— 288	881
Baumwollweberei	232	26	258	503	+ 271	+ 245	425
Leinen- und Juteweberei	847	57	904	22	— 825	— 882	—
Weberei überhaupt	1.527	108	1.635	650	— 877	— 985	1.727
Strickerei, Wirkerei, Erzeugung von Häkelwaaren, Spitzen und Stickereien	898	94	992	326	— 572	— 666	804
Posamenterie.....	285	8	293	239	— 46	— 54	236
Weissnäherei und Erzeugung von Wäsche	11.239	585	11.824	1.767	— 9.472	— 10.057	3.407
Kleidermacherei	12.543	569	13.112	8.972	— 3.571	— 4.140	6.786
Schuhmacherei	10.701	370	11.071	9.215	— 1.486	— 1.856	5.064
Putzmacher und Federnschmücker.....	1.263	68	1.331	1.102	— 161	— 229	82
Kürschner, Hut- und Kappenmacher	1.061	27	1.088	916	— 145	— 172	237
Verfertigung von Hosenträgern, Handschuhen, Schirmen, Cravatten und Miedern	560	58	618	725	+ 165	+ 107	1.338
Reinigung und Reparatur von Kleidern und Wäsche	5.654	474	6.128	900	— 4.754	— 5.228	—
Friseure und Perückenmacher	1.678	45	1.723	1.514	— 164	— 209	—

geringfügige Differenz zwischen den Zahlen der Erwerbthätigen und den besteuerten Gewerbetreibenden würde hier nicht einmal genügen, um die hausindustriellen Staffirerinnen, d. s. Frauenspersonen, die das Füttern und Bebändern der Hüte besorgen, zu decken. Bei den Putzmachern, Federnschmückern und Blumenmacherinnen ist der Unterschied beider Zahlen gleichfalls viel zu gering, als dass er die hier insbesondere auf dem Gebiete der Blumenmacherei stark entwickelte Hausindustrie in sich zu begreifen vermöchte.

In der Berufsart „Verfertigung von Hosenträgern, Handschuhen, Schirmen, Cravatten

und Miedern“ ist die Zahl der besteuerten Gewerbetreibenden sogar grösser als die der Selbständigen bei der Berufsstatistik und doch bilden gerade diese Berufsarten eine wahre Domäne der Hausindustrie. Das Nähen von Handschuhen, die Anfertigung von Cravatten, das Nähen und Spannen von Schirmen sind Verrichtungen, die fast ausschliesslich durch unbesteuerte Hausindustrielle, meist Frauen, vollzogen werden.

Aehnlich liegen die Verhältnisse in der Posamenterie und selbst bei der Weberei und Strickerei etc., obwohl in diesen beiden Berufsarten die Zahl der selbständig Erwerbthätigen jene der besteuerten

*) Oesterreichische Statistik, XXXIII. Band, 2. Heft, Berufsstatistik nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 31. December 1890. Niederösterreich.

**) Nachrichten über Industrie, Handel und Verkehr aus dem statistischen Departement im k. k. Handelsministerium, LIV. Band, 1. Heft. Statistik der österreichischen Industrie nach dem Stande am Ende des Jahres 1890.

***) Statistischer Bericht über die volkswirtschaftlichen Zustände des Erzherzogthums Oesterreich unter der Enns, an das k. k. Handelsministerium erstattet von der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer in Wien.

Gewerbetreibenden erheblich überragt, ohne jedoch an den Umfang der gerade hier ausserordentlich stark verbreiteten Hausindustrie hinanzureichen. Bestehen doch nach Angabe der Webergenossenschaft in Kautzen allein in den Gerichtsbezirken Dobersberg, Litschau und Umgebung über 4000 Hausweber, meist Kleinhäusler, Zinsparteien und arme Bauersleute, die in der Winterszeit die Weberei betreiben. Für das ganze Waldviertel wird die Zahl der Hausweber sogar bis auf 8000 geschätzt. In Wien dürften bei der Seiden-, Baumwoll- und Shawlweberei ebenfalls etwa 1400 bis 2000 Hausgesellen arbeiten, während die Berufsstatistik für ganz Niederösterreich einschliesslich der Selbstständigen im Nebenberufe 1635 Selbständige der Weberei zählt, von denen 650 auf die besteuerten Gewerbetreibenden entfallen.

Ein entschiedenes Uebergewicht, das der Verbreitung der betreffenden Thätigkeiten einigermassen entspricht, haben die Zahlen der Berufsstatistik nur bei der Weissnäherei und Wäschereinigung. Es dürfte dies in der massenhaften Einbeziehung unselbständiger Störarbeiter seinen Grund haben. Möglicherweise wurde die Berufsangabe „Näherin“ oder „Wäscherin“ bei der Zusammenstellung durchgreifend als Angabe eines selbständigen Berufes angesehen.

Auch bei der Kleidermacherei sind die Zahlen der Berufsstatistik möglicherweise entsprechend, da die Heimarbeiter dieses Gewerbes zum grössten Theile besteuerte Stückmeister oder Werkstättengehilfen von solchen sind. Inwieweit der Ueberschuss von circa 4000 Selbständigen der wirklichen Zahl unbesteuerten Sitzgesellen und unselbständiger Störarbeiter, die insbesondere bei der Frauenkleidermacherei sehr zahlreich sind, entspricht, kann infolge dessen schwer beurtheilt werden.

Dessen ungeachtet geht jedoch aus der Vergleichung der österreichischen Berufs- und Gewerbestatistik für das Jahr 1890 unzweifelhaft hervor, dass die Verbindung der Gewerbeaufnahme mit der Volkszählung oder einer verwandten Aufnahme in Oesterreich ebenso wenig, ja sogar noch im geringeren Masse als in Deutschland die Sicherheit vollständiger Erfassung der nichtanmeldepflichtigen Gewerbetreibenden, namentlich der Hausindustriellen gewährt, sondern im Gegentheile die Möglichkeit ziemlich empfindlicher Lücken offen lässt.

*) Seite 103.

Es erscheint auch aus diesem Gesichtspunkte der Ueberlegung werth, ob man die Gewerbeaufnahme nicht lieber auf den Kreis der anmeldepflichtigen Betriebe beschränken solle, deren vollständige Erfassung sicher ist. Man wüsste dann wenigstens, was man hat, und sicherlich verstärkt diese Erwägung in ganz erheblichem Masse das Gewicht der theoretischen Gründe, welche für den Ausschluss der Hausindustrie und der unselbständigen Störarbeit aus dem Bereiche der Gewerbestatistik sprechen.

Eine Aufklärung über die Zahl der in der Hausindustrie beschäftigten Personen könnte allenfalls im unmittelbaren Anschlusse an die Gewerbestatistik dadurch erlangt werden, dass man die Verlagsgeschäfte nach der Zahl der Heimarbeiter fragt, die sie beschäftigen. Mit den deutschen Gewerbezahlungen von 1882 und 1895 waren derartige Ermittlungen verbunden. Die Bedenken, welche dagegen geltend gemacht werden können, sind bereits oben*) gewürdigt worden. Die Heimarbeiter selbst zu ermitteln, ist Sache der Berufsstatistik oder specieller Erhebungen, die, ähnlich wie es die Instruction für die österreichische Gewerbeaufnahme in Aussicht nahm, mit einer Enquête verbunden, und zeitlich wie sachlich immerhin mit der Gewerbestatistik in einen Zusammenhang gebracht werden könnten, unbeschadet der vollen Selbständigkeit beider Aufnahmen. Dass ein ähnlicher Weg auch für die Erhebung der gewerblichen Nebenbeschäftigungen, insbesondere ländlicher Bevölkerungskreise, sich empfiehlt, ist bereits oben berührt worden.

Die unselbständige Störarbeit und die Verrichtungen der ambulanten Dienstboten gehören als gewerbliche Arbeit, die innerhalb der Familie für deren eigenen Bedarf, nicht innerhalb eines Betriebes stattfindet, überhaupt nicht in den Rahmen einer gewerblichen Betriebsstatistik.

Wünscht man Auskunft über die Zahl der Personen, die auf diese Weise ihren Lebensunterhalt verdienen, so wird eben auch hierauf bei der Berufsstatistik Rücksicht zu nehmen sein.

Wir gehen nunmehr zur Besprechung des zweiten Mangels über, der sich aus der ungenauen Begriffsbestimmung der Zählungseinheit ergibt. Es ist dies das Fehlen einer einheitlichen und zutreffenden Abgrenzung mehrerer Betriebe desselben Inhabers gegen einander und des nothwendigen Einblickes in den inneren Zusammenhang solcher Betriebe.

Im Ganzen sind drei verschiedene Fälle der Vereinigung mehrerer Betriebe in einer Hand möglich; diese sind:

1. Die Vereinigung mehrerer verschiedener, doch miteinander nicht organisch zusammenhängender Betriebe (cumulirte Betriebe). Dabei kann die Vereinigung entweder vollkommen zufällig sein, jeder wirtschaftliche Zusammenhang vollständig mangeln, wie z. B., wenn ein Hammerschmied nebenbei eine Krämerei betreibt, oder es kann ein wirtschaftlicher Zusammenhang, eine gewisse Verwandtschaft der verschiedenen Betriebe zwar vorhanden sein, ohne jedoch zu einer organischen Verknüpfung zu führen, wie z. B. wenn ein Wirth zugleich Fleischer oder Bäcker, ein Tischler zugleich Glaser ist. Einen besonderen Fall bildet es, wenn die beiden Betriebe zeitlich nicht nebeneinander, sondern nacheinander ausgeübt werden, wenn z. B. ein Weber im Sommer das Maurergewerbe betreibt u. Ae. (zeitlicher Nebenbetrieb).

2. Die Vereinigung betrifft zwar verschiedene, jedoch durch den Produktionsprocess miteinander organisch verbundene Gewerbe (combinirte Betriebe), wie dies z. B. bei der Verbindung von Spinnerei, Weberei, Appretur, Färberei und Zeugdruckerei der Fall ist. Hier besteht zwischen den verschiedenen Betrieben der engste Zusammenhang, sie wirken zur Herstellung eines und desselben Productes zusammen, und oft ist die Verbindung eine so innige, dass eine gesonderte Betrachtung der einzelnen Theilbetriebe schlechterdings unmöglich wird und man sie in ihrer Gesamtheit als einen einheitlichen Betrieb behandeln muss. Ein treffendes Beispiel hiefür bildet die Vereinigung der verschiedenen am Wagenbau beteiligten Gewerbe in einer Wagenfabrik; die Arbeiten der Wagenschmiede und Schlosser, der Wagner und Sattler greifen hier, ohne selbständige Zwischenproducte zu liefern, so ineinander, dass nur mehr von einem einheitlichen Betriebe, nicht mehr von der Vereinigung verschiedener Gewerbe gesprochen werden kann.

3. Der Betrieb desselben Gewerbes in zwei verschiedenen Betriebsstätten (getheilte Betriebe). Massgebend für die Unterscheidung ist hier lediglich die räumliche Trennung, doch wird man sich hüten müssen, hierbei zu weit zu gehen. Es kommt z. B. vor, dass ein Gewerbe in zwei verschiedenen, lediglich durch die Strasse oder einige dazwischen liegende Häuser getrennten Gebäuden

betrieben wird, ohne dass deshalb der Charakter eines einheitlichen Betriebes verloren ginge. Aehnlich ist es bei Werken, die mit Wasserkraft betrieben werden und ihre Gebäude deshalb an einer längeren oder kürzeren Flussstrecke vertheilen müssen. Die Thatsache der räumlichen Trennung allein rechtfertigt es somit noch keineswegs, dass eine Werkstätte als besonderer Betrieb gezählt werde, sonst müsste man schliesslich jedes Werkstattegebäude einer grösseren Fabrik, die einen ganzen Gebäudecomplex umfasst, als selbständigen Betrieb ansehen. Zur räumlichen Trennung müssen vielmehr noch andere Merkmale hinzutreten. Das betreffende Etablissement muss als eigener wirtschaftlicher Körper, als eine in sich geschlossene Einheit erscheinen, die mit den anderen Betrieben desselben Inhabers zwar in einem Ueber- oder Unterordnungsverhältnisse stehen mag, jedoch einen eigenen, wirtschaftlichen Bestand hat. Am besten schliesst man sich auch hier, wenigstens was Oesterreich anbelangt, wieder an die gewerberechtlichen Kriterien an.

Nach den für die deutsche Gewerbezahlung des Jahres 1875 aufgestellten Vorschriften sollten nun im Allgemeinen verschiedene Gewerbebetriebe desselben Inhabers in jedem Falle, gleichviel ob räumlich vereinigt oder getrennt, gesondert gezählt werden. Combinirte und cumulirte Betriebe waren gleichmässig zu behandeln, erstere in ihre einzelnen Bestandtheile aufzulösen. Mehrere gleichartige Betriebe desselben Inhabers waren hingegen nur dann gesondert zu zählen, wenn sie räumlich von einander getrennt sind und für sich bestehen. Eine wesentliche Beschränkung erlitten jedoch diese allgemeinen Vorschriften durch die in der Einleitung zur Fragekarte enthaltene Bestimmung, dass eine gesonderte Zählung nur in jenen Fällen einzutreten habe, in denen die Gewerbetreibenden über jedes ihrer einzelnen Gewerbe, namentlich über die Zahl der darin beschäftigten Personen gesonderte Angaben machen können. Durch diese Einschränkung sollte wohl den Besonderheiten der einzelnen Betriebe Rechnung getragen werden und in Fällen, in denen die Auflösung einer combinirten Unternehmung in Theilbetriebe wegen des innigen Zusammenhanges derselben unmöglich schien — wie z. B. bei der oben erwähnten Wagenfabrik — die einheitliche Zählung des Unternehmens ermöglicht werden. In Wahrheit bedeutet jedoch diese Bestimmung das Fallenlassen jeder allgemein bindenden Vorschrift. Ob mehrere Betriebe desselben Inhabers gesondert

gezählt werden sollten, war nunmehr abhängig von dem Ermessen des Zählers und dem guten Willen des Befragten.

Diese Erleichterungen galten jedoch nur bei der Aufnahme; bei der Zusammenstellung traten die strengen Vorschriften über die gesonderte Zählung aller verschiedenartigen Betriebe wieder in ihr Recht. Um nun die gesonderte Zählung auch in jenen Fällen zu ermöglichen, in denen ein Nachweis über die einzelnen Betriebe, namentlich über ihr Personal nicht vorlag, wurde die Unterscheidung zwischen Haupt- und Nebenbetrieben in die Zusammenstellung eingeführt. Als Hauptbetriebe waren zu zählen:

1. Alle einzeln betriebenen Geschäfte, d. i. solche, die den alleinigen Erwerb ihres Inhabers ausmachen.

2. Von mehreren Betrieben desselben Inhabers
a) alle, für welche gesonderte Angaben über das Personal vorliegen;

b) wenn eine solche Trennung der Angaben nicht stattgefunden hatte, oder wenn überhaupt ausser dem Inhaber kein Personal beschäftigt wird, jene Betriebe, welche nach den Berufsfragen als Haupterwerb ihrer Inhaber erscheinen.

Als Nebenbetriebe waren demnach zu zählen alle Gewerbe, die in den Berufsfragen des Volkszählungsformulars als Nebenerwerb ihres Inhabers bezeichnet waren und kein besonderes Personal ausgewiesen hatten, in denen somit weder der Inhaber noch andere Personen ihrem Hauptberufe nach thätig waren. Im Sinne dieser Vorschriften wäre z. B. ein Tischlermeister, der als Nebenbeschäftigung die Glaserei betreibt, sechs Tischler- und zwei Glasergehilfen beschäftigt, und über beide Gewerbe gesonderte Angaben gemacht hat, als Inhaber zweier Hauptbetriebe zu zählen, einer Tischlerei mit sechs, und einer Glaserei mit zwei Gehilfen. Der Geschäftsinhaber wird selbstverständlich dort gezählt, wo er seinem Hauptberufe nach hingehört, in unserem Falle bei der Tischlerei. Unterlässt er es, getrennte Angaben zu machen, oder sind alle acht von ihm beschäftigten Gehilfen Tischler, die nebenbei im Bedarfsfalle als Glaser verwendet werden, so ist die Tischlerei als Haupt-, die Glaserei als Nebenbetrieb zu zählen, weil für letztere keine Person als ihrem Hauptberufe nach darin thätig nachgewiesen wurde.

Folgerichtigerweise wurde auch in den Fällen, in denen ein gewerblicher Beruf mit der Land-

wirtschaft oder einem freien Berufe vereinigt vorkam, nur dann ein Hauptbetrieb gezählt, wenn mindestens eine Person ihrem Hauptberufe nach in diesem Gewerbe thätig war, d. h. wenn der Gewerbeinhaber entweder die Ausübung des Gewerbes als seinen eigenen Hauptberuf angegeben oder dafür eine eigene Person ausgewiesen hatte. Der strikten Durchführung dieser Zählvorschriften stand allerdings zum Theile die Beschaffenheit der Zählungsformulare im Wege. Wie bekannt, enthielt nämlich das Zählungsformular wohl die Frage nach dem Haupt- und Nebenerwerbe, so dass ein Gewerbetreibender der im Besitze mehrerer Betriebe ist, sich für einen derselben als Hauptgewerbe zu entscheiden hatte, bei den Extrafragen jedoch, die auf die Zahl des beschäftigten Personals hingen, war nicht gesagt worden, ob sie sich bloss auf das Personal des Hauptgewerbes oder auf das gesammte Personal beziehen. Es kam daher auf die Auffassung des Befragten an, ob er sein gesamtes Personal, auch jenes seines Nebengewerbes auf der Zählkarte auswies, in welchem Falle das Hauptgewerbe mit einer grösseren Gehilfenzahl betrieben erschien, als thatsächlich zutraf, oder ob er das Personal seines Nebengewerbes gänzlich ausser Acht liess und bloss jenes seines Hauptgewerbes angab.

Verzeichnete beispielsweise ein Bäcker, der nebenbei das Wirthsgewerbe betreibt und in seiner Bäckerei zwei Gehilfen, im Gasthause eine Kellnerin hält, dieses ganze Personal auf der Zählkarte, so wurde es, da eine Scheidung in der Zählkarte nicht vorgesehen war, in seiner Gänze der Bäckerei zugerechnet, bei der somit eine Hilfsarbeiterin gezählt wurde, die thatsächlich gar nicht in diesem Gewerbe, sondern in der Gastwirthschaft beschäftigt war, und bei richtiger Zählung dem entsprechend auch unter dem Personal der Gastwirthschaft auszuweisen gewesen wäre. Bezog er dagegen die Frage nach dem Personale bloss auf das Hauptgewerbe, so wurden überhaupt nur die beiden Bäckerarbeiter ausgewiesen, die Kellnerin blieb ungezählt. In beiden Fällen wurde die Gastwirthschaft, die vermöge dieser einen Hilfsarbeiterin als ein Hauptbetrieb zu zählen gewesen wäre, unrichtiger Weise als Nebenbetrieb behandelt.

Wichtiger als dieser, lediglich in der mangelhaften Textirung des Zählformulars begründete, und wie das Beispiel Bayerns zeigt, verhältnissmässig leicht zu beseitigende Mangel, ist jedoch der Um-

stand, dass die grundsätzlichen Bestimmungen selbst eine richtige Zählung der Betriebe, die mit anderen in einer Hand vereinigt sind, nicht gewährleisten.

Für die Zerfällung der combinirten Unternehmungen fehlte jede einheitliche Richtschnur; sie war ganz in das Belieben des Unternehmers gestellt. Mit der einfachen Behauptung, getrennte Angaben über das Personal seien unthönlich, konnte er sie ablehnen. Sicherlich ist sie daher auch höchst ungleichmässig erfolgt. So weisen z. B. unter den Betrieben mit mehr als fünf Gehilfen nach:

Preussen	38507	Hauptbetriebe u.	9873	Nebenbetriebe
Bayern	6148	"	473	"
Sachsen	8420	"	1520	"
Württemberg	2380	"	728	"
Baden	2757	"	8	"
Elsass-Lothringen	1659	"	425	"

Das Verhältniss zwischen den Haupt- und Nebenbetrieben ist somit ein äusserst wechselndes. Bis zu einem gewissen Grade kann dies ja thatsächlichen Zuständen entsprechen; wenn aber die Zahl der Nebenbetriebe in Württemberg nahezu ein Drittel, in Elsass-Lothringen ein Viertel der Hauptbetriebe beträgt, während in dem benachbarten Baden fast gar keine Nebenbetriebe gezählt wurden, so ist dies nur durch die verschiedene Handhabung der Zählungsvorschriften zu erklären. Man hat eben hier schärfer auf ihrer Durchführung bestanden und die Auflösung der combinirten Unternehmungen in ihre einzelnen Betriebe nahezu vollständig durchgeführt. Die Annahme, dass Combinationen verschiedener Gewerbe in einer Unternehmung in Baden um so viel seltener vorkommen als überall sonst im Reiche, ist vollständig haltlos.

Die Folgen dieser Ungleichmässigkeiten der Zählung sollten durch die Unterscheidung zwischen Haupt- und Nebenbetrieb bei der Zusammenstellung vermieden werden; vollständig konnte dies natürlich nicht gelingen. Es wurde bloss verhindert, dass die Betriebe, für welche keine Angaben über die beschäftigten Personen gemacht werden konnten, vollständig aus der Zählung ausfielen. Indem man sie als Nebenbetriebe zählte, sichert man wenigstens eine vollständige Verzeichnung der Betriebe.

Für die Nachweisung des Personals hingegen bildete die Unterscheidung von Haupt- und Nebenbetrieb lediglich eine Conservirung der bei der Aufnahme begangenen Fehler, die in vielen Fällen sogar

zu direct irrthümlicher Auffassung bei der Benützung der Statistik führen muss. Fast immer ist etwas Willkür dabei, wenn der Besitzer einer combinirten Unternehmung einen bestimmten Theilbetrieb derselben als seinen Hauptbetrieb bezeichnet. Gleichwohl ist diese etwas zweifelhafte Angabe massgebend für die Zuteilung des Personals, sobald gesonderte Angaben für einzelne Theilbetriebe fehlen.

Wenn beispielsweise der Besitzer einer Spinnerei und Weberei letztere als seinen Hauptberuf bezeichnet und gesonderte Personalangaben für beide Betriebe zu machen unterlässt, so wird das gesammte Personal bei der Weberei nachgewiesen, und die Spinnerei als Nebenbetrieb ohne Personal gezählt. Mit demselben Rechte aber sieht ein Anderer wieder die Spinnerei als sein Hauptgewerbe an, so dass die Höhe der Arbeiterzahl, die bei den Gewerbearten der Spinnerei und Weberei zu verzeichnen ist, abhängig wird von dem zufälligen Ermessen der Auskunftsertheiler und jeder sichere Massstab für die Beurtheilung der gegenseitigen Bedeutung der Industrien schwindet. Der Begriff des Nebenbetriebes wird in diesem Falle etwas rein Fictives; thatsächlich sind ja in jedem Theilbetriebe solcher combinirter Unternehmungen eine ganze Reihe von Personen ihrem Hauptberufe nach als Arbeiter und Angestellte thätig, so dass neben den anderen Etablissements derselben Unternehmung als Hauptbetrieb zu verzeichnen gewesen wäre und seine Behandlung als Nebenbetrieb eine Abweichung von den für die Zählung aufgestellten Grundsätzen bedeutet. Nun liesse sich allerdings dieser Mangel durch schärfere Fassung und Handhabung der Zählungsvorschriften beseitigen.

Die Unterscheidung zwischen Haupt- und Nebenbetrieb hat aber auch dort, wo sie vorschriftsmässig erfolgt, oder wo es sich um eine Zerfällung combinirter Unternehmen gar nicht handelt, etwas gezwungenes an sich.

Sehr richtig hebt bereits Engel*) die Schwierigkeiten hervor, die aus der Frage entstehen, ob das Erträgniss oder die verwendete Zeit massgebend für die Angabe des einen oder anderen Gewerbes als Hauptberuf sein sollen. Nehmen wir als Beispiel die häufig vorkommende Verbindung des Metzger- und Wirthsgewerbes. Oft werden beide vom Gewerbetreibenden allein betrieben, zeitweise mit Hilfe von Frau und Tochter. Hat er einen Gehilfen, so ist auch dieser in beiden Gewerben thätig, ohne dass eines

*) Preussische Statistik, Heft XL.

als seine Hauptbeschäftigung bezeichnet werden könnte. Die Bezeichnung des einen als Nebenbetrieb wird hier etwas rein Willkürliches; überlässt man sie dem Censiten, so wird sie nothwendig wechselnd erfolgen, bestimmt von momentanen Erwägungen, sehr oft vom Zufalle. Um die Rubrik auszufüllen, bezeichnet der Mann in Gottes Namen als Hauptberuf, was ihm zuerst in die Feder kommt. Behält man die Unterscheidung der Bearbeitung vor, so ist ein Eingehen auf specielle Umstände des Falles wohl gänzlich ausgeschlossen. Man wird mehr oder weniger nach Aeusserlichkeiten urtheilen müssen, und oft nicht umhin können, generell zu entscheiden, dass eine bestimmte Arbeiterkategorie immer einem bestimmten von zwei miteinander cumulirten Gewerben zuzurechnen sei — so z. B. der oben erwähnte Schankbursch immer der Metzgerei — und je nachdem wird dann auch die Entscheidung über den Charakter der beiden cumulirten Gewerbe als Haupt- oder Nebenbetrieb ausfallen. Wo überhaupt keine Gehilfen beschäftigt werden, müsste man sogar generell entscheiden, welches Gewerbe als Haupt- und welches als Nebengewerbe zu betrachten ist. Hiedurch würde allerdings die oben gerügte Ungleichmässigkeit und Abhängigkeit vom Zufalle gänzlich beseitigt, dafür aber auch der andere Nachtheil eingetauscht, dass die Bedeutung des einen, als Hauptberuf classificirten Gewerbes ungebührlich in die Höhe geschraubt, die des anderen, unter den Nebenberwerb verwiesenen künstlich heruntergedrückt würde; denn naturgemäss erscheint ein Gewerbe, das oft als Neben-, selten als Hauptbetrieb vorkommt, minder bedeutungsvoll als ein anderes, bei dem das umgekehrte Verhältniss stattfindet. Noch schwieriger ist die Unterscheidung bei den zeitlichen Nebenbetrieben. In der Regel dürfte hier wohl jener Beruf als Hauptgewerbe angegeben werden, der zur Zeit der Erhebung gerade betrieben wurde, also in dem oben angeführten Beispiele von dem Weber, der im Sommer als Maurer arbeitet, bei einer Sommerzählung das Maurergewerbe, bei einer Winterzählung die Weberei.

Infolge der Einführung des Begriffes der Nebenbetriebe erscheint endlich auch die Zahl der im Gewerbe thätigen Personen gegenüber der Wirklichkeit zu gering. Die Zahl der Fälle, in denen eine gewerbliche Beschäftigung neben der Landwirthschaft oder einem freien Berufe geübt wird, ist ja ziemlich bedeutend. Insoferne nun die gewerbliche Thätigkeit nicht den Hauptberuf des Gewerbeinhabers bildete und auch keine andere Person als Gehilfe

ihrem Hauptberufe nach darin thätig war, wurde der betreffende Betrieb als Nebenbetrieb gezählt, so dass die in ihm beschäftigten Personen überhaupt nicht in der Gewerbestatistik erschienen. Man könnte diesen Grundsatz gut heissen, wenn die Gewerbestatistik in einer landwirthschaftlichen Betriebsstatistik ihre Ergänzung fände und in letzterer die Personen, welche nebenbei gewerblich thätig sind, besonders nachgewiesen wären. Aber selbst in diesem Falle wäre der entsprechende Ausweis in der Gewerbestatistik willkommen und sozusagen ordnungshalber erwünscht. Bei dem Fehlen einer landwirthschaftlichen Betriebsstatistik jedoch bedeutet der Ausfall dieser Personen eine empfindliche Lücke, die den Antheil der Industrie und des Handels an der gesamten Erwerbsthätigkeit des Volkes geringer erscheinen lässt als er wirklich ist. Die bayerische Bearbeitung der Gewerbezahlung des Jahres 1875 weist denn auch wenigstens die Zahl der Gewerbe, die im Nebenberufe neben landwirthschaftlicher oder anderer, nicht gewerblicher Berufsthätigkeit betrieben wurden, sowie die Zahl ihrer Inhaber gesondert aus. Sie zählt der Letzteren nicht weniger als 36.055, während bei den Hauptbetrieben die Zahl der Geschäftsleiter gleichzeitig 348.807 beträgt. Da nun die Reichsgewerbestatistik nur die letztere Zahl enthält, ist in ihr die Zahl der Betriebsinhaber für Bayern um 10·3% zu gering angegeben.

Endlich mangelt bei dem gewählten Systeme der Darstellung auch jeder Einblick in den wirthschaftlichen Zusammenhang der in einer Hand vereinigten Unternehmungen. Es ist schon oben berührt worden, dass bei der Cumulirung von Gewerben vielfach wirthschaftliche Gründe massgebend sind, was sich äusserlich in der häufigen Wiederkehr bestimmter Combinationen ausdrückt, wie z. B. Fleischer- und Gastwirthgewerbe, Mahl- und Sägemüllerei etc. Schon aus diesem Gesichtspunkte bietet die Erfassung der verschiedenen Combinationen ein bedeutendes Interesse. Dieses steigert sich noch dadurch, dass die Verschiedenartigkeit ihrer Formen in den einzelnen Orten in Stadt und Land einen Massstab für den Grad abgibt, bis zu welchem die Arbeitstheilung vorgeschritten ist. Wo, wie in Oesterreich, der Antritt zahlreicher Gewerbe an den Nachweis der Befähigung geknüpft ist, und von diesem Erforderniss beim gleichzeitigen Betriebe verwandter Gewerbe unter Umständen Nachsicht gewährt werden kann, besitzt ein solcher Ausweis überdies für die Handhabung

der gesetzlichen Bestimmungen, wie für die Frage ihrer Aufrechthaltung unmittelbar praktische Bedeutung.

Die Kenntniss dieser Thatsache entschwindet nun vollständig, wenn man sich, wie die deutsche Reichsgewerbestatistik des Jahres 1875, darauf beschränkt, bei jeder Gewerbeart die vorhandenen Gewerbebetriebe zu zählen. In der Empfindung dieses Mangels stellt denn auch Engel in seiner classischen Bearbeitung des Zählungsergebnisses für Preussen zwei besondere Tabellen auf, welche ausschliesslich der Darstellung des wechselseitigen Verhältnisses der Haupt- und Nebenbetriebe und ihrer verschiedenen Combinationen gewidmet sind. Aehnliche Angaben, wenn auch in viel beschränkterem Umfange enthält die bayerische Gewerbestatistik dieses Jahres.

Ein Mangel, den jedoch auch diese Bearbeitungen nicht zu beseitigen vermögen, ist das Fehlen eines Ueberblickes über die combinirten Unternehmungen im engeren Sinne, d. i. über jene, die sich aus einer Reihe durch den Productionsprocess organisch mit einander verbundener, oder im Verhältniss von Haupt- und Zweigniederlassung stehender gleichartiger Gewerbebetriebe zusammensetzen. Insoferne eine Trennung für diese einzelnen Gewerbebetriebe stattgefunden hatte, wurde der Zusammenhang zwischen ihnen vollständig zerrissen, ohne dass der Inhalt der Erhebungsformularen gestattet hätte, ihn bei der Bearbeitung wieder herzustellen. Wo eine solche Trennung unterblieben war, wurde die Gesamtheit der Arbeiter, Motoren etc. einem Theilbetriebe zugeschrieben, die übrigen als

Nebenbetriebe gezählt. Ein Einblick in den inneren Zusammenhang fehlt auch hier. Die Folge davon ist eine doppelte: Es fehlt vor Allem ein Bild des wahren Umfanges der Unternehmungen. Sie sind in dem einen Falle in eine Reihe unzusammenhängender Theilbetriebe zerrissen, in dem anderen ist ein einzelner Theilbetrieb auf Kosten der übrigen sozusagen hypertrophisch geworden. Es fehlt ferner an einem Einblicke in die Zusammensetzung der combinirten Unternehmungen, in den Process der Arbeitstheilung und Arbeitsvereinigung, der in diesen Combinationen zum Ausdrucke kommt. Vereint machen diese beiden Mängel es unmöglich, über den Grad der Entwicklung, den der Grossbetrieb erreichte, und über die Richtung dieser Entwicklung auf Grund der Gewerbestatistik ein klares Bild zu gewinnen.*)

Im Wesentlichen treffen diese Bemerkungen auch für die Erhebungen von 1882 und 1895 zu, denn wenn auch die Mängel, welche bei der Volks- und Gewerbezahlung von 1875 durch die mangelhafte Textirung der gewerbestatistischen Fragen des Volkszählungsformulars hervorgerufen worden waren, bei den späteren Erhebungen entfielen und wenn auch die Zerfällung combinirter und cumulirter Betriebe nicht in dem Masse, wie im Jahre 1875, in das Belieben des Befragten gestellt und strenger durchgeführt wurde, so blieben doch die grundsätzlichen Bestimmungen für die Zählung cumulirter, combinirter und getheilter Betriebe bei allen drei Erhebungen dieselben.**)

*) Vergl. L. Sinzheimer, „Ueber die Grenzen der Entwicklung des fabrikmässigen Grossbetriebes“.

**) Die Anleitung zur Ausfüllung der Zählformularen im Jahre 1882 enthält darüber unter „Punkt IV, Von der Gewerbekarte“ folgende Bestimmungen:

„3. Fälle in welchen für eine Person, beziehungsweise einen Gewerbebetrieb mehrere Gewerbekarten auszufüllen sind.

Für verschiedene durch die Erhebung mittelst Gewerbekarten zu erfassende Gewerbe desselben Inhabers etc., gleichviel, ob sie räumlich vereinigt oder von einander entfernt betrieben werden, sind getrennte Angaben zu machen, so dass für jeden solchen Betrieb eine besondere Gewerbekarte aufgestellt wird (z. B. Bierbrauerei und Bierausschank oder Gastwirthschaft; Maurerei und Steinbruch; Getreidemühle und Sägemühle; Spinnerei, Weberei, Färberei, Druckerei, Appretur; Maschinenfabrik und Eisengiesserei; Buchdruckerei und Buchhandel etc.). Hiefür ist gleichgültig, ob das oder die Gewerbe als Haupt- oder als Nebenberuf ausgeübt werden. Es ist also so oft eine Gewerbekarte auszufüllen, als in den Spalten 10 und 11 und ebenso in den Spalten 14. und 15 des Zählbogenformulars I zwei „Ja“ nebeneinander oder ein Ja neben einem Nein enthalten ist, mit Ausnahme jedoch derjenigen Fälle, in welchen zwei oder mehrere Mitinhaber eines und desselben Geschäftes zugleich Mitglieder einer und derselben Haushaltung sind (vergl. den letzten Absatz 4 unter dieser Ziffer 3), sowie derjenigen, in welchen sich für die betreffende Person in Spalte 17 des Zählbogenformulars I ein Ja vorfindet (vgl. oben IV, 1, Absatz 3).

Für gleichartige Gewerbebetriebe desselben Inhabers, welche räumlich von einander entfernt liegen und jeder für sich bestehen (Haupt- und Filialgeschäft, Commandite, Zweigniederlassung) sind gleichfalls besondere Karten aufzustellen.“

Ueber die Zählung von Haupt- und Nebenbetrieben enthalten die erläuternden Bestimmungen zu den Uebersichtsformularen folgende Vorschriften:

Ein einheitliches Vorgehen bei der Zählung mehrerer Betriebe desselben Inhabers ist durch sie nicht gesichert, und dem subjectiven Ermessen der unmittelbaren Zahlungsorgane bleibt immer noch ein zu bedeutender Spielraum zugemessen. Wie sehr die allgemeinen Zählungsvorschriften in dieser Beziehung einer Ergänzung bedürftig waren, beweisen die ergänzenden Bestimmungen, welche seitens des städtischen statistischen Amtes in Dresden im Jahre 1895 für die Zählung zusammengesetzter Betriebe erlassen wurden.*)

Wie weit bei der Zerfallung von Betrieben gegangen wurde, und wie empfindlich sich der Mangel bestimmter Vorschriften darüber geltend machte, wann ein Betrieb als combinirter oder cumulirter anzusehen sei, zeigen die vom kgl. sächsischen statistischen Bureau erlassenen „Erläuterungen für die Berichtigung und Ergänzung der Einträge in den Zählpapieren“.

„Als Hauptbetriebe gelten alle diejenigen Betriebe, welche entweder von dem betreffenden selbständigen Gewerbetreibenden oder bei mehreren Theilhabern von mindestens einem Theilhaber als Hauptberuf ausgeübt werden, oder für welche in einer Gewerbekarte (bei combinirten Geschäften nach thatsächlicher Trennung oder nach verhältnismässiger Berechnung) gesonderte Angaben hinsichtlich der darin beschäftigten Hilfspersonen gemacht sind, wenn sich auch nur ein Gehilfe dafür angegeben findet oder doch von dem Betriebe aus nach der Angabe zu Ziffer 11 der Gewerbekarte Personen in der Hausindustrie oder Gefangene in Straf- und Besserungsanstalten beschäftigt sind.

Als Nebenbetriebe gelten nur solche Nebenberufe, welche entweder ohne Gehilfen ausgeübt werden, oder für welche doch in der betreffenden Gewerbekarte gesonderte Angaben hinsichtlich der darin beschäftigten Personen (Theilhaber und Hilfspersonen einschliesslich der in der Hausindustrie beschäftigten Gewerbetreibenden, sowie der beschäftigten Gefangenen) nicht gemacht sind.

Da die in den einzelnen Gewerbebetrieben beschäftigten Personen nur bei demjenigen Betriebe, in welchem sie mit ihrem Hauptberuf thätig sind, aufgeführt werden sollten (ausgenommen die Fälle, wo bei combinirten Gewerben die in dem Gesamtbetrieb beschäftigten Personen verhältnissmässig auf die einzelnen Betriebe vertheilt werden), so kann für einen Nebenbetrieb niemals eine Person nachgewiesen werden.“ (Statistik des Deutschen Reiches. — Neue Folge. — Band 6. — Seite 5, 8, 9.)

Im Jahre 1895 sind die Zählungsvorschriften bei etwas abweichendem Wortlaute in dieser Beziehung unverändert geblieben. Vergl. hiezu die „Hauptergebnisse der gewerblichen Betriebszählung vom 14. Juni 1895“ in den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reiches, Jahrgang 1898, Ergänzung zum ersten Hefte, Seite 1*: „In der Regel war über jeden Betrieb ein Gewerbebogen auszustellen. Um aber dem Informationsbedürfniss der Praxis Rechnung zu tragen, welche sich zumeist für sehr genau und engbegrenzte Gewerbebezüge interessirt, ordnete die Anleitung auf dem Gewerbebogen an, dass, wo verschiedenartige Gewerbe zu einem Betriebe vereinigt seien, dieser nach Personal und motorischer Kraft zerlegt und die einzelnen Zweige dieses Betriebes in besonderen Gewerbebogen nachgewiesen werden sollen. Desgleichen wurden gleichartige Gewerbebetriebe des nämlichen Besitzers, die räumlich von einander liegen und jeder für sich bestehen (Filialen, Zweiggeschäfte), als selbständige Betriebe angesehen, für die, wenn mit einer Hilfskraft ausgeübt, eigene Gewerbebogen auszustellen waren.“

Ferner auf Seite 2*: „Hiebei sind als Hauptbetriebe solche angesehen, innerhalb deren Betriebsstätten eine oder mehrere Personen mit ihrer alleinigen oder Hauptbeschäftigung thätig sind, als Nebenbetriebe solche, in denen sowohl die Inhaber, wie die sonst Beschäftigten neben einem anderen Hauptberufe das Gewerbe nur als Nebenberuf ausüben. Der letztere Fall tritt vor Allem bei alleinarbeitenden selbständigen Gewerbetreibenden ein, die mehrere Berufe ausüben; er kommt aber auch bei solchen Gewerbebetrieben vor, die mehrere Inhaber haben oder Gehilfen, Gesinde, sonstige Arbeiter oder Familienangehörige der Inhaber beschäftigen, da eben auch von den Mitinhabern und Hilfspersonen manche in verschiedenen Berufen thätig sind. Da in der Gewerbestatistik von den gewerblich thätigen Personen jede nur einmal gezählt wird und zwar, wenn sie gelegentlich noch anderweit nebensächlich sich bethätigt, bei demjenigen Gewerbe zur Nachweisung gelangt, dessen Ausübung ihre hauptsächlichste oder alleinige Beschäftigung ausmacht, so erscheinen die Nebenbetriebe in der Gewerbestatistik als Betriebe ohne Personen.“

*) Siehe oben Seite 88.

Dasselbst heisst es unter Ziffer 28:

„28. Wenn ein Betrieb aus mehreren selbständigen Betriebszweigen besteht, z. B. die Tuchfabrication aus: Wollzubereitung (Sortirerei, Wäscherei, Kämmerei, Kremperei etc.), Spinnerei, Weberei, Färberei, Appretur, —, die Spinnerei aus: Wollzubereitung, Spinnerei, Färberei —, die Weberei aus: Weberei, Färberei, Druckerei und Appretur —, die Strumpfwarenfabrication aus: Strickerei und Wirkerei, Färberei und Appretur —, die Stickerei aus: Stickerei, Bleicherei und Appretur —, die Maschinenfabrication aus: Fabrication von Dampfmaschinen, landwirthschaftlichen Maschinen, Spinnerei-, Weberei, Strick- und Wirkmaschinen, Nähmaschinen, Maschinen für Mühlenwerke — u. s. w., so ist für jeden einzelnen Betriebszweig (die eingeklammerten gelten als ein Betriebszweig) ein besonderer Gewerbebogen aus-

zufüllen und das beschäftigte Personal nach Massgabe der Anleitung auf der Titelseite des Gewerbebogens zu trennen.

Man wird zugeben, dass beispielsweise in einer Maschinenfabrik, die Strick- und Nähmaschinen, oder landwirthschaftliche Maschinen und ausserdem auch einzelne Maschinen für Mühlen (wie Trieurs, Putzmaschinen etc.) baut, eine Trennung nach diesen Betriebszweigen ebenso schwierig als unzutreffend ist.

Der Mangel einer genügenden Begriffsbestimmung der Zählungseinheit äussert sich auch hier. Verwendet man zu ihrer Abgrenzung verwaltungsrechtliche Kriterien, so lassen sich die Ausnahmefälle, in denen eine abweichende Zählung combinirter oder cumulirter Betriebe stattfinden muss, verhältnissmässig leicht festsetzen, ähnlich, wie dies in den früheren Vorschriften des österreichischen Instructionsentwurfes vom Jahre 1895 geschehen ist. Mangelt dagegen eine feste Definition überhaupt, so muss nothwendigerweise dem Belieben des Zählers auch hier freie Bahn gelassen werden.

Was den Mangel einer Uebersicht über den Umfang combinirter Unternehmungen und über den gegenseitigen Zusammenhang der in der Hand desselben Inhabers vereinigten Geschäfte anbelangt, so ist allerdings am Schlusse der Gewerbekarte von 1882 bei combinirten Betrieben die gewerbliche Bezeichnung des Gesamtgeschäftes und die Gesamtzahl der beschäftigten Personen anzugeben. Jedoch hat diese Angabe bei der Aufbereitung keine Verwerthung gefunden.

Im Jahre 1895 wurden die gleichen Fragen gestellt und auch eine Verarbeitung derselben in Aussicht genommen.

Es muss übrigens hervorgehoben werden, dass dieser letztere Mangel sich durch eine geänderte Art der Zusammenstellung wenigstens grossentheils beseitigen liesse. Man dürfte sich allerdings nicht mit der blossen Angabe der Nebenbetriebe zufrieden stellen, sondern müsste ähnliche Nachweisungen an ihre Stelle treten lassen, wie sie Engel bei seiner Aufarbeitung der preussischen Gewerbezahlung von 1875 gegeben hat. Die Folgen, welche die mangelhafte Abgrenzung der Zählungseinheit bei der Zählung mehrerer Betriebe desselben Inhabers mit sich bringt, wären hiedurch wenigstens gemildert, wenn auch nicht gänzlich beseitigt.

In innigem Zusammenhang mit der Erhebungsart steht der dritte unter den oben angeführten

Mängeln, das Fehlen eines Nachweises über den Stand der Unternehmer gegenüber der Gesamtmasse aller Angestellten, gleichviel welcher Stellung.

Nach den Zählungsvorschriften waren übereinstimmend bei den drei Aufnahmen der Jahre 1875, 1882 und 1895 ausser den Inhabern, Mitinhabern und Pächtern von Gewerben, welche ja zweifellos die Unternehmereigenschaft besitzen, auch noch die Geschäftsleiter, Administratoren und Directoren, also das angestellte Directionspersonal als selbständige Gewerbetreibende zu betrachten.

Der innere Grund dieser Bestimmung liegt in der Verbindung der Gewerbezahlung mit einer Bevölkerungsaufnahme. Das Object der letzteren bilden naturgemäss lediglich physische Personen. Es liegt somit die Gefahr nahe, dass die im Besitze juristischer Personen befindlichen Betriebe der Zählung gänzlich entgehen, wenn nicht künstlich eine Anknüpfung an eine bestimmte physische Person geschaffen wird. Als solche bot sich von selbst die des Geschäftsleiters, Administrators oder Directors, welche den unpersönlichen Unternehmer repräsentirt. Aehnliche Rücksichten sprachen dafür, einen gleichen Vorgang bei Betrieben einzelner Personen zu beobachten, deren Leitung einem angestellten Director übertragen war. Bei der territorialen Organisation des Zählungsgeschäftes hätten sich mancherlei Unzukömmlichkeiten ergeben, wenn der ausserhalb des Standortes der Unternehmung ansässige, die Leitung derselben nicht unmittelbar selbst besorgende Unternehmer die Ausfüllung der Fragekarten zu besorgen gehabt hätte. Insbesondere bei Vereinigung mehrerer Betriebe im Eigenthume eines und desselben Unternehmers wäre die Gefahr nahe gelegen, dass unzulässige Zusammenfassungen eintreten, oder einzelne Betriebe aus der Zählung gänzlich verschwinden.

Es war somit eine für den glatten Verlauf der Aufnahme durchaus nothwendige Massregel, Personen, welche nach ihrer Volkszählungsangabe sich als geschäftsleitende Beamte charakterisirten, gleich den Unternehmern (Gewerbeinhabern) als selbständige Gewerbetreibende zu behandeln, und zur Ertheilung der in den Gewerbekarten geforderten Auskünfte über den betreffenden Betrieb zu verhalten. Zugleich gewährte dieses Verfahren eine erwünschte Sicherung gegen Doppelzahlungen von Gewerbeinhabern, da der Unternehmer nur mehr als Inhaber desjenigen Betriebes zu zählen war, bei dessen Leitung er seinem

Berufe nach thätig war. Für seine übrigen Betriebe war der Beamte, dem ja auch die Ausfüllung der Gewerbekarte oblag, als Inhaber zu zählen. Ein Unternehmer, der sich an der unmittelbaren Leitung seiner Betriebe überhaupt nicht betheiligt, sondern dieselbe gänzlich besoldeten Geschäftsleitern überlässt, wurde unter den Betriebsinhabern überhaupt nicht gezählt.

Diesen Vortheilen stehen jedoch sehr erhebliche sachliche Nachtheile gegenüber. Die Zahl der Selbständigen erscheint zu klein, insoferne Inhaber gewerblicher Betriebe, die ihren Hauptberuf nicht im Gewerbe, sondern etwa in der Landwirthschaft oder in einem freien Berufe haben, in der Zählung überhaupt nicht enthalten sind, und sie ist anderseits zu gross, weil als selbständig ausser den Unternehmern, die ihrem Hauptberufe nach im Gewerbe thätig sind, auch die geschäftsleitenden Beamten gezählt werden. Infolge dessen verwischt sich die Grenze zwischen den Eigenthümern des Betriebes und den Angestellten, und fehlt ein gesonderter Nachweis über die Zahl jener Personen, denen die Unternehmereigenschaft zukommt.

Wenn Böckh*) ausführt, dass die geistige Bestimmung über die Arbeit dem Director, auch wenn er nicht Geschäftsinhaber sei, die Eigenschaft des Arbeitgebers beilege, so ist dem gegenüber zu bemerken, dass Unternehmer und Arbeitgeber keineswegs gleichwerthige Begriffe sind. Unternehmer ist Derjenige, für dessen Rechnung der Betrieb geführt wird, in der Regel also der Eigenthümer, bei verpachteten Gewerben der Pächter. Entscheidend für die Unternehmereigenschaft ist somit das Vorhandensein eines bestimmten Rechtsverhältnisses, nicht die thatsächliche Leitung des Betriebes, nicht die Qualification als Arbeitgeber, die ja vor Allem davon abhängt, ob in dem Betriebe überhaupt Arbeiter beschäftigt werden. Auf Grund dieses Rechtsverhältnisses ist daher die Scheidung der Unternehmerklasse von allen Personen, welche in fremdem Lohne und fremdem Namen thätig sind, vorzunehmen. Sie bei Seite lassen, heisst die tiefgehenden socialen Unterschiede unserer Zeit in der Statistik einfach ignoriren. Es ist dies umso bedenklicher, als unter selbständigen Gewerbetreibenden im Sprachgebrauche allgemein nur wirkliche Unternehmer verstanden werden, während die Gewerbestatistik diesem Begriffe einen künstlich

umgrenzten Inhalt gibt. Sie schliesst einerseits alle Unternehmer von der Zählung aus, die nicht ihrem Hauptberufe nach in dem betreffenden Gewerbe thätig sind, sondern sich bloss nebensächlich mit demselben beschäftigen, oder etwa bloss ihr Capital darin investirt haben, die Leitung des Geschäftes aber gänzlich den Händen besoldeter Beamten überlassen; anderseits stellt sie die betriebsleitenden Beamten den selbstthätigen Unternehmern gleich. An Stelle eines socialen Unterschiedes von allererster Bedeutung tritt somit die Classificirung nach der Art der Thätigkeit.

Bei der Verbindung der Gewerbeaufnahme mit der Volkszählung war etwas Anderes allerdings wohl schwer möglich, schon aus Rücksicht auf die Betriebe juristischer Personen. Das vollständige Absehen von den rechtlichen Grundlagen des Gewerbebetriebes zeigt somit auch hier seine unangenehmen Folgen. Uebrigens unterliegt die Zählung der betriebsleitenden Beamten als Selbständige auch insoferne einigen Bedenken, als die richtige Unterscheidung zwischen Directions- und blossen Aufsichtspersonale Schwierigkeiten begegnet. Wo die Gewerbeinhaber sich selbst an der Leitung des Unternehmens betheiligen und dem Betriebsleiter nur beschränkte Vollmachten gegeben sind, ist oft schwer zu bestimmen, ob der sogenannte Betriebsleiter ein blosses Aufsichtsorgan oder ein selbständiger Betriebsleiter im Sinne der Zählungsvorschriften ist. Nothwendigerweise bleibt daher dem subjectiven Ermessen des Zählungsorganes ein sehr weiter Spielraum, so dass bei der Schwierigkeit, eine ausreichende Controle zu üben, unter Umständen die Einheitlichkeit der Erhebung auch in dieser Beziehung in Frage gestellt ist.

Fasst man die Ergebnisse der bisherigen Erörterungen zusammen, so wird man zugeben müssen, dass es bis zu einem gewissen Grade gelungen ist, der im Jahre 1875 aufgetretenen äusseren Mängel des Verfahrens durch seine Vervollkommnung und Verfeinerung Herr zu werden; doch sind dafür zum Theile neue Fehlerquellen entstanden, vor Allem aber blieben die bereits damals hervorgetretenen inneren Mängel aufrecht, da sie mit der Verbindung von Gewerbezahlung und Bevölkerungsaufnahme unzertrennlich verbunden sind und diese Verbindung unverändert den charakteristischen Grundzug des Verfahrens bildet.

*) Die Bevölkerungs-, Gewerbe- und Wohnungsaufnahme vom 1. December 1875 in der Stadt Berlin, I. Band, Seite 19.

Auch das, was über die praktischen Erfahrungen der unmittelbaren Zählbehörden bekannt geworden ist, lässt erkennen, dass die Vereinigung von Berufs- und Gewerbezahlung für den Ausfall der Erhebungen keinesfalls günstig gewirkt hat.

Allgemein wird über die mangelhafte Beantwortung der Zählpapiere geklagt.

In Dresden*) fanden sich unter den eingesammelten Gewerbebogen kaum zwei Dutzend, bei denen sich kein Anstand ergeben hätte. Im Ganzen waren bei der Zählung 76.030 Haushaltungslisten, 13.709 Gewerbebogen und 298 Landwirthschaftskarten eingegangen, während nach der Beendigung der Nachprüfung 76.399 Haushaltungslisten, 13.907 Gewerbebogen und 310 Landwirthschaftskarten an das königl. statistische Bureau abgeliefert wurden. Diese Vermehrung erklärt sich, wie der Verwaltungsbericht ausführt, zum kleinsten Theil aus der Nachholung von Listen für übergangene Haushaltungen und Betriebe, in der Hauptsache entstanden sie durch die Nothwendigkeit, zwei oder mehrere Haushaltungen oder Betriebe zu zählen, wo diese ursprünglich in einer Liste zusammengefasst waren, und bei den Gewerbebogen insbesondere noch dadurch, dass in Bezug auf Betriebe, die in den Haushaltungslisten als Alleinbetriebe bezeichnet waren, vielfach die Mitarbeit von Familienangehörigen aus deren Berufseintragung in der Haushaltungsliste ersichtlich wurde und demzufolge Gewerbebogen nachträglich auszustellen waren. Die Gesamtzahl der während der Nachprüfung erledigten Anstände ist etwa auf 120.000 zu schätzen. Die in den Haushaltungslisten zu berichtenden Mängel bezogen sich meist auf die Alters- und Berufsangaben. Auch die Frage nach der Arbeitslosigkeit war vielfach gar nicht beantwortet. Mit der Nachprüfung waren im Ganzen 60 Personen ein Vierteljahr lang beschäftigt. Am 14. Juni war der Zählungstag, am 10. October erfolgte die Ablieferung des Materials an das königlich sächsische statistische Bureau.

Was die Kosten der Aufnahme betrifft, so entfielen nach dem oben bereits erwähnten Verwaltungsberichte 3700 M. auf die Kosten der Erhebung selbst, 15.202 M. 57 Pf. auf die Kosten der Revision, worin allerdings die Kosten für das Ausschreiben der Arbeitslosen-Zählkarten, der Alleinbetriebs-Zählkarten und Gewerbebogen-Controllisten, sowie für das theilweise Abschreiben der Gewerbebogen zu Zwecken der städtischen Statistik mitinbegriffen

sind. Doch waren die erstgenannten Arbeiten zur gründlichen Revision des Zählmaterials unerlässlich. Das Abschreiben der Gewerbebogen, welches mit einem Accordsatze von 3 Pfennige per Stück entlohnt wurde, erforderte einen Aufwand von im Ganzen bloss 417 M. 21 Pf., so dass thatsächlich die Kosten der Revision gegenüber denen der Aufnahme als übermässig gross bezeichnet werden müssen.

Ganz ähnliche Erfahrungen machte man in Berlin. Hier betrugen die Gesamtkosten der Zählung 52.362 Mark. Dabei ist hier sowohl wie für Dresden zu berücksichtigen, dass die Zählung durch freiwillige Zähler durchgeführt wurde, welche keine Entlohnung, sondern nur einen Ersatz ihrer Baar- auslagen erhielten. Auch die Kosten für die Formulare sind in der ob erwähnten Summe nicht inbegriffen, insoweit es sich nicht um besondere, von der Stadt Berlin aufgelegte Drucksorten handelt, wie z. B. die verschiedenen Arten von Instructionen, Hauszetteln und sonstige Hilfsformulare, sowie die Arbeitslosen-Zählkarten. Von den Gesamtkosten in obigem Betrage entfallen auf:

Diäten und Ueberstunden	35.086	—	Mark
Entlohnung der Schreibergehilfen			
für die Revierdeputirten und Ver-			
gütung der Baar auslagen	13.375	47	„
Kosten von Formularen	1.145	10	„
Sonstige sachliche Auslagen für			
Porto, Materialtransport	2.755	80	„
Zusammen	52.362	37	Mark

Die Post „Diäten und Ueberstunden“ stellt im Wesen die Kosten der Revision dar, bei der im Ganzen etwa 100 Personen von Juni bis Mitte September beschäftigt wurden. Auszahlungen sind in der obigen Summe nicht inbegriffen, wohl aber die Kosten für die Auszahlung der Arbeitslosen-Zählkarten.

Wie schon aus der Höhe der Revisionskosten hervorgeht, war auch in Berlin die Ausfüllung der Fragebogen eine höchst mangelhafte, so dass massenhafte Rückfragen erforderlich wurden. Als Ursache dieser Lückenhaftigkeit des Zählmaterials ist hier wie anderwärts die gleichzeitige Veranstaltung mehrerer Aufnahmen anzusehen. Es war zu viel auf einmal, das Publicum erschrak förmlich vor den Formularen, vor dem massenhaften Ansturm der Fragen. Dabei stellt die Gewerbestatistik an sich nicht nur an die Erhebungsbehörden, sondern auch an das Publicum grössere

*) Verwaltungsbericht des Rathes der königlichen Haupt- und Residenzstadt Dresden auf das Jahr 1895.

Anforderungen als eine Volkszählung oder eine blosse Berufsstatistik. Insbesondere die Trennung zusammengesetzter Betriebe machte bei der unklaren Fassung der diesbezüglichen Vorschriften grosse Schwierigkeiten. In ganz grossen Unternehmungen wurden diese Fragen meist entsprechend gelöst, dagegen kamen die grösseren Mittelbetriebe, welche oft sehr verwickelte Verhältnisse aufweisen, in vielen Fällen damit nicht recht zu Stande, was Anlass zu zahlreichen Rückfragen bot.

Ähnliche Klagen wurden auf der XI. Conferenz der deutschen Städtestatistiker auch von den Statistikern zahlreicher anderer Städte erhoben. So mussten in Görlitz fast sämtliche Gewerbebogen berichtigt werden, obwohl es an eingehender Instruction der Zähler nicht gefehlt hatte.

Aus Breslau wurde berichtet, dass die zur Rückfrage gestellten Haushaltungslisten fast die Hälfte des gesamten Materials ausmachten, und die überaus interessante Thatsache hervorgehoben, dass auf Grund der Gewerbesteuerrollen über 1500 Gewerbebetriebe nachträglich ermittelt wurden, welche bei der Aufnahme übersehen worden waren. Es ist dies ein sprechender Beleg dafür, dass die Verbindung von Berufs- und Gewerbebezahlung an sich noch keineswegs die vollständige Erfassung sämtlicher Gewerbebetriebe bedeutet, und dass die theoretischen Vortheile, welche sie in dieser Beziehung zu besitzen scheint, durch den praktischen Nachtheil wieder aufgehoben werden, den die Verbindung zweier so grosser Erhebungen, die dadurch eintretende Ueberlastung des Publicums mit schwer verständlichen Fragen und die Verwendung ungenügend geschulter Zählerheere mit sich bringt. Wie soll man insbesondere eine vollständige Erfassung der Hausindustrie und der Störbetriebe, dieser Mikroorganismen der Volkswirtschaft, von einer Erhebung verlangen, welche bei der Erfassung der etablierten, in den Steuerrollen und Gewerberegistern verzeichneten Betriebe so grosse Lücken aufweist?

Wie schwer verständlich für die grosse Masse des Publicums, ja selbst für die Zähler das ganze System der Fragestellung bei einer solchen Verquickung von Berufs- und Gewerbeaufnahme ist, zeigen die Vorschriften, welche das statistische Amt der Stadt Berlin in den Bestimmungen über die Revision der Zählpapiere für die Prüfung der Eintragungen in Spalte 12, 13 und 14 der Haushaltungsliste erliess.

Dasselbst ist vorgeschrieben, dass die Antworten in diesen drei Spalten, wenn ein oder mehrere gewerbliche Nebenberufe angegeben sind, die Bezeichnung des Berufes, auf den sie sich beziehen, durch Angabe der Spaltennummer enthalten müssen.

Man muss wirklich schon eine förmliche statistische Schulung des Publicums voraussetzen, wenn man ihm zumuthet, bei der Beantwortung einer Frage aus freien Stücken Verweise auf die Beantwortung früherer Fragen anzubringen und gegenseitige Beziehungen zwischen den verschiedenen Spalten des nämlichen Formulars herzustellen. Das setzt eine so eindringliche Beschäftigung mit dem Inhalte dieses Formulars voraus, wie man sie von der Masse der Bevölkerung unter gar keinen Umständen erwarten kann. Man darf sich ja keinem Zweifel darüber hingeben, dass die Mehrzahl der Befragten an die Beantwortung eines Fragebogens nicht mit der liebevollen Aufmerksamkeit geht, die ihr etwa ein Statistiker von Fach entgegenbringen würde. Man betrachtet vielmehr die Ausfüllung solcher Nachweisungen als eine unangenehme und lästige Nothwendigkeit und schreibt ohne viel Ueberlegung das hin, was als Antwort passend scheint.

Wie schwer verständlich und complicirt die Haushaltungslisten sind, zeigt übrigens besser als alles Andere der Umstand, dass die in den officiellen Formularen enthaltene Musterausfüllung einen Fehler aufweist. Trotz der in den Zählungsanweisungen enthaltenen ausdrücklichen Vorschrift, dass die Frage nach der Arbeitslosigkeit auch von den Hausindustriellen zu beantworten ist, enthalten nämlich die Spalten 15—17 für den hausindustriellen Wollplüschweber Rudolf Meier keine Eintragung. Wenn das den Verfassern der Haushaltungsliste selbst passirt, was kann dann von dem Befragten erwartet werden?

Man sieht, dass die nachtheiligen Wirkungen, welche der Bericht der Stadtverwaltung Hannover im Jahre 1875 der Vereinigung von Volks- und Gewerbebezahlung zuschrieb, auch noch im Jahre 1895 bei der Vereinigung der Gewerbebezahlung mit einer Berufsaufnahme zu Tage treten.

Wir haben oben als besonderen Nachtheil dieser Verbindung neben der Ueberlastung des Publicums und der Zähler mit verschiedenartigen und schwerverständlichen Fragen die Nothwendigkeit der Verwendung grosser Massen ungenügend geschulter Zähler zur Aufnahme hervorgehoben.

Eine Bevölkerungsaufnahme muss nothwendig auf einen kurzen Zeitraum zusammengedrängt werden, denn in der Bevölkerung treten von einem Tage zum anderen so grosse Verschiebungen auf, dass die Zählungsergebnisse dadurch erheblich beeinflusst werden. Es bleibt also nichts übrig, als eine möglichst grosse Zahl von Erhebungsorganen in den Dienst der Aufnahme zu stellen. Dabei kann selbstverständlich von einer sorgfältigen Auswahl keine Rede sein, und ebensowenig ist es möglich, diesem grossen Personale eine entsprechende Schulung angedeihen zu lassen. So lange die Erhebung sich im Rahmen einer einfachen Volkszählung bewegt, hat dies auch weniger Bedenken, weil die bei der Volkszählung zu erfragenden Angaben einfacher und leichtverständlicher Natur sind, überdies fast durchwegs mit Documenten belegt werden können, deren Beibringung in den Volkszählungsvorschriften auch in der Regel gefordert wird.

Grössere Schwierigkeiten bieten schon die Berufsfragen. Soll jedoch mit der Berufszählung noch eine Gewerbeaufnahme verbunden werden, so werden die Aufgaben, die der Zähler zu erfüllen hat, so vielfältig und schwierig, dass ihre Bewältigung von einem ungeschulten, freiwilligen Zählerpersonale im Allgemeinen nicht mehr erwartet werden kann. Bei scheinbarer Einfachheit sind die Vorschriften, deren sich der Zähler bewusst sein muss, die Fehlermöglichkeiten, auf die er zu achten hat, so mannigfaltig, dass ein wirkliches Durchdringen des Inhaltes der Zählpapiere keine unbedeutenden Anforderungen an die Intelligenz und an den guten Willen des Zählers stellt. Die Leute sind ja keine Statistiker von Fach, zum grossen Theile auch an abstractes Denken nicht gewöhnt und leicht geneigt, die Schwierigkeiten zu unterschätzen, von denen ihre Aufgabe begleitet ist. Im höchsten Grade bezeichnend ist es in dieser Beziehung, dass auf der XI. Conferenz der deutschen Städtestatistiker die Nothwendigkeit hervorgehoben wurde, den Gebildeten unter den Zählern eine förmliche wissenschaftliche Abhandlung über das Zählverfahren in die Hand zu geben. Und selbst vorausgesetzt, dass ein Zähler sich auf das Eingehendste und Gewissenhafteste mit seiner Vorbereitung befasst hat und eine vollkommen ausreichende theoretische Kenntniss des Zählverfahrens besitzt, so wird er sich die unerlässliche praktische Erfahrung und Gewandtheit immer erst bei der Erhebung selbst aneignen müssen, und er wird auf dem höchsten Punkte seiner Leistungsfähigkeit

erst angelangt sein, wenn die auf wenige Tage zusammengedrängte Erhebung bereits zu Ende ist. Wenn seine Leistungen am werthvollsten werden, werden sie überflüssig.

Die Zusammendrängung der Erhebungen auf einen kurzen Zeitraum, wie sie bei der Verbindung von Berufs- und Gewerbeaufnahme und bei der Verwendung desselben Zählerapparates für beide Zählungen unausweichlich ist, bewirkt somit eine bedeutende Verschlechterung des Ausfalles der Erhebungen. Die bei der letzten Berufs- und Gewerbezahlung in Deutschland gemachten Erfahrungen, wonach beispielsweise in Dresden, wie schon erwähnt, unter 13.907 Gewerbebogen nicht zwei Dutzend fehlerlos ausgefüllt sich befanden, bestätigen dies im vollen Umfange.

Für den Ausfall der Gewerbezahlung wäre es daher von grossem Vortheil, wenn eine geringere Anzahl besser geschulter Zähler verwendet und dementsprechend die Erhebungen auf einen längeren Zeitraum vertheilt würden. Die Durchführung dieser Forderung ist ohneweiters möglich, sobald man darauf verzichtet, den Zählerapparat der Berufszählung der Bequemlichkeit halber auch für die Gewerbezahlung auszunützen und beide Erhebungen in die engste Verbindung zu setzen. Denn alle die Umstände, welche bei einer Bevölkerungsaufnahme, gleichviel ob sie nun berufsstatistischen oder rein bevölkerungsstatistischen Zwecken dienen, die Zusammendrängung der Erhebungsarbeiten auf eine kurze Spanne Zeit fordern, treffen bei einer selbständigen Gewerbezahlung nicht zu, namentlich wenn sie sich auf den etablierten Gewerbebetrieb beschränkt; denn das Zahlungsobject unterliegt bei einer solchen Aufnahme keiner so raschen Veränderung, wie etwa bei einer Aufnahme der Bevölkerung. Ein Gewerbebetrieb ist etwas verhältnissmässig Stabiles. Selbst ein kleiner Handwerker geht viel schwerer von seinem Geschäftslocal weg, als er die Wohnung, geschweige denn als ein Arbeiter seinen Arbeitsplatz wechselt.

Auch die Veränderungen, die durch den Zuwachs und Abfall von Betrieben hervorgerufen werden, sind verhältnissmässig gering und ausserdem auch nachträglich leicht festzustellen. Ebenso sind die Veränderungen, die ein Betrieb in seinem Innern erlitten hat, z. B. eine Vermehrung oder Verminderung der Arbeiterzahl, auch einige Wochen nach ihrem Eintritte immer noch ohne allzugrosse Mühe zu ermitteln. In kleinen Betrieben wird der Inhaber oder Geschäftsleiter sich auf

solche Veränderungen ohneweiters besinnen. In grösseren Unternehmungen sind in der Buchführung jederzeit die nothwendigen Grundlagen vorhanden, um solche Veränderungen nachzuweisen. Es unterliegt daher gar keinem Anstande, einer selbständigen Gewerbebetriebsaufnahme etwa eine vierwöchentliche Dauer zu geben.

Streng genommen hat ja auch die letzte deutsche Gewerbebezahlung sich über einen längeren Zeitraum als die wenigen officiell dafür in Aussicht genommenen Tage erstreckt; denn bei so massenhaften Rückfragen, wie sie hier vorkamen, kann man kaum mehr von einem blossen Berichtigungsverfahren sprechen.

Dafür tauscht man die Möglichkeit ein, ein geschultes Zählerpersonal verwenden und die Erfahrungen, die es sich während der ersten Tage der Erhebung sammelt, ausnützen zu können. Auf die Verwendung freiwilliger Zähler wird man dabei wohl in den meisten Fällen verzichten müssen. Doch werden die hiedurch hervorgerufenen Mehrauslagen grösstentheils hereingebracht durch die geringeren Kosten der Nachtragserhebungen.

Die praktischen Erfahrungen, welche man bei der Berufs- und Gewerbezahlung des Jahres 1895 machte, rechtfertigen somit im vollen Umfange das anscheinend harte Urtheil, welches v. Mayr*) beim ersten Bekanntwerden der Formulare für diese Aufnahme fällte. Thatsächlich werden die Haushaltslisten durch die Eingliederung der wirthschaftsstatistischen Nachweisungen „für die grosse Masse der Befragten der Unverständlichkeit nahe gebracht“. Die Landwirthschaftskarten und Gewerbebogen aber „enthalten eine solche Fülle von Fragen, dass nur einzelne, besonders gewandte Landwirthe und Gewerbetreibende auch bei gutem Willen im Stande sein werden, auf Grund eingehenden Studiums der Erhebungsformulare einigermaßen befriedigende Antworten zu ertheilen“.

Und wenn er weiter behauptet, dass die Formulare „selbst auf Gönner der Statistik abschreckend wirken müssen“, so hat auch diese Behauptung ihre Bestätigung gefunden.

Thatsächlich scheint bei den deutschen Gewerbezahlungen die Grenze dessen, was das Publicum sich an Leistungen für Statistik zumuthen lässt, bereits erreicht oder überschritten zu sein. Die Klage der deutschen Städtestatistiker, dass gegen früher eine geringere Sorgfalt bei der Aus-

füllung der Zählpapiere zu Tage getreten sei, und dass die Lückenhaftigkeit der Eintragungen zugenommen habe, spricht hiefür lebendig genug, da doch sonst bei der wiederholten Vornahme einer Erhebung zumeist das Gegentheil zu beobachten ist.

v. Mayr schlägt als Abhilfe eine Theilung der Erhebung vor; die auf die bisherige Art zu vertheilenden und auszufüllenden Haushaltungslisten hätten ausser den Personalangaben für die einzelnen Haushaltungsmitglieder (Name, Verhältniss zum Haushaltungsvorstand, Geschlecht, Geburtsjahr, Geburtsort, Familienstand, Religionsbekenntniss) nur eine Spalte für die Berufsbezeichnung und in zwei weiteren Spalten die Frage nach der vorübergehenden Arbeitslosigkeit und ihrer Dauer, getrennt für Arbeitsfähige und Arbeitsunfähige, zu enthalten. In der Berufsspalte wären sowohl Haupt- als Nebenbeschäftigungen, letztere in der Reihenfolge ihrer Bedeutung, möglichst speciell anzugeben und ausserdem auch die wirthschaftliche Stellung im Berufe, sowie der etwa vorliegende Fall eines Gewerbebetriebes im Umherziehen (Hausirer) ersichtlich zu machen. Die vom Zähler bereits thunlichst geprüften und berichtigten Einträge in diese vereinfachte Haushaltsliste wären sodann durch die localen Zählungsbehörden — thunlichst in commissioneller Behandlung — einer Nachprüfung zu unterziehen und dabei in zwei Theile zu scheiden; in:

- a) diejenigen, welche bereits das gesammte Mass dessen enthalten, was von der betreffenden Haushaltung nach dem Plane der Erhebung überhaupt auszusagen ist;
- b) diejenigen, welche noch eine weitere Behandlung erfordern.

Zu den Letzteren gehören:

1. Diejenigen Listen, in welchen ein Landwirthschaftsbetrieb verzeichnet ist. Diese wären behufs Ausstellung einer Landwirthschaftskarte, etwa durch Einsetzung eines „L“ auszuzeichnen.

2. Die Listen mit selbständigen Gewerbetreibenden. Für diese wäre durch eine besondere Vorumfrage festzustellen, ob der Betrieb vorwiegend in der eigenen Wohnung für ein fremdes Geschäft stattfindet, ob das Geschäft mit Gehilfen, thätigen Mitinhabern oder Familienangehörigen betrieben, und ob darin eine motorische Kraft zur Verwendung gelange. Je nach dem Ausfall dieser Erkundigung hätte die Markirung der betreffenden Liste mit einem

*) Die Grenzen des gewöhnlichen schriftlichen Verfahrens bei statistischen Ermittlungen, mit besonderer Rücksicht auf die bevorstehende deutsche Berufs- und Gewerbezahlung. — Allgemeines statistisches Archiv, IV. Jahrgang.

„H.“ (Hausindustrie), „G. H.“ (Gehilfenbetrieb), „G. U.“ (Betrieb mit Verwendung von Umtriebsmaschinen) einzutreten.

Diese Vorumfrage kann als selbständiges Zwischenstadium in Wegfall kommen, wenn die Markirung auf Grund der örtlichen Notorität ohne weiters von amtswegen erfolgen kann, oder wenn der Zähler bereits bei der Abholung der Zählpapiere die bezüglichen Fragen gestellt und die Markirung vorgenommen hat. Die Vorumfrage hätte sich dann nur mehr auf jene Gewerbetreibenden zu erstrecken, für welche die Markirung nicht bereits auf eine oder die andere Weise vorgenommen wurde.

Auf Grund dieser Markirung der Listen hätte sodann die Ausfüllung der Landwirthschafts- und Gewerbekarten durch ein besonderes Verfahren stattzufinden. Angesichts der Schwierigkeiten, welche sich der Selbstausfüllung der Formulare, sei es mit, sei es ohne Mitwirkung des Zählers entgegenstellen, schlägt v. Mayr vor, sie durch Vorladung der Betheiligten vor die Zählungscommission im contradictorischen Verfahren zu bewirken. Die Haushaltungslisten könnten mittlerweile abgeschlossen und an die statistische Centrale abgeliefert werden, auch wenn die Ausfüllung der Landwirthschafts- und Gewerbekarten noch nicht abgeschlossen sein sollte. Diese Letztere könnte auch nach seiner Ansicht ohne Schaden für die Sache über einen längeren Zeitraum erstreckt werden, ja sie werde viel besser gelingen, wenn einige Wochen Zeit dafür zur Verfügung stehen.

Für die Durchführung dieses Theiles der Erhebung wären für jeden kleineren Verwaltungsbezirk eigene Commissionen aus Angestellten und Ehrenbeamten zu bilden, welche den Bezirk bereisen und im Zusammenwirken mit den localen Zähler-Organisationen die Einvernahme der Betheiligten und die Ausfüllung der Formulare vornehmen.

Ausnahmen könnten für solche grössere Unternehmungen bewilligt werden, von denen eine erschöpfende und richtige Beantwortung der Fragebogen auch im schriftlichen Wege erwartet werden kann. Ferner könnte für abgelegene Betriebe oder bei Unmöglichkeit des Erscheinens des Betriebsleiters die Erhebung an Ort und Stelle durch einen Vertrauensmann der Commission vollzogen werden.

Ausserdem nimmt v. Mayr die ausgedehnte Benützung des vorhandenen Materiales an Karten,

Katastern und Verzeichnissen in Aussicht und verlangt als Voraussetzung eine gesetzliche Regelung des Zählwesens, welche nicht nur die Auskunftspflicht, sondern auch die Verpflichtung zum persönlichen Erscheinen vor der Zählcommission zum Ausdruck bringt.

Es lässt sich nicht leugnen, dass diese Vorschläge die höchste Beachtung verdienen. Sie würden auf einem anderen Wege die vollständige Loslösung der gewerblichen Betriebsstatistik von der Bevölkerungsaufnahme bedeuten; letztere hätte nur mehr die Vorlisten für die Betriebsaufnahme zu liefern und eine Controle für die Vollständigkeit der Erhebung zu bilden, nur dass diese Controle nicht wie bisher erst im Revisionsverfahren und bloss in einzelnen Orten mit organisirten statistischen Aemtern, sondern bereits im ersten Stadium der Erhebung und überall stattfinden würde.

Bei der Feststellung der Zählungseinheit wäre man der ängstlichen Rücksichtnahme auf den Zusammenhang mit der Berufs- oder Volkszählung und mit der Person des Betriebsleiters entbunden. Nichts stünde im Wege, rücksichtlich der anmeldepflichtigen Gewerbe den verwaltungsrechtlichen Kriterien dabei ihr volles Recht widerfahren zu lassen, was allerdings zur Voraussetzung hätte, dass nicht bloss für Gehilfen- und Motorenbetriebe, sondern für alle anmeldepflichtigen Unternehmungen Gewerbekarten zur Ausfüllung gelangen, und dementsprechend auch schon bei der Vorumfrage nicht bloss nach dem Vorhandensein von Gehilfen und Motoren, sondern auch nach der Gewerbelegitimation und ihrer Art gefragt werden. Dies würde einerseits den gerechten Ansprüchen der Verwaltung an die Statistik Rechnung tragen, anderseits die Aufstellung gesonderter Formulare für die nicht anmeldepflichtigen Gehilfen- und Motorenbetriebe der Hausindustrie, soweit solche überhaupt vorhanden sein sollten, ermöglichen. Die Ausfertigung von Gewerbekarten für alle anmeldepflichtigen Betriebe ist übrigens auch deshalb notwendig, weil zur Erkenntniss der Verhältnisse des Handwerkes die Erforschung seiner Absatzverhältnisse und des Grades seiner Abhängigkeit vom Verleger unerlässlich ist. Die Haushaltungsliste mit ihren Berufsangaben würde nur mehr für die Alleinbetriebe der Hausindustrie, für nicht anmeldepflichtige landwirthschaftliche Nebenbeschäftigungen und unselbständige Störbetriebe die alleinige Quelle der Erkenntniss bilden, wenn man es nicht vorziehen

sollte, auch für diese Kategorien besondere Erhebungen mittels eigener Formulare zu veranstalten.

Allerdings würde die Durchführung einer Betriebsaufnahme nach diesem Plane einen Ausbau der statistischen Verwaltung voraussetzen, wie er in der nächsten Zukunft insbesondere in Oesterreich schon aus Rücksicht auf die bedeutenden Kosten keinesfalls zu erwarten ist. Wenn man bei uns so lebhaft nach dem Anschlusse der Gewerbestatistik an die Volkszählung verlangt, so geschieht dies in vielen Fällen lediglich in der Annahme, dass dies das Billigste sei. In höherem Masse als auf irgendeinem anderen Gebiete huldigt man ja auf jenem der Statistik — insbesondere wenn man nicht selbst Statistiker ist — dem Grundsatz: „Billig und schlecht“, umsomehr als die innere Mangelhaftigkeit nirgends schwerer zu entdecken, beziehungsweise leichter zu verbergen ist, als wieder gerade in der Statistik, und zwar umso leichter, je dickbändiger, imponirender und von jedem näheren Studium abschreckender sie auftritt. Nicht jede Statistik ist von einer so rücksichtslosen Gewissenhaftigkeit, dass sie, wie beispielsweise die preussische

Bearbeitung der Gewerbezahlung von 1875, ihren ganzen Entstehungsgang und alles irgendwie für die Kritik werthvolle Material ohne Rückhalt offen darlegt.

Unter solchen Verhältnissen ist es ganz aussichtslos, etwa die Durchführung einer Volkszählung in Verbindung mit einer Gewerbeaufnahme auf Grund der Mayr'schen Vorschläge anzustreben. Sie würde überdies noch der weiteren Schwierigkeit begegnen, dass eine Verlegung der Volkszählung auf den Sommer nahezu ausgeschlossen, die Durchführung gewerbestatistischer Erhebungen solcher Art aber — ganz abgesehen von den Gründen, welche gegen Gewerbezahlungen im Winter überhaupt sprechen — schon aus äusseren Gründen so ziemlich auf keine ungünstigere Zeit als die kältesten Wintermonate mit den kürzesten Tagen verlegt werden könnte. Man wird sich daher mit dem Erreichbaren begnügen müssen und das ist — mit einzelnen noch zu erörternden Einschränkungen — die Anwendung der von Mayr aufgestellten Grundsätze auf eine selbständige Aufnahme des etablirten Gewerbebetriebes.

VIII.

Schlussergebnisse.

Die Verbindung von Volkszählung und Gewerbeaufnahme principiell anfechtbar und praktisch bedenklich. — Erhöhte Gefahr ungünstigen Ausfalles in Oesterreich. — Mangel an geeignetem Zählerpersonal. — Die angeblichen Vortheile der Verbindung. — Vermeidung einer mehrmaligen Belästigung der Bevölkerung. — Herabminderung der Kosten. — Erfassung der nicht anmeldepflichtigen Betriebe, insbesondere der Hausindustrie. — Die Verbindung beider Zählungen in Oesterreich unzweckmässig. — Die Volkszählung als Vorerhebung nicht verwendbar, mit Rücksicht auf ihren Zeitpunkt. — Grundsätzliche Forderung einer auf den etablirten Gewerbebetrieb beschränkten, selbständigen Betriebsaufnahme. — Erfassung der Hausindustrie und unselbständigen Störrarbeit durch besondere Erhebungen oder die Berufsstatistik. — Die Instruction von 1895 als Grundlage einer solchen Erhebung. — Ausfall der Probeerhebungen. — Nothwendige Abänderungen der Instruction.

Die vorangehenden Abschnitte waren dem Nachweise gewidmet, dass die Verbindung von Betriebs- und Bevölkerungsaufnahme, wie sie bei den deutschen Berufs- und Gewerbezahlungen durchgeführt wurde, principiell anfechtbar ist und bei der praktischen Durchführung Bedenken ernstester Art begegnet.

Wenn dieses System der Erhebung schon in Deutschland trotz der vorgeschrittenen industriellen Entwicklung, des höheren Culturgrades der Bevölkerung und der mehrfachen Wiederholung ähnlicher Aufnahmen, welche ja eine gewisse Schulung und Gewöhnung der Bevölkerung zu erzielen geeignet ist, erhebliche Lücken und Mängel zeigt und grossen Schwierigkeiten begegnet: in Oesterreich würden sich diese Mängel und Schwierigkeiten vervielfältigen. Ja es besteht die Gefahr, dass wir bei einer solchen organischen Verbindung beider Aufnahmen weder eine gute Gewerbezahlung noch eine gute Volkszählung bekommen.

Eine ungünstige Einwirkung der Gewerbezahlung auf den Ausfall der damit verbundenen Bevölkerungsaufnahme wurde auch im Deutschen Reiche sowohl im Jahre 1875 als auch bei der Berufs- und Gewerbezahlung von 1895 beobachtet. In letzterem Jahre wurde sogar darüber geklagt, dass die Volkszählung, welche der Gewerbezahlung vom 14. Juni am 2. December folgte, unter der Nachwirkung ersterer und unter dem Unwillen der Bevölkerung gegenüber der wiederholten, weitgehenden Inanspruchnahme zu statistischen Zwecken zu leiden hatte.

Uns in Oesterreich ist ein so zahlreicher und gut qualificirter Stock freiwilliger Zähler, wie er bei den deutschen Aufnahmen zur Verfügung stand,*) fremd. Die ganze Last der Arbeit ruht hier fast ausschliesslich auf den Schultern der politischen und Gemeindebehörden. Wer die Ueberbürdung dieser Organe mit Geschäften verschiedenster Art kennt und sich über die Werthschätzung statistischer Arbeiten durch die Praktiker der Verwaltung nicht gefissentlich einer Täuschung hingibt, wird ihre Eignung zur Durchführung wirthschaftsstatistischer Erhebungen von der Bedeutung und Schwierigkeit einer Gewerbeaufnahme in Verbindung mit der Volkszählung auf das Entschiedenste leugnen müssen. Sie zeigten sich weit einfacheren Aufgaben dieser Art nicht gewachsen, womit jedoch keinerlei Vorwurf ausgesprochen, sondern nur eine bei den bestehenden Verhältnissen leicht erklärliche und ziemlich allgemein anerkannte Thatsache festgestellt werden soll.

Man führt zu Gunsten der Vereinigung beider Aufnahmen an, dass die Bevölkerung in diesem Falle nur einmal belästigt werde. Weit gefährlicher aber als die mehrmalige Belästigung ist, wie die Erfahrungen in Deutschland zeigten, die Ueberhäufung des Publicums mit einer Fülle von Fragen, die sich auf die verschiedensten Gegenstände beziehen und je zahlreicher, desto complicirter und unverständlicher werden. Ein solches Zusammenstauen der Erhebungen stiftet nur Verwirrung, benimmt dem Befragten die Lust sich eingehender mit der Sache abzugeben, weil sie über sein Fassungs-

*) Vgl. oben Seite 84 die Angaben über die Zusammensetzung der Zählerschaft in Dresden.

vermögen hinausgeht, und führt ihn sehr rasch zu dem bequemen Ausweg, das Unverständliche überhaupt unbeantwortet zu lassen.

Man hebt ferner hervor, dass Arbeit und Kosten bei der Verbindung beider Aufnahmen geringer seien, als bei ihrer getrennten Durchführung, dass man den einmal mobilisirten Zählungsapparat ohne viel Schwierigkeit und Aufwand auch für zwei Zählungen auf einmal verwenden könne. Der Verlauf, den die Erhebungen in Deutschland nahmen, hat jedoch gezeigt, dass in demselben Masse, in dem die Vielfältigkeit der Aufgaben des Zählers wächst, die Güte seiner Leistungen abnimmt, und dass die Mehrkosten der Revision die Ersparnisse bei der Erhebung mindestens zum grossen Theil, wenn nicht ganz aufheben. Wenn man erwidert, dass auch dann noch die Ersparnisse aufrecht bleiben, welche bei der Verbindung mit der Volks- und Gewerbezahlung durch den Wegfall der Gewerbekarten für Alleinbetriebe ohne Motoren sich ergeben, so ist dem entgegen zu halten, dass diese Ersparnisse auf Kosten des Zweckes und der Verwendbarkeit der Erhebung geht. Denn der Verzicht auf die Erfassung des Alleinbetriebes mittelst eigener Gewerbekarten bedingt den Verzicht auf die Trennung der angemeldeten Betriebe von den übrigen und auf Erforschung der Absatzverhältnisse des Kleingewerbes und seines Verhältnisses zum Handel und zum Verleger, Dinge, die für die richtige Kennzeichnung seiner Lage von allergrösster Bedeutung sind, in den Rahmen einer Haushaltsliste aber nie hineingepresst werden können.*) In einem Lande wie Oesterreich, wo das Kleingewerbe als Betriebsform noch eine hervorragende Rolle spielt, ist ein derartiger Ausbau der Statistik umso weniger zu entbehren. Endlich sei noch bemerkt, dass der Unterschied zwischen den Kosten einer selbständigen durch die Handels- und Gewerbekammern durchzuführenden Gewerbestatistik und einer an die Volkszählung angeschlossenen auch noch aus dem Grunde vielfach übertrieben wird, weil man in letzterem Falle nur die Mehrkosten der Formularien und der Aufarbeitung, wiesie sich in dem seitens des Staates unmittelbar dafür aufzuwendenden Betrage aussprechen, in Rechnung zieht und darauf vergisst, dass dazu noch der Aufwand der Gemeinden und der sonstigen lokalen Erhebungsorgane für die unmittelbare Erhebung und Revision kommt, während bei der im Jahre 1895 geplant gewesenen, selbständigen Betriebsaufnahme

die Handels- und Gewerbekammern auch die unmittelbaren Erhebungskosten zum weitaus überwiegendsten Theile zu decken gehabt hätten. Zieht man auch diese Kosten in Betracht, so verschwindet sofort die Möglichkeit, etwa mit dem Betrage, den die Wiener Handels- und Gewerbekammer für die Betriebsaufnahme präliminirte, die Erhebung im ganzen Reiche durchzuführen. Dass die von den Gemeinden zu tragenden unmittelbaren Erhebungskosten der Volkszählung durch die Verbindung mit der Gewerbebetriebsaufnahme eine erhebliche Steigerung erfahren werden, ist nach den Erfahrungen, die hierüber aus den deutschen Städten vorliegen, zweifellos.

Als gewichtigsten Grund für die Verbindung beider Aufnahmen hat man schliesslich geltend gemacht, dass nur auf diesem Wege eine vollständige Erfassung der in ihrer Gesamtheit überaus bedeutungsvollen, nicht anmeldepflichtigen Gewerbebetriebe namentlich der Hausindustrie möglich sei, und dass daher diese Verbindung eine vom Standpunkte der Wissenschaft aus unerlässliche Forderung bilde.

Dass eine befriedigende Vollständigkeit in Bezug auf die Hausindustrie durch die Angliederung der Gewerbeaufnahme an die Volkszählung nicht zu erzielen ist, wurde bei der Besprechung des Ergebnisses der deutschen Gewerbezahlungen bereits nachgewiesen. In Oesterreich würde eine ähnliche Erhebung sicherlich kein besseres Ergebniss haben. Man wird im Gegentheil darauf gefasst sein müssen, noch grösseren Schwierigkeiten zu begegnen, die sich aus der weniger guten Beschaffenheit des Zählmaterials, aus dem geringeren Culturgrad der Bevölkerung in gewissen Gegenden, namentlich im Osten des Reiches, endlich aus der naheliegenden Befürchtung des Befragten ergeben, dass die Aufnahme für die nicht angemeldeten Gewerbebetriebe nur das Vorspiel einer Heranziehung zur Besteuerung oder gewerberechtlicher Massnahmen zur Unterdrückung der Hausindustrie sein werde. Umso gerathener ist es, die Aufnahme auf den etablirten Gewerbebetrieb zu beschränken. Es ist dies ein kleineres Erhebungsgebiet, aber es kann dafür vollständig durchforscht werden, und es ist besser, die Vollständigkeit der Aufnahme durch eine solche freiwillige Beschränkung von vornherein sicherzustellen, als ihr ein grösseres Gebiet zuzuweisen, auf

*) Vgl. oben; erster Abschnitt, Cap. I.

dem die Erhebung nothwendig lückenhaft sich gestalten muss.

Was den principiellen Standpunkt betrifft, so kann hier nur auf die Ausführungen Engel's und Böckh's verwiesen werden, deren Richtigkeit durch den Verlauf der deutschen Gewerbezahlungen glänzend dargethan worden ist.

Besonders hervorgehoben sei noch, dass im Deutschen Reiche die Verbindung von Volkszählung und Gewerbeaufnahme, selbst als man das Hinausgehen über den etablirten Gewerbebetrieb bereits beschlossen hätte, keineswegs als unerlässlich betrachtet oder auch nur von vornherein ins Auge gefasst worden ist, dass sie vielmehr als ein Zugeständniss erscheint, welches man in dem vollen Bewusstsein, dadurch Schwierigkeiten hervorzurufen, machte, als die selbständige Durchführung der Gewerbestatistik in dem geplanten Umfange aus äusseren Gründen sich als unmöglich erwies. Die Bedeutung dieser Schwierigkeiten und ihre Folgen für den Ausfall der Erhebung hat man allerdings fortdauernd unterschätzt; sie sind geeignet, den Werth der deutschen Erhebungen gerade im Hinblick auf die Hausindustrie und den unselbständigen Störbetrieb wesentlich zu beeinträchtigen. Für die bevorstehende österreichische Gewerbeaufnahme geben sie vollen Grund, die Frage nach der Zweckmässigkeit einer Verbindung mit der Volkszählung entschieden zu verneinen.

Auch die Benützung der Volkszählung als Vorerhebung für die Gewerbebetriebsaufnahme muss mit Rücksicht auf ihren Zeitpunkt als undurchführbar bezeichnet werden. Von Werth wäre sie namentlich in grösseren Städten. Da jedoch der früheste Zeitpunkt, zu welchem eine Gewerbezahlung vorgenommen werden könnte, der Mai ist, die Volkszählung hingegen an den Schluss des Jahres gebunden ist, würde zwischen beiden Zählungen ein so grosser Zwischenraum verstreichen, dass die mit Hilfe der Volkszählung gewonnene Vorliste infolge der in der Zwischenzeit vorkommenden Wohnungsänderungen grossentheils wieder unrichtig würde, und zwar namentlich bei den Kleinbetrieben, für deren Erfassung man sich doch von der Verbindung mit der Volkszählung den meisten Nutzen verspricht.

Grundsätzlich wird man daher die Vornahme einer auf den etablirten Gewerbe-

betrieb beschränkten, selbständigen Betriebsaufnahme ohne jede Verbindung mit der Volkszählung befürworten müssen. Die Hausindustrie könnte dort, wo sie Bedeutung genug besitzt, zum Gegenstand selbständiger, nebenhergehender Ermittlungen gemacht werden. Ausserdem könnte sie bei der Berufsstatistik, welche ja mit der Volkszählung jedenfalls wieder verbunden werden wird, besondere Berücksichtigung finden. Eine völlig zufriedenstellende Statistik der Hausindustrie ist allerdings erst von der ohnehin angestrebten gesetzlichen Vorschrift einer Registrirung der Hausindustrie zu erwarten.*)

Für die Durchführung einer selbständigen Aufnahme des etablirten Gewerbebetriebes bildet der von der Secretärsconferenz des Jahres 1895 genehmigte Instructionsentwurf eine völlig geeignete Grundlage. Das dort vorgesehene Verfahren berührt sich in vielen Punkten mit den von G. v. Mayr aufgestellten Forderungen. Die Prüfung der Fragebogen durch statistische Commissäre, die Zulassung ihrer Ausfüllung durch protokollarische Einvernahme vor diesen und der Gemeindevorstellung stimmen im Wesentlichen mit diesen Vorschlägen überein. Im Uebrigen würde sich eine weitere Ausgestaltung des Entwurfes in ihrem Sinne durchaus empfehlen, namentlich für das offene Land.

Das Ergebniss der von der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer veranstalteten Probeerhebungen lässt dies ebenfalls als wünschenswerth erscheinen. Solche Probeerhebungen wurden in drei Orten des flachen Landes vorgenommen: in Ybbsitz, einem Marktflecken mittlerer Grösse, in den niederösterreichischen Voralpen gelegen, mit einer allerdings im Rückgange begriffenen, aber immer noch bedeutenden kleingewerblichen Schmiedeindustrie; in Neunkirchen, einem Fabriksorte des flachen Landes, und in Schönau im Gebirge, einer rein ländlichen Dorfgemeinde mit ganz einfachen Verhältnissen.

In Ybbsitz wurde genau das von der Instruction vorgeschriebene Verfahren eingehalten. Das Amt eines statistischen Commissärs versah ein Gewerbetreibender, der Inhaber eines Schmiedegewerbes, der zugleich ein Kaufmannsgeschäft betreibt. Der Erfolg war, was Güte und Vollständigkeit der Erhebung anbelangt, ein zufriedenstellender; ebenso in Schönau im Gebirge, wo der Schullehrer, der

*) Vgl. Dr. Eugen Schwiedland's Vorbericht über eine gesetzliche Regelung der Heimarbeit. Erstattet an die n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, Wien 1896. Verlag der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer. Ferner zweiter und dritter Vorbericht über diesen Gegenstand, von demselben Verf. Beide Wien 1897.

zugleich das Amt eines Gemeindegerechtsverwalters versieht, als statistischer Commissär fungirte und sämtliche Gewerbetreibende des Ortes für einen bestimmten Tag in die Gemeindekanzlei vorlud, um hier unter Mitwirkung des Bürgermeisters die Ausfüllung der Fragebogen im Wege der protokollarischen Einvernahme vorzunehmen. Unrichtige Angaben, die mehrfach vorkamen, konnten bei der Vertrautheit des Leiters der Erhebung mit den örtlichen Verhältnissen sofort in contradictorischem Verfahren berichtigt werden. Zu bemerken ist, dass der mit dem Amte eines statistischen Commissärs Betraute nach Einsichtnahme in die Zählpapiere selbst aus freien Stücken diesen Weg als den passendsten bezeichnet hatte.

Für kleine Gemeinden mit wenig entwickeltem Gewerbebetriebe ist er auch weitaus der entsprechendste; er bildet die rascheste, zuverlässigste und für die Leute am wenigsten beschwerliche Art der Erhebung. Das schriftliche Verfahren hat auf dem Lande keine Wurzel. Man ist es gewöhnt, den Weg zum Bürgermeisteramte oder noch weiter zu den Amtstagen der Bezirkshauptmannschaft zu machen, wenn man irgend eine amtliche Auskunft zu geben, eine Leistung zu erbringen, eines Rathes sich zu erholen hat. Bei dem wenig schreib- und lesekundigen Landvolke ist das der regelmässige Weg des Verkehrs mit den Behörden; es empfiehlt sich daher, auch bei den statistischen Erhebungen keine Ausnahme zu machen.

In Neunkirchen lagen viel complicirtere Verhältnisse vor. Hier waren in Anbetracht der grösseren Zahl von Betrieben zu statistischen Commissären für die einer Gewerbe-Genossenschaft (obligatorischen Innung) eingereihten Gewerbe, die Vorsteher dieser Genossenschaften bestellt worden. Die Ausfüllung der Fragebogen erfolgte ebenfalls im Wege protokollarischer Einvernahme, jedoch mit weniger günstigem Erfolge. Die auch anderwärts beobachtete Theilnahmslosigkeit der Genossenschafts-Mitglieder gegenüber dem genossenschaftlichen Leben machte sich theilweise störend fühlbar. Es erschienen nicht alle zur Einvernahme, so dass seitens der Gemeinde ergänzend eingegriffen und mit der Vorladung der Säumigen zur Gemeinde vorgegangen werden musste. Auch liessen einzelne Vorsteher es an dem nöthigen Ernste und Verständnisse fehlen. Endlich trug mancher Bedenken, dem Genossenschaftsvorsteher gegenüber, der doch auch Geschäftscolleague und in manchen Fällen Concurrent ist, volle Offenherzigkeit walten

zu lassen. Dieses letztere Bedenken dürfte umso schwerer in die Wagschale fallen, je grösser der Ort ist und je weniger infolge dessen die Verhältnisse des Einzelnen ortsbekannt sind. Gleichwohl dürfte auch diese Art der Organisation in Orten mittlerer Grösse nicht von der Hand zu weisen sein, da der Genossenschaftsvorsteher wohl die meiste Vertrautheit mit den gewerblichen Verhältnissen der Genossenschaftsmitglieder besitzt. Allerdings ist es unerlässlich, ihm ein behördliches Organ an die Seite zu setzen und die Vorladung nicht von der Genossenschaft allein, sondern auch von einer Stelle mit höherer Autorität ausgehen zu lassen.

Für die keiner Genossenschaft angehörigen Betriebe, zumeist Fabriken, wurde die Erhebung auf dem von der Instruction ausführlich vorgesehenen Wege durch die Gemeinde selbst besorgt. Als statistischer Commissär fungirte für diesen Theil der Erhebung der Gemeindegerechtsverwalter, der zugleich eine erste Ueberprüfung des von den Genossenschaftsvorstehern eingelieferten Materials vornahm. Die Ausfüllung der Fragebogen durch die Fabriken geschah bereitwilligst und in vollkommen zufriedenstellender Weise. Man wird daher für derlei Betriebe, wie dies ja auch v. Mayr vorschlägt, eine Ausnahmstellung schaffen müssen, was sich umso mehr empfiehlt, als die Vermittlung der Gemeinde und des statistischen Commissärs bei grösseren Unternehmungen zu manchen Missheiligkeiten Anlass geben kann. Auch dürfte es unumgänglich sein, für solche Betriebe die Abgabe der Fragebogen in verschlossenen Couverts, die erst von der für die Aufarbeitung bestimmten Centralstelle geöffnet werden, zuzulassen.

Erwies sich somit für das flache Land und für Kleinbetriebe die protokollarische Einvernahme als der empfehlenswertheste Weg der Erhebung, so besitzt er für die Grossstadt nicht die gleiche vorzugsweise Eignung. Schon die bei der Probeerhebung in Neunkirchen gemachte Erfahrung wies darauf hin. Es fehlt in der Grossstadt den Commissionsmitgliedern jene innige Vertrautheit mit den Verhältnissen des Befragten, die sie auf dem Lande befähigt, die gemachten Angaben unmittelbar zu prüfen und zu berichtigen. Man steht sich in der Grossstadt trotz des engen Zusammenlebens fremder, misstrauischer und abgeschlossener gegenüber, so dass die Thätigkeit der Commission hier weit schwieriger wäre. Auch die Gewohnheiten des städtischen Publicums lassen die Vorladung zur mündlichen Einvernahme nicht in gleichem Masse

angezeigt erscheinen, wie auf dem flachen Lande. Man ist mehr an den schriftlichen Weg gewöhnt, man schöpft seine Kenntniss ämtlicher Erlässe nicht aus der Erkundigung im Gemeindeamte, sondern aus Kundmachungen, aus den Zeitungen, aus Zustellungen in die Wohnung und ist gewissermassen gewöhnt, dass Alles ins Haus gebracht wird. Bei der gesteigerten Intensität des städtischen Gewerbelbens kommt auch der Zeitverlust in Betracht, den eine Vorladung verursacht. Man läuft Gefahr, dass die Erleichterung, die man durch das mündliche Verfahren dem Befragten bieten will, in das Gegentheil umschlägt. Hier scheint die Erhebung auf dem bisherigen Wege, jedoch unter Verwendung eines geschulten Zählerpersonals wohl als empfehlenswerther. Grossen fabrikmässigen Betrieben mit geordneter Buchführung wird man die Ausfüllung des Fragebogens ohnehin mit Beruhigung überlassen können. Bei ihnen bezweckt der persönliche Besuch durch den Zähler mehr die Hintanhaltung einer Verschleppung der Ausfüllung, als eine Controle ihrer Richtigkeit. Bei kleineren Betrieben, wo in vielen Fällen die Wohnung zugleich die Betriebsstätte ist, kann der Zähler beim Besuche die Richtigkeit der Ausfüllung in viel höherem Grade überwachen, als eine Zählcommission die Richtigkeit der mündlich gemachten Angaben; und begegnet die Selbstausfüllung Schwierigkeiten, so kann er auf Grund des Augenscheines und der unmittelbaren Befragung mit Leichtigkeit auch die Ausfüllung der Gewerbekarte vornehmen. Das contradictorische Verfahren wird bei richtiger Schulung der Zähler gewissermassen in die Betriebsstätte selbst verlegt.

Auch die in Wien in einzelnen Stadttheilen vorgenommene Probeerhebung hat die Richtigkeit dieser Anschauung bestätigt. In Kleinbetrieben wurde, auch wenn die Fragebogen vorher zugestellt waren, die Ausfüllung meist durch den Zähler vorgenommen, ohne dass sich dabei Anstände oder Schwierigkeiten ergeben hätten.

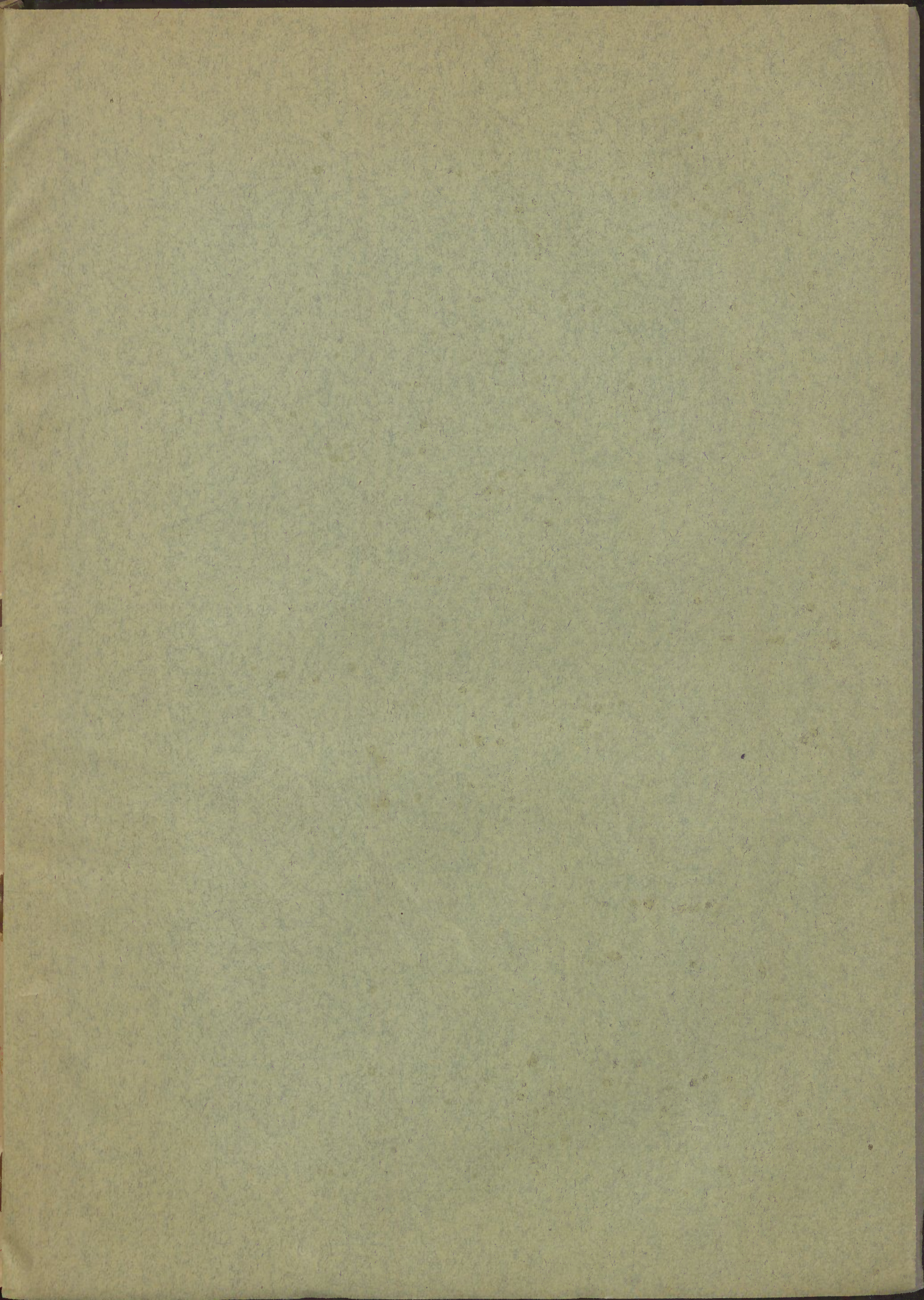
Als unbedingt nothwendig stellt sich ferner für grössere städtische Gemeinwesen die Vornahme einer Vorerhebung heraus, ähnlich wie sie in Dresden und Berlin gelegentlich der Berufs- und Gewerbezahlung von 1895 stattgefunden hat. Sie ist bei einer selbständigen Betriebsaufnahme in grossen Städten ebenso wenig entbehrlich, als bei einer rationell durchgeführten Berufs- oder Volkszählung. Es war bei der Probeerhebung wohl auch versucht worden, die Aufnahme auf Grund einer mittelst des Gewerbekatasters zusammengestellten Erhebungsliste vorzunehmen; doch führten hier die im Kataster noch nicht verzeichneten Adressveränderungen zu so zahlreichen nachträglichen Richtigstellungen der Vorlisten im Laufe der Erhebung, dass das in einem anderen Stadttheile mit bestem Erfolg erprobte System einer Vorerhebung weitaus den Vorzug verdient.

Die nachträgliche Vergleichung mit dem Kataster wird jedoch auch in diesem Falle eine überaus schätzenswerthe und unerlässliche Controlmassregel bilden.

Jedenfalls hat die in Niederösterreich vorgenommene Probeerhebung, ebenso wie eine gleiche von der Handels- und Gewerbekammer in Leoben veranstaltete, unwiderleglich dargethan, dass die Durchführung einer Gewerbebetriebsaufnahme nach den durch den österreichischen Instructionsentwurf vom Jahre 1895 vorgezeichneten Grundzügen mit bester Aussicht auf Erfolg möglich ist, wenn gleich die Instruction und der Fragebogen noch einer entsprechenden Ausgestaltung und Veränderung unterzogen werden müssen. Das Wesen der Sache betreffen diese Veränderungen nicht; denn in ihren Grundlagen stellt die Instruction bereits in ihrer ersten Form die Verwirklichung jener Forderung dar, welche das Ergebniss unserer Untersuchung bildet, der Forderung nach einer selbständigen, auf den etablierten Gewerbebetrieb beschränkten Betriebsaufnahme.



— 292 —
Druck von Johann N. Vernay in Wien.
— 292 —





206\$06457908